Dienstag, 18. Juni 1985 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 138 - 25.W.- Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54/ 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (0228) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 35,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 35,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Spionage? Die Abberufung eines Diplomaten der bulgarischen Botschaft in Bern hat die Schweizer Regierung gefordert. Ihm werden nachrichtendienstliche Tätigkeiten vorgeworfen.

Portugal: Nach der formellen Gründung der Demokratischen Erneuerungspartei, die von Staatspräsident Eanes angeregt wurde, haben sich die Delegierten für die Beteiligung an den nächsten, wahrscheinlich vorgezogenen Neuwahlen ausgesprochen.

Frankreich: Bei Nachwahlen in La Seyne-sur-Mer hat der bürgerliche Kandidat mit 50,74 Prozent der Stimmen einen klaren Erfolg über die Kommunisten (40,90) errungen. Sie beherrschten den Stadtrat seit mehr als 50 Jahren.

Neues Blatt: Die auf Distanz zur UdSSR bedachten britischen Kommunisten kündigen die Herausgabe einer neuen Wochenzeitung an.

Landesparteitag: Die baden-württembergische SPD wählte Ulrich Lang erneut zu ihrem Vorsitzenden. Als Spitzenkandidat für die Landtagswahl 1988 will Lang aber nicht mehr zur Verfügung stehen. (S. 4)

Zerfall: Ein heftiges Werben um die Überreste der „Friedensbewegung" hat jetzt bei der SPD, den Grünen und der DKP eingesetzt. Auf dem „Strategiekongreß" der Bewegung in Köln wurde der Zerfallsprozeß deutlich. (S. 12)

Arbeitszeit: Für eine Verkürzung der Arbeitszeit über die 35-Stunden-Woche hinaus tritt der Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Günter Volkmar, ein.

Weizsäcker: Als Beweis für die Zusammengehörigkeit der Deutschen in Ost und West hat der Bundespräsident das Festhalten der „DDR" an der Berliner Mauer bezeichnet. (S. 4)

WELT-Serie Länderchefs

Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie die Politiker „zum Anfassen" oder mehr das Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? Horst Stein hat ihnen beim Regieren zugeschaut. Im elften Beitrag dieser Serie porträtiert er den hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner. Seite 7

WIRTSCHAFT

Argentinien: Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel stand Pate bei der Währungsreform, die gestern in Kraft trat. Der Peso wird durch die neue Währung „Austral" ersetzt. Ein Austral hat einen Wert von 1000 Peso. (S. 13)

Zölle: Die japanische Regierung hat die Europäische Gemeinschaft aufgefordert, die Zollsätze für die Einfuhr japanischer Videorecorder nicht wie geplant zu erhöhen, sondern auf ihrem derzeitigen Stand zu belassen. Die EG will die Zollsätze von acht auf 14 Prozent erhöhen. Die Höchstgrenze der Importe von japanischen Videogeräten wurde von der EG für 1985 um 43 Prozent auf 2,25 Millionen Stück gesenkt.

Erdöl: Vor möglichen Versorgungsschwierigkeiten von 1990 an hat die Internationale Energieagentur (IEA) die Industrieländer gewarnt und dazu aufgefordert, ölunabhängige Energien zu entwickeln. (S. 14)

Frankreich: Der staatliche Automobilkonzern Renault will bis Ende 1986 insgesamt 21 000 Stellen abbauen. Entlassungen sollen aber vermieden werden.

Mexiko: Von dem Besuch des mexikanischen Präsidenten Miguel de la Madrid, der heute nach Bonn kommt, erwartet die deutsche Wirtschaft eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Unternehmen in Mexiko. (S. 5)

ZITAT DES TAGES



» Der Warschauer Vertrag von 1970 hat wichtige Voraussetzungen für die Aussöhnung geschaffen. Er wahrt die deutschen Rechtspositionen, insbesondere nimmt er eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorweg und schafft keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen. «

Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Schlesier-Treffen in Hannover (siehe auch S. 4) FOTO: WERNER SCHÜRING

KULTUR

Literatur: Die größte Präsentation zeitgenössischer chinesischer Literatur im Ausland erlebt derzeit Berlin auf seinem 3. Festival der Weltkulturen (Horizonte). Insgesamt 15 Schriftsteller des asiatischen Landes sind dort vertreten. (S. 21)

Oper: Die großen Häuser machen immer wieder einen Bogen um Gaetano Donizettis „La Favorita". Doch der Mut der Hamburgischen Staatsoper hat sich gelohnt: Mit Beifallsstürmen wurde die Premiere am Sonntag abend gefeiert. (S. 21)

SPORT

Tennis: Boris Becker (Leimen) hat in London das Wimbledon-Vorbereitungsturnier mit einem 6:2, 6:4-Sieg über Johan Kriek (USA) gewonnen. Er ist damit 20. in der Weltrangliste und erhält somit die Chance, in die Wimbledon-Setzliste zu kommen. (S. 18)

Motorsport: Einen Ferrari-Doppelsieg gab es beim Grand Prix von Kanada in Montreal: Michele Alboreto (Italien) gewann vor Stefan Johansson (Schweden). Der Italiener übernahm die Führung in der WM-Wertung der Formel 1. (S. 20)

AUS ALLER WELT

Schnellzug: Ein Meßzug der Bundesbahn erzielte mit 283 Kilometern pro Stunde einen neuen deutschen Geschwindigkeitsrekord für Schienenfahrzeuge. (S. 22)

Falschmeldung: Der angebliche Tod von US-Präsident Reagan hatte an der Londoner Börse chaotische Zustände ausgelöst. Innerhalb von 30 Minuten wurden Millionen gewonnen und verloren. (S. 22)

Wetter: Zunächst freundlich, später bewölkt. 14 bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die Frontlinie – Leitartikel von Wilfried Hertz-Eichenrode S. 2

Gescheher: Streit um ein „Weißbuch", das es nicht gibt – Von Jürgen Liminski S. 3

Mexiko: Präsident de la Madrid setzt auf Bonn, um eine neue Weltordnung zu entwickeln S. 5

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT: Wort des Tages S. 9

Forschung: Im Computer der Zukunft rechnet ein Laserblitz mit Lichtgeschwindigkeit S. 10

Fernsehen: Schreibend setzt sich Ladislav Mnacko mit seinem Leben auseinander S. 11

Binnenschiffahrt: In der Klemme von Überkapazitäten und miserablen Frachterträgen S. 13

Sport: Hochsprung – Bei 2,40 Meter fiel die Latte erst, als Patrik Sjöberg schon jubelte S. 20

Kultur: Die Ausstellung „Märchen, Mythen, Monster" in Bonn – Pavian zum Erschrecken S. 21

Bundesfilmpreis: Regen und gute Laune zum Stelldichein der Stars in Berlin S. 22

17. Juni – ein Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie

Leber: Niemals mit deutscher Teilung abfinden / Windelen gegen Neutralismus

DW. Bonn

Die Deutschen müssen nach Ansicht des SPD-Politikers Georg Leber bereit sein, mit der Teilung des Landes zu leben, dürfen sich damit aber nicht abfinden. In einer Gedenkstunde des Bundestages zum Tag der deutschen Einheit sagte gestern der frühere Bundesminister, das letzte Wort über die deutsche Selbstbestimmung werde von der Geschichte gesprochen. Leber warnte vor der Illusion, in einer überschaubaren Zukunft eine Lage zu erwarten, in der die deutsche Frage zur Entscheidung stehen könnte.

In Anwesenheit von Bundespräsident Richard von Weizsäcker erklärte Leber, die deutsche Teilung sei zuerst ein Tatbestand festgeschriebener Machtverhältnisse, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen habe. Aufgrund der Situation zwischen den Blöcken und der Fähigkeit der gegenseitigen Zerstörung, durch die Kriege unführbar und ungewinnbar geworden seien, müsse die deutsche Teilung als „ein kleineres Übel als der Krieg" angesehen werden. Aus dieser Lage folge unterhalb der Schwelle von Gewalt und Drohung mit Gewalt der Zwang zur Politik der Gewaltlosigkeit.

Leber wertete die deutsche Spaltung ferner als ideologische Teilung zwischen Ost und West. Die „DDR" gelte als Teil des kommunistischen Besitzstandes auf dem Wege zur Weltrevolution. „Die Rote Armee ist die Sperrklinke zur Wahrung dieses Besitzstandes." Die Offenheit der deutschen Frage ergebe sich auch aus den Bindungen der Bundesrepublik, die auf den Schutz der USA angewiesen sei. Da die Bundesrepublik ohne diese Bindung ihre Unabhängigkeit riskieren würde, müsse sie in dieser Bindung bleiben, auch wenn von ihr keine erkennbaren Wirkungen für die Überwindung der Teilung ausgingen. „Daraus folgert", erklärte Leber, „so sehr die deutsche Teilung uns auch bedrückt; unsere Freiheit ist kein Preis für die Einheit, und sie kann es nie und nimmer werden."

Die deutsche Selbstbestimmung werde niemals gegen, sondern nur im Frieden mit den Nachbarländern erreichbar sein. Bei Verhandlungen über Deutschand könne niemals über die westlichen Vorstellungen von Freiheit, Pluralität und Demokratie verhandelt werden. Sie seien nicht austauschbar, auch nicht mit ideologischen Vorstellungen des Kommunismus. Leber setzte sich dafür ein, die Diskussion, ob der 17. Juni ein arbeitsfreier Feiertag sein solle, zu beenden. Die Grünen blieben der Gedenkstunde fern und hielten statt dessen eine öffentliche Fraktionssitzung zum Thema Deutschland und Friedenspolitik ab.

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), erklärte zum Tag der Deutschen Einheit, die deutsche Frage könne nur im Einvernehmen mit den westlichen Bündnispartnern gelöst werden. Eine neutralistische nationalstaatliche Lösung, „wie sie in Vorstellungen bei Teilen der Rechten und Linken herumgeistert", mißachte die Solidarität der europäischen Völker, sagte Windelen am Sonntag in Travemünde.

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß warnte in einem Aufruf zum 17. Juni vor jedem Zweifel am Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes. Die Aufgabe, auf die Freiheit der Menschen im anderen Teil Deutschlands hinzuarbeiten, sei eine von der Geschichte gestellte moralische Verpflichtung.

Der frühere Bundesminister Egon Bahr (SPD) bezeichnete die Debatte um die Offenheit der deutschen Frage als sinnlos und töricht. Vor dem Politischen Club der Evangelischen Akademie Tutzing sagte Bahr, die deutsche Frage sei nicht akut, solange es die NATO gebe. Der Austritt aus der NATO im Interesse der deutschen Einheit werde von keiner Bundesregierung – „nicht einmal im stilisten Kämmerlein" – erwogen. Dennoch wird Bahr zufolge gegenwärtig „so gequatscht", als stehe die deutsche Frage demnächst auf der politischen Tagesordnung. Durch Wiederbelebung verbaler Ansprüche ohne politische Relevanz und ohne zeitliche Aussicht würden „die Gehirne der Menschen vernebelt" und abermals Illusionen gepflegt. Die deutsche Frage sei eine historische geworden. Bahr: „Ich bin dennoch nicht für Resignation und bekenne mich zur Irrationalität der Hoffnung auf die Geschichte."

DER KOMMENTAR

Geteiltes Vaterland

Thomas Kielinger

Mit einer geschliffenen Rede, in der sich Brillanz der Definition mit der Wärme des Herzens verband – so trat Georg Leber vor den Deutschen Bundestag und die Fernsehkameras der Nation, um dieses 17. Juni zu gedenken. Eine große Leistung, wo die deutsche Sprache und die Mühsal des Denkens nach den Wochen der Debatte um den 40. Jahrestag des Kriegsendes und nach manchen quälenden Auseinandersetzungen um die deutsche Frage schon über die Maßen strapaziert schien.

Leber gelang das Denkwürdige: eine Beschreibung unseres geteilten Zustandes zu geben ohne in Larmoyanz oder gewagte Ideengebäude auszuweichen. Er einnerte einerseits an die deutsche Teilung als einen „Tatbestand festgeschriebener Machtverhältnisse", andererseits aber auch, im Rückgriff auf den großen Scholastiker Thomas von Aquin, an die Gerechtigkeit, die „von Recht und nicht von Macht lebt." Daß „Gerechtigkeit Anspruch auf das verleiht, was mir zusteht, auch wenn die Macht des anderen ihrer Erfüllung entgegensteht", – diese Darstellung des Christen Georg Leber wird von allen jenen beherzigt werden müssen, die allzu leicht mit christlich verbrämten Argumenten Friedensverhalten mit Verzicht auf Recht, und Gerechtigkeit mit der Erfüllung der Ansprüche nur des jeweils anderen verwechseln. Die Beschreibung unseres geteilten Zustandes verband Leber zugleich mit einem Rekurs auf die Bedingungen der Freiheit des westlichen Deutschland. Der frühere Verteidigungsminister sieht in unserer Bindung an den Schutz der Vereinigten Staaten die Voraussetzung unseres freiheitlichen Überlebens.

Sprach Leber nur als die Autorität, die er über die Jahre geworden ist, oder spricht er noch für seine gesamte Partei, die SPD, wenn er formuliert: „Diese Bindung muß unserer Unabhängigkeit wegen bleiben, auch wenn von ihr keine erkennbaren Wirkungen für die Überwindung der deutschen Teilung ausgehen"?

Leber wandte sich ausdrücklich an das Parlament eines „deutschen Teilstaats", in einer Hauptstadt, die „nur die Hauptstadt eines deutschen Teilstaats" ist. Auch dies ist lange nicht mehr so deutlich hervorgehoben worden. Aber mit dem „langen Atem" und der Fähigkeit zum „Standhalten und Aushalten" lenkte er den Blick nach vorn, bewegt von der christlichen Trias der Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Tapferkeit. Alois Mertes, dessen der Bundestag zu Beginn der Feierstunde gedachte, hätte an diesem Redner Georg Leber seine Freude gehabt: Ein Humanist wie er, geprägt in der Schule des Denkens, der Realpolitik und der christlichen Hoffnung.

USA zu keinen Zugeständnissen bereit

Geiseln an unbekannten Ort in Beirut gebracht / Israel wartet auf Entscheidung Reagans

DW. Bonn

Angehörige der schiitischen libanesischen Amal-Miliz haben alle noch verbliebenen Geiseln von Bord der seit Freitag entführten amerikanischen Linienmaschine an einen nicht näher genannten Ort in der libanesischen Hauptstadt Beirut gebracht. Wie Schiiten-Führer Nabih Berri gestern nachmittag erklärte, stünden die Geiseln unter der gemeinsamen Aufsicht der Luftpiraten und der Amal-Miliz.

Berri vertritt bei den Verhandlungen die Luftpiraten, bei denen es sich ebenfalls um libanesische Schiiten handelt. Sie verlangen die Freilassung von rund 700 schiitisch-libanesischen Gefangenen in Israel und zweier Landsleute, die in Spanien wegen versuchten Mordes in Untersuchungshaft sitzen.

Washington und Spanien sind bislang nicht bereit, diesen Forderungen nachzugeben, geraten aber unter ständig wachsendem Druck. Israel hat zu erkennen gegeben, daß es eine mögliche Freilassung der Gefangenen von einer öffentlichen Aufforderung der Vereinigten Staaten abhängig mache.

FRITZ WIRTH, Washington

„Wir machen keine Zugeständnisse an die Terroristen. Wir werden ihren Forderungen nicht nach- und wir werden auch andere Nationen nicht auffordern, dies zu tun." So beschrieb am Montagmorgen Robert McFarlane, der Sicherheitsberater Präsident Reagans, die amerikanische Position. Die Reagan-Administration befindet sich in einer schwierigen Lage.

SEITE 9
Weitere Berichte

ge. Sie steht unter wachsendem Druck, Härte gegenüber den Terroristen zu zeigen und ein Exempel zu statuieren, das der Verunsicherung amerikanischer Bürger im Ausland ein Ende bereitet. Zugleich ist sie durch emotionale Appelle der Angehörigen der Entführten aufgefordert worden, die Geiseln zu retten.

Präsident Reagan betrachtete die Situation als so ernst, daß er seinen üblichen Wochenendaufenthalt in Camp David abbrach und nach Washington zu einer Krisensitzung mit Vizepräsident Bush, Außenminister Shultz, Verteidigungsminister Weinberger und Sicherheitsberater McFarlane zurückkehrte.

Obwohl Reagans Warnung an die Terroristen „im Interesse ihrer eigenen Sicherheit die Entführten freizugeben", als ein Wink verstanden werden konnte, daß die USA den militärischen Einsatz von Spezialeinheiten zur Befreiung der Geiseln erwägen, sprechen zwei Tatsachen dagegen: Einmal die „Doppel-Geiselnahme" von sechs Passagieren mit angeblich jüdischen Namen, deren Aufenthalt unbekannt ist, und zweitens die hohe Anzahl von wahrscheinlich zwölf Entführern.

Der ehemalige Sicherheitsberater Präsident Carters, Brzezinski, der bei der Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangestellter im Iran eine zentrale Rolle spielte, riet von allen militärischen Aktionen ab. Kissinger meinte dagegen, es dürfe keinerlei Zugeständnisse geben. Zugleich forderte er Vergeltungsschläge gegen die Terroristen und deren Organisation.

● Fortsetzung Seite 12

Terrorjustiz in Polen verurteilt

USA erwägen Maßnahmen gegen verstärkte Tendenz zur Repression / Papst protestiert

DW. Washington

Scharfe Reaktionen hat es am Wochenende in den Ländern der westlichen Welt auf die am Freitag verhängten Haftstrafen gegen Führer der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität" gegeben. Während der spanische Außenminister Fernando Moran einen für gestern geplanten Warschau-Besuch kurzfristig absagte und Frankreich die Danziger Gerichtsurteile als einen Verstoß gegen den „gewünschten Dialog und die nationale Aussöhnung" bedauerte, teilte ein Regierungssprecher in Washington mit, die USA erwägten als Antwort auf Warschaus „verstärkte Tendenz zur Repression" die Möglichkeiten von „Maßnahmen".

Papst Johannes Paul II. betonte nach Angaben des „Osservatore Romano" zu den „harten Urteilen" in seiner Heimat: „Was in Italien und anderen Ländern ein Recht ist, wird anderswo als Verbrechen angesehen und als solches geahndet." Die Gewerkschafter Wladyslaw Frasyniuk, Adam Michnik und Bogdan Lis waren zu Gefängnisstrafen zwischen dreieinhalb und zweieinhalb Jahren verurteilt worden. Friedensnobelpreisträger Lech Walesa wertete die Urteile als Symptom dafür, daß die polnische Justiz zu den „Methoden der Stalin-Ära" zurückkehre.

Die amerikanische Regierung bezeichnete die Danziger Urteile als „vollkommen ungerechtfertigt". In einer offiziellen Erklärung des State Department hieß es am Wochenende, die Gerichtsentscheide stünden im Widerspruch zu dem Versprechen der polnischen Regierung, eine nationale Aussöhnung anzustreben. Die USA appellierten an die Warschauer Führung, sich intensiver um eine Lösung der internen Probleme Polens zu bemühen. Seit dem Mord an Pater Jerzy Popieluszko sei eine „verstärkte Tendenz zur Repression" zu verzeichnen.

Frasyniuk, Michnik und Lis hätten lediglich ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen, das ihnen durch die von Polen unterzeichneten internationalen Verträge garantiert werde, betonte ein Regierungssprecher, der gleichzeitig in scharfen Worten die „antijüdische Kampagne" in der Sowjetunion kritisierte.

Koschnick will im Herbst zurücktreten

W. WESSENDORF, Bremen

Bremens Bürgermeister Hans Koschnick wird am 17. September vom Amt des Regierungschefs des kleinsten Bundeslandes zurücktreten. Als Nachfolger hat er der Fraktionschef der Sozialdemokraten in der Bürgerschaft, Klaus Wedemeier, vorgeschlagen. Mit 13 zu 3 Stimmen hat der 16köpfige Landesvorstand der Empfehlung zugestimmt. Als Gegenkandidat will der Senator für Soziales und Jugend, Henning Scherf, antreten. Der Verjüngung an der Spitze der Landesregierung folgt die Verkleinerung des Senats. Arbeitssenator Claus Grobecker übernimmt im Herbst vom ebenfalls aus dem Amt scheidenden stellvertretenden Bürgermeister, Moritz Thape, das Finanzressort.

Koschnick erklärte nach einer Sitzung des Landesvorstandes, er habe lange mit sich gerungen und sich die Entscheidung nicht leichtgemacht. Mit 56 Jahren sei es noch nicht zu spät, eine Umorientierung vorzunehmen. Er werde vorerst in Bremen bleiben und ehrenamtlich als Vorsitzender der Kommission für internationale Beziehungen der SPD weiterarbeiten. Kategorisch dementierte der Präsident des Senats, ein Amt in Wirtschaft oder Politik übernehmen zu wollen. Auch als Außenminister im Wartestand in das Schattenkabinett eines möglichen Kanzlerkandidaten Johannes Rau einzutreten, sei „Quatsch". Gleichzeitig erklärte Koschnick, er wolle sich ab 1987 um ein Bundestagsmandat bemühen.

Seite 3: Rückkehr zur Partei

Strauß fordert dritten Sprecher in Bonn

DW. Bonn

Die CSU will ihren Einfluß auf die politische Meinungsbildung in Bonn und auf die Darstellung der Regierungspolitik, die der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß wiederholt kritisiert hatte, ausdehnen. Neben dem neuen Regierungssprecher Friedhelm Ost und seinem Stellvertreter Jürgen Sudhoff soll der langjährige Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Norbert Schäfer, drittes Sprachrohr für die Bonner Regierungspolitik werden. Neben Ost für die CDU und Sudhoff für die FDP werde dann auch die CSU einen geeigneten Vertreter in dieser Funktion haben, sagte Strauß in einem Interview mit dem Kölner „Express".

Außerdem will Strauß künftig häufiger an den Sitzungen der Bundestagsfraktion von CDU und CSU teilnehmen, um seinen Einfluß auf die politische Meinungsbildung in der Koalition zu vergrößern. Damit folge er einer Empfehlung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger, sagte Strauß in einem Gespräch mit der „WELT am Sonntag".

Peter Boenisch, der wegen des Vorwurfs der Steuerhinterziehung seinen Rücktritt als Regierungssprecher eingereicht hatte, soll nach Informationen der „Bild am Sonntag" dem Finanzamt rund eine halbe Million Mark vorenthalten haben. Auf diesen Sachverhalt sei, so das Blatt, die Stuttgarter Staatsanwaltschaft in Zusammenhang mit Ermittlungen in der Flick-Affäre gestoßen.

Seite 2: Der dritte Mann

Tod von Mertes „schwerer Verlust"

DW. Bonn

Der Tod von Staatsminister Alois Mertes (CDU) ist von führenden Politikern der Koalition und der SPD als großer Verlust für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gewertet worden. Bundespräsident von Weizsäcker schrieb in einem Brief an die Familie, das Wirken des Politikers sei von Grundsatztreue und der Bereitschaft zum Ausgleich geprägt gewesen. Sein Tod hat die deutsche Politik nach den Worten von Bundeskanzler Kohl „um eine große Persönlichkeit ärmer gemacht". Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Schmude, sprach von einem „schweren und schmerzlichen Verlust".

Seite 4: Ein Verlust

Discovery ist exakt gestartet

DW. Bonn

Die amerikanische Raumfähre „Discovery" ist gestern mittag um 13.33 Uhr mitteleuropäischer Zeit planmäßig zu einem einwöchigen Raumflug gestartet. Während ihres Aufenthaltes im All sollen drei Nachrichtensatelliten ausgesetzt sowie ein erstes Experiment zur Raketenabwehr im Weltraum (SDI) durchgeführt werden. Unter den sieben Personen an Bord befinden sich der saudiarabische Königsneffe Prinz Sultan Salman Abdul Aziz Al-Saud, der französische Astronaut Patrick Baudry und als einzige Frau die Astronautin Shannon Lucid. Kommandant ist der Amerikaner Daniel Brandenstein. Die Landung ist für den 24. Juni vorgesehen.

Batteriefabrik muß schließen

DW. Berlin/Bonn

Die Batteriefabrik „Sonnenschein" im Berliner Ortsteil Marienfelde ist wegen Umweltgefährdung geschlossen worden. Umweltsenator Horst Vetter (FDP) reagierte mit dieser Anordnung am Samstag auf eine Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts. Anwohner hatten seit Jahren die Umweltverschmutzung durch zu hohe Bleiwerte in der Luft kritisiert. Die Fabrik gehört der Familie von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU). Von seiten der SPD und der Grünen wurde der Rücktritt des Ministers verlangt. Ein Sprecher des Postministeriums nannte diese Forderung absurd.

Seite 12: Vetter bleibt im Amt

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der dritte Mann

Von Herbert Kremp

Hoffentlich hat der Bundeskanzler mit dem neuen Leiter des Presse- und Informationsamtes, Friedhelm Ost, mehr Glück als mit den Vorgängern. Der dritte in der Reihe sollte für die nächsten Jahre der letzte sein; denn die Informationspolitik eines bedeutenden Landes bedarf des Modus der Kontinuität, der unter Helmut Kohl bis jetzt nicht gewährleistet werden konnte.

Vor allem aber muß eine Bundesregierung in schwerer See daran interessiert sein, die Resultate ihrer Leistung überzeugend und sachkundig darzustellen. Da der Schwerpunkt der Regierungsarbeit zumindest für den Rest der Legislaturperiode auf den Gebieten der Wirtschaft, der Finanzen, der Sozialpolitik und des Arbeitsmarktes liegt, scheint ein ausgewiesener Fachmann wie Friedhelm Ost ein guter Griff zu sein oder wenigstens, wie unsere Politiker gern sagen, „ein Schritt in die richtige Richtung".

Boenisch trat aus persönlichen Gründen zurück. Sie liegen in einer Zeit, als er noch Privatmann war. Er hätte die steuerlichen Probleme, die ihn aus dem Amt gehen ließen, möglicherweise schon vor Antritt dieses Amtes aus dem Wege räumen können, was dem Regierungschef und ihm dienlich gewesen wäre. Wir vermögen nicht zu ermessen, was ihn daran hinderte. Es ist nach seinem entschlossenen Rückzug aus der Umgebung Kohls auch nicht von öffentlichem Interesse. Nunmehr wieder Privatmann und nicht mehr Regierungssprecher, hat er ein Recht darauf, im Sinne seines Verfahrens zu schweigen.

Der Bundeskanzler hat seinem Presse-Staatssekretär am Ende für den Arbeitseinsatz gedankt. Der Dank fiel umfassender aus als die Unterrichtung, die Boenisch während des Einsatzes von seiten des Kanzleramtes zuteil wurde. Die Darstellungsmängel, die der Regierung im Zusammenhang mit einer Reihe von Pannen angelastet wurden, gingen nicht auf das Konto des Sprechers. Dieser blickte nur zu oft – ebenso erstaunt wie die Journalisten, denen er Rede und Antwort zu stehen hatte – auf rätselhaft erscheinende Bewegungen in der engsten Umgebung Kohls, der er nicht angehörte. Er rannte, nach eigenem Bekunden, gelegentlich „wie ein Reporter mit Block und Bleistift" durch die Gefilde des Olymp, selber der Listigkeit des Odysseus nicht mächtig. Es ist daher nur zu hoffen, daß Ost höhere Mitteilungsgnade zuteil wird.

Harte Linie in Polen

Von Rudolf Ströbinger

Polens Kommunisten glauben, wieder Fuß gefaßt zu haben. Zum ersten Mal seit vier Jahren stellte soeben ihr Zentralkomitee fest, daß der Zuwachs an Mitgliedern größer als die Zahl der Austritte ist. Der Partei gehören jetzt 2,1 Millionen Polen an, ein Drittel weniger als 1981. Demnächst sollen wieder 22 Parteischulen die wahre Lehre des Marxismus/Leninismus verkünden; vor allem junge Arbeiter sollen für die Partei geworben werden.

Das steigende Selbstbewußtsein der Partei hat bereits die bisher weitgehend vom Regime tolerierte katholische Kirche zu spüren bekommen. Man wagte – noch vor einem Jahr undenkbar –, katholische Geistliche vor Gericht zu stellen und zu Freiheitsstrafen zu verurteilen. Nun sollen auch die Anhänger der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" die Macht des totalitären Staates merken. Das in Danzig verkündete Urteil über drei ihrer Funktionäre – Frasyniuk, Michnik und Lis – soll die Gewerkschaftsbewegung einschüchtern, damit sie die Unterdrückungsmaßnahmen des Staates wortlos hinnehme.

Der Verlauf des Tribunals vor dem Bezirksgericht in Danzig verdeutlicht die neue Atmosphäre. Die Angeklagten wurden in Handschellen vorgeführt, ihre Aussagen ständig unterbrochen, sie selbst einige Male von der Verhandlung ausgeschlossen. Die Richter haben die Proteste der Anwälte mit der Drohung beantwortet, sie von der Anwaltskammer bestrafen zu lassen. Nichts genutzt hat auch die Intervention des italienischen Ministerpräsidenten Craxi bei Jaruzelski. Das Gericht griff, mit Rückendeckung aus Warschau, zu ungewöhnlich hohen Strafen: von zwei- bis dreieinhalb Jahren.

Lech Walesa, der als Zeuge aussagte, nannte den Richterspruch den „dümmsten Schritt, den die Regierung unternehmen konnte". Aus einer Zusammenkunft in seiner Wohnung eine Straftat zu konstruieren, meinte er, könne nur derjenige, der die Rückkehr zu Methoden des Stalinismus wünscht. Vielleicht wird sich Warschau aber doch eines Besseren besinnen. Die Urteile von Danzig sind noch nicht rechtskräftig. In einem Monat feiert Polen seinen Staatsfeiertag; eine gute Gelegenheit für eine Amnestie.

Pariser Gedankenspiele

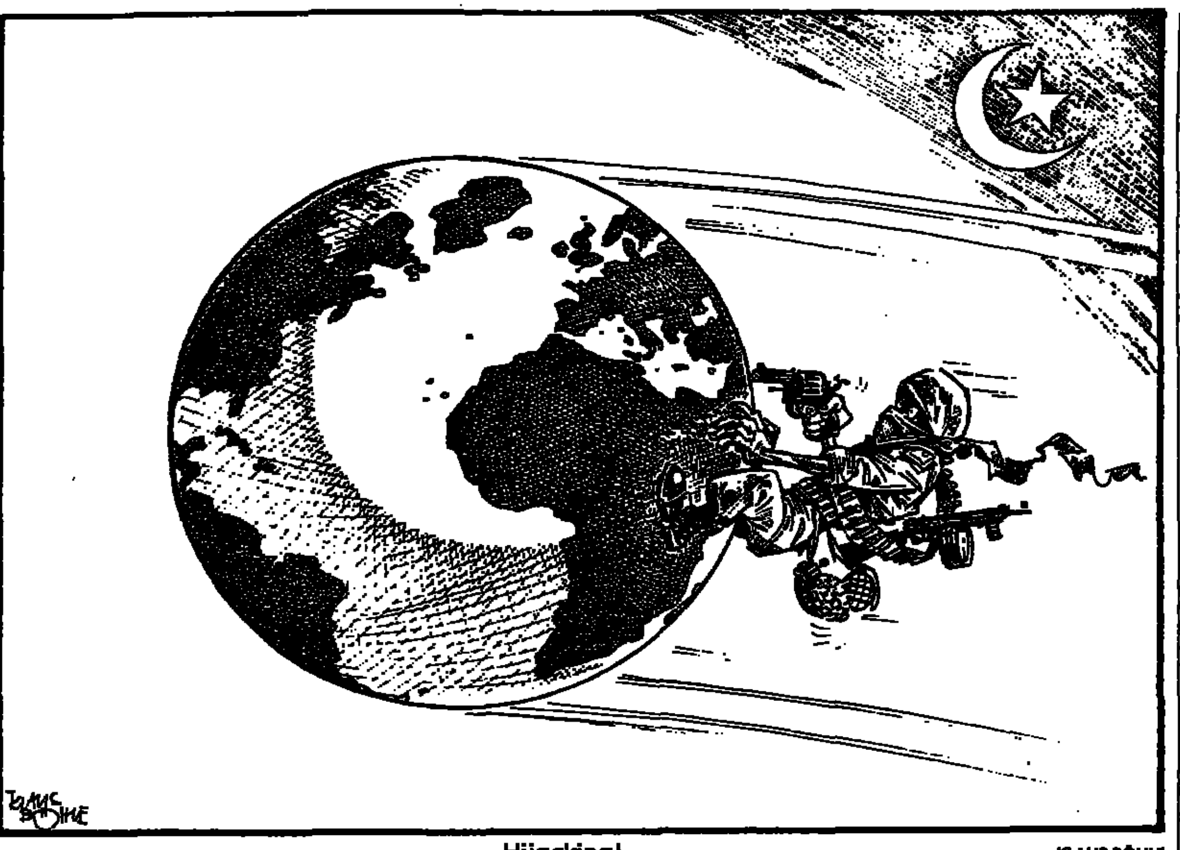
Von Cay Graf Brockdorff

Abschreckung ist etwas, was sich im Gehirn des Gegenübers abspielt. Allein der dort vorhandene Eindruck über die Stärke und Willenskraft des möglichen Gegners entscheidet darüber, ob Abschreckung funktioniert.

Gelangt das Gegenüber zu dem Eindruck, daß ein militärischer Konflikt mit Risiken behaftet wäre, die sich notfalls tragen ließen, ist der Verteidigungsfall vielleicht nicht mehr fern. Druck auf den Opponenten zur Erreichung politischer Ziele könnte sogar bei noch geringerem Risiko zum Erfolg führen: Wenn sich solche Gedanken festsetzen, hätte die Abschreckung versagt, wäre sie eine Illusion geblieben. Verteidigungsfähigkeit ist lediglich eine Voraussetzung der Abschreckung. Wenn sie funktionieren soll, muß die Verteidigungsfähigkeit so groß sein, daß sich dem Gegner der Schluß aufdrängt, ein Angriff würde untragbare Risiken einschließen.

Angesichts jüngster Stimmen aus Frankreich erscheint es nützlich, diese Definition der Abschreckung in Erinnerung zu rufen. Der Abschreckung eines möglichen Gegners der Bundesrepublik dient es nämlich nicht, wenn Frankreich zu einer nuklearen Garantie für den Nachbarstaat bereit ist – Giscard d'Estaing: „Frankreichs Sicherheitsgrenze verläuft an der Elbe!" – oder wenn Paris, wie Jacques Huntzinger (außenpolitischer Sprecher der Sozialisten) es vorschlägt, in diesem Kontext eine „Ausweitung vitaler Interessen Frankreichs" anerkennt. Denn Frankreichs Kernwaffenpotential wirkt auf die Sowjetunion nicht völlig abschreckend.

Es birgt für Moskau nur ein kalkulierbares Risiko, über dessen Tragbarkeit man im Kreml diskutieren mag. Und mit Sicherheit würde diese Diskussion im Kreml geführt werden, wenn die Atomwaffen der USA zum Schutz Westeuropas nicht mehr zur Verfügung stünden. Abschreckung, die den Krieg verhindert, darf aber nicht diskutierbar werden. Nur die USA sind in der Lage, die Sowjetunion ein untragbares Risiko im Falle eines Angriffs auf Westeuropa fürchten zu lassen.



Hijacking! KLAUS BÖHLE

Die Frontlinie

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Wer den Auftritt Helmut Kohls vor den Schlesiern gerecht würdigen will, muß sich vergegenwärtigen, daß die Vertriebenen spätestens seit der „neuen Ostpolitik" Willy Brandts politisch isoliert worden sind. Der letzte Bundeskanzler, der vor Kohl zu den Schlesiern gesprochen hat, war Ludwig Erhard. Je deutlicher das, was Anfang der siebziger Jahre zur „Friedenspolitik" überhöht wurde, erst unter dem Außenminister, sodann unter dem Kanzler Brandt Gestalt annahm, desto verletzender stieß die SPD die Vertriebenen in die Ecke der Ewiggestrigen. Sie wurden als Störenfriede der Aussöhnung mit Polen hingestellt.

Erst Helmut Kohl hat sich Gedanken darüber gemacht, was wohl in den zwölf Millionen Ostdeutschen, ihren Kindern und Kindeskindern vorgegangen sein muß, als Kanzler Brandt mit dem wegwerfenden Wort „Formelkram" alles vom Tisch wischen wollte, was das gnadenlose Schicksal dieser Menschen gewesen ist: der Verlust ihrer Heimat, von Hab und Gut, die Leiden der Vertreibung während eines bitterkalten Winters, der oft schreckliche Tod von Verwandten und Freunden. Das Schicksal der Vertriebenen stand jener Politik im Wege, für die Brandt den Friedensnobelpreis erhielt.

Das hatten die Vertriebenen nicht verdient; denn lange vor Brandts „Friedenspolitik" hatten sie auf Rache und Vergeltung verzichtet, hatten sie jeder neuen Vertreibung eine Absage erteilt. Sie hatten Stalins Rechnung, das in Trümmern liegende Westdeutschland mit dem Hineinpferchen vieler Millionen entwurzelter Menschen in Unfrieden und Aufruhr zu stürzen, durchkreuzt, indem sie diszipliniert, fleißig und verantwortungsbewußt einen unverzichtbaren Beitrag zum Aufbau der Bundesrepublik Deutschland leisteten. Helmut Kohl brachte die Menschlichkeit auf, sich in die Lage der Vertriebenen hineinzudenken, und als er Bundeskanzler geworden war, nahm er sich vor, ihnen Gerechtigkeit angedeihen zu lassen. Er wollte die Vertriebenen innenpolitisch wieder für alle sichtbar in die Mitte integrieren.

Heute kann man dem Bundeskanzler bestätigen, daß er vollbracht hat, was er erreichen wollte. Seine Rede vor den Schlesiern hat den Rang jener beiden Reden, die Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai und auf dem Evangelischen Kirchentag gehalten hat. Helmut Kohl hat dem inneren Frieden unseres Landes einen großen Dienst erwiesen. Denn nach seinem Auftritt in Hannover ist es klar: Die Schlesier identifizieren sich nicht mit jener Minderheit radikaler Schreihälse, die den Bundeskanzler niederbrüllen wollte, sie gehören als gute Bürger zur demokratischen Mitte unserer Bevölkerung. Sie entfernen sich nicht einen Schritt vom Grundgesetz, wenn sie die deutsche Frage als offen bezeichnen, und sie bleiben auf dem Boden der Tatsachen, wenn sie mit Franz Josef Strauß erklären, daß die Ostverträge allein den Verzicht auf Gewalt und ihre Androhung für immer festschreiben; es handelt sich nicht um Anerkennungsverträge, sondern um Gewaltverzichtsverträge.

Wenn die Schlesier für die große Mehrheit aller Vertriebenen stehen, dann ist es nunmehr auch erwiesen, daß die Vertriebenen den Warschauer Vertrag nach dem Grundsatz „Pacta sunt servanda" behandeln. Der Bundeskanzler hat den Schlesiern die entscheidenden Bestimmungen des Warschauer Vertrages vorgelesen, er hat ihnen gesagt, daß die Bundesrepublik als deutscher Teilstaat die polnische Westgrenze nicht in Frage stellt, zumal sie überhaupt keine Grenze mit Polen hat; aber er hat auch völlig korrekt dargestellt, daß die Bundesrepublik einen künftigen gesamtdeutschen Souverän nicht binden kann. Der Friedensvertragsvorbehalt bleibt schon deshalb bestehen, weil er nicht auf deutschem, sondern auf alliiertem Recht gründet. Auf dieser Basis betreibt die Bundesrepublik Deutschland eine Politik der Aussöhnung mit dem polnischen Volk. Zum Schluß der Veranstaltung erklärte der Sprecher der Landsmannschaft unter starkem Beifall, daß die Schlesier diese Politik des Bundeskanzlers unterstützen.



Kohl, Hupka und schlesischer Nachwuchs FOTO: AP

Das Echo auf diese Rede Helmut Kohls und auf ihre Resonanz bei den Schlesiern läßt einen doppelten Tatbestand erkennen. Erstens: Obwohl die Bundesrepublik Deutschland keine Grenze mit Polen hat, will das Diktatur-Regime in Warschau Bonn anstelle eines gesamtdeutschen Souveräns in Haft nehmen, um aus dem Warschauer Vertrag ein Abkommen endgültiger Grenzanerkennung zu machen. Zweitens: Die Nörgelei Hans-Jochen Vogels an der Rede Kohls offenbart, daß die SPD Warschau bei diesem Versuch unterstützt. Da gehen die Vertriebenen zu Recht auf die Barrikaden. Was das Jaruzelski-Regime fordert, überschreitet eindeutig den Inhalt des Vertrages.

Die SPD fordert eine „zweite Ostpolitik", deren Zweck es offenbar sein soll, aus den Gewaltverzichtsverträgen Anerkennungsverträge zu machen. Sie folgt der höchst abstrakten Professoren-Logik, daß sich die inneren Machtverhältnisse in Mittel- und Osteuropa um so schneller wandeln werden, je eher Bonn die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie anerkennt. Das ist eine nicht zu beweisende Behauptung. Es bleibt auch auszuloten, was die FDP mit ihrer Forderung nach einer „neuen Phase der Entspannungspolitik" meint. Auch in der CDU geht das Wort von einer „politischen Bindewirkung" des Warschauer Vertrages für einen künftigen gesamtdeutschen Souverän um.

Hier zeitigt Professoren-Weisheit, die alle Politik als rationalen Prozeß versteht und die Rolle des emotionalen nicht zur Kenntnis nimmt, unheilvolle Früchte. Wer will denn heute wissen, ob es nicht gerade die offene deutsche Frage sein wird, die eines Tages einen friedlichen Prozeß der Freiheit und Einheit ganz Europas in Gang bringt?

Nach der Rede Kohls vor den Schlesiern ist die Ostpolitik dieses Bundeskanzlers glasklar beschrieben. Ihre Frontlinie innenpolitischer Auseinandersetzung trennt Helmut Kohl nicht von den Vertriebenen, sondern von jenen, die den Warschauer Vertrag über das Grundgesetz erheben. Das ist die SPD, aber das sind auch jene in der Koalition und in des Kanzlers eigener Partei, die der SPD verbale Schützenhilfe leisten.

IM GESPRÄCH Werner Stumpfe

Zwangloses Miteinander

Von Wilm Herlyn

Er bürdet sich ein Amt auf, zu dem er sich nicht gedrängt hat: Werner Stumpfe ahnte schon 1983, als er zum Verhandlungsführer der Metallarbeitgeber im Tarifkonflikt bestimmt wurde, daß sein Freizeitpegel auf Null sinkt. Aber das Tarifgeschäft währt in der Regel nur drei Monate – das neue Amt des Juristen und Freizeitjoggers Stumpfe zieht sich über zwei Jahre hin: Am Freitag wählte ihn Gesamtmetall auf der Mitgliederversammlung in Berlin zum neuen Präsidenten. Er übernimmt diese Aufgabe von Wolfram Thiele aus Oberhausen, der nach achtjähriger Tätigkeit im „Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V." – so der vollständige Name – zum Ehrenpräsidenten auf Lebenszeit berufen wurde. Für Gesamtmetall bedeutet das einen Generationswechsel an der Spitze. Stumpfe ist Vorstandsmitglied für Personal- und Sozialwesen der Mannesmann Demag AG, Duisburg.



Neuer Präsident von Gesamtmetall: Stumpfe FOTO: WOLF PRANGE

In Liegnitz/Schlesien wuchs Stumpfe auf. Vorgestern wurde er 48 Jahre alt. Er studierte Jura in Erlangen und Tübingen. Nach der Promotion 1963 arbeitete er am Bezirksgericht Dielsdorf in der Schweiz, dort lernte er seine Frau, eine Schweizerin, kennen. Sie haben drei Kinder. Von 1965 bis 1970 war Stumpfe Personalchef bei stahlwirtschaftlichen Organisationen in Düsseldorf und Rheinhausen, von 1971 bis zu seinem Wechsel zu Mannesmann 1981 Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Eisen- und Stahlindustrie.

Stumpfe wandert auf schmalem Grat. Denn der Arbeitgeberverband, der bei der Tarifauseinandersetzung 1984 die Verkürzung der Wochenarbeitszeit selbst um eine Viertelstunde kategorisch abgelehnt hat, beurteilt nun die Kompromißformel einer Verkürzung um 1,5 Stunden als vertretbar. Schon 1983 hatte Stumpfe die Auffassung vertreten, man dürfe in die Verhandlungsrunden mit der IG Metall, die dieses Problem zum Prestigethema hochstilisiert hatte, nicht mit einer „strikten Nein-Position" gehen. Seine Gegenvorschläge lauteten damals Teilzeitarbeit und/oder Vorruhestandsregelung. Die Thematik ist ihm seit langem bekannt: als die IG Metall 1978/79 mit ihrem Verhandlungsführer Kurt Herb den Einstieg in die 35-Stunden-Woche einläutete, stand Stumpfe an der Seite des damaligen Vertreters der Arbeitgeber, Franz Josef Weisweiler, der heute Mannesmann-Chef ist.

Inzwischen sieht der Arbeitgeberverband – auch durch das Hinwirken Stumpfes – Vorteile in der abgeschlossenen Arbeitszeitverkürzung: Denn mit dem Kompromiß vom 28. Juni 1984 – herbeigeführt durch Georg Leber – sei die Entkoppelung von Arbeitszeit und Betriebszeit durch die tarifliche Öffnung zu einer flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit gewonnen worden. Und damit seien, meint Gesamtmetall nun, sogar bessere Voraussetzungen für die technisch und betriebswirtschaftlich zweckmäßigste Auslastung der Kapazität geschaffen worden. Das ist die Handschrift Stumpfes: energisch in der Sache, dabei fair und einsichtig. Kurz nach seiner Wahl bot er der Gewerkschaft zwanglose Kontakte über alle Probleme an: „Ein Gespräch von vornherein zu formalisieren, halte ich nicht für richtig."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Aachener Volkszeitung

Sie geht auf Warnungen Helmut Schmidts ein:

Bei der 125. Jahrfeier hatte der Theologe Thielicke der reich gewordenen Bibelanstalt Bertelsmann ins Stammbuch geschrieben: Was nützet es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne, aber Schaden nähme an seiner Seele? Zur 150. Jahrfeier war aus dem kleinen Verlag bereits der zweitgrößte, elektronisch sprungbereite Medienriese in der Welt geworden. Festprediger war dieses Mal Helmut Schmidt ... Er warnte eindringlich vor der Scheinwelt der Videokassetten, der Pornografie und der elektronischen Medien. Die Menschen sollten sich davor hüten, sich „mit diesem Gerümpel vollstopfen zu lassen". Redet, singt, spielt lieber wieder miteinander, warnt der Mann, der als Politiker die Vorzüge der elektronischen Medien durchaus zu nutzen verstand. Er hat recht. In Amerika sitzen viele Kinder bereits länger vor dem Fernsehgerät als in der Schule. Bis zum 15. Lebensjahr erleben sie durchschnittlich 14 000 Tötungen auf dem Bildschirm. Vielen wird eine Scheinwelt zur eigentlichen Welt. Sie verlieren den Sinn für das unmittelbare Leben. Sie werden kalt oder ängstlich.

EXPRESS

Die Kölner Zeitung schreibt zum Abgang Boenischs:

Respekt vor seinem souveränen Abgang, aber hat ihn wirklich nur das Finanzamt ausgehebelt? Für Boenisch böten die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft offenbar einen willkommenen Anlaß, einem frustrierenden Alltag ade zu sagen. Mangelnder Einfluß, die unprofessionellen Entscheidungsabläufe im Kanzleramt hatten ihn mürbe gemacht. Er blieb aus „preußischer Pflichterfüllung". Fahnenflucht wollte er sich nicht nachsagen lassen. Hinter den Gründen für den Rücktritt steckt auch eine Schwäche des Kanzlers: Helmut Kohl ist kaum beratungsfähig.

DAILY STAR

Die Beiruter Zeitung ist verzweifelt über ihre Stadt:

Ein sinnloses Irrenhaus, wo die letzten Reste der Zivilisation von Fanatikern über Bord geworfen werden. Von Fanatikern, für die kein Verhalten zu abscheulich ist. Von Fanatikern, die morden und verletzen und erpressen. Von Fanatikern, die die Unschuldigen terrorisieren. Von Fanatikern, die Ausländer entführen, deren Anwesenheit in Libanon anderen Libanesen, die keine Fanatiker sind, geholfen hat, an ihrer Zivilisation festzuhalten. Von Fanatikern, die Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften als Mordopfer betrachten ... Geistig gesunde Libanesen sind heute die Beute von Revolvermännern wegen des schrecklichen Versagens der Milizchefs, die Männer zu kontrollieren oder zu disziplinieren, denen sie Gewalt über Leben und Tod ihrer Mitmenschen gegeben haben. Diese Führer gieren nach Macht, während sie die Verantwortung scheuen, die Macht den Führern auferlegt.

Die Politik folgt der Wissenschaft – nicht umgekehrt

Gastkommentar von Professor Ulrich Lohmar

Unsere Demokratie wird von Erfindungen und Produkten der wissenschaftlichen Zivilisation entscheidend beeinflußt. Seit langem bewirkt die Produktivkraft Wissenschaft für unser Leben weit mehr als die Programme oder Ideologien von Parteien, Verbänden und Regierungen.

Das sind die Fakten:

Das Fernsehen, seit Mitte der fünfziger Jahre zunehmend ein selbstverständlicher Bestandteil unseres Alltags, hat die Informationsmöglichkeiten des Bürgers erheblich ausgeweitet. An der Wiege des Fernsehens stand kein politischer Entschluß, sondern eine wissenschaftliche Erfindung.

Elektronische Datenverarbeitung und Nachrichtentechnik sind dabei, den beruflichen Alltag der meisten Menschen in unserem Lande nachhaltig zu beeinflussen und zu verändern. Die Diskussion darüber, ob dies nur Vorzüge oder auch Nachteile mit sich bringe, können wir beiseite lassen. Hier geht es darum, daß auch dieser Entwicklungsstrang der wissenschaftlichen Zivilisation sich in unsere Lebensformen immer weiter vorgeschoben hat.

Im Energiebereich waren wir noch vor Jahrzehnten lediglich auf Holz und Kohle angewiesen. Heute verfügen wir über erheblich mehr Energieproduktionsformen, die insgesamt die Energieversorgung der Welt sichern können. Neue Entwicklungen auf diesem Gebiet stehen kurz vor ihrer ökonomischen Anwendbarkeit. Auch hier hat die wissenschaftliche und technische Entwicklung also unseren Entscheidungsspielraum für die eine oder andere Energieform erweitert.

Die Erfindung der Pille hat die Bevölkerungsstruktur vor allem in der Bundesrepublik nachhaltig beeinflußt. Vom Ende dieses Jahrzehnts an werden wir spüren, daß die dann auf den Arbeitsmarkt drängenden Jahrgänge um etwa ein Drittel schwächer sind als die bisherigen Jahrgänge, weil mit dem Aufkommen der Pille Ende der sechziger Jahre die Zahl der Geburten rückläufig war und geblieben ist. Die Wissenschaft hat uns also das Rentenproblem der nächsten Jahrzehnte mitgeliefert: Weniger Berufstätige müssen die Versorgung von mehr alten Menschen sichern.

Pharmazie und Agrarchemie schließlich sorgten dafür, daß die Lebenserwartung der Menschen von heute sehr viel größer ist als vor hundert Jahren. Dies beeinflußt die Bevölkerungspyramide in vielen Teilen der Welt und schafft weltweite Ernährungsprobleme. Wir sollten dabei nicht vergessen, daß wir vor allem den Produkten der Chemie auch das Ende der großen Seuchen in der Welt verdanken. Wiederum also: Die Wissenschaft hat die Lebensmöglichkeiten verändert.

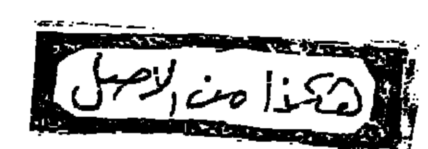
Dieser Einbruch der wissenschaftlichen Zivilisation in unsere Gesellschaft vollzieht sich wie der Fall einer Domino-Reihe: Zuerst kommen die wissenschaftlichen Erfindungen und Entwicklungen, danach greift die Ökonomie deren Möglichkeiten auf, davon wiederum werden die Lebensformen der Gesellschaft beeinflußt, und erst dann reagiert die Politik auf die sichtbaren Resultate solcher Entwicklungen. Die Anpassung des Ausbildungswesens an die wissenschaftlich-technischen Prozesse erfolgt bei uns zu allerletzt.

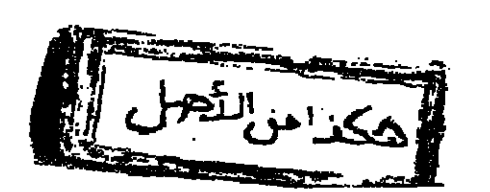
Das Aufeinanderprallen der wissenschaftlichen Zivilisation einerseits mit den gewachsenen politischen und ökonomischen Bezügen andererseits drückt sich auch in den Sprachen aus, die unsere Gesellschaft ausbildet. In der wissenschaftlichen Zivilisation verständigt man sich vor allem durch Formeln oder Sprachkürzel, die dann im politischen Raum auf die Defensivsprache der Juristen und die Reglementierungssprache der Bürokraten treffen. Die Glaubenssprachen der politischen Parteien stehen diesen Prozessen relativ hilflos gegenüber.

Wenn wir die Domino-Reihe des Geschehens wieder durch einen verbundenen Kreislauf ersetzen wollen, ist es notwendig, daß die Politik ihr Privileg der Zielbestimmung wiedergewinnt. Voraussetzung dafür ist die rechtzeitige und zureichende Information der politischen Eliten über die Entwicklungstrends der Wissenschaft, die öffentliche Debatte inhaltlicher Alternativen und die Beteiligung der jeweils Betroffenen an solchen Diskussionen.

Die Hinwendung in manchen Teilen unserer Gesellschaft zu neuen Formen der Mystik oder der Glaubensbehauptungen ist keine angemessene, keine wirksame Antwort auf die Herausforderungen der wissenschaftlichen Zivilisation. Den Produkten wissenschaftlicher Rationalität läßt sich nicht mit Bekenntnissen pro oder contra begegnen, sondern nur mit Wissen, Einsicht und Übersicht.

Demokratie braucht in ihrer öffentlichen Meinungsbildung klare Zielalternativen, zwischen denen Menschen sich entscheiden können. Und sie bedarf einer Sprache, die die Bürger verstehen.





Der Abschied von Bremen ist eine Rückkehr zur Partei

Die Bremer SPD verliert ihr Markenzeichen: Hans Koschnick wird nach fast zwei Jahrzehnten Amtszeit im September sein Bürgermeisteramt abgeben, als außenpolitischer Makler für die SPD durch die Welt reisen und von 1987 an als Bundestagsabgeordneter nach Bonn ziehen.

Von PETER PHILIPPS

Parteichef Willy Brandt muß schon frühzeitig die richtige Witterung gehabt haben: Auf dem Berliner SPD-Parteitag 1979 begleitete er Hans Koschnicks selbstgewählten Abschied vom Amt des stellvertretenden Vorsitzenden mit den einschränkenden Worten: „Du hast der Bremer Aufgabe – jedenfalls für die jetzt vor Dir liegenden Jahre – Priorität gegeben." Diese Jahre sind nun abgelaufen, Schnellsprecher und -denker Koschnick, vom politischen Freund wie Gegner hochgeachtet und ohne Feinde, kehrt seinem Bremer Rathaus den Rücken und kehrt zur Parteiarbeit zurück.

Natürlich tauchte, als Koschnick am Wochenende vor dem Bremer Parteivorstand und der Öffentlichkeit das einwöchige Gemunkel mit seiner Rücktrittsankündigung für den 17. September beendete, sofort die Frage auf, ob er amtsmüde ist, vor den Bremer Problemen im Ganzen und denen mit seinen örtlichen Genossen im Besonderen nun resigniert. Die Antwort war ein so typischer Koschnick, daß man ihn in seiner die Worte haspelnden, fast verschluckenden breiten norddeutschen Sprechweise selbst im schriftlichen Text noch zu hören meint: „Ich habe kein politisches Testament zu machen. Ich bin noch sehr lebendig."

Die Probleme seines Hanse-Stadt-Staates, die sich in Stichworten wie Werften- und Fischerei-Krise, Rekord-Verschuldung und -Arbeitslosigkeit fassen lassen, waren einer der vordergründigen Fakten, die ihn 1979 auf sein Amt als Brandt-Vize in der SPD verzichten ließen: „Bremen braucht einen ganzen Mann", sagte er damals und krempelte die Ärmel hoch. Auch seine örtliche Partei, in jener Zeit aufmüpfig und umtriebig wie wenige andere Landesorganisationen, brauchte ihn, der seine politische Karriere ebenfalls als rebellischer Jung-Genosse in harten Kämpfen mit dem legendären Wilhelm Kaisen begonnen hatte und deshalb viel Verständnis für die nachdrängenden Henning Scherf & Co. aufbrachte. Auch ohne an der Spitze der Partei zu stehen, drückte er ihr seinen Stempel und seinen Willen auf, brachte sie wieder genauso in ruhigere Fahrwasser und aus den Schlagzeilen der Medien wie die von ihm mitbegründete Bremer Universität.

Aber hinter all diesen Dingen stand auch die Enttäuschung über die Erfahrungen in seinem formell so hohen Parteiamt. Die Wochenzeitung „Die Zeit" faßte dies damals in der Überschrift zusammen: „Der Vierte läßt die Troika allein". Nun gibt es die Troika nicht mehr, sondern nur noch den über die Jahre engen Koschnick-Freund Brandt, der einerseits froh ist über die künftig auch räumlich wieder größere Nähe, der zugleich aber den Garanten für eine absolute SPD-Mehrheit an der Weser am späten Freitagabend in seiner Wohnung in Unkel als letzter und einflußreichster lange bekniete, Senatspräsident zu bleiben. Denn über die Länder und Gemeinden soll die SPD nach Brandts Plänen die Rückkehr an die Macht in Bonn schaffen – ohne Koschnick ein sehr riskantes Manöver in Bremen.

Als „jungen Mann" hatten sich die „Großen Drei" Brandt, Wehner und Schmidt Koschnick ausgeguckt, um sich von ihm als ersten Stellvertreter des Parteichefs entlasten zu lassen. Und in der Tat wurde es vor allem ein dementsprechend enttäuschendes Zuarbeiter- und Lückenbüßer-Dasein, das der Selfemademan aus dem Bremer Werft-Bezirk Gröpelingen, der am liebsten alles allein macht und in Apparaten nur ein Instrument sieht, sein atemberaubendes Tempo zu drosseln, in der „Baracke" in Bonn erlebte. Er wurde mürbe und müde – noch schneller dadurch, daß er der einzige war, der innerhalb der miteinander *fast* verfeindeten Troika von allen geschätzt und damit auch pausenlos zu Vermittlerdiensten benötigt wurde.

Seine Freundschaft zu Brandt überstand dies, der Respekt gegenüber Wehner ist ungebrochen, doch Differenzen mit dem Hamburger Hanse-Konkurrenten Schmidt blieben als Ballast im Bauch des Parteischiffes liegen. Die unmögliche Situation auf der Kommandobrücke wurde dadurch komplett, daß die formale Nummer Zwei der Partei außer mit drei Nummer Einsen auch noch Egon Bahr in der Sonderstellung des Bundesgeschäftsführers zu verkraften hatte. „Geradezu vergnügt" sahen ihn 1979 die Bonner Beobachter, als der Entschluß endlich bekannt wurde, daß Koschnick allen bundespolitischen Träumen erst einmal Ade sagte und sich – vorläufig – endgültig in seine Bremer Domäne zurückzog. Die Vision des potentiellen Brandt-Nachfolgers war schon lange zuvor zuende.

Gut 18 Jahre hat der 56jährige als verfassungsmäßiger „primus inter pares" dem Senatskollegium in Bremen vorgestanden, mit seiner fast konkurrenzlosen Fixigkeit und Härte, seinem durch ein Elefantengedächtnis jederzeit nutzbaren Erfahrungsschatz sowie Charme und Witz das schwierige Geschäft besorgt. Die in Bremen fast in der Diaspora lebende CDU hatte längst erkannt, daß gegen den in der Bevölkerung populären Bürgermeister kein Land zu gewinnen war, der sein Ansehen durch den Satz steigerte: „Was soll das Gefasel von der Ideologie. Die ökonomischen Fakten müssen stimmen."



Wehner, Koschnick, Brandt und Schmidt: sie waren in den 70er Jahren das Führungsquartett der SPD. Es blieb nur Willy Brandt. FOTO: JUPP DARCHINGER

Als er kürzlich gemeinsam mit Willy Brandt in Moskau war und dem neuen Kreml-Herrn Gorbatschow seine Aufwartung machte, war wieder ein sehr gelöster Koschnick zu beobachten, der aus seiner erwachten Reiselust kein Hehl machte. Am Sonntag, nachdem er die Last mit seiner öffentlichen Erklärung von seinen Schultern gewuchtet hatte, brach er zur nächsten Tour auf, diesmal in die USA.

Wer mit Bremer Kaufleuten spricht, weiß, wie wertvoll seine Reisen auch für die heimische Wirtschaft jeweils gewesen sind. Doch in Zukunft sollen sie stärker im Dienste der Partei stehen. Willy Brandt steckte ihm öffentlich ein weites Terrain ab: „Hans Koschnick wird in Zukunft zu den herausragenden Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie gehören, für die er wichtige Aufgaben im nationalen und internationalen Rahmen wahrnimmt."



Der Niedergang der Werften war nur eine Bremer Hürde, die Koschnick überwinden mußte FOTO: DPA

Die Verankerung wird eine dreifache sein: Als – bereits amtierender – Vorsitzender der Kommission für internationale Beziehungen im Parteivorstand, als Präsidiumsmitglied und in absehbarer Zeit als Vormann der parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Von ihm selbst zwar erst einmal als „dummes Zeug" bezeichnet, pfeifen es dennoch die Spatzen von den Dächern in Bonn: In einem „Schattenkabinett" von Kanzlerkandidat Rau wird sein Platz als potentieller Außenminister sein.

So radikal, wie Koschnicks Rückzug 1979 nach Bremen war, wird auch jetzt der Weg zurück sein: Zum ersten Mal in seinem langen Politikerleben will der Mann, der in seinen Reden zwar immer Zeit genug findet, „So-zi-al-demokraten" zu sagen, aber das Wort „Bu'republik" fast verschluckt, 1987 auch für den Bundestag kandidieren, und dies nicht in Bremen. Denn nach seinem Rücktritt im Herbst will er sein gesamtes politisches Gewicht in die Waagschale werfen, um dem SPD-Kandidaten Gerhard Schröder in Niedersachsen gegen Ernst Albrecht zum Sieg zu verhelfen. Und in diesem Nachbarland wird er auch seinen Wahlkreis finden.

Hans Koschnick, Sohn eines Gewerkschaftssekretärs der AG Weser, in dessen „Elternhaus Marx gut bekannt" war, der Pragmatiker und Sieger-Typ, hat seine Zukunft gut geplant. Doch seine Bremer Genossen müssen mit einer riesengroßen und überraschend aufgerissenen Lücke fertig werden. Zwar wurde der Bürgermeister vor seiner letzten Wahl in einer tumultartigen Betriebsversammlung, als er die Todesnachricht für die AG Weser selbst überbrachte, als „Arbeiterverräter" beschimpft, ihm Parteibücher entgegengeschleudert, doch die Wähler statteten ihn erneut mit einer satten absoluten Mehrheit aus. „Wenn ihr mich nicht mehr haben wollt, müßt ihr mir das sagen", war damals seine, die Betroffenheit kaum überspielende flapsige Antwort gewesen.

Sie wollten ihn weiterhin, aber nun müssen sich der von Koschnick genannte Fraktionschef Klaus Wedemeier und der selbsternannte Kandidat Henning Scherf am 9. Juli auf einem Parteitag um das Erbe und damit die sehr großen Schuhe streiten, die Koschnick zurückläßt. Wie gesagt: „Ich habe kein politisches Testament zu machen."

Streit um ein „Weißbuch", das es nicht gibt

Verhindert das Auswärtige Amt und damit Minister Genscher ein neues „Weißbuch" über die Lage der Deutschen in Osteuropa? Eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten meint: Ja.

Von JÜRGEN LIMINSKI

Um die Menschenrechte der Deutschen in der „DDR" ist es schlecht bestellt. Das geht aus dem jüngsten Weißbuch des amerikanischen Außenministeriums hervor, das das State Departement alljährlich im Dezember erstellt. Auch in der Bundesrepublik gibt es ein „Weißbuch über die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa". Es wurde von der CDU/CSU-Fraktion herausgegeben. Das war im Oktober 1977.

Die damalige Bundesregierung wollte kein eigenes Weißbuch veröffentlichen. Der umfassende, heute aber teilweise überholte Bericht der Union nimmt Bezug auf die KSZE-Schlußakte, die am ersten August 1975 in Helsinki unterzeichnet wurde und auf das Nachfolgetreffen der KSZE-Länder in Belgrad. In dem Dokument heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist durch Verfassungsrecht und menschliche Solidarität in besonderem Maße verpflichtet und nach Völkerrecht berechtigt, in Belgrad als Anwalt der Deutschen aufzutreten. Die Vertreter der 35 Unterzeichnerstaaten können ihren Auftrag in Belgrad nur auf der Grundlage einer umfassenden und genauen Kenntnis aller für die menschenrechtliche Lage in Europa wichtigen Tatsachen und der seit Helsinki aufgetretenen Probleme erfüllen. Dazu will das von der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vorgelegte Weißbuch über die Lage der Menschenrechte in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa beitragen. Gezeichnet: Dr. Helmut Kohl"

Ein Weißbuch, ähnlich wie aus den USA

Namhafte Gruppen im Deutschen Bundestag bemühen sich seit Jahren, das Weißbuch fortzuschreiben oder auf Regierungsebene, ähnlich wie in den USA, einen zur Veröffentlichung geeigneten Bericht zu veranlassen. Die CSU-Landesgruppe beschloß auf ihrer Klausurtagung am 14. Januar 1984: „Fortführung des Weißbuchs der Fraktion aus dem Jahre 1977 über die menschenrechtliche Lage der Deutschen in Mitteldeutschland, den Ostgebieten und den übrigen Ländern des Ostblocks." Ein Jahr später, ebenfalls auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe wurde ein ähnlicher Beschluß einstimmig verabschiedet. Es liegt ferner ein Gruppenantrag mit rund fünfzig Unterschriften aus der gesamten Unionsfraktion „auf dem Tisch". Seine Einbringung wurde zurückgestellt, weil Hoffnung bestand, daß die Regierung sich dieses Anliegens annehmen würde. Motor der parlamentarischen Initiative ist der Außen- und Deutschlandpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Hans Graf Huyn.

Er steht nicht allein. Die parlamentarische Initiative wird von der Fraktionsspitze „mitgetragen", vom Innerdeutschen Ministerium unterstützt und auch von dem deutschlandpolitischen Sprecher der FDP, Uwe Ronneburger gefördert. Zusammen mit seinem Amtskollegen von der CDU, Eduard Lintner, und abgestützt durch Abgeordnete wie Volker Rühe und Herbert Wehner, teilte Ronneburger im Pressedienst der Union mit, „die Bundesregierung zu ersuchen, rechtzeitig vor Beginn der KSZE-Menschenrechtskonferenz in Ottawa über ihre beabsichtigte Stellungnahme zur Verwirklichung der Prinzipien in Korb VII zu berichten. Dieser Bericht soll im Deutschen Bundestag diskutiert werden".

Ein Fraktionsspitzengespräch ergibt, daß der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger in einem Brief an den Bundeskanzler die Bitte aussprechen soll, rechtzeitig vor Beginn der Ottawa-Menschenrechtskonferenz einen Bericht der Bundesregierung zur Lage der Menschenrechte in Osteuropa einschließlich der „DDR" abzugeben. In dem Brief heißt es: „Am 17. Januar 1985 habe ich mit den Kollegen Dr. Waigel, Rühe und Lintner ein Koordinierungsgespräch über deutschlandpolitische Themen geführt, an dem auch die Bundesminister Windelen und Dr. Schäuble teilgenommen haben. Im Ergebnis dieses Gesprächs richtet die Fraktion der CDU/CSU den Wunsch an die Bundesregierung", noch vor Beginn der Ottawa-Konferenz den Menschenrechtsbericht vorzulegen. „Dieser Bericht der Bundesregierung soll die Grundlage einer Aussprache im Plenum des Deutschen Bundestages bilden".

Auf der Tagung der Internationalen Parlamentariergruppe für Menschenrechte in der Sowjetunion war die Neuauflage oder Fortschreibung des Weißbuchs ebenfalls ein Thema. Der Leiter dieses Gremiums, der Amerikaner Paul W. Meek bat sogar schriftlich darum. Die Organisation „Hilferufe von drüben" richtete am 1. Dezember 1984 offiziell die Bitte an die Bundesregierung, ein neues Weißbuch zu erstellen.

Auch das Kabinett beschäftigte sich mit der Initiative. Sie war Gegenstand von Beratungen. Der verstorbene Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, zeigte, wie er Graf Huyn am 4. Apri mitteilte, volles Einverständnis mit der Initiative, auch wenn das Kabinett darüber „noch nicht entschieden" habe.

Die parlamentarische Initiative entbehrt aber offensichtlich der Unterstützung durch die Spitze des Auswärtigen Amts. Jedenfalls zeigt sich Bundesaußenminister Genscher wenig interessiert, eine Aktualisierung des Weißbuchs zu betreiben. Denn im Auswärtigen Amt gibt es, wie der Leiter der deutschen Delegation für die Konferenz von Ottawa, Botschafter Eickhoff, dem CSU-Politiker Graf Huyn am 19. April sagte, noch keinerlei Weisung, eine Dokumentation über die menschenrechtliche Lage der Deutschen im Bereich der Staaten des Warschauer Pakts vorzubereiten. In Bonn heißt es sogar, Genscher habe versucht in einem Koalitionsgespräch diesen Bericht und eine Debatte darüber im Deutschen Bundestag abzublocken.

Sicher ist: Das Auswärtige Amt hat bislang verhindert, daß die Dokumentation rechtzeitig vor der Menschenrechtskonferenz von Ottawa vorlag, – „entgegen den Vereinbarungen, die am 24. Januar 1985 zwischen Mitgliedern der Fraktionsführungen sowie der Deutschlandpolitiker der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP getroffen und von den Kollegen Lintner und Ronneburger am 1. März d. J. in einer gemeinsamen Presseerklärung bestätigt worden sind." So Huyn in einem Brief am 25. Mai an seinen Landesgruppenvorsitzenden Waigel. Huyn weiter: „Der Bundesaußenminister hat sich also über den Willen des Parlaments hinweggesetzt."

In der Unionsfraktion hält man dennoch nach wie vor an dem Vorhaben fest, eine Debatte über die menschenrechtliche Situation der Deutschen in Osteuropa im Deutschen Bundestag zu führen. Das Entscheidende aber ist, so Huyn im selben Brief, „daß die Bundesregierung nun nicht lediglich einen Bericht über den Verlauf des Ottawa-Treffens abgibt, sondern – wie es die Vertreter unserer Fraktion mit denen der FDP in der Sitzung vom 24. Januar des Jahres beschlossen haben – einen Bericht über die Verwirklichung des Prinzips VII und des Corps III der KSZE-Schlußakte sowie des Madrider Dokuments betreffend die Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereich unter besonderer Berücksichtigung der menschenrechtlichen Situation der Deutschen im Bereich der Staaten des Warschauer Pakts vorlegt, der geeignet ist, als Dokumentation veröffentlicht zu werden."

Die Antwort hieß: keine Antwort

Ein Terminende für Bericht und Debatte hätte gute Bezugspunkte: Rückblick auf 10 Jahre KSZE und Vorschau auf die KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien 1986.

In diesem Sinne wurden die Bemühungen fortgeführt. Am 12. Juni aber erschien ein Emissär des Auswärtigen Amts bei dem CSU-Politiker Graf Huyn. Sein Anliegen: Er habe Auftrag vom Ministerbüro des Auswärtigen Amts, vorzufühlen, wie die Reaktion wäre, wenn die für den 27.6. ins Auge gefaßte Debatte nicht stattfinden würde. Huyn verwies auf die seit Jahren andauernden vergeblichen Bemühungen von seiten des Parlaments und der Parteien und erklärt dem Beamten, er erwarte noch am selben Tag eine verbindliche Mitteilung des Auswärtigen Amts, ob der Bundesminister des Auswärtigen bereit sei, den vorgesehenen umfassenden Bericht über die menschenrechtliche Lage der Deutschen im Bundestag abzugeben, und zwar in umfassender und detaillierter Form, so daß er sich für eine Drucklegung als Dokument in deutscher und englischer Sprache eigne. Am gleichen Nachmittag schon kommt die Antwort, daß eine Antwort nicht möglich sei, da der Bundesminister sich in Portugal aufhalte.

Darauf schrieb der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik der Unionsfraktion, Eduard Lindner, am 7.5. an den parlamentarischen Geschäftsführer Seiters (mit Ablichtung an Herrn Schäuble, Bundeskanzleramt), die „Unterzeichner des Gruppenantrags würden nun ihre bisherige Zurückhaltung aufgeben", da es nun kaum noch zu der angestrebten Regierungserklärung kommen werde. Es sei denn, im Auswärtigen Amt oder andernorts würden plötzlich dementsprechende Weisungen erteilt.

160 000 beim Treffen in Hannover / Beifall und Pfiffe für Kohl / Die Jugend setzt auf die Zukunft

„Weitere Vertreibung darf nicht folgen“

GEORG BAUER, Hannover

Über die Stimmung in der Halle 7 auf dem Messegelände in Hannover ließen die Schlesier den Bundeskanzler nicht im Zweifel. Kaum hatte er pünktlich um 11 Uhr die Halle betreten, begrüßte ihn die Menge mit Beifall und dem „Schlesierlied“. Von Reihe zu Reihe pflanzte sich der Gesang fort, bis aus mehreren tausend Kehlen es Kohl entgegenschallte: „Heil Schlesierland, heil Heimatland. Wir sehn uns wieder am Oderstrand.“ Der Aufmarsch der Fahnen ehemaliger Landesteile des Deutschen Reiches, einzeln vorgestellt, unterstrich die mit Emotionen befrachtete Atmosphäre.

Der Umstände seines im In- und Ausland mit Spannung erwarteten Auftritts vor der Landsmannschaft, die zum letzten Mal 1965 mit Ludwig Erhard einen Bundeskanzler begrüßt hatte, war sich Kohl bewußt. Ein klares Bild der Bonner Ostpolitik, so hatten es nicht nur die Vertriebenen zum Ausdruck gebracht, sollte vom Kanzler bei seinem Auftritt in Hannover entworfen werden.

Die Kernaussagen von Kohl: Realismus, ohne Aufgabe der Rechtsposition zur deutschen Frage und Aussöhnung mit den Nachbarn, insbesondere mit den Polen. So mahnte er in seiner mit Beifall, aber auch mit Pfiffen begleiteten Rede, die Bundesrepublik Deutschland könne und dürfe für sich allein die bestehende Rechtslage nicht ändern. Unter Hinweis gerade auf die Polen fuhr er fort, von dieser Rechtsposition gehe keine Bedrohung für unsere Nachbarn aus.

Ebenso wie die Vertriebenen nannte der Kanzler, der sich in seiner Ansprache gegen Extremismen rechter wie linker Couleur wandte, die Vertreibung von Millionen von Deutschen ein Unrecht. Kohl: „Vom Standpunkt des Rechts und der Moral steht es aber ebenso außer Frage, daß dem nicht das Unrecht einer weiteren Vertreibung folgen darf.“ Mit den Worten, in Schlesien lebten heute überwiegend polnische Familien, denen diese Landschaft inzwischen zur Heimat geworden sei, erkannte Kohl das Heimatrecht der Polen an. Dieses werde geachtet und nicht in Frage gestellt, meinte er mit Blick auf Forderungen aus der Landsmannschaft.

Gleich zu Beginn seiner Rede hatte der Bonner Regierungschef betont, daß er seine umstrittene Entscheidung zu einem Besuch bei den Schlesiern auch nicht von „extremistischen Schreibern beeinträchtigen“ lasse, die mit ihren „unqualifizierten Äußerungen ganz gewiß dem Ansehen der Schlesier und ihrer Landsmannschaft“ schadeten.

Er bitte die Landsmannschaft, die bereits fünf Jahre nach dem Kriegsende in der Stuttgarter Charta auf Vergeltung verzichtet habe, sich eindeutig von den wenigen Außenseitern zu distanzieren, die „frevelhaft mit dem Gedanken gewaltsamer Veränderung in Europa“ spielten.

Ähnlich der Aussöhnung mit Frankreich und Israel bemühe sich die Bundesrepublik um einen Ausgleich mit Polen, das ein vorrangiges Ziel deutscher Außenpolitik sei. Der Warschauer Vertrag von 1970 habe wichtige Voraussetzungen für die Aussöhnung und die Festigung des Friedens in Europa geschaffen. Er wahre die deutschen Rechtspositionen und schaffe keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen. Er, Kohl, forderte die polnische Seite auf, den Warschauer Vertrag nicht in einen Gegensatz zum Friedensvertragsvorbehalt für Deutschland als Ganzes zu stellen. Die deutsche Frage als europäische Zentralfrage solle und könne nur im Einverständnis mit allen Nachbarn, auch mit dem polnischen Volk, gelöst werden.

Als Möglichkeit für eine bessere Verständigung schlug Kohl nach dem Vorbild des deutsch-französischen Jugendwerkes die Gründung eines deutsch-polnischen Forums vor. Im Gegensatz zu Äußerungen von polnischer Seite, die die Existenz deutscher Minderheiten leugnen, hob der Kanzler hervor, daß die Bundesrepublik der Sachwalter dieser Volksgruppe sei. Sie habe ein Recht auf die Pflege ihrer kulturellen Eigenheit, der Sprache und des Brauchtums. Wenn Warschau seine Verpflichtungen aus dem internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte wirklich ernst nähme, wäre ein solider Pfeiler für die Brücke der deutsch-polnischen Verständigung gebaut, mahnte Kohl.

Nach dem Auftritt des Kanzlers fanden die Schlesier wieder zu sich

Von JOACHIM NEANDER

Genaugenommen müßte man sagen: Was am Sonntag im Fernsehen zu sehen war, vom Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover, der Kanzler, das Gedränge der fast 9000, die hektischen Journalisten, der aufgeregte Beifall und die schrillen Pfiffe – das war eigentlich nur eine dreistündige Unterbrechung des Schlesiertreffens. Die Schlesier für drei Stunden unter der künstlichen Höhensonne des öffentlichen Interesses, ein aufgeheiztes Exotarium der deutschen Politik.

Die Verwandlung war körperlich zu spüren. Um 11.00 Uhr sollte die Kundgebung mit dem Kanzler in der riesigen Halle 7 beginnen. Aber schon um 9.00 Uhr waren die über 9000 Stühle besetzt, nicht etwa mit ungeduldig wartenden, sondern zum größten Teil mit andächtigen Besuchern des um diese Zeit angesetzten katholischen Gottesdienstes.

So stießen die in- und ausländischen Fernsehleute, die kurz vor 10.00 Uhr vorne am Podium ihre Gerätschaften aufbauten, auf ein sicher wohl verblüffendes Bild. Statt der vielleicht erwarteten (oder erhofften) Revanchisten Gläubige, die mit gefalteten Händen in den Gängen langsam nach vorne schritten, um an den von der Polizei aufgestellten Absperrgittern die Heilige Kommunion zu empfangen. Ein Bild von bedrückender Zwiespältigkeit.

Der größere Teil der Gottesdienstbesucher blieb einfach gleich in der Halle sitzen. Andere kamen hinzu. Wie sich da Andacht allmählich in jenen Erwartungskitzel verwandelte, der alle politischen Massenveranstaltungen beherrscht, das war für jeden, der das nicht von außen, sondern mitten drin verfolgt hat, ein fast deprimierendes Erlebnis.

Unter dieser Voraussetzung muß das Echo der 9000 Zuhörer auf die Rede bewertet werden. Man kann es auch nicht auf einen Nenner bringen. Etwa die Hälfte der Menschen trat überhaupt nur zweimal aktiv auf den Plan: mit freundlichem Beifall am Anfang und am Schluß der Rede, eine Geste für den Ehrengast.

Der Rest setzte mit Klatschen oder Nicht-Klatschen, Zwischenrufen oder gar Pfiffen, zum Teil mit Trillerpfeifen inhaltliche Akzente. Starker Beifall jedesmal, wenn Kohl vom Leid der Vertreibung, von der Geschichte Schlesiens, von der Unteilbarkeit der deutschen Nation und vom Rechtsstandpunkt der Bundesregierung und des Bundesverfassungsgerichts sprach. Und auch dann, schwächer zwar und gelegentlich durch schrille Proteste übertönt, wenn Kohl die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa, die Versöhnung mit den Polen, die deutsche Schuld am Krieg oder den schlesischen Widerstand im Dritten Reich erwähnte.

Soweit zu erkennen, nur ein einziges Transparent von links: „Schlesien heißt Slask, so muß es bleiben“. Nur Sekunden war es zu lesen, dann hatten die Nachbarn es weggezerrt. Etwa zwei Dutzend kleine Schilder: „Schlesien bleibt unser“ oder „Schlesien ist deutsch“. Zwei oder drei größere Transparente rechtsradikalen und beleidigenden Inhalts. Auch hier teilweise der Versuch der anderen, die Störung zu verhindern, die Transparente einzuziehen. Und im Mittelgang schließlich ein Häuflein von etwa zwei Dutzend blutjungen Neonazis, die mit schwarz-weiß-roter Fahne, Sprechchören („Widerstand“, „NATO weg“, „Polenkanzler“) und heiser geschrienen Liedern versuchten, die Aufmerksamkeit vor allem der Fernsehkameras zu erhaschen.

Zwei von ihnen ließen sich am Schluß auf den Schultern ihrer Kumpel aus dem Saal tragen. In den Augen der Umstehenden Verachtung, aber auch Angst. Ein Kriegsversehrter schwingt drohend eine Krücke. Tränen in den Augen: „Ihr Idioten. Dafür hat man sich kaputtschießen lassen, daß ihr uns jetzt alles verderbt!“ Einer der „Helden“ wurde von der Polizei abgeführt. Andere hielt man draußen zur Feststellung der Personalien fest.

Das Schlesiertreffen verwandelte sich langsam wieder in das Schlesiertreffen. Insgesamt sind nach Angaben der Landsmannschaft 160 000 in Hannover versammelt gewesen. Das ist beileibe kein unpolitisches Erinnerungstreffen mit tränenreicher Umarmung, Fotoalben, Adressentausch, Erinnerungsschallplatten, schlesischer Wurst, hannoverschem Bier und verkaterter Heimreise.

Gewiß, eine verwirrende Vielfalt. Man trifft sich wie alle zwei Jahre. Die Vereinigung schlesischer Adel, die Angehörigen der Kreissparkasse Breslau. Dorf- und straßenweise geordnet, hocken sie fast den ganzen Tag auf den harten Holzbänken in den riesigen kahlen Messehallen. Unterschiede: Einige haben unter dem Schild mit ihrem alten Heimatort ungelenk „Bleibt unser“ gemalt, andere (aus Protest?) den heutigen polnischen Namen. An einigen oberschlesischen Treffpunkten wird ungeniert, begeistert reinstes Polnisch geredet. Ein hübsches Mädchen aus einer Volkstanzgruppe: unten schlesische Tracht, oben gelbgefärbte Punkfrisur, dazwischen ein nettes natürliches Lächeln, das alle verdutzten Fragen überflüssig macht.

Das sind Schlesier, keine Ex-Schlesier. Ihre Schlesien-Diskussion, das merkt man bald, wenn man ihre Gespräche belauscht, hat nicht vor ein paar Wochen begonnen, wie die der Politiker, und sie ist auch nicht so kurzatmig wie sie.

Manchmal geht die Frage, das Unerledigte, mitten durch die Familie. Mein Nachbar bei der Kundgebung ist Anfang 60. Er fährt fast jedes Jahr nach Schlesien. Er hat drüben polnische Freunde, einer ist der Taxifahrer, der ihn bei seinen Besuchen jedesmal umherfährt. Er schreibt ihm Briefe: „Ich freue mich schon wieder auf die Zeit, wo wir beide durch unsere schöne Heimat fahren.“ Aber seine Frau, sagt der Stuhlnachbar in Halle 7, fährt nie mit, auch nicht zu den Schlesiertreffen. Sie hat noch unauslöschlich das Bild vor sich, wie die Polen am 9. Mai 1945 ihren Vater durch die Straßen gejagt und am Ende der Straße erschossen haben. Kann sie da wieder hinfahren?

Natürlich sind die Vertriebenen und ihre Verbände seit Jahren stärker den verschiedensten rechtsradikalen Bemühungen ausgesetzt als andere Gruppen. Aber sie scheinen sich eine Art Immunität dagegen zugelegt zu haben: das dicke Fell des längeren Atems. Als Kohl an diesem Sonntag zu den Schlesiern kommt, ist das halbe Messegelände mit kleinen Plakaten zugeklebt: „Auf Kohl verzichten wir notfalls, auf Schlesien nicht.“

Die Suche nach Ideen für eine Aussöhnung

MICHAEL JACH, Hannover

„Schlesien hat Zukunft.“ Für das Deutschlandtreffen der Schlesier hatte die Schlesische Jugend mit ihrem selbstbewußten Arbeitsmotto nicht zuviel versprochen. Abgesehen von der Hauptkundgebung mit dem Bundeskanzler am Sonntag wurden die politischen Akzente des Wochenendes in Hannover vorwiegend auf dem stark beachteten deutschlandpolitischen Kongreß des Jugendverbandes gesetzt. Beherrschendes Thema: die Suche nach Ideen für eine frei entschiedene deutsch-polnische Aussöhnung, die dem Gebot der Rechtlichkeit für beide Völker genügt. Hartmut Koschyk, der Bundesvorsitzende der Schlesischen Jugend, gab die Zielrichtung so an: „Für uns ist es ein gemeinsamer Auftrag und eine gemeinsame Chance junger Deutscher und junger Polen, nach diesen neuen Formen des Zusammenlebens in Europa zu suchen, die den Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt durchbrechen.“

Politisch-programmatisches Nachdenken prägt denn auch die vielfältigen Vorträge und Diskussionen des Jugendkongresses. So rief der Mainzer Historiker Prof. Josef Joachim Menzel seinen Zuhörern „das europäische Aufbauwerk der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung“ – eines Brückenwerkes zwischen den Völkern, errichtet „mit Pflugscharen, nicht mit Schwertern“ – in Erinnerung und entwickelte daraus Modellvorstellungen *für einen deutsch-polnischen* Neubeginn jenseits von Oder und Neiße. Der Wiener Völkerrechtler Prof. Felix Ermacora forderte dazu auf, den folgenschweren Nationalismus der europäischen Staatsvölker zu überwinden durch ein europäisches Volksgruppenrecht, das auch den Minderheitsnationalitäten auf dem bunten Teppich der Siedlungsgebiete des alten Kontinents eine selbstbestimmte politische und kulturelle Existenz eröffnet. Der Schlesischen Jugend geht es dabei derzeit vorrangig um die vorenthaltenen Menschen- und Gruppenrechte der mehr als eine Million Deutschen, die heute noch jenseits von Oder und Neiße leben.

Das Jugendprogramm dieses Schlesiertreffens tat damit erste Schritte, um jenen Ideenrahmen auszufüllen, den der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, Ende voriger Woche umrissen hatte als „Vision“ einer Zukunft der alten deutschen Ostgebiete in gemmeinsamer deutsch-polnischer Verantwortung. Hier gewann die Zielvorstellung einer gerechten Friedensordnung für ganz Europa, die in der Charta der Vertriebenen 1950 angelegt wurde, erkennbare Konturen.

Voraussetzung dafür bleibe indessen, die deutsche Frage als Kernproblem der Teilung Europas nicht einfach als „erledigt“ zu behandeln. Ottfried Hennig, Ostpreußensprecher und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, ließ zur Eröffnung des Jugendkongresses keinen Zweifel an der diesbezüglichen Position der Bundesregierung.

Ganz anderer Ansicht sind Jungsozialisten und Grüne. Sie sahen „keinen Anlaß“, auf wiederholte Einladung der Schlesischen Jugend in Hannover die „deutsche Frage“ zu diskutieren. „Sie stellt sich nicht“, heißt es in einem gemeinsamen Brief. Statt dessen demonstrierten sie in Hannovers Innenstadt gegen das Schlesiertreffen: „Schlesien bleibt polnisch“.

Nicht verweigert haben den Austausch auch hart gegensätzlicher Argumente die Junge Union und die Jungen Liberalen: Das bayerische JU-Bundesvorstandsmitglied Joachim Herrmann und „Juli“-Bundesvorsitzender Guido Westerwelle bestritten gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Schlesierjugend eine Podiumsdiskussion zur deutschen Frage. Beide hatten vor einem deutschlandpolitisch sensiblen bis mißtrauischen schlesischen Publikum keinen leichten Stand, zumal da Westerwelle Positionen früherer sozialliberaler Ostpolitik vehement verteidigte. Andererseits hält er es für möglich, mit der Schlesischen Jugend Menschenrechtsaktionen für die Deutschen in Schlesien zu bestreiten; man habe ja auch schon miteinander für die polnische Freiheitsbewegung demonstriert. Joachim Herrmann wagte gar einen demonstrativen Schritt: Vom Podium herab erklärte er seinen Beitritt zur Schlesischen Jugend.

Weizsäcker: Kein Grund mehr für Furcht vor Begriff Nationalgefühl

ARD-Fernseh-Diskussion zum 17. Juni mit ehemaligen Schülern aus der „DDR“

hrk. Berlin

Für Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist das Festhalten der SED an der Mauer ein „Beweis in sich für die Zusammengehörigkeit der Deutschen und für ihr Streben zueinander“. Wären sich die Menschen auf beiden Seiten „gleichgültig“, bedürfte es der Mauer nicht, sagte er. In einer Diskussion mit Berliner Oberschülern – darunter mehrere junge „DDR“-Übersiedler – bezeichnete der Bundespräsident dieses Bauwerk als eine „idiotische und unmenschliche Angelegenheit“.

Weizsäckers Rundgespräch mit 25 mit der deutschen Frage und ihren Problemen besonders vertrauten Schülern war nahe der Mauer in der Gustav-Heinemann-Gesamtschule in Berlin-Marienfelde aufgezeichnet und gestern abend von der ARD ausgestrahlt worden.

Unter Leitung von Chefredakteur Joachim Braun (Sender Freies Berlin) äußerte sich von Weizsäcker zu Fragen der nationalen Einheit, zur Bedeutung des 17. Juni 1953 und zu theoretischen Modellen für eine Wiedervereinigung.

Eine aus der „DDR“ stammende Schülerin klagte dabei in eindringlichen Worten über viele Formen westlicher Gleichgültigkeit gegenüber den Landsleuten drüben: „Viele haben eigentlich überhaupt kein Gefühl mehr für Deutschland. Wenn ich sage, daß ich irgendwie an Deutschland hänge und auch irgendwo unter der Mauer leide, dann gucken die mich immer an ... und wenn ich von Nationalbewußtsein rede, dann hat das bei den meisten immer einen negativen Klang ... ist immer irgendwas Faschistisches oder Revanchistisches.“

Der Bundespräsident erwähnte daraufhin die „Perversion“ des Nationalgefühls durch die Nazis und den damit verbundenen „tiefen Schock“: „Aber ein normales, natürliches Nationalgefühl zu entdecken und zu entwickeln ist an sich etwas, was jedem Volk eignet. Und ich glaube, wir sind doch allmählich in der Lage, in der wir keinen Grund mehr haben, uns vor dem Begriff des Nationalgefühls zu fürchten.“

Den 17. Juni beschrieb von Weizsäcker als „Aufstand der Arbeiter in der DDR gegenüber dem System, dem sie sich ausgesetzt sahen. Einem System, das sie als unmenschlich und unfrei empfanden. Was diesen Tag vor allem auszeichnet und prägt und im Bewußtsein so tief verankert, das ist, wie Menschen aufgrund ihres eigenen inneren Gefühls von Menschenwürde und Freiheit protestierten und aufstanden ...“

Zu Wiedervereinigungsmodellen einer Konföderation oder anderen Möglichkeiten merkte von Weizsäcker an, die Vorstellung eines Zusammenschlusses von „DDR“ und Bundesrepublik sei angesichts ihrer Stärke und Bedeutung im jeweiligen Bündnis „allen unseren Nachbarn wenig geheuer“. Das Interesse der Bundesrepublik müsse sein, „die Freiheit, die wir haben, nicht zu verlieren. Und wie wir eigentlich in Berlin diese Freiheit, in der wir hier versammelt sind, behalten sollten, wenn wir unsere Verbündeten nicht hätten, das möchte ich mal wissen.“ Auf dem Boden dieser beschützten Freiheit müsse diese Freiheit benutzt werden, „um mit der anderen Seite die Beziehungen zu verbessern“. Diese Politik dürfe „nicht darauf abzielen, Grenzen zu verändern, sondern sie für die Menschen auf der anderen Seite erträglicher machen“.

Zur Meinung der Menschen in der „DDR“ erklärte von Weizsäcker aufgrund eigener Erfahrungen: „Wenn Sie sie fragen, ob sie der Meinung seien, als Preis der Wiedervereinigung sollten wir einen Teil unserer Freiheit bezahlen, damit wir einander näherkommen, dann werden sie Ihnen dringend empfehlen, das zu unterlassen. Sie wollen, daß sich die Freiheiten allmählich ausweiten, ausdehnen.“

Ein Zusammenfinden der Deutschen sei nur „in verhältnismäßig kleinen Schritten“ erreichbar. „Aber wir dürfen und sollten auf eine Entwicklung zählen, die damit rechnet, daß in den Menschen selbst ein so tiefer Drang nach eigener Bestätigung, nach Freiheit ... sitzt, daß Regierungen auf die Dauer das nicht unterdrücken und übergehen können.“

CDU: Fusion von Landesverbänden

dpa, Düsseldorf

Der Zusammenschluß der seit 40 Jahren eigenständigen CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe zu einem nordrhein-westfälischen Landesverband soll noch im Herbst dieses Jahres eingeleitet und 1987 abgeschlossen werden. Mit diesem Vorschlag hat eine Strukturkommission unter Leitung des westfälischen Parteivorsitzenden Biedenkopf erste Konsequenzen aus der Unionsniederlage bei der Landtagswahl am 12. Mai gezogen. Beide Landesverbände wollen über das Konzept am 9. August gemeinsam beraten. In einem Festakt würdigten Bundeskanzler Kohl und Bundestagspräsident Jenninger am Sonntag die Gründung des größten CDU-Landesverbandes Rheinland vor 40 Jahren. Mit dem Zusammenschluß evangelischer und katholischer Christen kurz nach dem Zusammenbruch sei der Grundstein der CDU gelegt worden, sagte Kohl.

„Keine Kontakte mit Volkskammer“

rtr, Köln

Offizielle Kontakte zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der „DDR“ werden vom Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, Gerhard Reddemann (CDU), abgelehnt. Reddemann nannte es „eine Augenwischerei, wenn der Deutsche Bundestag mit einer sogenannten Volkskammer redet, die ja kein Parlament ist“. Er äußerte sich zugleich besorgt, daß SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel nach seinen jüngsten Gesprächen mit führenden SED-Politikern sich von der „DDR“ für ihre Ziele einsetzen und ausnutzen lasse. „Er macht immer weiter gehendere Vorschläge, die auf die SED-Linie einschwenken“, sagte Reddemann. Der „DDR“-Regierung sollte nach seiner Ansicht gesagt werden, „daß sich keine demokratische Regierung auf die Dauer ein solches Spiel gefallen lassen kann“.

Kritik an „DDR“-Asylantenpraxis

dpa, Bonn

Zwischen Bonn und Ost-Berlin gibt es offenbar keine Erfolge in der Abwehr der Durchreise von ausländischen Asylanten durch die „DDR“ nach West-Berlin. Der Parlamentarische Staatssekretär Ottfried Hennig nannte in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven“ die „DDR“-Praxis einen „unfreundlichen Akt“. Der Grundlagenvertrag verlange, daß sich die Bundesrepublik und die DDR wie „gute Nachbarn“ aufführten. Mitte Mai hatte eine verstärkte Ausreisewelle von Rumänien über den „DDR“-Flughafen Schönefeld nach West-Berlin eingesetzt. Insgesamt seien in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 24 000 Asylanten über die „DDR“ eingereist, davon 17 000 über Ost-Berlin. Er nehme an, daß die Auslastung von Interflug und anderen Ostblock-Fluglinien dabei eine Rolle spiele. „Es kann auch sein, daß man uns Schwierigkeiten machen will.“

Südwest-SPD verpaßt Lang Denkzettel

XING-HU KUO, Waiblingen

Die gesamte SPD lehnt entschieden das amerikanische Weltraumverteidigungsprogramm SDI ab. Dies hat der Vorsitzende der SPD-Grundwerte-Kommission und stellvertretende Vorsitzende der Programmkommission der SPD, Erhard Eppler, auf dem am Sonntag beendeten Landesparteitag der baden-württembergischen Sozialdemokratie in Waiblingen erklärt. Unter großem Beifall der 320 Delegierten der Südwest-SPD, die von Eppler bis 1980 acht Jahre lang geführt worden war, richtete er massive Angriffe gegen die amerikanische Verteidigungspolitik und gegen die Bundesregierung in Bonn.

In dem Grundsatzreferat Epplers, „Politik braucht Visionen“, sagte er wörtlich: „Noch nie wurde die stärkste und reichste Weltmacht von einem solchen Gemisch aus technokratischem Größenwahn, ideologischer Borniertheit und politischer Ignoranz regiert.“ Eppler unterstrich die künftige SPD-Sicherheitspolitik mit dem Satz: „Wir werden alles tun, damit die Raketen, die wir nicht wollten, aus Mutlangen, Neu-Ulm und Heilbronn wieder verschwinden.“

Ferner forderte Eppler die Partei, nicht zuletzt in seinem südwestlichen Landesverband, auf, „den Ausstieg aus der Atomenergie vorzubereiten“. Die Politik von Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt nannte Eppler einen „tragischen Versuch, die Wachstumsgesellschaft der 60er Jahre wiederherzustellen“. Nach dieser „Tragödie“ folge das „Satyrspiel“ von Helmut Kohl.

Erwartungsgemäß wurde der bisherige Landesvorsitzende Ulrich Lang für weitere zwei Jahre als Landesvorsitzender gewählt. Allerdings erhielt er gegenüber 1983 erheblich weniger Stimmen. Auch seine wiedergewählten Stellverterter Ulrich Maurer, Siegfried Pommerenke und Harald B. Schäfer mußten zahlreiche Gegenstimmen und Enthaltungen registrieren. Vor allem Jusos und Frauen hatten während des dreitägigen Parteitages zum Teil herbe Kritik gegen Lang vorgetragen.

Lang selber hatte in einer Art Selbstkritik zugegeben, daß er kein „Volkstribun“ und deshalb weniger medienwirksam sei als etwa Ministerpräsident Lothar Späth (CDU). Durch den Satz, er werde nach der Bundestagswahl 1987 einen geeigneten Kandidaten für die Spitzenposition bei der Landtagswahl 1988 vorschlagen, wurde deutlich, daß er selber nicht mehr zur Verfügung steht. Der Parteitag verabschiedete einstimmig das neue Programm „Arbeit und Umwelt für eine ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft“.

Ein Verlust für die deutsche Außenpolitik

THOMAS KIELINGER, Bonn

Wenn es wahr ist, daß wir den uns gemäßen Tod finden, so hat Alois Mertes die Gnade eines sinnerfüllten Endes erfahren: Seine lebenslange Frage nach Deutschland war auch das Thema, mit dem er sich am letzten Tag seiner beruflichen Tätigkeit auseiandersetzte, Freiheit und Selbstbestimmung die letzten Gedanken, mit denen Mertes am Donnerstag vergangener Woche während eines Symposiums des Bundes der Vertriebenen im Bonner Hotel „Bristol“ vor seine Zuhörer trat. Dann ließ ihn, mitten im Satz, ein Schlaganfall stocken, dem er am Sonntagfrüh erlegen ist.

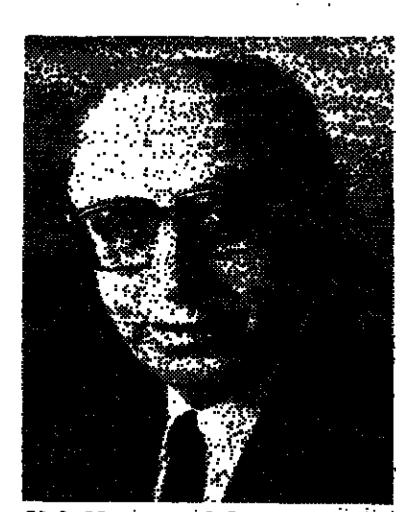
Mit Mertes' Tod geht ein Mann von seltenem charakterlichen und beruflichen Zuschnitt der deutschen Politik verloren. Die deutsche Außenpolitik wird diesen großen Sachverstand, die Berufskollegen diese scharfe analytische Begabung, viele Freunde und Mit-Denker – auch in den Medien – diesen auskunft- und hilfsbereiten Kollegen auf das schmerzlichste vermissen. Mertes gehörte zu dem Typus des Politikers, der sich erst eine ordentliche Berufserfahrung verschafft und historischen Überblick dazu, ehe er sich mit Leib und Seele dem politischen Tagesgeschäft verschreibt.

Insofern paßte er eigentlich nie in die Grundkategorie des „Berufspolitikers“ heutigen Zuschnitts, obwohl er alle Pflichten, die sich aus der politischen Alltagsarbeit ergeben – inklusive die Arbeit an der Basis, im Wahlkreis –, mit Akkuratesse und Hingabe absolvierte. Er stand unter einer großen geistigen Spannung, wie sie das Ausleben der „vita activa“ und der „vita contemplativa“ mit sich bringt: Zu geistvoll und sokratisch, um schnellen Handlungsanleitungen anheimzufallen, zu leidenschaftlich in das politische Wollen verstrickt, um sich mit der Verkündung akademischer Thesen zu begnügen.

Alois Mertes, geboren am 21. Oktober 1921 in Gerolstein/Eifel, wurde 1972 zum erstenmal für seinen Wahlkreis Bitburg-Daun-Wittlich als CDU-Abgeordneter in den deutschen Bundestag entsandt. Zuvor hatte der 1951 im Fach Geschichte Promovierte neunzehn Jahre dem Auswärtigen Dienst angehört, mit Stationen in Marseille, Zypern, Paris und Moskau. Überall leitete ihn seine Studien- und Lernbesessenheit: Fünf Sprachen, einschließlich des Russischen, beherrschte Mertes fließend. Nachdem die Sowjets ihn, nach der Ausweisung eines sowjetischen Spions in Bonn, 1966 zur Persona non grata erklärt hatten, kehrte er nach Bonn ans Außenministerium zurück, wo er bis zum Referatsleiter Europäische Sicherheit und Abrüstung aufstieg.

Im Glauben katholisch, im Denken scholastisch, im Fühlen dem Mitmenschen – auch in den Reihen der Opposition – aufgeschlossen, ging Alois Mertes überall auf die Wurzeln zurück. Begriffe wie „Sicherheit“ pflegte er nicht zu benutzen, ehe er sie nicht erst sauber definierte. Ein Gemenge wie „Sicherheitspartnerschaft“ mit der Sowjetunion konnte er daher nur ablehnen. Stärker als die Bedrohung durch die Waffen sah er die Bedrohung des westlichen Denkens, das sich vielleicht eines Tages in Formen „vorbeugenden Wohlverhaltens“ gegenüber Moskau üben könnte.

Zuletzt hat ihn die Debatte um den Bitburg-Besuch Präsident Reagans stark mitgenommen, angestrengt.



Alois Mertes starb im Alter von 63 Jahren FOTO: DIE WELT

Auf dem Höhepunkt flog Mertes eigens nach New York, um vor einem amerikanisch-jüdischen Forum das deutsche Anliegen zu erläutern. Mertes trug schwer an der Doppellast der Loyalität zu seinem Minister, Hans Dietrich Genscher, und seiner Partei, der Union, aus deren Reihen immer wieder Unmut über den Außenminister – und die angebliche Zurückhaltung seines Staatsministers Mertes – hervortrat. Lieber als mit Artikeln, Interviews und Vorträgen wäre Mertes mit stärkerer Eigengestaltung in die deutsche Außenpolitik eingedrungen – doch das verwehrte ihm die Konstellation der Koalitionspolitik. Damit rang er, das zehrte an ihm, auch wenn er sich nach außen wenig anmerken ließ. Wer wird diese klare Stimme der Definition und Kennerschaft in der deutschen politischen Debatte ersetzen können?

Habsburg für europäische Neuordnung

D. SALZMANN, Stuttgart

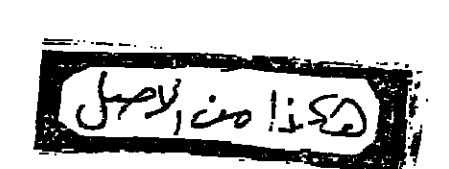
Ein vereinigtes Europa auf der Grundlage christlicher Wertvorstellungen, so stellt sich Otto von Habsburg, Präsident der Paneuropa-Union (PEU) und Abgeordneter der CSU im Europaparlament, die Zukunft des alten Kontinents vor. Auf dem 10. Europa-Tag, der am Wochenende unter dem Motto „40 Jahre nach Jalta und Potsdam“ in Stuttgart stattfand, beschwor Habsburg die kulturelle Tradition, die die Länder Europas verbindet. Die PEU lehnt die europäische Nachkriegsordnung von Jalta ab. Sie müsse durch eine Neuordnung, die auch die Länder Ost- und Südosteuropas einschließt, ersetzt werden, sagte Otto von Habsburg.

Nach dem Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft sei Europa zur stärksten wirtschaftlichen Macht der Welt geworden. Diese ökonomische Potenz müsse jetzt durch eine vergleichbare politische Macht ergänzt werden. Dazu sei eine europäische Regierung zu bilden, an die die nationalen Regierungen Kompetenzen abträten. Als ersten Schritt in diese Richtung forderte Habsburg, das Prinzip der Einstimmigkeit im EG-Ministerrat weitgehend abzuschaffen.

Der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja, sah im Festhalten an den Grenzen von 1937 und der Forderung nach einem vereinten Europa keinen Widerspruch, da er sich die Einheit als eine Föderation der Länder vorstellt. Czaja setzte sich dafür ein, daß die Staaten Westeuropas ihr „gesamtes politisches, wirtschaftliches und diplomatisches Gewicht in die Waagschale werfen“, um im Ostblock ein „Mindestmaß an Menschenrechten“ zu erwirken. Otto von Habsburg unterstrich diese Forderung, indem er sagte, die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ostblock sollten zwar nicht völlig abgebrochen, aber auf ein Minimum beschränkt werden.

Aus der politischen Praxis berichtete der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Wolfgang Schäuble. Die Bundesregierung setze sich sowohl für die Wiedervereinigung als auch für die Verbesserung der Lage der Menschen im geteilten Deutschland ein. Deshalb seien Kontakte mit den Staaten Osteuropas unvermeidlich.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Zehn Jahre nach Soweto: Die Unruhen nehmen zu

Der Afrikanische Nationalkongreß und seine Helfershelfer

M. GERMANI, Johannesburg

Der Aufruf des Vizepräsidenten des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC – ausschließlich von Geldern aus dem Ausland finanziert) und Präsidenten des Weltbundes der reformierten Kirchen, Allan Boesak, am neunten Jahrestag (16. Juni) des Aufstandes von Soweto für „den Sturz der Regierung" zu beten, hat selbst in liberalen Kirchenkreisen des Landes Empörung hervorgerufen. Während Teile des SACC den Aufruf noch verlegen als „Mißverständnis" bezeichneten, haben sich andere prominente Kirchenführer offen distanziert.

Politische Beobachter sehen sich in ihrer Ansicht bestätigt, daß sich die derzeitigen Unruhen in Südafrika gegen schwarze Stadträte, wohlhabende Geschäftsleute und Polizisten mit der Absicht richten, die Infrastruktur in den schwarzen Wohnsiedlungen zu *zerstören*. Alle diese Gruppen gelten als „Kollaborateure", ihre Häuser und Geschäfte werden geplündert und verbrannt, sie und ihre Angehörigen durch Mord und Morddrohungen eingeschüchtert.

Die Unruhen fallen im rezessiven Wirtschaftsklima des Ostkap auf besonders fruchtbaren Boden. Mehr als 15 000 Schwarze sind allein in den Städten Port Elizabeth/Uitenhage, dem Zentrum der Autoherstellung, arbeitlos. Hinzu kommt, daß Kriminelle die Situation ausnutzen und Geschäfte plündern. Und schließlich bekämpfen sich die Vereinigte Demokratische Front (UDF) und Anhänger der Schwarzen Bewußtseinsbewegung (Azapo).

Verhalten widersprüchlich

Während die UDF sich als übergreifende Organisation von 600 südafrikanischen Organisationen versteht und für die totale Rassenintegration eintritt, ist Azapo eine rein schwarze, rassistisch ausgerichtete Organisation. Trotz der Aufrufe zur Einigung durch Friedensnobelpreisträger Bischof Tutu ist es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen gekommen.

Die UDF wehrt sich gegen die Vorwürfe der Regierung, „Front-Organisation" des verbotenen kommunistischen Afrikanischen Nationalrates (ANC) zu sein. Ihre Gemeinsamkeit beschränke sich auf die Anerkennung der Freiheitscharta der fünfziger Jahre. Die Friedensaufrufe der UDF stehen jedoch im krassen Gegensatz zu Vorfällen, über die vom Terror betroffene Schwarze aussagen.

Allan Boesak, einer der Ehrenpräsidenten, auf dessen Aufruf die UDF im August 1983 gegründet wurde, erklärte nach seinem Besuch Anfang Juni bei ANC-Präsident Oliver Tambo in Lusaka: „Zukunftsgespräche ohne den ANC sind sinnlos." „Dawn", Sprachrohr des militanten ANC-Flügels, rief den ANC auf, UDF-Aktionen politisch und organisatorisch zu unterstützen.

Arbeitslose als „Beute"

Sowohl der ANC als auch die Südafrikanische Kommunistische Partei (SACP) gratulierten der UDF in ihren Zeitschriften „Sechaba" und „African Communist" zur Gründung. Im US-Journal „Foreign Affairs" schrieb Thomas Karis von der Universität von New York: „Die Gründung der UDF ist seit 25 Jahren die beste Unterstützung für den ANC." Zum Tode des Kreml-Chefs Andropow forderte die UDF ihre Anhänger unter den Studenten der Johannesburger Witwatersrand Universität zu einer Gedenkminute auf. Läßt sich die Verbindung UDF–ANC vielleicht nicht gerichtlich beweisen, gewisse „Familienbande" bestehen zweifellos: So ist beispielsweise Yunus Seedat, der Bruder des ANC-Vertreters Tony Seedat in Bonn, Ortssekretär des UDF-Büros in Natal.

In einem Gespräch mit der WELT erklärte ein UDF-Funktionär, die UDF werde ihren Kampf verstärken. In einer großangelegten Propaganda-Aktion werden Flugblätter verteilt: „Der Krieg des Volkes ist unüberwindlich", heißt es da. „Sieg oder Frieden", lautet eine der Parolen, um Schüler und Studenten, Kirchen und Wohlfartsverbände zu einer Massenorganisation zusammenzuschließen.

Die derzeitige wirtschaftliche Lage, die Massenarbeitslosigkeit, besonders unter den jugendlichen Schwarzen, bieten kommunistischer Agitation einen guten Nährboden. Mehr als die Hälfte aller städtischen Schwarzen ist heute unter achtzehn.

Zum ersten Mal seit über fünfzehn Jahren hält der ANC gegenwärtig an einem geheimen Ort, wahrscheinlich in Tansania, einen Kongreß ab.

De la Madrid setzt auf Bonn, um eine neue Weltordnung zu entwickeln

Mexikos Präsident wünscht mehr deutsche Investitionen und stärkeren Handelsaustausch

MANFRED NEUBER, Bonn

In Mittelamerika besteht nach Ansicht des mexikanischen Präsidenten Miguel de la Madrid „noch Hoffnung auf eine friedliche Lösung". Westeuropa leiste durch die Wirtschaftshilfe der EG einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Spannungen. Sie hätten primär soziale und wirtschaftliche Ursachen, meint de la Madrid, deshalb sollten sie nicht in den Ost-West-Konflikt gezogen werden.

De la Madrid, der heute in Bonn eintrifft, sagte auf Fragen der WELT, die Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) dürften nicht abgeschrieben werden. Schlimmeres sei verhütet worden; ihre Vermittlung habe Mißtrauen unter verfeindeten Nachbarn ausgeräumt und die „militärische Option" als falsch entlarvt.

De la Madrid bezeichnet die „Domino-Theorie", wonach die Nachbarstaaten Nicaraguas nacheinander unter fremden Einfluß fallen müßten, als naive Sicht eines komplexen Problems. Die Souveränität müsse sich auf die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und den Grundsatz der Nichteinmischung gründen.

„Niemand kann behaupten, daß die sandinistische Revolution der kubanischen entsprungen oder die kubanische aus der russischen hervorgegangen ist", argumentierte der Präsident, dessen Regierung „auf eine gesellschaftliche Revolution zurückgeht, die originär und ausschließlich mexikanisch war". Sie sei die historische Antwort auf Probleme gewesen, die von der etablierten Ordnung nicht bewältigt worden seien.

Zu der gelegentlich geäußerten Vermutung, Mexiko stünde wegen seiner Wirtschaftskrise am Vorabend einer zweiten Revolution, erwiderte der Präsident: „Wer dies annimmt, kennt die mexikanische Wirklichkeit nicht...die mexikanische Revolution hat Rezepte für alle Krisen..

WELT: Mexiko und Deutschland verbindet eine traditionelle Freundschaft. In welchen Bereichen wünschen Sie noch engere Beziehungen?

De la Madrid: Das trifft zu. Unsere Länder hegen seit langem gegenseitige Achtung und eine feste Freundschaft zueinander. Daraus hat sich ein reger Austausch in Politik und Wirtschaft, in Kultur und Wissenschaft entwickelt...Häufige Kontakte der Regierungen sowie von Unternehmern und Intellektuellen haben die Zusammenarbeit vertieft. Im beiderseitigen Handel, bei der industriellen Kooperation und den Investitionen können beträchtliche Fortschritte verzeichnet werden. Meine Regierung und Bundeskanzler Kohl, der Mexiko im vorigen Jahr besuchte, sind sich einig darin, die deutsch-mexikanische Freundschaft zu stärken.

Auch erachten wir es als höchst wünschenswert, unsere Wirtschaftsbeziehungen zu verstärken. Uns liegtan einem Handelsaustausch, der für beide Seiten vorteilhaft ist. Die Perspektiven sind ausgezeichnet für höhere Investitionen, neue industrielle Entwicklungsprojekte sowie einen lebhafteren und ausgeglicheneren Warenverkehr. Ich sollte noch erwähnen, daß das mexikanische Volk und



Miguel de la Madrid kommt heute nach Bonn FOTO:CAMERA PRESS

seine Regierung große Bewunderung, Achtung und Freundschaft für die Bundesrepublik Deutschland empfinden.

WELT: Welche politischen Ziele verfolgen Sie auf Ihrer Europa-Reise, vor allem in Bonn?

De la Madrid: Ein Hauptziel der mexikanischen Außenpolitik istdie Diversifizierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Wir sind deshalb an noch engeren und fruchtbareren Kontakten zur Bundesrepublik besonders interessiert. Auch die Verbindungen zwischen Lateinamerika uund Europa sollten durch einzelne und kollektive Anstrengungen ausgebaut werden. Europa kann dank seiner großen politischen Autorität und wirtschaftlichen Kraft eine Schlüsselrolle beim Aufbau einer neuen politischen und Wirtschaftsordnung in der Welt übernehmen...

Gerade die Bundesrepublik Deutschland, die eine wichtige Rolle in Europa spielt und die sich zunehmend in der Weltpolitik engagiert, ist zu einem Akteur von hohem politischem Rang aufgestiegen, dem sich die vordringliche Aufgabe stellt, eine neue politische und wirtschaftliche Ordnung in der Welt zu entwickeln.

WELT: Welche Erwartungen setzen Sie in den bilateralen Handelsaustausch?

De la Madrid: Die Bilanz fällt chronisch zugunsten Deutschlands aus. Im Jahre 1981, bevor unsere Schuldenkrise begann, haben wir wertmäßig sechsmal soviel aus Deutschland gekauft als wir dorthin lieferten. Das ergab ein Minus von mehr als einer Milliarde Dollar. Voriges Jahr lag die Relation noch bei zwei zu eins zugunsten der Bundesrepublik.

Wir möchten die Handelsbilanz durch höhere Exporte industrieller Erzeugnisse ausgleichen. Ob das gelingt, hängt zu einem großen Teil von deutschen Investitionen in der mexikanischen Industrie ab...

WELT: Ihre Regierung bemüht sich um mehr Auslandskapital. Wird sie dabei auch die Bürokratie beschneiden und die 51-Prozent-Regel lockern?

De la Madrid: Die Bestimmung, daß die Mehrheit von mexikanischem Kapital gehalten werden muß, ist nur eine allgemeine Leitlinie... Voriges Jahr gab es 2756 Unternehmen, das sind 41,6 Prozent der Firmen mit fremder Beteiligung, die eine ausländische Mehrheit aufwiesen.

WELT: Von deutschen Unternehmern wird ein Doppelbesteuerungsabkommen gewünscht. Geht Mexiko darauf ein?

De la Madrid: Mexiko hat keine derartigen Abkommen geschlossen. Im Falle deutscher Beteiligungen an Joint Ventures erübrigt es sich nach unserer Auffassung, weil es auf deutscher Seite entsprechende Regelungen gibt, die eine Doppelbesteuerung ausschließen. Wo es aufgrund von Lücken vielleicht zu einer Doppelbesteuerung kommt, sind wir bereit, eine Lösung zu finden.

Lohse: Das halbvolle Glas des Ökumenismus füllen

Mischehen verdeutlichen Problem / Gespräch im Vatikan

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Der Ökumenismus in Deutschland bildete das Thema von Gesprächen, die der lutherische Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Eduard Lohse, im Vatikan führte. Nach einem dreiviertelstündigen Treffen mit Papst Johannes Paul II. äußerte der Bischof die Überzeugung, daß die Kirchen in Deutschland trotz aller Schwierigkeiten, die ihren Dialog verlangsamt haben, immer „enger zusammenkommen" werden.

Der Bischof fügte hinzu: „Es dauert allerdings länger als gedacht. Ich wünschte mir das etwas schneller. Aber wir (Protestanten) haben das Tempo nicht allein zu bestimmen." Auf beiden Seiten gebe es sicherlich im Kirchenvolk eine gewisse „Angst vor dem Ökumenismus", jedoch sei „die Qualität unserer zwischenkirchlichen Beziehungen" in den letzten Jahrzehnten zweifellos „eine andere geworden".

Außer mit dem Papst traf Lohse mit dem holländischen Präsidenten des Vatikanischen Einheitssekretariats, Kardinal Willebrands, mit Vertretern des Staatssekretariats und mit einigen in Rom lebenden deutschsprachigen Klerikern zusammen. Er hatte auch Gespräche mit den Repräsentanten der Waldenser, der ältesten protestantischen Kirche Italiens, und führte am Sonntag den neuen Pfarrer der deutschsprachigen lutherischen Gemeinde Roms in sein Amt ein.

Bei seiner Begegnung mit dem Papst standen die Arbeiten des nach dem Deutschlandbesuch Johannes Paul II. im November 1980 gebildeten gemischtkonfessionellen Ausschusses, der „Papstkommission", im Mittelpunkt des Meinungsaustausches.

Drei Erklärungen

Das Ergebnis der Kommissionsarbeit sind bisher drei gemeinsame Erklärungen der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD: über die Ehe, zur Feier des Sonntags und zum Glaubensbekenntnis von Nicäa/Konstantinopel, das die reformatorischen Kirchen mit der katholischen Kirche gemeinsam haben. Eine weitere Erklärung über die Problematik der konfessionsverschiedenen Mischehe soll in Kürze herauskommen.

Mit dieser letztgenannten Erklärung stoßen beide Kirchen offensichtlich an eine der Grenzen, die ihrem Bemühen um Gemeinsamkeit vorläufig noch gesetzt sind. In der Bundesrepublik Deutschland sind heute fast 40 Prozent aller neugeschlossenen Ehen konfessionsverschiedene Mischehen. Wie schwierig die seelsorgerische Betreuung dieser Ehen ist, zeigt sich allein darin, daß sich die Kirchen bisher nicht darüber einigen konnten, beiden Partnern den gemeinsamen Besuch des Sonntagsgottesdienstes in der einen oder anderen Kirche zu gestatten. Die katholische Kirche besteht darauf, daß der katholische Partner am Sonntag in jedem Fall die Messe besucht.

Unterschiede bleiben

Darauf bezog sich unter anderem wohl auch Lohse, als er nach der Papstaudienz vor deutschen Journalisten darauf hinwies, daß in den letzten Jahren auf ökumenischem Gebiet kein für die breite Öffentlichkeit spürbarer Fortschritt erreicht worden sei. Aber, so fügte er sofort hinzu, „wir kennen uns heute gegenseitig besser als früher".

Alle Unterschiede zwischen den Kirchen auszuräumen, sei „wahrscheinlich unmöglich". Man müsse deshalb danach trachten, Gemeinsames aufzudecken und zu stärken. Die evangelische Kirche werde beispielsweise die Lehrunfehlbarkeit des Papstes nicht akzeptieren können, die Vorstellung vom Papst als einem die gesamte Christenheit repräsentierenden Primus inter pares könne jedoch für sie „durchaus akzeptabel" sein.

Hauptzweck des Treffens im Vatikan war nach Darstellung eines Begleiters Lohses, die Basis des gegenseitigen persönlichen Vertrauens zu stärken. Es habe nie in der Absicht der Gesprächspartner gelegen, irgendwelche Entscheidungen zu treffen. Wie Lohse anschließend sagte, sei man gemeinsam der Ansicht, das halbgefüllte Glas des Ökumenismus nicht als halb leer, sondern als halb voll anzusehen und danach zu trachten, es allmählich weiter aufzufüllen.

Diesem Ziel dient auch die letzte Aufgabe, die sich die „Papstkommission" gestellt hat.

Das hat man nun von der Teilzeit.

Zeit ist im Gegensatz zu Geld und Gut nicht vermehrbar – eine Binsenweisheit selbsternannter Sonntagsphilosophen. Aber Zeit ist teilbar. Und zwar so geschickt teilbar, daß eine Mutter mit kleinen Kindern sich intensiv ihrer Familie widmen und außerdem berufstätig sein kann. Zum Beispiel, wenn sie 15 Stunden pro Woche bei McDonald's arbeitet. Und in der freien Zeit mit ihrer Tochter radfahren geht.

Bei McDonald's ist die 35-Stunden-Woche nicht das Thema, denn die 15-, die 20- oder 30-Stunden-Woche sind längst Realität. Wir müssen mit Teilzeitkräften arbeiten, weil unsere Restaurants zwischen 14 und 24 Stunden täglich geöffnet sind. Und wer länger als andere für seine Gäste da ist, braucht auch ein größeres Aufgebot an Mitarbeitern. Hausfrauen, Schüler, Studenten und sogar Rentner sind bei uns teilzeitbeschäftigt. Sie arbeiten vormittags, über Mittag, am Abend oder nur an den Wochenenden.

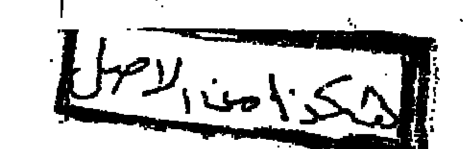
Für alle ist es ein lukrativer Nebenverdienst und für manche sogar der Einstieg in eine neue Berufslaufbahn.

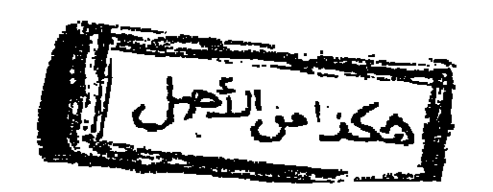
Arbeiten, wenn man Lust und Zeit hat, seinen Tages- und Wochenablauf frei einteilen, das ist auch und gerade im Zeitalter von Job-Sharing und Arbeitszeitverkürzung für viele eine unverzichtbare Forderung an den Arbeitsmarkt.

McDonald's bietet die Möglichkeit zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung. Nicht mehr und nicht weniger. Wir und die Betroffenen finden das ganz in Ordnung.

Wenn Sie an weiteren Informationen über uns interessiert sind, schreiben Sie an: McDonald's-Verbraucher-Service C 8, Drygalskiallee 51, 8000 München 71







Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie Politiker „zum Anfassen“ oder Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? Horst Stein hat diesen Männern beim Regieren zugeschaut, hat die Politiker befragt und mit ihren Wählern gesprochen. Diese Folge seiner WELT-Serie porträtiert Holger Börner, der seit 1976 Ministerpräsident in Hessen ist.



Groß, schwer, aber dünnhäutig: Holger Börner FOTO: SVEN SIMON

„Ich wiege 120 Kilogramm und wenn ich zornig bin das Doppelte“

Von HORST STEIN

Er steht im Foyer der hessischen Landesvertretung, stattlich und gerade, ein Glas in der Hand und hält Hof. Im Nadelstreifenanzug, die Uhrkette nicht, wie man dies in Bayern noch sähe, um das beträchtliche Embonpoint, sondern am Revers, ganz und gar das, was man eine „repräsentative Erscheinung“ nennt, blickt Holger Börner distanziert-freundlich auf die Menge, die in zähen Strudeln an ihm vorbei um das Kalte Büffet kreiselt. Der Ministerpräsident hat soeben eine Ausstellung eröffnet über „alte, liebenswerte Bäume in Hessen“, und nun drängt es ihn eigentlich, in die Bierstube der Landesvertretung hinabzusteigen, um den Tag ausklingen zu lassen.

Noch aber hält ihn die Pflicht und er widmet sich ihr, kühler, als es die gerngepflegte, auch auf Wahlplakaten kolportierte Legende vom „guten Dicken“ wahrhaben will. Vielleicht liegt dies am rudimentären Gestus, vielleicht an der Lapidarität des Wortes. Denn wo Börner-Kollege Rau, beispielsweise, seine Sätze silberzüngig onduliert und die nacktesten Tatsachen selbst, wenn er Lust dazu hat, mit Toupet präsentiert, da setzt der Hesse Quader auf Quader: „Ich ha' noch nie eine Baustelle halbfertig verlassen, jau!“ „Jau“, so klingt die Kasselaner Variante von Ja, die Börner häufig an das Ende der Sätze stellt; es ist sein „Punktum!“.

Anstatt, wie Strauß, das Ohr dem Gesprächspartner entgegenzuneigen, oder, wie Rau, den Kopf jungenhaft in den Nacken zu werfen, hält Börner sich im Sinne des Wortes zurück: als stünde er irgendwo angelehnt, hält er sich schräg und fixiert sein Visavis frontal; bei einmeterachtundachtzig Scheitelhöhe naturgemäß oft von oben herab.

Wer mit Holger Börner umgeht, assoziiert leicht Tiergestalten. Bernhardiner sagen viele und meinen die massive Figur, den trottenden Gang. Er selber sieht sich am liebsten als „typischen Elefanten“ dargestellt: groß, schwer, aber dünnhäutig, mit einem nachtragenden Gedächtnis für politische Fallensteller. Dazu paßt, daß Holger Börner zitiert und gerne mit dem Satz: „Ich wiege 120 Kilo, wenn ich zornig bin das Doppelte.“ Neuerdings nun, wenn von den hessischen Verhältnissen die Rede ist, vom Liebeswerben des Ministerpräsidenten um die mehrheitsbeschaffenden Stimmen der Grünen, neuerdings drängt sich Beobachtern ein anderes Tier, die Anakonda, auf. Denn von dieser Riesenschlange ist bekannt, daß auch sie ihr Frühstück vor dem Verzehr erstmal umarmt. Viele bezweifeln freilich, daß der Hesse zubeißen wird: so die Unternehmerverbände des Landes, ja, sogar der Deutsche Gewerkschaftsbund und, natürlich, die Opposition im Wiesbadener Landtag, also CDU und FDP.

Börner selbst will sich mitten im Stellungskrieg nicht in die Karten schauen lassen, aber er fragt doch verwundert, wo denn all das Lob geblieben sie, das man ihm damals, als es um die Startbahn West ging, für seine Standfestigkeit so reichlich habe zuteil werden lassen. Seine Kritiker, kurzgesagt, urteilten vorschnell über den Ausgang der hessischen Hängepartie. Meint er. Erstens komme es ja darauf an, bei wem die Richtlinienkompetenz liege und zweitens darauf, was er mit einer solchen rotgrünen Kooperation bezwecke: nämlich das Gegenmodell zur Bonner Politik der Wende-Regierung zu erhalten und die Grünen zugleich aus ihrer fundamentalistischen Ecke herauszuholen.

Und die Erhaltung der Macht? „Komme'Se, jetzt trinke mer endlich aaner, jau?“ sagt Börner und schleppt mich flugs in den Hessen-Keller. Breit hinterm runden Tisch gelagert schildert der SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsident mit sichtbarem Stolz Herkunft und Werdegang, spricht von Land und Leuten. Er wollte Journalist werden, mußte aber, weil der Vater gefallen war, von der Schule abgehen und wurde Betonfacharbeiter. Der junge Börner fand jedoch früh Vorbilder, die seine politischen Anschauungen formten: Kurt Schumacher, Fritz Erler, dann Otto Brenner, später Chef der IG Metall, den Journalisten Fritz Sänger und Herbert Weichmann, der als Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg Spuren hinterlassen hat. „Ich bin ein Neukantianer“, sagt Börner und zitiert den kategorischen Imperativ. Auch wenn er mittlerweile gelernt hat, ein schönes Pils zu goutieren oder, wie ich sehe, den trockenen Weißen aus dem landeseigenen Weingut Kloster Eberbach, das Nichtrauchen als eine Form der innerweltlichen Askese ist ihm aus der Zeit jenes hochgestimmten Idealismus geblieben.

Obwohl er ganz gerne Verkehrsminister in Bonn geworden wäre, auch Lufthansa-Vorstand, am liebsten aber Bundesbahnpräsident, findet der hessische Regierungschef nun doch, daß sein jetziges Amt für ihn das Größte ist, „die Krönung“. So hat denn Börner auch, ein überzeugter Demokrat und Etatist von geradezu preußischem Staatsverständnis, in seinen bald sieben Jahren als Landesvater einen Sinn für die Repräsentation entwickelt, einen gouvernementalen Duktus, der nicht auf persönliche Eitelkeiten zurückzuführen ist. „Die Demokratie“, predigt er, „ist eine so schmucklose Regierungsform, daß wir das Wenige, das wir haben besonders pflegen und respektieren müssen.“ Für ihn heißt das, daß er im Dienst mit Stander fährt, daß er im Arbeitszimmer in der Staatskanzlei zu Wiesbaden eine Hessenfahne und die Bundesfahne aufstellen ließ. Börner hat das auf einer politischen Bildungreise durch die USA anfangs der Fünfziger Jahre gesehen, von ihm hat es später dann der Düsseldorfer Rau abgeguckt. Nicht nur notfalls – „ich bin da wie Strauß“ – dirigiert er auch den Defiliermarsch.

Es ist ein Ausfluß dieses Ordnungsbedürfnisses, wenn beide Söhne des Regierungschefs ihren Grundwehrdienst ableisten. Er hat dennoch allergrößten Wert darauf gelegt, daß seiner Familie und seinem Freundeskreis mit dem Haus im Kasseler Vorort Wolfsanger Freiraum und Refugium bleiben, die nicht den Ansprüchen des Regierungsamtes geopfert werden. 5000 Fichten hat er dort auf einem riesigen Grundstück mit den Buben „eigenhändig“ gepflanzt.

In den nicht einmal zwei Jahrzehnten, die Holger Börner vom Einzug in den Bundestag (1957) bis in die Staatskanzlei brauchte, hat der bedächtige, aber listige Nordhesse eine Menge über Menschen und Dinge erfahren, hat Erfahrung und Urteilskraft gesammelt. So hat ihn ungeacht aller Bewunderung für Helmut Schmidt stets abgeschreckt, „wie der mit seinen Leuten umging“ – „Helmut“, habe er zum damaligen Kanzler gesagt, „für Dich immer, aber mit Dir nie.“ Oder Edgar Thielemann, heute Ministerialdirigent und Sprecher der hessischen Landesregierung: „Den hab' ich damals als Konkursmasse von Wischnewski übernommen.“ (Als Börner Ben Wisch in der Bundesgeschäftsführung der SPD ablöste.)

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

1976 schon, so beteuert der Ministerpräsident, habe er seine Spitzengenossen davor gewarnt, den Helmut Kohl zu unterschätzen: „Der sieht aus, wie einer, der eine Dreiminus in Mathe hat. Und das haben wir doch alle. In dem erkennen sich die Leute.“ O-Ton Börner.

Nun aber, wie steht es mit der Suggestion der Macht? Gibt nicht doch ihr dieser Ministerpräsident nach, wenn er sich mit den Grünen jetzt so intim einläßt? Noch ist es, immerhin keine dreieinhalb Jahre her, daß er im Zusammenhang mit den Kämpfen um die Startbahn West von „Guerilla-Mentalität“ sprach, von „Partisanen des Nihilismus“ und auch vom „nationalsozialistischen Schutt“, der bei einem Teil der Ökologieewegung wieder hochkomme. Das Murren und das Murmeln in Börners Umgebung, die Halbsätze wie die Halbgenauigkeiten lassen eigentlich nur den Schluß zu, daß sich die Auffassungen des Regierungschefs nicht wesentlich geändert haben. Er selber grinst nur breit, und seine dunklen Augen blikkken kalt. Ob ich denn wirklich glaubte, daß er seine Selbstachtung preisgeben würde, eines Amts wegen, sei es auch noch so schön, das er mit allen Licht- und Schattenseiten erfahren hat? Man werde ja sehen, bemerke ich. Börner drauf: „Mich reizt nur noch ein einziger Posten: Ich wäre gern Chef vom Klostergut Eberbach.“ Denn er jage gern, meint er, wenngleich, ohne zu schießen, er könnte dann Wein keltern, überhaupt die Freuden eines bukolischen Lebens genießen. Und wieder blicken seine Augen düster.

Wer versucht wäre, all dies ohne Einschränkung wörtlich zu nehmen. Der muß den Landesvater nur auf dem Hessentag sehen, wie er vor der malerischen Fachwerkkulisse des Städtchens Alsfeld anscheinend so selbstgewiß dahintrottet wie unter den Trutztürmen der großen Frankfurter Banken und von Selbstzweifeln unangefochten zwischen den Destillationsbatterien von Hoechst – ein großer, nun ja, Bernhardiner, der sich in seinem Revier zu Hause weiß. Den Hessentag, seit einem Vierteljahrhundert ohne Unterbrechung abgehalten, hat damals Georg August Zinn erfunden, des jungen Bundeslandes große Vaterfigur. Der von den Besatzungsmächten verordnete Zusammenschluß von Waldeckern und Kurhessen, von Nassauern, Darmstädtern und den Bürgern der Freien Reichsstadt Frankfurt hatte ein heterogenes Gebilde erzeugt, das der integrierenden Überhöhung durch ein Landesbewußtsein, ein Wir-Gefühl bedurfte. Schließlich waren da auch noch 1,2 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge, die absorbiert werden mußten.

So also kam der Hessentag auf, eine Veranstaltung, besser: Institution, an der sich die Bewohner des Bundeslandes von Jahr zu Jahr mehr ergötzen. Heute dauert er schon zehn Tage lang und vereinte an den Haupttagen drei Dutzend Trachtengruppen und rund 10 000 Festzugsteilnehmer. Man mag sich als Nichthesse zuweilen über den Mentalitäts- und Temperamentsunterschied wundern, der zwischen Nord und Süd in Hessen auszumachen ist, mit den Hessentagen soll sich der allmählich applanieren. Denn noch ist der Süden aufsässig und reich. Die Aufsässigkeit kommt, so Börner, „von den Hugenotten. das sind alles Hugenotten – unruhig und urrepublikanisch“. Aber das Land brauche „die Wirtschaftskraft des Südens – einschließlich Startbahn West –, damit der Norden leben kann“.

Eine von Börners Lieblingsgeschichten handelt denn auch davon, daß Politik, was die Deutschen allesamt noch zu kapieren hätten, eben doch die Vertretung von Interessen ist. „Das mit der Ideologie ist doch alles Quatsch.“ Börner also sitzt mit seinem CDU-Gegenspieler im Frankfurter Waldstadion, irgendein Europacup läuft, aber die beiden hessischen Polit-Cracks interessieren sich nur mäßig für das Geschehen auf dem grünen Rasen: Feixend und mit vielem Schulterklopfen zählen sie abwechselnd die Landungen auf dem nahen Airport: „Schon wieder 10 000 Mark!“. Wenn das die Grünen wüßten.

Von Kassel über Bonn ans Ruder

Holger Börner, Jahrgang 1931, verließ die Realschule, um Betonfacharbeiter zu werden, doch schon bald geriet der Sohn einer sozialdemokratischen Familie in den Sog der Politik: Mit 17 stieß er zur SPD, wurde Ratsmitglied in seiner Vaterstadt Kassel und rückte mit 26 in den Deutschen Bundestag ein – damals als jüngster MdB. Von 1961 bis 1964 war Börner Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, von 1967 an parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, bis ihn, 1972, der SPD-Vorstand zum Bundesgeschäftsführer machte. Börner wurde dann von der Partei nach Hessen abkommandiert, wo Regierungschef Osswald unter dem Druck der öffentlichen Meinung zurückgetreten war. Er übernahm am 20. Oktober 1976 die Leitung des Koalitionskabinettes (SPD und FDP), ließ sich zum Landesvorsitzenden seiner Partei wählen, gewann die Landtagswahlen 1978, geriet dann aber mehr und mehr in politische Bedrängnis: Die Heraufkunft der Alternativen, der blutige Kampf um den Bau der Startbahn West wie der Streit um die Kernenergie stehen dafür. Börner gewann zwar die Landtagswahlen 1982 überraschend, konnte jedoch nach einiger Zeit des geschäftsführenden Amtierens nur mit den Stimmen der Grünen wieder Ministerpräsident werden. Börner ist verheiratet und hat drei Kinder.

Mitterrand schweigt zu EG-Plänen

v.K. Paris

Auch nach der Rückkehr des Staatschefs von einer dreitägigen Reise zu Ministerpräsident Craxi nach Florenz gab der Elysee-Palast nichts über die Pläne bekannt, die François Mitterrand nach dieser Aussprache mit dem derzeitigen Europäischen Ratsvorsitzenden für den Europagipfel in Mailand am übernächsten Wochenende hat. Mitterrand hatte sich auf einer abschließenden Pressekonferenz in Florenz am Freitag außergewöhnlich bedeckt gehalten und nur eine lauwarme Unterstützung für Craxis Plan, eine regelmäßige Regierungskonferenz zur Verbesserung der außenpolitischen Zusammenarbeit innerhalb der Zwölf zu schaffen, erkennen lassen. „Ich werde in Mailand sprechen, frühestens am Vorabend“, hatte Mitterrand gesagt und hinzugefügt, daß er bis dahin dem italienischen Ratsvorsitzenden seine Vorstellungen schriftlich unterbreiten werde.

Sicher ist bisher nur, daß Paris seinen alten Plan, der Schaffung eines permanenten europäischen Sekretariats zur Vorbereitung der Gipfeltreffen, vorbringen wird. Eines Sekretariats, das eine „politische“ und nicht nur, wie das die Italiener wollen, eine technische Rolle haben soll. Auffallend war in Florenz, daß Mitterrand sich jeglicher Kritik an der deutschen Politik in Brüssel enthielt und mit keinem Wort die Haltung des Bundeskanzlers in den weltraumstrategischen und europäischen Fragen kritisierte.

Pertini will nicht mehr kandidieren

F. M. Rom

Der fast 89jährige italienische Staatspräsident Sandro Pertini wird nicht für eine zweite siebenjährige Amtsperiode kandidieren. Er teilte dies in einer offiziellen Erklärung mit. Die Erklärung sagt freilich nichts darüber aus, was der Präsident zu tun gedenkt, falls ihn die am kommenden Montag zusammentretende Wahlversammlung der Senatoren und Abgeordneten sowie einiger Regionalvertreter trotz Nicht-Kandidatur doch wiederwählen sollte. Politische Kreise Roms neigen unter diesen Umständen zu der Ansicht, daß Pertini „im Rennen bleibt“, solange er nicht unzweideutig klarstelle, daß er eine eventuelle Wiederwahl ablehnen würde.

„Ich war immer überzeugt“, heißt es in der Erklärung, „daß die von der Verfassung vorgesehene siebenjährige Amtsperiode eines Präsidenten beträchtlich ist und daß es nicht zufällig in der republikanischen Praxis keine einzige Wiederwahl eines Präsidenten gegeben hat. Es gibt deshalb, was mich anbetrifft, keine Kandidatur für das nächste Jahrsiebt.“

Ähnliches hatte Pertini vor einiger Zeit schon in einem Interview mit einer amerikanischen Fernsehstation erklärt. Er war daraufhin von dem Interviewer gefragt worden, was er denn tun würde, wenn ihn das Parlament doch wiederwählen sollte. In diesem Fall, so hatte er geantwortet, würde das Problem anders liegen und er würde sich die Sache überlegen müssen.

Weitere Indizien deuten auf Mengele hin

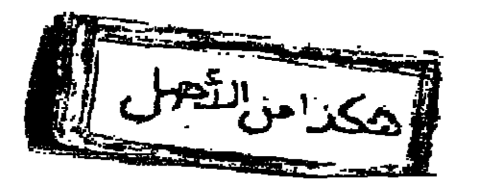
tho. São Paulo

Fast zwei Wochen nach der Exhumierung einer Leiche auf dem Friedhof von Embu bei São Paulo können die mit dem Fall befaßten Experten die ersten Teilerfolge melden: Der Auschwitz-Arzt Josef Mengele hat in der brasilianischen Millionen-Metropole gelebt. Das ergaben die Untersuchungen von Schriftstücken. Die Suche nach Fingerabdrücken und die Identifizierung des Skelettes wird jedoch wahrscheinlich bis Ende des Monats dauern.

Dagegen tut sich ein deutscher BKA-Beamter, der die Spuren von Fingerabdrücken verfolgt, schwerer. Die Papiere sind von vielen Personen angefaßt worden.

Die schwierigsten und wichtigsten Untersuchungen finden jedoch im Gerichtsmedizinischen Institut von São Paulo statt, wo die ausgegrabene Schädeldecke und die Knochen examiniert werden. Seit Montag assistieren auch amerikanische Mediziner und drei deutsche Experten, unter ihnen Professor Rolf Endris, den Brasilianern.

Die Tests sollen die letzten Zweifel des Falls Mengele beseitigen. Die brasilianischen Gerichtsmediziner konnten bereits die Größe der Leiche und ihr Lebensalter feststellen. Diese Daten stimmen mit denen Mengeles überein. Die Untersuchungen in São Paulo konzentrieren sich außerdem auf die Frage, ob Josef Mengele – wie Zeugen aussagten – am 7. Februar 1979 bei einem Badeunfall starb.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Problem Arbeitslosigkeit

Die rund 50 Milliarden Mark Arbeitslosengelder, die jährlich vom Staat in passiver Form ausgegeben werden, sollten zukünftig so eingesetzt werden, daß sie Konsum und Produktion beleben und somit eine kumulative Wirkung in der Wirtschaft haben, indem sie zusätzlich noch weitere Milliarden in Bewegung bringen. Hier meine zwei Vorschläge:

- Jeder Arbeitslose, der zukünftig einen Job zu niedrigerem Lohn, als die Tarife heute es vorschreiben, annimmt, soll vom Staat eine monatliche Anreiz-Prämie erhalten, als Ausgleich für den niedrigeren Lohn. Sie sollte zeitlich begrenzt sein und nur solange gegeben werden, wie die derzeitige schlechte Arbeitsmarktlage herrscht und die Arbeitslosen wieder in einen normalen Arbeitsprozess integriert sind. Diese Prämie sollte wenigsten 300 Mark ausmachen, damit beide zusammen, Prämie und Lohn, auf den Arbeitslosen so attraktiv und lukrativ wirken, daß er von möglicher Schwarzarbeit absieht und den neuen Job annimmt. Sie sollte auch etwas niedriger ausfallen als die Summe, die der Arbeitslose bis jetzt vom Staat als Arbeitslosengeld bekam, und sich nach dem letzten Arbeitslohn richten, d. h. unterschiedlich hoch, nicht nach dem Gießkannen-Prinzip gleich.
- Auch den umgekehrten Weg kann man wählen, indem der Staat die bisher bezahlten Arbeitslosengelder, bzw. etwas weniger, jetzt an die Arbeitgeber auszahlt, als Arbeitsschaffende-Prämie, wenn sie jetzt einen Arbeitslosen zu normal Tarif-Löhnen neu einstellen.

Der Staat hat hiermit und in beiden Fällen weniger Geld ausgegeben, und dieses ist wirkungsvoller eingesetzt als bisher. Appelle sind gut, monetäre Anreize wirken mehr, schneller und halten länger an. Alle hier im Lande würden in jedem Fall ein gutes Geschäft machen.

Sagen Sie sich bitte nicht, das ist unmöglich, das geht nicht. Was ist jetzt hier wichtiger, das Schicksal von Millionen Arbeitslosen mit ihren Angehörigen oder die Prinzipien der Gewerkschaften bzw. Arbeitgeberverbände?

L. Rimoldi,
Bad Münster a. St.

*

„Kohls Kurswert": WELT vom 5. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

es darf nicht übersehen werden, daß ein Teil der Arbeitslosenquote das Etikett „CDU-Hausmarke Kabinett" trägt.

Lange vor Herrn Blüms Vorruhestands-Kolumbus- (oder Kuckucks-?) Ei gab es einen namenlosen „Vorruhestand": Wurden in einem Betrieb Rationalisierungs-Kündigungen fällig, wählte man 59- bis 60jährige Mitarbeiter aus. Sie erhielten eine Abfindung von meistens 10 bis 25 000 Mark netto, bezogen ein Jahr lang Arbeitslosenunterstützung und danach vorgezogene Rente.

Diese bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen beliebte und daher gern praktizierte Regelung, die jungen Leuten den Arbeitsplatz erhielt und den Älteren drei bis vier Jahre vorzeitige Ruhe bescherte, hat Herr Blüm zugunsten seiner Vorruhestandsregelung, die für alle Beteiligten so teuer ist, daß sie von großen Konzernen und in ganzen Tarifregionen (z. B. Berliner Metallindustrie) gar nicht praktiziert wird, so verteuert, daß die Entlassung eines 59- bis 60jährigen in Ausnahmefällen erfolgt. Das Arbeitsamt zahlt nicht mehr, die Abfindung muß also vom Betrieb doppelt so hoch ausgelegt werden, da sie auch noch versteuert werden muß: Herr Genscher will schließlich an Nicaragua wieder Wirtschaftshilfe zahlen, damit die Russen endlich das Geld für ihre Raketen bekommen. Danach bleibt dem Entlassenen ein monatliches Salär, das knapp über dem Sozialhilfesatz liegt.

Die Konsequenz: Bei Rationalisierungs-Kündigungen werden junge Leute ausgewählt, die keinen Kündigungsschutz haben. Rein rechnerisch warten sie vier Jahre auf einen Arbeitsplatz bis die heute 59jährigen 63 Jahre alt sind und vervierfachen diesen Teil der Arbeitslosen. Herr Blüm zahlt also statt bisher ein Jahr ALU und drei Jahre vorgezogene Rente an einen älteren Bürger nunmehr vier Jahre über Arbeits- und Sozialamt an einen jüngeren Bürger. Das gibt Frust und rot-grünes Wählerpotential auf beiden Seiten. Die Jungen sind sauer, daß die Existenz ihrer jungen Familien nur von Arbeits- und Sozialamt unzureichend garantiert wird, die Alten, daß sie trotz Bereitschaft zu finanziellen Einschränkungen noch drei bis vier Jahre „malochen" müssen.

Wenn Kohl, Blüm, Stoltenberg & Co. diesen arbeits- und sozialpolitischen Schwachsinn nicht schnellstens korrigieren, wird es wahrscheinlich Kanzler Johannes Rau 1988 tun.

Mit freundlichen Grüßen
H. Neumann,
Berlin 39

*

„Bundeskanzler Kohl bezweifelt die Gültigkeit der offiziellen Arbeitsmarktzahlen": WELT vom 12. Juni

In den ersten Nachkriegsjahren, als die Probleme der Zeit noch nicht emotional verdrängt, ideologisch verdeckt oder parteipolitisch zerredet wurden, sondern nach differenzierter Beurteilung entschieden wurden, unterschied man – unabhängig vom Geschrei der Besser- bzw. Schlechterwisser in den Medien, Verbänden, politischen Gruppierungen usw. – bei den Arbeitslosen die echte Arbeitskraftreserve von den nur beschränkt oder nicht verwendbaren Arbeitslosen.

Damals rechnete man z. B. mit 60 Prozent Arbeitsverwendbarkeit der gemeldeten Arbeitslosen (s. „Die Gegenwart" 1953, S. 455). Wieviel sind es heute? Ein mir bekannter Arbeitsamtsdirektor versicherte mir, er habe die Aufschlüsselung des Zahlenmaterials, aber es dürfe nicht bekanntgegeben werden.

Es ist zu fordern, daß die Zahlen der Arbeitslosen künftig nur in der genannten Unterteilung veröffentlicht werden, um echte Kriterien der Arbeitslosigkeit zu gewinnen.

G. Vaagt,
Flensburg-Weiche

Wort des Tages

„Wir werden nie wissen, wieviel Gutes ein einfaches Lächeln vollbringen kann ... Es sollte niemals jemand zu dir kommen, ohne daß er dich glücklicher verläßt und es ihm besser geht. Jeder sollte die Güte in deinen Zügen, in deinen Augen, in deinem Lächeln wahrnehmen."

Mutter Theresa von Kalkutta (geb. 1910)

Fehlplanung

„Ende einer Euphorie": WELT vom 5. Juni

Sehr geehrte Redaktion,

war es den Initiatoren des Growian nicht bekannt, daß eine ähnliche Anlage schon vor Jahren bei Papenburg an der Einmündung des Sielkanals in die Ems errichtet worden war und genausowenig Erfolg hatte wie Growian? Die sechs oder sieben Triebwerke, jedes einzelne etwas kleiner als Growian, sind inzwischen längst wieder abgebaut worden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. F. Meyer,
Bonn-Röttgen

*

Die Presse, auch die WELT berichtete kürzlich von der beschlossenen Stillegung der Versuchsanlage „Growian" bei Marne. 90 Millionen Mark seien damit buchstäblich in den Wind geschrieben.

Wie konnte es dazu kommen? Wer ist für diese Fehlentwicklung verantwortlich? Spricht man heute von Millionenverlusten nicht fast ebenso leicht wie von Tausendern früher?

Hat nicht die wohl bedeutendste Wochenzeitschrift der Kaiserzeit „Die Woche" wenige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg schon einen Aufsatz über die Rentabilität einer solchen Windkraftanlage veröffentlicht? Schon damals wurde eine solche verworfen, da unrentabel arbeitend.

90 Millionen Mark sind vergeudet worden, vielleicht in Unkenntnis dieser Studie aus der Kaiserzeit.

Mit freundlichem Gruß
G. Müller,
Lüneburg

Einmaligkeit

„Ben-Ari warnt vor Vergleich mit Nazis": WELT vom 5. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

als äußerst hilfreich und geradezu als Erlösung aus dem Wust der Verdächtigungen, Beschuldigungen und Verteufelungen der deutschen Geschichte außerhalb des Nationalsozialismus muß der Satz von Botschafter Itzhak Ben-Ari über die Einmaligkeit der Nazigewaltherrschaft („Verbrechen und Greueltaten der Nazigewaltherrschaft waren so einmalig und so ungeheuerlich, daß sie meiner Meinung nach mit keiner anderen Periode der Geschichte verglichen werden können.") immer wieder aufgegriffen und zitiert werden.

Thomas Kielinger hatte in seinem Artikel über den Besuch des Bundespräsidenten in den Niederlanden noch formuliert „ . . . den Deutschen, die eine fürchterliche Geschichte der Überheblichkeit hinter sich haben" und damit leider keinen Trennungsstrich erwähnt, wann die Überheblichkeit eindeutig anfängt, nämlich später als Bismarck (wie mir auch Heinz Galinski einmal ausdrücklich schriftlich bestätigte).

Berufungen Hitlers auf frühere Zeiten der deutschen Geschichte waren üble Verfälschungen und durften gerade deshalb in den 70er Jahren (und vorher vom Ausland) nicht in die Geschichtsbetrachtung übernommen werden: Welt- und Menschenbild früherer Zeiten waren anders als im 20. Jahrhundert, und der Nazismus kann, abgesehen von dem Verführungscharakter wegen des Versailler Diktats, nur aus der fast totalen Gottlosigkeit der Zeit erklärt werden. Ben-Ari gebührt unser großer Dank für seine Erinnerung an die Einmaligkeit historischer Phänomene und so auch des Nationalsozialismus.

Mit freundlichem Gruß
W. R. Thorwirth,
Gummersbach

Personalien

EHRUNGEN

Mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist Generalkonsul **Horst-Wolfgang Dettmer** in Frankfurt am Main ausgezeichnet worden. Generalkonsul Dettmer hat sich, neben den normalen Obliegenheiten eines Konsuls der Dominikanischen Republik, besonders für die Verbesserung der menschlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten eingesetzt. So organisierte er unter anderem Hilfsaktionen nach Naturkatastrophen in dem von ihm in Frankfurt am Main vertretenen Land. Generalkonsul Wolfgang Dettmer wurde 1958 zum Wahlkonsul der Dominikanischen Republik und vier Jahre später zum Wahl-Generalkonsul ernannt.

*

Hans E. Kammerer, Vorstandsvorsitzender der Straßenverkehrsgenossenschaft Südbaden in Freiburg und der Bundeszentralgenossenschaft Straßenverkehr in Frankfurt am Main, ist vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten **Lothar Späth** mit der Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet worden.

*

Israels Botschafter **Yitzhak Ben-Ari** hat in seiner Botschaft in Bad Godesberg drei deutsche Familien ausgezeichnet, die während der Zeit des Nationalsozialismus jüdischen Mitbürgern unter Gefahr des eigenen Lebens geholfen haben. Im Auftrage von Yad Vashem, der „Behörde zur Verewigung des Andenkens an die Märtyrer und Helden", bekamen **Liselotte Flemming** aus Nürnberg die Medaille und Ehrenurkunde, **Elisabeth Stippler** aus Hadamar für sich und ihren Mann (posthum) Gedenkmünze und Ehrenurkunde und **Elly Hoffmann** aus Wiesbaden Medaille und Ehrenurkunde von Yad Vashem. Die drei Deutschen erhalten mit ihrem Ehrentitel „Gerechte der Völker" auch das Recht, in der „Allee der Gerechten" in Jerusalem einen Baum zu pflanzen, die höchste Auszeichnung, die Israel an Nichtjuden vergeben kann.

*

Der Bamberger Historiker Professor Dr. **Gerd Zimmermann** hat den päpstlichen Gregorius-Orden erhalten.

Einer der besten Kenner der mittelhessischen Geschichte und langjährige frühere Vorsitzende des Freundeskreises des Klosters Arnsburg, Pfarrer i. R. **Waldemar Küther**, ist im Alter von 74 Jahren verstorben. Der 1911 in Hagen Geborene hat nach einem fünfsemestrigen Germanistikstudium in Bonn das Studium der Theologie an der Universität Königsberg aufgenommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er sechs Jahre lang Gemeindegeistlicher im Kreis Eisenach, flüchtete in den Westen und war von 1951 bis 1964 Pfarrer in Hungen. Seit 1955 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Landesamt für geschichtliche Landeskunde Marburg. Der Geistliche und Historiker hat rund 70 Arbeiten, darunter 12 Bücher, veröffentlicht. Eine der jüngsten Publikationen stellt den Bezug zu seinem wichtigsten Lebensjahr her: Die Betreuung des Archivs im Kloster Arnsburg im Auftrag des **Fürsten zu Lich**. Drei Jahrzehnte lang war Küther der einzige Außenstehende, der dieses Archiv mit seinen einzigartigen Dokumenten und Urkundenschätzen aus der Zeit von 1160 bis 1809 betreten durfte.

Geiseldrama in Beirut: Die Terroristen und ihre amerikanischen Gegenkommandos

Das Schiiten-Puzzle in Libanon

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die schiitische Gemeinschaft in Libanon ist politisch in viele Gruppen aufgespalten. Ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung läßt sich nicht feststellen, da die letzte Volkszählung in Libanon aus dem Jahre 1931 datiert. Ernstzunehmende Forschungsinstitute gehen jedoch davon aus, daß die Schiiten heute etwa 35 Prozent der Bevölkerung stellen. Das entspricht keineswegs ihrer politischen Beteiligung an den Staatsämtern. Hinzukommt, daß die demographische Dynamik bei den Schiiten größer ist als in jeder anderen Gemeinschaft Libanons.

Als erster Führer und politischer Organisator der Schiiten gilt der Geistliche Mussa Sadr. Er gründete 1967 den „Hohen Islamischen Rat der Schiiten" und 1971 die Bewegung „Der Besitzlosen", aus der schließlich die heutige Miliz „Amal" hervorging.

Im Juli 1975 etablierte Mussa Sadr die Amal als Militärorganisation. Der Name Amal setzt sich aus den Initialen des Namens „Libanesische Widerstandbataillone" zusammen. In den 70er Jahrengewannen die Milizen Kampferfahrung bei ihren Auseinandersetzungen mit der PLO in Südlibanon. Im Spätherbst 1978 besuchte Mussa Sadr auf eine Einladung hin Lybien. Seitdem wurde er nicht mehr gesehen. Es wird allgemein angenommen, daß er auf Befehl des lybischen Revolutionsführers Khadhafi ermordert wurde. Sein Nachfolger wurde der Generalsekretär und Stellvertreter Nabih Berri. Berri blieb nominell Stellvertreter, um die Führungsposition offen zu halten für den Tag, an dem der „Imam Mussa Sadr zurückkehrt".

Berri unterteilte die Führung in drei Regionalkommandos: Südlibanon, die Bekaa-Ebene und Beirut. Seine Führung ist nicht unbestritten. Rivalen sind der Vorsitzende des Exikutivrats, Hassan Hashem, und der eigentliche starke Mann der Amalbewegung, Mohsen Ibrahim. Berri arbeitet eng mit Syrien und der Sowjetunion zusammen. Nach übereinstimmenden Informationen aus Beirut und Paris hat er mit Moskau mehrere Vereinbarungen über Ausbildung von Amal-Kämpfern in der Sowjetunion und Waffenlieferungen getroffen. Seit dem Attentat auf die Amerikaner und Franzosen im Oktober 1983 gilt die Amal in westlichen Sicherheitskreisen als Terroristenorganisation.

Diese Eigenschaft wird ihm von anderen Gruppen zwar nicht streitig gemacht. Abspaltungen der Amal jedoch haben sich auf Terror geradezu spezialisiert. Sie gliedern sich in fünf Gruppen:

Die Amal Islami spaltete sich im Juli 1980 unter Führung des ehemaligen Sprechers der Amal, Hussein Musawi, ab. Musawi fordert Aktionen gegen alle Nicht-Schiiten, koordiniert aber seine Aktivitäten mit Syrien. Aus Damaskus erhält er logistische Hilfe und Instruktionen. Sein Hauptquartier ist in Yanta, in der Bekaa-Ebene, die untersyrischer Kontrolle gehalten wird. Offensichtlich hat er auch direkte und enge Verbindungen zu dem Regime in Teheran. Seine Spezialitäten sind Anschläge gegen westliche, insbesondere amerikanische Einrichtungen.

Die Ittihad el Tallaba (Studentenunion) wurde 1974 von Mussa Sadr als politische Vereinigung für politische Studenten und Schüler gegründet. Ihr Führer ist heute der Mullah Hassan Fadlalla. Sie wird direkt aus Teheran gesteuert. Hauptquartier ist in Balbek (Bekaa-Ebene), ihre Hauptaktivitäten entfaltet sie aber in Beirut.

Die Hisbolla ist ebenfalls eine Organisation unter iranischer Anleitung. Ihre Führer sind Abbas Musawi und Subchi Tfieli. Sie operiert in der Bekaa-Ebene zusammen mit Amal Islami. Ihre Gründung läßt sich auf das Jahr 1982 datieren. Sie gilt als die radikalste Organisation im Kampf gegen den Westen und Israel. Daneben gibt es noch die Imam Hussein Selbstmordgruppe, gegründet 1983, die vorwiegend im Untergrund operiert. Ferner die Dschihad Islami, die sich zu mehreren Sabotageakte und Attentate gegen die US-Botschaft (April 1983), die Marines und die französischen Fallschirmjäger (Oktober 1983) sowie zu Anschlägen in Kuweit (Dezember 1983) und in Madrid und Paris (April 1985) bekannt hat.

Direkt dem Präsidenten unterstellt

ROLF TOPHOVEN, Bonn

Das jüngste Geiseldrama um die entführte TWA-Maschine wirft unter taktisch operativen Aspekten erneut die Frage auf: Wer kann eine eventuell in Betracht kommende militärische Aktion überhaupt durchführen? Nur Profis kommen dafür in Frage. Die Israelis und die deutsche GSG-9 haben in der Vergangenheit erfolgreich Flugzeuge gestürmt. Auch die britische SAS wäre dazu in der Lage. Nun sind auch möglicherweise die Amerikaner gefordert. Auch sie besitzen das notwendige Können und Wissen dazu. Das Anti-Terror-Instrument der USA ist die geheimnisvolle „Delta-Force", jene Spezialeinheit der Armee, von der jetzt wieder die Rede ist.

Das „Delta-Team" zählt derzeit mit zu dem Besten, was die Vereinigten Staaten auf dem Sektor militärischer Verbände zur Bekämpfung des Terrorismus zu bieten haben. Aufgebaut wurde die Truppe im Herbst 1977. Damals, kurz nach der Operation der GSG-9 in Mogadischu reiste der legendäre Vietnam-Veteran Oberst Charles A. Beckwith nach St. Augustin zur GSG-9. Die Amerikaner brauchten Know-how zur Aufstellung einer vergleichbaren Truppe. In St.Augustin wurde Mogadischu „nachgespielt". In den folgenden Monaten baute Beckwith mit deutscher und britischer Hilfe – hier durch die SAS – die neue amerikanische Anti-Terror-Truppe auf. Stationiert ist das „Delta-Team" in der großen amerikanischen Militärstadt Fort Bragg. Unter strenger Geheimhaltung liegt das Camp der Truppe in einem früheren Militärgefängnis dieses Armeekomplexes. Von der Zeit als Gefangenenlager künden noch zwei Wachtürme. Heute umzäunen zwei Doppelzäune, elektronische Schranken, nur mit Codekarten zu öffnen, das Areal der Spezialeinheit.

Die Mitglieder der Formation rekrutieren sich vor allem aus den Ranger-Verbänden und Einheiten der Special-Forces. Daher lautet auch die korrekte Bezeichnung der Anti-Terror-Truppe: Special Forces Operational Detachement-D (SFOD-D). Das „Detachement-D" ist in der Struktur seiner Kommandokette direkt dem Pentagon unterstellt. Letzte Entscheidungsbefugnis über Einsätze dieser Einheit hat der Präsident. Der Auftrag der Anti-Terror-Truppe umfaßt primär drei Bereiche: – Befreiung von Kriegsgefangenen in Kriegszeiten – Anti-Terror-Operationen – Wiederbeschaffung von eventuell gestohlenen nuklearen Waffen beziehungsweise Einsatz bei einer nuklearen Bedrohung durch Terroristen.

Das Team gliedert sich in einen Einsatztrupp und in eine Scharfschützeneinheit. Jede Einheit hat Techniker, Taucher und Sprengstoffspezialisten. Allein im Umgang mit Sprengstoffen absolviert jedes Mitglied von „Delta" zirka 80 Stunden Ausbildung. Kleinste taktische Einheit dieser Truppe ist das Vier-Mann-Team. Die Gesamtstärke unterliegt strengster Geheimhaltung. „Delta-Force" besteht ausschließlich aus Freiwilligen. Das Mindestalter für die Aufnahme liegt bei 22 Jahren. Das Durchschnittsalter beträgt 30. Bevor der junge Soldat in diese Eliteeinheit aufgenommen wird, durchläuft er einen knochenharten „Selection-Course". Dieser wird in Camp Dawson in den Bergen West-Virginias durchgeführt. Er dauert eine Woche. Extreme physische Belastbarkeit wird dabei getestet. Die Männer werden einzeln im Gelände abgesetzt. Bestückt sind sie dabei mit Kampfausrüstung und einem 80 Pfund schweren Marschgepäck. Karte und Kompaß sollen die Orientierung erleichtern. Vom Ausgangspunkt muß sich der Soldat allein zu einem anderen Punkt im Gelände durchschlagen. Der Anlaufspunkt kann in einem Radius von 80 bis 90 Kilometern irgendwo liegen. Es ist ein Marsch gegen die Uhr – denn der Bewerber rennt und keucht gegen ein Zeitlimit, das ihm jedoch nicht bekannt ist. Diese Härteprüfung läuft über Tag und Nacht, durch jeden Geländetyp (Sumpf, Wüste, Gebirge). Wer den Bestimmungsort nicht in der festgelegten Zeit erreicht, kann einen Truck besteigen und das Kapitel „Delta" vergessen.

„Delta-Force" kann in kürzester Zeit an jedem Ort der Erde gebracht werden. Für die Mobilität stehen Großraumtransporter und Hubschrauber der 82. US-Luftlandesdivision zur Verfügung. Doch das „Detachement Delta" öffnet sich nur in Krisenzeiten anderen Einheiten der US-Streitkräfte. Aufgrund des strengen Geheimhaltung sind sie auch innerhalb der Special-Forces isoliert. Keiner kennt sie, keiner weiß so recht, was sie machen.

Das Ausbildungsprogramm hat bei den Männern von Delta zu einer extrem ausgeprägten Motivation geführt. Jeder fühlt sich als „Amerika". Er ist für sein Volk, für sein Land da. Das Selbstvertrauen der Männer in den schwarzen Einsatzanzügen der „Delta-Force" ist geradezu unheimlich. „Am liebsten möchte ich so lange im Team bleiben, bis mir eines Tages ein Terrorist das Licht ausbläst," sagt einmal einer der Männer gegenüber der WELT. Und der das sagte, war auch bei der bisher dunkelsten Stunde des Delta-Teams dabei. Nämlich damals im April 1980 in der Wüste südlich von Teheran. Dort scheiterte der spektakuläre Plan, die seit November 1979 in der US-Botschaft als Geiseln festgehaltenen Diplomaten zu befreien. Der Plan scheiterte aufgrund technischer Mängel, denn drei von acht Hubschraubern fielen aus. Aber auch mit fünf Helikoptern hätten die Männer um Oberst Beckwith das Unternehmen fortsetzen können. Aber der damalige Präsident Carter blies die Aktion ab. Im Delta-Team blieb angesichts dieses Desasters jedoch kein Trauma zurück. Ihr Wahlspruch, der auch im Wappen von „Delta" steht, blieb: „De oppresso liber – von Unterdrückung frei"!

Mit einer Milliarde elektrischer Impulse in der Sekunde zu arbeiten, stellt für die heutige Generation der Elektronenrechner die Grenze ihrer Arbeitsgeschwindigkeit dar. Deutsche Physiker sind im europäischen Verbund auf dem besten Wege, diese Schallmauer zu durchbrechen: Die von ihnen geplanten optischen Computer werden einige tausend Mal schneller sein.

Im Supercomputer der Zukunft rechnet ein Laserblitz mit Lichtgeschwindigkeit

Von ARNO NÖLDECHEN

Acht europäische Arbeitsgruppen haben sich zum Ziel gesetzt, dem Phänomen der „Optischen Bistabilität" auf die Spur zu kommen. Wenn es gelingt, dieses Phänomen zu beherrschen, öffnen sich der Computer-Technik völlig neue Wege: Anstelle von Elektronen funktionieren die Rechneranlagen dann mit Licht.

„Meine Arbeitsgruppe hat die Aufgabe übernommen, die sogenannten nicht linearen, optischen Eigenschaften von Halbleitermaterialien verstehen und berechnen zu können," umschreibt Prof. Hartmut Haug vom Institut für Theoretische Physik der Universität Frankfurt sein Forschungsziel. Er arbeitet eng mit seinem Kollegen Professor Claus Klingshirn zusammen. Was Haug errechnet, untersucht Klingshirn im Experiment.

Das Fernziel europäischer Forschergruppen ist der Bau eines „Optischen Computers" in naher Zukunft. Er soll „abhörsicher" mit Licht, beispielsweise mit Laserstrahlen, arbeiten. Wie heutige Computer elektronische Schaltelemente benutzen, um die erforderlichen logischen Schaltzustände zu schaffen, braucht der „Optische Computer" entsprechende optische Schalter. Sie existieren bereits und funktionieren, ähnlich wie Transistoren in der Elektronik, mit Laserlicht.

Seit Mitte der siebziger Jahre haben mehrere Physiker eine ganze Palette von kristallinen Verbindungen gefunden, die zum Bau derartiger Schaltglieder geeignet sind. Meist handelt es sich um winzige Kristalle aus sogenannten Halbleiter-Verbindungen. Sie zeigen, mit Laserlicht bestrahlt, „optische Bistabilität".

Entgegen unserer Alltagserfahrung mit Glas, daß nämlich mit steigender Lichtintensität mehr Licht durch diese Kristalle hindurchtritt, reagieren diese „optisch bistabilen" Kristalle völlig anders: Geringe Lichtmengen werden überhaupt nicht durchgelassen. Aber ab einer bestimmten Lichtintensität „öffnet" sich der Kristall plötzlich für das Licht und läßt es durch. Derartige Kristalle benehmen sich also „nicht linear".

Auch der gegenteilige Effekt wurde beobachtet: Geringe Lichtintensitäten werden anstandslos durchgelassen, aber ab einer bestimmten Lichtintensität macht der Kristall plötzlich „zu". Man kennt diesen Effekt von modernen Sonnenbrillen. Fototrope Sonnenschutzgläser werden dunkler oder heller, je nachdem, wie stark das Sonnenlicht ist.

Optisch „nicht linear" reagierende Kristalle schalten also deutlich zwischen zwei Zuständen ihrer Lichtdurchlässigkeit. Das ist die „Optische Bistabilität". Die beiden Schaltzustände, sperren oder Licht durchlassen, entsprechen den logischen Schaltfunktionen elektronischer Transistorfunktionen: Null oder Eins, low oder high, Nein oder Ja, die Schaltzustände der binären Mathematik.

Optische Schalter können allerdings erheblich fixer sein. Das Umschalten erfolgt in Bruchteilen von Sekunden. Cadmiumsulfid-Kristalle brauchen dazu etwa 60 Picosekunden. Das sind 60 Billionstel Sekunden. Die kürzeste bis heute registrierte Umschaltzeit liegt bei 100 Femtosekunden, also 100 Billiardstel-Sekunden. Elektronische Schalter sind um den Faktor 1000 bis eine Million „langsamer". Sie arbeiten heute im Bereich von Mikro- bis Nano-Sekunden, also in Millionstel und Milliardstel Sekunden.

Als Preis für so kurze Schaltzeiten müssen hohe Schaltintensitäten verwendet werden. Es gilt daher, Material mit optimalen Werten von Schaltzeiten und -intensitäten zu finden. Zukünftige „Optische Computer" könnten deshalb heutige Hochleistungsrechner in der Geschwindigkeit seiner Rechenoperationen übertreffen. Noch wichtiger als solche hohen Rechengeschwindigkeiten wäre die Fähigkeit, zur gleichen Zeit vielleicht Tausende von Datensignalen zu „verarbeiten".

Computer-Fachleute bezeichnen diese Fähigkeit als „parallele Datenverarbeitung" im Gegensatz zur heute benutzten „seriellen" Datenverarbeitung. Das bedeutet, daß die einzelnen Datensignale nicht mehr nacheinander, sondern daß mehrere, eines Tages vielleicht sogar tausende, zur gleichen Zeit verarbeitet werden können. „Optische Computer" wären daher um ein Vielfaches leistungsfähiger als die elektronischen Brüder.

Wie weit das gehen kann, wagt noch keiner der beteiligten Physiker vorauszusagen. Es gibt nämlich noch keine „Optische Zentralrecheneinheit", die einer elektronischen CPU (central processing unit) entspricht. Allerdings wird in mehreren Instituten über die Architektur optischer „Chips" nachgedacht.

In etwa einem Jahr wollen die Wissenschaftler über die bis dahin gemachten Vorschläge diskutieren. Die dazu benötigten Schalter aus optisch-bistabilen Kristallen sind schon recht weit fortgeschritten. Theoretiker hatten ein solches Verhalten zwar schon 1969 vorausgesagt.

Der experimentelle Nachweis glückte aber erst 1974 in den amerikanischen Bell Laboratorien mit Natriumdampf. 1979 wurde dort und gleichzeitig von schottischen Forschern der Heriot-Watt Universität, Edinburgh, das nicht lineare Verhalten sowie optische Bistabilität von Galliumarsenid und von Indium-Antimonid nachgewiesen.

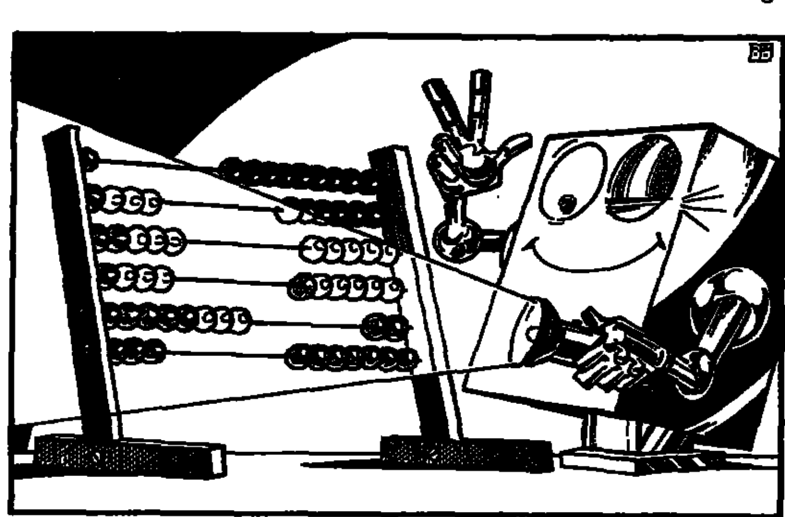
Inzwischen sind zahlreiche weitere Verbindungen im Experiment: Cadmiumsulfid, Zinkselenid, Zinksulfid, Kupferchlorid und Cadmium-Quecksilbertellurid, um die wichtigsten zu erwähnen. Selbst das von elektronischen Schaltkreisen her bekannte Silizium zeigt optische Bistabilität.

Während man anfangs wenige mikrometergroße Kriställchen schleifen und mit reflektierenden Belägen versehen mußte, zeigen einige Kristalle in ihrer natürlichen Form die erwünschte Bistabilität. Sie beruht übrigens, ähnlich wie bei elektronischen Halbleitern, auf quantenmechanischen Vorgängen mit Elektronen als „freien Ladungsträgern".

Andere deutsche Physiker befassen sich mit weiteren, wichtigen Detailproblemen. So arbeitet Dr. Horst Preier vom Fraunhofer-Institut für Physikalische Meßtechnik in Freiburg an Laser-Dioden im infraroten Lichtbereich.

Pierre Meystre und Professor Herbert Walther vom Max-Planck-Institut für Quantenoptik in Garching bei München forschen an der Umsetzung mechanischer in Lichtimpulse. Ein Prinzip also, nach dem z.B. eine Eingabetastatur konstruiert werden müßte. Sie wollen dazu den Lichtdruck der Laserstrahlen benutzen, der millimetergroße Spiegel bewegen kann.

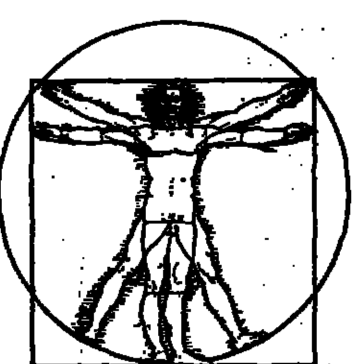
Hartmut Haug beklagt das Desintersse der deutschen Industrie an diesen Forschungen. Zumal nach seiner Ansicht gerade jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, sich in die Entwicklung optischer Computer einzuschalten.


ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

NOTIZEN

Schmerzkonferenz

Frankfurt (dpa) – Auch chronischer Schmerz ist heilbar, obwohl der chronisch Schmerzkranke durch „alle Maschen der Facharztausbildung fällt". Zu diesem Ergebnis sind rund 180 Ärzte aus dem In- und Ausland bei der „6. Offenen Schmerzkonferenz" in der Frankfurter Universitätsklinik gekommen. Ihren Schätzungen zufolge gibt es in der Bundesrepublik mindestens drei Millionen Schmerzkranke. Zu den Therapien, die überraschende Heilungserfolge bei chronischen Zuständen wie dem Phantomschmerz nach Amputation oder Gesichtsneuralgien bringen, zählt die von Dr. Dieter Gross, einem der Initiatoren der „Schmerzkonferenz", entwickelte sog. kontralaterale Lokalanästhesie, bei der die Gegenseite des Schmerzpunktes mit Injektionen eines Narkosemittels behandelt wird.



Allergien und Umwelt

Bremen (dpa) – Die Kinderärzte in der Bundesrepublik registrieren einen Anstieg umweltbedingter allergischer Erkrankungen. Fast jedes fünfte Kind leide nach jüngsten Schätzungen unter den Symptomen von Heuschnupfen, Bronchitis, Asthma, Exzemen oder an wiederkehrenden Durchfällen, erklärte der Berufsverband der Kinderärzte Deutschlands auf seiner Jahrestagung. Aufgrund der wachsenden negativen Umwelteinflüsse schaffe es der Schutzmechanismus des Körpers nicht mehr, Allergien abzuwehren. Professor Dietrich Reinhardt (Düsseldorf) hingegen vertrat die Auffassung, daß der Anstieg der registrierten Allergien auf die verfeinerten Diagnosemöglichkeiten zurückzuführen sei. Die Zahl der Erkrankungen indes nehme nicht zu.

Therapie zum Wegwerfen

Warum ärztliche Ratschläge so selten befolgt werden

Von K. MÜLLER-CHRIST

Es ist ein allseits offenes Geheimnis, daß zahlreiche Patienten die Ratschläge ihrer Ärzte in den Wind schlagen und – obwohl gesundheitlich geboten – weder das Rauchen aufgeben noch Diät halten; sie verschaffen sich weder ausreichend Bewegung, noch nehmen sie die verschriebenen Medikamente regelmäßig ein.

Auf einem Internationalen Symposium über das Verhalten von Patienten war jetzt zu hören, daß jährlich für viele hundert Millionen Mark Medikamente in den Mülleimer wandern, nur weil Patienten die diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen ihres Arztes nicht genügend unterstützen.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient durch vielfältige äußere Einflüsse gestört wird, die das Verhalten des Patienten sehr schnell und nachhaltig beeinflussen. Solange ein gewisser Leidensdruck vorhanden ist, ist der Patient in der Regel motiviert, den Anordnungen seines Arztes zu folgen.

Entfällt dieser Druck jedoch, weil die Krankheit – z. B. Diabetes – keine Schmerzen bereitet oder weil man sich – wie der Hypertoniker – einfach nicht krank fühlt, dann wird die Mitarbeit des Patienten an seiner Gesundheit, die sog. Compliance, zu einem echten therapeutischen Problem: Verordnete Medikamente werden nicht korrekt eingenommen. Diese Non-Compliance verursacht nach Expertenausssage jährlich Kosten in Milliardenhöhe.

Professor Wilhelm Vetter (Zürich) berichtet, daß nur 20 bis 50 Prozent der Patienten mit kardiovaskulären (Herz-Kreislaufsystem) Erkrankungen die ärztlichen Verordnungen befolgen. Und zwar nimmt die Einnahmedisziplin im Verlauf einer Langzeittherapie zusehends ab. In den ersten vier Monaten ist mit einem Abfall der Compliancerate um 30 Prozent zu rechnen. Nach fünf Jahren ist nur noch ein Fünftel bis ein Viertel der Patienten „bei der Stange" zu halten.

Ein komplexes Therapieschema, das die tägliche Einnahme vieler Tabletten erfordert oder mit einer Änderung der Lebensgewohnheiten einhergeht, sowie ungenügende oder schlecht organisierte Kontrollen mit langen Wartezeiten beeinflussen die Therapietreue des Patienten negativ. Das ist vor allem dann der Fall, wenn er auch noch das Gefühl gewinnt, der Arzt nehme seine Krankheit nicht mehr so ernst.

Wie motiviert man den Patienten, verantwortlich für die eigene Gesundheit zu sein? Nach Meinung von Professor Vetter kann bereits die Blutdruck-Selbstmessung zu einer deutlichen Verbesserung der Einnahmedisziplin führen.

Regelmäßige und engmaschige Nachkontrollen mit festen Terminen und kurzen Wartezeiten reduzieren überdies in der Langzeittherapie die „Drop-out"-Rate ganz erheblich. Die Compliance-Problematik beschränkt sich aber nicht ausschließlich auf die Einnahme von Medikamenten. Beim Diabetiker beispielsweise treten die

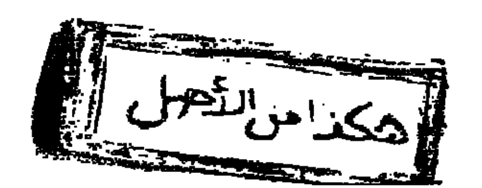

Endlagerstätte für Medikamente? FOTO: POLY PRESS

Probleme einer zusätzlichen medikamentösen Therapie meistens in den Hintergrund.

Studien zeigen, daß bei vielen Typ-II-Diabetikern durch Harnzucker-Selbstkontrolle die Compliance zur Diät und damit auch die Stoffwechsellage verbessert werden können.

Ebenso konnte gezeigt werden, daß systematisch geschulte Typ-I-Diabetiker durch Harn- und Blutzucker-Selbstkontrolle verstärkt motiviert werden, an ihrer optimalen Stoffwechseleinstellung mitzuarbeiten und diese mit Selbstanpassung von Diät und Insulin auch erreichen.

Die lebenslange Selbstkontrolle ist allerdings nicht immer ohne Probleme. Manche Patienten fühlen sich dem Druck einer ständigen Selbstkontrolle und der zunehmenden Eigenverantwortung nicht gewachsen, weichen aus oder simulieren gar gute Werte.



Schreibend setzt sich Ladislav Mnacko mit seinem Leben auseinander

Seine Kritik war nicht erwünscht

Der slowakische Schriftsteller Ladislav Mnacko ist vom Jahrgang 1919, gehört also zu einer Generation, die, wie immer sie sich entscheiden mochte, zwischen die Stühle geriet. Mnacko war Kommunist, er wurde es aus der sozialen Not seiner Jugend heraus, er wurde es aber auch aus der nationalen Verzweiflung seiner Zwangsarbeitererlebnisse unter deutscher Besatzung. Doch er saß schon von Anfang an dazwischen: Als konsequenter Stalinist hatte er begonnen, aber als er die Auswüchse des Parteistaates in einer Art parteigläubiger Ordnungsliebe anprangerte („Verspätete Reportagen"), mußte er erleben, daß seine Freunde es gar nicht hören wollten und nur seine ideologischen Gegnern im Westen seine Kritik begierig aufgriffen.

Trotz seiner Proteste gegen den Mißbrauch interner Kritik hatte sich dabei seine gläubige Parteitreue gelockert, er sah Auswüchse, die er bisher nicht wahrhaben wollte, oder – wie in seiner literarischen Kritik – für reparierbar hielt. Den entscheidenden Anstoß gab ihm die Mitte der sechziger Jahre aufbrechende antiisraelische Politik des Ostblocks. Aus schierem Protestdenken, als Nicht-Jude ging Mnacko nach Israel, worauf ihn seine bisherigen Freunde prompt ausbürgerten und aller seiner in der stalinistischen Epoche erworbenen Ehrentitel für verlustig erklärten. Aber Mnacko blieb auf der Suche nach einer sozialistischen Interpretation der Gesellschaft.

Der „Sozialismus mit menschlichem Antlitz", der schöne, fehlgeschlagene Aufbruch der Dubcek-Ära, rief Mnacko zurück in die Heimat. Aber der Traum von einem kommunistischen Gemeinwesen der Gerechtigkeit zerstob, Mnacko ging zum zweiten Mal ins Exil. Er flüchtete nach Wien und begann, seine Erfahrungen mit den Prager Machthabern der Allgemeinheit mitzuteilen.

Entführung, 22.05 Uhr, ZDF

Er schrieb Aufrufe, Bücher, von denen „Die siebente Nacht" zu nennen ist, das den Einbruch der Russen in die Tschechoslowakei aufgrund eigener Erlebnisse schildert, subjektiv zwar, aber von dokumentarischer Treue.

Er lebt jetzt im Burgenland, seine literarische Aktivität hat nicht mehr die Leidenschaftlichkeit und Unmittelbarkeit der ersten Abrechnungen – sei es mit der deutschen Besatzung, sei es mit der stalinistischen Macht – aber sie sind Lebenszeichen eines Mannes, der sein Leben lang schreiben mußte, um sich mit diesem, seinem Leben auseinanderzusetzen. Seine Bücher sind keine literarischen Kunstwerke, aber sie zeugen von der Ehrlichkeit eines Mannes, der, auch wo er irrte, redlich geblieben war, der gegen Niedertracht anging und gegen die Ungerechtigkeit der Machthungrigen. „Wie die Macht schmeckt" heißt eine romanhafte Abrechnung mit der Korrumpierbarkeit des Menschen durch die Macht. Das Buch wird noch Geltung haben, wenn die angesprochenen Machthaber vergessen sein werden. Auch die zwei Bücher, die uns Deutsche unmittelbar angehen: „Der Tod heißt Engelchen", ein reportagehafter Roman über die Kämpfe der slowakischen Partisanen mit den deutschen Kommandos, und „Die Nacht von Dresden", ein zaghafter Versuch, angesichts der Vernichtung Dresdens so etwas wie Versöhnung zwischen Betroffenen anzudeuten. Mnacko indes geht es nicht um ein Happy-End. Er sucht das Menschliche im Unmenschlichen wie er lange Jahre seines bewegten Lebens die Gerechtigkeit im Kommunismus gesucht hatte.

Was denkt er über die Deutschen, die ehemaligen Feinde, die Freunde in der Not? Er mahnt sie, wie denn anders als freundschaftlich: „Ihr Deutschen solltet endlich beginnen, darüber nachzudenken, wie ihr seid, statt euch ewig damit zu beschäftigen, was man von euch hält." Man sieht, er ist aktuell. Er hat viele aktuelle Bücher geschrieben. Die aktuellsten sind die ältesten, sie stammen aus der Zeit seiner Auseinandersetzung mit der Macht.

VALENTIN POLCUCH



Der russische Diplomat Capkin ist entführt worden. Die Kidnapper wollen ihn nur gegen Lösegeld und die Freilassung politischer Häftlinge ausliefern. „Entführung", heute im ZDF zu sehen, entstand nach einer Erzählung des Schriftstellers Ladislav Mnacko (rechts).
FOTO: L'EUPOPEO

Bald europäische Alternative zu US-Serien?

Trivial, aber vertraut

Gibt es eine typische, unverwechselbar europäische Art des Fernsehens – etwa im Gegensatz zu dem „American Way of TV", an dem wir alle aus Spielfilmen und Serien von „Dallas" bis „Bonanza" gewöhnt sind? Die Frage taucht auf, weil sechs namhafte europäische Fernsehanstalten aus Frankreich, Großbritannien, Österreich, Italien, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland (ZDZ) ihre Pläne zur Gründung einer „Europäischen Produktionsgemeinschaft für Fernsehprogramme" mit einem bedeutungsschwangeren Zusatz verkündet haben. Damit wollen die Anstalten „sicherstellen, daß ihre Programme auch künftig von europäischen Inhalten geprägt sein werden". Sie wollen sich damit von anderen Programmen unterscheiden, in denen außereuropäische Kaufserien dominieren. Gemeint sind natürlich die Privaten.

Der stärkste Impuls für diesen auf den ersten Blick unübersehbaren Seitenhieb auf die Flut der US-Importe auf den Bildschirmen ging offenbar von ORF-Generaldirektor Gerd Bacher aus. Europas Fernsehen als Brücke zwischen den Supermächten – das ist eine alte Lieblingsidee des Wieners. Daran hindert ihn offenbar auch nicht die Tatsache, daß das ORF mit insgesamt auf zwei Kanälen 870 Spielfilmen pro Jahr (davon sicher annähernd die Hälfe aus den USA) zumindest quantitativ ein „amerikanischeres" Programm ausstrahlt als ARD und ZDF.

Aber Alois Schardt, der Programmdirektor des ZDF, weist jeden Verdacht, hier sei womöglich versteckter Anti-Amerikanismus im Spiel, ganz entschieden zurück. „Wir rümpfen auch etwa nicht die Nase über die amerikanischen Serien. ‚Dallas' und ‚Denver' sind die Trivialliteratur unserer Zeit. Trivialliteratur ist etwas legitimes. Nur sind wir Europäer inzwischen genügend selbstbewußt, kooperativ und routiniert, um unsere eigene Trivialliteratur zu produzieren". Nicht etwa, um eines Tages völlig autark und „ent-amerikanisiert" dazustehen. Schardt: „Ein Fernsehprogramm ganz ohne Amerikanisches ist gar nicht vorstellbar".

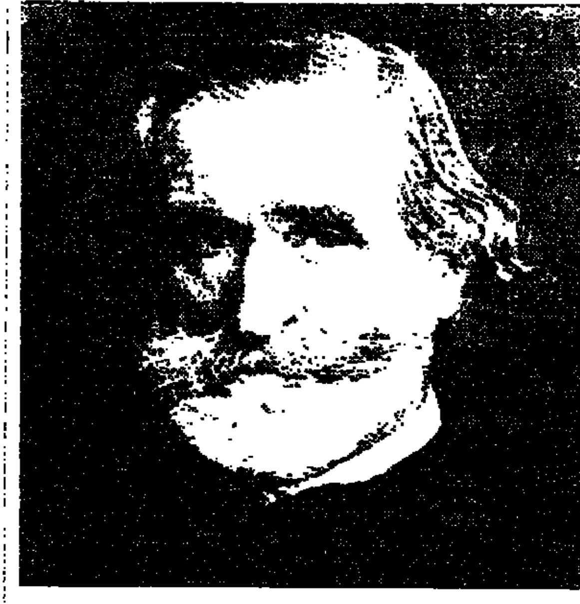
Immerhin: Der deutsche Zuschauer bevorzugt schon seit eh und je eigenproduzierte Sendungen, weil „er sich mit Personen, Themen und Inhalten leichter identifiziert". Das ist ein Originalzitat von Alois Schardt aus dem ZDF-Jahrbuch 1983. Allerdings bezieht es sich auf deutsche Produktionen. Kann man das automatisch auch auf europäische Serien oder Filme ausdehnen? Der ZDF-Direktor räumt ein: Portugiesisches sei dem deutschen Zuschauer vielleicht wirklich fremder als das allbekannte aus den USA. Aber im ganzen sei Europa dem Zuschauer doch besser vertraut. „Bei ‚Dallas' kriegen wir ja tausend kleine Anspielungen und Pointen gar nicht mit".

Zunächst steht bei der Euro-Produktionsgemeinschaft der Sechs das Organisatorische im Vordergrund. Was die Professionalität der Sendungen betrifft, will man hinter den Amerikanern keinesfalls zurückstehen. Ein Beispiel: Eine Serie wie „Ich heirate eine Familie" – die laut Schardt bisher am besten gelungene Familienserie in Eigenproduktion – hatte pro Jahr nie mehr als sechs Folgen. Mehr kriegte schon der Autor gar nicht zustande. In Zukunft sollen – genau wie in den USA – ganze Autorenteams daran werkeln: Einer entwirft die Handlung, die anderen schreiben nach diesem Handlungsrahmen abwechselnd die Drehbücher". Zur Zeit laufen Gespräche über die ersten Euro-Sujets. Die Österreicher beispielsweise denken an eine Serie um die Walzerfamilie Strauß. Die Euro-Serien sollen mehr sein als simple Mischmachproduktionen, wie sie im Film eine Zeitlang üblich waren, wo man mit ein paar Darstellern aus verschiedenen Ländern glaubte die internationale Verkäuflichkeit des Produkts sichern zu können.

Ermutigt fühlt das ZDF sich unter anderem auch durch die außerordentlich erfolgreichen Krimi-Serien „Der Alte", „Derrick" und mit Einschränkungen auch „Ein Fall für zwei". Horst Tappert-Derrick wird heute in Ungarn und in Finnland jederzeit auf der Straße erkannt. Die deutschen Krimi-Serien werden in einigen Ländern ganz bewußt als „nicht-amerikanisches Fernsehen" bevorzugt.

Eines allerdings wird auch die neue Sechsergemeinschaft nicht beseitigen können. US-Serien werden für die deutschen Fernsehanstalten auch dann noch kostengünstiger sein, wenn man in Europa gemeinsam produziert und auf allen beteiligten Kanälen ausstrahlt.

JOACHIM NEANDER



Ließ keinen Außenstehenden an seinem Privatleben teilhaben: Giuseppe Verdi, dessen Lebenswerk von 23 Opern nun zum Gegenstand einer achtteiligen Fernsehserie wurde, die gestern abend begann.
FOTO: ZDF

Giuseppe Verdis Privatleben wird aufgeblättert

Terror durch Schweigen

„Niemals, niemals werde ich meine Memoiren schreiben", wehrte sich Verdi einige Jahre vor seinem Tode in einem Brief, und er hat Wort gehalten. In der Kunst, sein Leben aus der Öffentlichkeit herauszuhalten, war er kaum weniger genial als in seiner Musik. Sie allein sollte für ihn sprechen. Er selbst hielt sich mit Vorliebe schweigend zurück.

Charakteristisch dafür ist, daß er sich bis zur Vollendung der „Aida" und seinem anschließenden Rückzug von der Opernbühne für 16 Jahre – mit 57 ein freiwilliger, weltberühmter Frührentner des Musikbetriebs – kaum je Interviewpartnern im Gespräch erschloß.

Er hielt auf Distanz. Er ließ sich ungern nur nahekommen. Man drang schwer zu ihm vor. Er galt als höflich, aber überaus reserviert. Man hatte auch Angst vor ihm. Wenn Verdi seine Mitmenschen zu irgend etwas ermutigte, so war es dies: Abstand zu ihm zu halten. Sein Privatleben war und blieb für alle tabu.

Die Künstler vergötterten ihn durchaus nicht. Er war unerbittlich in seinen Forderungen, hielt aber mit Lob, Dank und Anerkennung auffallend zurück. Er war einverstanden, von Publikum und Kritik ausgezischt zu werden (man grölte zu Verdis Zeiten noch nicht das kuhähnliche Buh) unter der Bedingung, auch nicht um Beifall bitten zu müssen. Er war und blieb unerbittlich und konsequent – auch im Nachtragen.

Er schloß die Mailänder Scala ein Vierteljahrhundert lang von der Uraufführung seiner Werke aus, nachdem das Haus sich mit der Premiere der „Giovanna d'Arco" nicht die erforderliche Mühe gemacht hatte. Er rief alle seine Verträge mit dem Verlagshaus Ricordi zur Revision zurück, als der Verleger pfennigfuchserisch ein Gastspiel mit dem „Requiem" in Berlin abgesagt hatte. Erst gegen Strafzahlung von 50 000 Lire an den Komponisten wurde Ricordi am Ende vergeben.

Verdi überwachte die Proben. Er saß auf der Bühne, unbeweglich wie ein assyrischer Gott. Er übte durch Schweigen Terror. Er hielt mit seinem Urteil zunächst zurück, das übrigens durchaus kein Zeichen für Zufriedenheit war. Für „Macbeth" 1845 in Florenz gab es von den Klavier- bis zu den Orchestersitzungen hundert Proben.

Man macht es sich heutzutage selten nur klar: Was Verdi schrieb, war neue Musik, und darin, diese Musik, wie sie geschrieben war, aufzuführen, ließ Verdi nicht mit sich spaßen. Roman Vlad, der italienische Komponist rumänischer Abstammung, der die Zusammenstellung der Musik Verdis für den Fernsehfilm und die Überwachung ihrer Wiedergabe übernommen hat, wird das hoffentlich nicht vergessen haben.

(Die zweite Folge der achtteiligen Serie „Giuseppe Verdi" sendet die ARD am Montag, 24. Juni um 20.15 Uhr). KLAUS GEITEL





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Eine italienische Legende
Giuseppe Verdi
1. Teil: Jugendjahre
12.20 Gott und die Welt
Nächstenliebe in Devisen
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
15.25 Dr. Snuggles
1. Folge: Wie Mathilde Dosenfönger erfunden wurde
16.00 Tagesschau
16.10 Die Ware Mode – Berlin
Film von Elke Baur
16.55 Spaß am Dienstag
Unterhaltungsmagazin mit Funkes Laden (4)
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Bei Sigi Harreis' Unterhaltungsspiel treten heute Inhaberinnen von Imbißstuben gegen ihre männlichen Kollegen aus der Welt der Feinschmecker an.
21.00 Report
21.45 Magnum
Auch Perlen haben Schatten
Thomas Magnum beschließt, sich bei Higgins für so manche erhaltene Gefälligkeit zu revanchieren. Doch gleich beim ersten Auftrag steckt Magnum wieder mitten in einem Abenteuer. Denn eine Kiste, die er am Hafen abholen soll, enthält keine Bücher, sondern eine aufregende Japanerin ...
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Der Riß durch die Welt
Geschichte einer Jugend: „Anton Reiser"
Film von Peter Laemmle
Erst vor 10 Jahren wurde Karl Philipp Moritz' Roman „Anton Reiser" literarisch wiederentdeckt. Er gilt heute als erstes psychologisches Werk in deutscher Sprache, in dem der Autor schon hundert Jahre vor Freud dessen Theorien vorgriff.
0.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
16.20 Eine schwere Entscheidung
Englischer Jugendfilm (1979)
Seit sechs Jahren lebt die 15jährige Alexandria Benton bei ihren Pflegeeltern, die sie gerne adoptieren würden. Da erreicht die Familie eines Tages der Anruf von Alexandrias leiblicher Mutter, die das Mädchen wieder zu sich nehmen will ...
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Western von gestern
Der Schrecken von Oklahoma (1)
19.00 heute
19.30 Zwei nette Dicke
Amerikanischer Spielfilm (1981)
Mit Farnham Scott, January Stevens, Jack Aaron u. a.
Regie: Manuel Summers
21.02 ZDF – Ihr Sommerprogramm
21.15 WISO
Auch die Japaner wollen weniger arbeiten
Moderation: Friedhelm Ost
Noch arbeiten die japanischen Arbeitnehmer 48 Stunden in der Woche, doch die Tarifauseinandersetzungen werden bereits mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung geführt. Udo van Kampen vergleicht am Beispiel einer japanischen Arbeiterfamilie das deutsche und japanische Gewerkschaftssystem.
21.45 heute-journal
22.05 Entführung
Frei nach einer Erzählung von Ladislav Mnacko
Buch und Regie: Günter Gräwert
23.50 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Tarzan
Der blaue Stein des Himmels (Teil 2)
15.00 Die Bären sind los
Amanda ist die Größte
15.30 Musicbox
Musik, die unter die Netzhaut geht
16.30 Scooby und Scrappy Doo
Von wilden Menschen und zahmen Hunden
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Alle meine Lieben
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Qu.
18.45 Mikosch, der Stolz der Kompanie
Deutscher Spielfilm (1957)
Mit Gunther Philipp, Walter Gross, Kurt Grosskurth u. a.
Regie: Rudolf Schündler
Der Komiker Ferdl, der bisher seine Erfolge auf einer Wiener Vorstadtbühne gefeiert hat, soll in der Garnisonsstadt Ischl zu einem brauchbaren Soldaten geschliffen werden. Doch auch hier setzt er sich als Spaßmacher durch ...
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Haben Sie es nicht ein bißchen kleiner?
Ein hoher Beamter des Verteidigungsministeriums besucht das Testgelände des Militärs. Doch zwischen dem ersten Posten und den Gebäuden verschwindet er samt Rolls-Royce spurlos ...
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Der Pfarrer von St. Pauli
Deutscher Spielfilm (1970)
Mit Curd Jürgens, Heinz Reincke, Corny Collins u. a.
Regie: Rolf Olsen
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Vier Gründerväter:
2. George Washington
20.15 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Eberhard Büssem aus Frankreich: Oradour-sur-Glane – Vierzig Jahre nach dem Massaker
20.45 Rückblende
21.00 Formel Eins
ARD-Hitparade
21.45 Landesspiegel
Im Zigarrenrevier
22.15 Deutschlandbilder
Berlin NO – Prenzlauer Berg
23.00 Auslandsmagazin
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Technik als Hobby
19.00 Rund ums Zwiebelmuster
19.15 Treff im Turm
Ideen für junge Leute
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
21.15 Die wirklich Reichen (2)
Eine gute Partie ist nicht immer die beste
22.10 Juristenstammtisch
22.55 Offerte
23.10 Pogo 1104 (2)
0.40 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Bilder
„Miss Amerika" von Wolf Vostell
18.45 Aquaristik – Die Welt der Zierfische
19.05 Formel Eins
20.00 Ein Fremder klopft an
Kriminalstück von Agatha Christie, Frank Vosper
21.30 Drei aktuell
21.45 Bücher-Report
22.35 Die Kunststation bin ich
Der Künstler Jürgen Blum
23.20 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Die Reise nach Palermo
Ital.-franz. Spielfilm (1973)
Mit Sophia Loren u. a.
22.55 Avec plaisir (10)
23.25 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Der Dieb der Mona Lisa
Ital.-franz. Spielfilm (1966)
Mit Marina Vlady u. a.
Regie: Michel Deville
20.45 Die Sprechstunde
Ratschläge für die Gesundheit
Gesundheitsküche
Salmonellen
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 BR unterwegs
Gespräch mit dem Publikum
23.20 Rundschau

Senat verfügt Schließung von „Sonnenschein“

Niederlage für CDU/FDP-Koalition / Vetter bleibt im Amt

HANS-R. KARUTZ, Berlin

235 Mitarbeiter der Batteriefabrik „Sonnenschein“, die der Familie von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) gehört, stehen heute morgen vor geschlossenen Werkstoren: Per einstweiliger Anordnung hat das Berliner Verwaltungsgericht wegen „kontinuierlich schädlicher Umwelteinwirkungen“ einen Produktionsstopp verfügt. Der Beschluß, von vier Anwohnern gefordert, stellt zugleich die erste schwere politische Niederlage des CDU/FDP-Senats unter Eberhard Diepgen dar. Umweltschutzsenator Horst Vetter (FDP), von SPD und AL zum Rücktritt aufgefordert, bleibt aber im Amt. „Wir reiben uns nicht an Vetter“, sagte FDP-Fraktions- und Parteisprecher Dietrich Pawlowski zur WELT.

Der Vorgang bildete Berlins politisches Gesprächsthema an diesem langen Wochenende. Führende Koalitionspartner erörterten am Telefon die Folgen. Die Diskussion über politische Konsequenzen und Lernprozesse aus diesem eklatanten Versagen politischer Kontrollfunktionen im Bereich des Umweltschutzes wird bereits heute in einer allerdings längst anberaumten Klausurtagung des FDP-Landesvorstandes geführt.

Die Batteriefabrik der Familie Schwarz-Schilling – bis zu seiner Ernennung zum Minister 1982 führte Schwarz-Schilling die Geschäfte der Firma mit Hauptsitz im hessischen Büdingen – geriet schon vor Jahren in die Schlagzeilen der Berliner Presse.

Vertrauensselig

Schon früheren Landesregierungen – damals trug Senator Erich Pätzold (SPD) die Verantwortung – bereitete die nur 150 bis 200 Meter von Wohnhäusern entfernte Anlage alles andere *als Sonnenschein: Man stritt* sich über Auflagen und Folgerungen aus dem Bundesimmissionsschutzgesetz mit der Frage, ob es sich um nicht genehmigungsbedürftige „Altanlagen“ handelte.

Der neue Umweltschutzsenator fand 1983, als er ohne Verwaltungserfahrung ins Amt kam, einen Wust von Problemen vor. Heute räumt man in seiner Verwaltung selbstkritisch ein, offenbar zu vertrauensselig gegenüber den Angaben der Geschäftsleitung gewesen zu sein. „Die haben uns belogen“, heißt es im Hause Vetter in Richtung Firma.

Im themenarmen Wahlkampf 1985 sorgte „Sonnenschein“ für die bislang dunkelsten Wolken am Senatshimmel: Rechtsanwalt Rainer Geulen, Deutschlands bekanntester und erfolgreichster Umweltschutz-Anwalt, hatte im Frühjahr die massive Aufforderung an Vetter gerichtet, endlich von sich aus tätig zu werden. „Sonst gehen wir vor Gericht“, drohte Geulen schon damals. Des Anwalts Erfolge im Kleinkrieg mit der in vielen Bereichen keineswegs erstklassigen Berliner Verwaltung hätten Vetter und den Senat vorsichtig stimmen müssen: Geulen setzte eine neue Autobahntrasse für die Hamburg-Route durch und prozessierte im Verfahren um Buschhaus, die sogenannte „Dreckschleuder der Nation“.

Verwaltung zögerte

Der Umweltschutzminister zögerte vor einigen Monaten, und die FDP *verstand seine Argumente: Ein Eingriff* in die Produktion bis hin zur Stillegung hätte möglicherweise millionenschwere Regreßforderungen der Unternehmer-Familie nach sich gezogen, falls Schwarz-Schilling vor Gericht obsiegt hätte.

Die 13. Kammer des Verwaltungsgerichts unter dem erfahrenen Richter Peter von Feldmann, die den Senat in Umweltdingen schon öfter schmerzhaft korrigierte, belehrte nun Vetter: „Wesentliche Betriebsteile“ liefen ohne die erforderlichen Genehmigungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Vetter schien trotz seiner juristisch-politischen Schlappe am Wochenende eher erleichtert über den Jury-Spruch zu sein: Er ordnete die Schließung an und informierte seine Kollegen im Bund über die rigide Rechtsprechung.

Politische Konsequenzen muß Vetter zur Zeit nicht fürchten: „Wir können uns durch Verwaltungsfehler nicht einen Senator nach dem anderen abschießen lassen“, heißt es in der FDP. Die Fälle der FDP-Justizsenatoren Oxfort (1976) und Baumann (1978) sprechen dafür. Vetter wurde nach der März-Wahl von seiner Fraktion mit 9:3 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Schon damals war Parteichef Walter Rasch jedoch im Prinzip bereit, auch mit „anderen Namen anzutreten“.

USA nicht zu Zugeständnissen bereit

● Fortsetzung von Seite 1

sobald die Affaire beendet sei. Inzwischen sind die ersten freigelassenen Geiseln in New York eingetroffen. *Übereinstimmend priesen* sie die deutsche Chef-Stewardess Ulrike Derickson als die „Heldin“ dieser Affaire. Diese gab an, daß zwei der Entführer kaum englisch aber sehr gut deutsch sprachen. *Sie habe die* meisten Verhandlungen mit ihnen in deutsch geführt. Das Verhalten der Entführer sei in der Anfangsphase brutal gewesen. Als sie ihnen das Cockpit öffnen mußte, sei sie niedergeschlagen worden.

Beim Einsammeln der Pässe habe sich dann herausgestellt, daß vier Passagiere nur Militärausweise besaßen. Einer der vier wurde brutal zusammengeschlagen und später erschossen. Eine junge Australierin, die in unmittelbarer Nähe des Soldaten gesessen *hatte, berichtete, die* Terroristen hätten auf ihn mit einem Revolver eingeschlagen. Im französischen Rundfunk sagte ein Passagier, als die Terroristen den Mann erschossen, hätten sich alle Geiseln mit den Händen vor dem Gesicht nach vorne beugen müssen. „So sind wir nur Ohrenzeugen seines Todes geworden.“

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Israel ist aufgrund einer Kabinettsentscheidung grundsätzlich bereit, die schiitischen Gefangenen freizulassen. Jedoch müßten die USA einen Antrag in diesem Sinn stellen. Präsident Reagan sagte in Washington: „Es hängt jetzt gänzlich von Israel ab. Israel muß die Entscheidung treffen.“

Das muß Israel nicht, denn die Geiseln sind amerikanische Staatsbürger. Wenn Israel dennoch die Gefangenen freilassen will, so vor allem wegen der *engen Beziehungen zu den* USA. Eine zweite Erwägung ist, daß die schiitischen Gefangenen ohnedies zur Freilassung bestimmt waren. Sogar der Termin stand schon fest, doch die Krise mit Unifil, der UNO-Truppe in Libanon, setzte dem ein Ende. Israel wollte damals nicht auf die schiitischen Gefangenen als Verhandlungsobjekte verzichten. Bis vor wenigen Jahren hatte Israel stets nach dem Prinzip gehandelt, nicht zu kapitulieren. Doch dieser Grundsatz zerfiel, als die israelische Regierung vor weniger als einem Monat fast 1200 palästinensische Terroristen im Austausch gegen drei israelische Soldaten freiließ.

SPD, Kommunisten und Grüne werben um die Reste der „Friedensbewegung“

„Strategiekonferenz“ zeigt Spaltungstendenzen / Aktion Sühnezeichen zieht sich zurück

WERNER KAHL, Köln

Um die Überreste der „Friedensbewegung“ hat jetzt *ein* heftiges Werben *seitens der SPD, der Grünen und der* DKP eingesetzt. Auf dem ersten „Strategiekongreß“ seit der Spaltung der Bewegung nach den Großdemonstrationen gegen die Sicherheitspolitik der Bundesregierung wurde am Sonntag und gestern in Köln deutlich, daß der Zerfallsprozeß weitergeht. Unter 28 Gruppierungen des Koordinationsausschusses der Bewegung dominierten linke Gruppen, die Koalitionen und Bündnisse mit von der DKP unterwanderten Organisationen bilden.

*Stärksten Beifall bei den Grund*satzreferaten gab es so nicht für Abrüstungsappelle, sondern für die Forderung, die Staatsbürgerschaft der „DDR“ anzuerkennen und die zentrale Erfassungsstelle für Verbrechen gegen die Menschlichkeit an der innerdeutschen Demarkationslinie aufzulösen. Die in der Kölner Gesamtschule Raderthal versammelten Vertreter der Gruppen im Koordinationsausschuß stimmten denn auch gestern fast geschlossen gegen den Antrag, unabhängigen Friedensgruppen in der „DDR“ sowie der polnischen Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“ solidarisch beizustehen. Das Abstimmungsergebnis spiegelte den Einfluß orthodoxer Kommunisten wider, die dort den Schulterschluß mit Jusos, Jungdemokraten und linksradikalen Grünen feiern konnten: Zirka 570 votierten gegen die Solidarität mit denjenigen Gruppen in Mitteldeutschland, die dort unter anderem den Abzug der sowjetischen Raketen fordern; nur rund 30 waren *für solidarische Grüße.*

Andreas Zumach, Sprecher der Aktion Sühnezeichen, verließ vor der Abstimmung den Kongreß. „Wir wären *die letzten, die die Kommunisten* aus der Friedensbewegung ausgrenzen wollen“, hatte er zur Eröffnung vor den Teilnehmern betont. Kritik innerhalb der Bewegung und an den Zielen dürfe jedoch durch Kommunisten nicht mit „Anti-Antikommunismus-Parolen niedergebügelt“ werden. Die Aktion Sühnezeichen hatte bereits im November vergangenen Jahres nach den Worten Zumachs im Koordinationsausschuß „die Notbremse gezogen“. Die Ursache der 1984 einsetzenden Zersplitterung ist nach Meinung Zumachs darin zu sehen, daß die „Friedensbewegung“ aus ihren Fehlern nicht die Konsequenzen gezogen hat. Der Funktionär der Grünen, Lukas Beckmann, sprach von einer notwendigen „Neubelebung der Chancen“ für die Bewegung, die ohne sicherheitspolitische Konzeption nur eine „alternative Feuerwehr“ bleibe.

Vertreter DKP-naher Gruppen visierten den Herbst dieses Jahres oder spätestens das kommende Jahr als strategisches Ziel für den Beginn neuer Großdemonstrationen, die bis zur Bundestagswahl 1987 organisiert werden sollen, an. Kofaz-Agitator Achim Maske forderte: „Der Bundesregierung eine Menge Knüppel zwischen die Beine werfen.“

Dem Bündnisblock von Jusos und der SPD-Friedensinitiative des SPD-Funktionärs Wolfgang Biermann *mit* DKP, DFG/VK und Kofaz warf die „Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation“ auf einer großen Wandtafel in der Halle vor, mit dem Eintreten für Anerkennung der „Realitäten“ im geteilten Deutschland solle nur eine „Friedensbewegung in Ost und West“ verhindert werden.

Bund und Länder bleiben uneins

HH. Bonn

Das Treffen der Regierungschefs von Bund und Ländern in Bonn hat dem Vernehmen nach in wichtigen Fragen keine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte gebracht. Das gilt zum Beispiel für die nukleare Entsorgung. Während die Bundesregierung am Wiederaufarbeitungskonzept festhält, setzt sich etwa der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) für die direkte Endlagerung ein. Diese komme aus der Sicht der Bundesregierung zunächst nur für solche Brennelemente in Betracht, für die die Entwicklung einer eigenen Wiederaufarbeitungstechnik wirtschaftlich nicht vertretbar sei. Auch Börners nordrhein-westfälischer Kollege Johannes Rau kritisiert (s. WELT vom 13. Juni) das Bonner Entsorgungskonzept, vor allem mit Blick auf die anstehenden Entscheidungen für den Schnellen Brüter in Kalkar.

Scholz: „DDR“-Grenze perfekter

AP, Berlin

Die innerdeutsche Grenze ist nach Ansicht des Berliner Senats in den vergangenen Jahren zwar „weniger blutig, aber dennoch immer undurchdringlicher“ geworden. Der Berliner Bundessenator Rupert Scholz berichtete gestern bei einem Besuch des modernisierten Grenzübergangs Herleshausen, die „DDR“ habe ihre Todesautomaten inzwischen abgebaut und die Minenfelder bis auf 94 Kilometer reduziert. Ihren „modifizierten Schutzstreifenzaun“ habe sie jedoch nach westlichen Erkenntnissen auf 609 Kilometer verlängert und weit ins Hinterland verlegt.

Als ermutigendes Zeichen betrachtete es der CDU-Politiker, daß sich der Transitverkehr von und nach Berlin positiv entwickle. Es könne damit gerechnet werde, sagte Scholz, daß in diesem Jahr die Rekordzahl von 22 Millionen Transitreisenden erreicht werde.

„Dritte Welt braucht Leistung“

DW. Hof

Mit einer Absage an eine dirigistische Weltwirtschaftsordnung verknüpfte der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß den Aufruf, künftig mehr öffentliche Gelder zur Förderung privater Investitionen in den Entwicklungsländern bereitzustellen. Auf dem Dritte-Welt-Kongreß der Hanns-Seidel-Stiftung meinte Strauß am Wochenende in Hof, auch die Bonner Auslandsvertretungen müßten endlich erkennen, daß es sowohl im Interesse der Entwicklungsländer als auch im Interesse der deutschen Wirtschaft liege, deutsche Unternehmen im Ausland nach Kräften zu unterstützen. Das von Jürgen Warnke (CSU) geleitete Entwicklungshilferessort habe diese Notwendigkeit erkannt. Ziel *einer* jeden *Dritte-Welt*-Politik müsse die Schaffung leistungsfähiger Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme sein.

Geringe Chancen für gemeinsames Jagdflugzeug

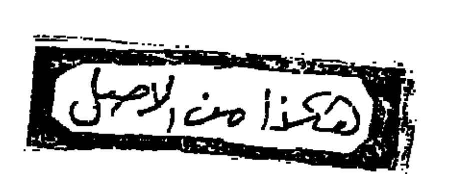
RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Auseinandersetzungen zwischen den fünf europäischen Ländern, die gemeinsam ein Jagdflugzeug für die Luftwaffen ihrer Streitkräfte bauen wollen, spitzen sich zu. Die Verteidigungsminister aus Großbritannien, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien und Spanien trafen sich gestern in London, um einen letzten Versuch zu einer Einigung zu unternehmen. In den 90er Jahren brauchen die Luftwaffen der fünf Länder ein Flugzeug, das der gewachsenen Angriffsfähigkeit der Luftstreitkräfte des Warschauer Paktes eine entsprechende Verteidigungskapazität entgegenstellen kann.

Vor Journalisten äußerte Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner die Hoffnung, daß es in London doch noch zu einer Einigung über das EFA-Projekt (European Fighter Aircraft) kommen werde. Er werde kompromißbereit in die Verhandlungen gehen, aber nur eine Lösung über ein Flugzeug akzeptieren, das den Anforderungen der deutschen Luftwaffe entspreche.

Nach Informationen der WELT ist eine Einigung unwahrscheinlich. Den entscheidenden Widerstand gegen das Projekt leistet die französische Industrie. Die Firma Dassault hat bereits einen Prototyp eines Jägers entwickelt, den sie offenbar unter allen Umständen nicht nur für die französische Luftwaffe, sondern auch für den Export bauen möchte. Auch die britische Industrie entwickelt einen Prototyp. Bonn hat bislang keinen Auftrag zur Entwicklung eines Prototyps an die deutsche Industrie vergeben, weil Verteidigungsminister Wörner in den sich mehr als zehn Monate hinziehenden Verhandlungen mit Paris und London hoffte, zwischen den Interessen beider Länder einen Kompromiß erzielen zu können.

Noch beim jüngsten Treffen in Rom vor rund drei Wochen hatte der französische Verteidigungsminister Hernu zugesagt, die Firma Dassault auf die *Linie einzuschwören, die von* den Chefs der fünf Luftwaffen in einer gemeinsamen Forderung für das EFA-Projekt gefunden worden war. Anschließend mußten aber die vier anderen Unternehmen feststellen, daß Dassault zu wirklicher Kooperation nicht bereit war.



Nadelöhr Südwest

nl – Alljährlich erweisen sich hauptsächlich zu Urlaubszeiten die südwestdeutschen Autobahnen als Nadelöhre. Wer regelmäßig auf den Straßen rund um Stuttgart auf Achse ist, weiß ein Lied davon zu singen, wie häufig er in Staus stekkenbleibt. Kein Zweifel – das Fernstraßen-Netz im „Musterländle" Baden-Württemberg ist alles andere als mustergültig. Darunter hat vor allem die Wirtschaft zu leiden. Ihr Gewicht, das sich in der bekanntermaßen überdurchschnittlichen Wachstumskraft ausdrückt, steht in einem eklatanten Gegensatz zur Aufnahmefähigkeit der Straßen.

Ein Beispiel besonderer Dringlichkeit ist der Bau der Autobahn zwischen Ulm und Würzburg. Aber auch nach der längst überfälligen Fertigstellung dieser wichtigen Nord-Anbindung, die für das Jahr 1987 geplant ist, bleibt das Autobahnnetz in Baden-Württemberg unvollkommen. Die Ursachen für das Zurückbleiben des südwestdeutschen Bundeslandes sieht der Bund beim Land und das Land beim Bund. Bei den unerquicklichen gegenseitigen Schuldzuweisungen verweist der Bund auf die fehlenden Planungen des Landes, demgegenüber prangert das Land in der Regel ungenügende Mittelzuweisungen aus Bonn an.

Die Wahrheit dürfte in der Mitte liegen: Einerseits hat der Bund zu wenig Geld zur Verfügung gestellt, auf der anderen Seite hatte das Land mit Planungsproblemen zu kämpfen. Gegenseitige Vorwürfe helfen aber nicht weiter. Es gilt, umgehend die vorhandenen Planungen zu realisieren.

Vernunft

hoe. – Die in der Öffentlichkeit kaum vernehmbare Stimme wirtschaftlicher Vernunft meldete sich dank beim Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie anläßlich seiner Mitgliederversammlung in Travemünde erfreulich deutlich. Verbandsvorsitzender Heinz Thormann artikulierte sie ebenso wie Norbert Walter. Der Keks- und der Nationalökonom, dieser von Bahlsen, Hannover, jener Professor am Kieler Institut für Weltwirtschaft, forderten ihresgleichen zum Aufbruch aus dem Betriebs- und Instituts-Elfenbeinturm in die Politik auf. Die Wende zur Leistung könne nur gelingen, wenn die Mehrheit sie bei den Politikern laut einfordert. Geschieht das nicht, ginge die Vernunft mit Sicherheit unter. Nach Walters Meinung wäre das zwar nicht das Ende: Die Deutschen, meinte er, seien immer gut, wenn Krisen zu bewältigen seien.. Mein Gott, Walter, möchte der auf schnellere Wende hoffende Zeitgenosse da seufzen: Sollen wir wirklich warten, bis die jungen Leute, die Beamte werden wollten und nun Unternehmer werden müssen, zur größten Wählergruppe geworden sind?

IWF muß realistisch sein

Von KAREN SÖHLER

Wieder einmal haben die internationalen Banken aufgeatmet: Argentinien, mit rund 48 Milliarden Dollar Auslandsverbindlichkeiten eines der höchstverschuldeten Länder der Welt, einigte sich in letzter Minute mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auf ein wirtschaftliches Anpassungsprogramm. Die ersten Maßnahmen hat die Regierung in Buenos Aires schon ergriffen. 250 Millionen Dollar rückständige Zinsen überwies das südamerikanische Land seinen Gläubigerbanken. Damit entgingen die amerikanischen Kreditinstitute – wie schon so oft – dem Zwang, Argentinien als zahlungsunfähig klassifizieren zu müssen.

Die Furcht der US-Banken vor diesem Schritt ist groß. Von den rund 27 Milliarden Dollar, die Argentinien ausländischen Geschäftsbanken schuldet, entfällt der Bärenanteil auf wenige amerikanische. Wenn sie diese Forderungen als uneinbringlich einstufen müßten, kämen zahlreiche amerikanische Kreditinstitute in erhebliche Schwierigkeiten.

Aber auch der kleine Erfolg, den die Einigung Argentiniens mit dem IWF widerspiegelt, enthebt die Banken nicht ihrer Sorgen. Die Zinsrückstände betragen noch immer eine Milliarde Dollar. Sobald ein Land aber länger als 180 Tage seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, muß endgültig der Schlußstrich gezogen werden: Zahlungsunfähigkeit, Zusammenbruch. Die nächsten Auseinandersetzungen werden also nicht lange auf sich warten lassen.

Denn eine Einigung mit dem IWF ebnet nur den Weg für weitere Verhandlungen mit den Gläubigerbanken, die eine Umschuldung ohne ein mit dem Fonds abgestimmtes Wirtschaftsprogramm ablehnen. Bis endlich ein Paket geschnürt ist, wird noch viel Zeit vergehen.

Andererseits drängt die Zeit: Die Verhandlungen um einen Überbrückungskredit in Höhe von 480 Millionen Dollar, den einschließlich den USA zwölf Länder zur Verfügung stellen und mit dem weitere Zinsverpflichtungen beglichen werden, haben gezeigt, daß es immer schwerer fällt, „fresh money" aufzubringen. Eine Umschuldung wird also höchste Zeit, scheitert aber, hält Argentinien die IWF-Abmachungen wieder nicht ein. Und das wäre denkbar.

Die Konsequenzen, die sich aus den IWF-Auflagen ergeben, sind politisch schwer durchzusetzen – vor allem gegenüber den argentinischen Gewerkschaften. Denn das Sanierungsprogramm, daß Argentiniens Präsident Raúl Alfonsin nach der Einigung mit dem IWF verkündet hat, fordert weitere reale Lohneinbußen. Löhne, Preise und Tarife werden zunächst für 60 Tage eingefroren. Darüber hinaus sind drastische Sparmaßnahmen vorgesehen.

Außerdem erscheinen die IWF-Auflagen nicht sehr realistisch. So soll die Inflationsrate von jetzt über 1000 Prozent innerhalb eines Jahres um über ein Drittel auf rund 600 Prozent gesenkt werden. Zu diesem Zweck hat Alfonsin am Wochenende eine Währungsreform durchgesetzt: Nicht in Peso, sondern in Austral wird jetzt bezahlt. Die neue Währung ist fest an den Dollar gekoppelt.

Die Reform mag dem Kampf gegen die Inflation dienen. Fraglich ist, ob der Erfolg sich so schnell einstellt, wie der Fond es sich vorstellt. Seit September 1984 hat sich die Inflation nahezu verdoppelt. Diese Entwicklung läßt sich nicht so schnell rückgängig machen.

Außerdem müssen die Ausgaben – gemessen am Bruttosozialprodukt – der öffentlichen Hand in diesem Jahr um knapp vier Prozent vermindert werden gegenüber 1984. Die Einnahmen sollen um drei Prozent zunehmen, um so die Lücke im Haushalt zu verkleinern. Diese Sanierungsbestrebungen sind richtig und notwendig. Nur werden auch diese Eckdaten angesichts eines nahezu stagnierenden Wirtschaftswachstums in diesem Jahr, wie erste Schätzungen ergeben, schwer erreichbar sein.

Verfehlt Argentinien jedoch diese Auflagen des IWF, geraten die Verhandlungen mit den Gläubigerbanken erneut ins Stocken – wie schon zweimal. Das können sich weder die Banken noch Argentinien leisten. Buenos Aires scheint das störrische Verhalten des vergangenen Jahres aufgegeben zu haben und zur Sparsamkeit bereit zu sein. Darauf kommt es an. Was nützen Einigungen, wenn sie nur zu einem vorübergehenden Erfolg verhelfen. Dem Land sollte die Möglichkeit gegeben werden, die Wirtschaft in kleinen Schritten aufzubauen.

ARGENTINIEN

Zentralbankchef trat nach Währungsreform zurück

DW. Buenos Aires/Washington

Die Währungsreform und die Wirtschafts- und Finanzmaßnahmen in Argentinien sind bei der regierenden radikalen Bürgerunion auf volle Zustimmung, bei der Opposition und bei den Gewerkschaften auf Ablehnung gestoßen. Staatspräsident Alfonsin hatte drastische Sparmaßnahmen, einen Lohn- und Preisstopp sowie eine neue Währung, den Austral, angekündigt. Er hat in der Nacht zum Sonntag bereits den Peso abgelöst. Der Austral ist fest an den US-Dollar gebunden. Der Wechselkurs beträgt 80 Austral je US-Dollar. Banken und Wechselstuben bleiben weiterhin geschlossen.

Einen Tag nach der Währungsreform sind Zentralbankpräsident Alfredo Concepcion sowie weitere Mitglieder des Direktoriums zurückgetreten, wie in Buenos Aires aus Bankenkreisen verlautete. Danach will Alfonsin den Präsidenten der argentinischen Entwicklungsbank, Mario Brodersohn, zum Zentralbankpräsidenten ernennen.

Die USA und elf weitere Staaten haben sich verpflichtet, Argentinien einen Überbrückungskredit von insgesamt 480 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen, bis das hochverschuldete Land wieder Kredit vom Internationalen Währungsfonds in Washington erhält. Wie ein Sprecher des US-Finanzministeriums mitteilte, könne der formelle Abschluß des Überbrückungskredits, von dem die USA allein 150 Millionen Dollar übernähmen, in dieser Woche erfolgen.

Das argentinische Wirtschaftsministerium bestätigte, das Land habe um die Unterstützung ersucht, um seine Zinsrückstände von einer Milliarde Dollar abbauen zu können.

BINNENSCHIFFAHRT / „Existenzbedrohung" durch Freigabe der festen Tarife

In der Klemme von Überkapazitäten und miserablen Frachterträgen

ERWIN SCHNEIDER, Bonn

Die deutsche Binnenschiffahrt kann gar nicht so schnell abwracken, wie anderweitig – vor allem in den Niederlanden – Schiffsneubauten vom Stapel laufen. Und solange die Überkapazitäten im Frachtraumangebot nicht aus dem Markt genommen werden, kann sie sich trotz großer Anstrengungen nicht aus dem Sumpf der miserablen Ertragslage ziehen. Dazu kommt als aktuelles Problem die Diskussion um die Freigabe von bisher festen Frachttarifen, die als „existenzbedrohend" angesehen wird.

In seinem Jahresbericht 1984/85 stellt der Bundesverband der deutschen Binnenschiffahrt e. V., Duisburg, heraus, daß „nach wie vor Maßnahmen zur Bereinigung des internationalen Marktes ausstehen". Von deutscher Seite seien dabei erhebliche Vorleistungen gebracht worden. Allein im Vorjahr sei die deutsche Binnenflotte aufgrund erhöhter Abwrackprämien noch einmal stark *um 189 Schiffe* mit 127 000 Tonnen Tragfähigkeit reduziert worden.

Seit Beginn der Abwrackaktion im Jahre 1969, so betont der Präsident des Bundesverbandes Hans-Joachim Guschall, wurden mit einer Prämie von mehr als 190 Millionen Mark insgesamt 4724 Güterschiffe mit einer Tragfähigkeit von 2,35 Millionen Tonnen aus dem Verkehr gezogen, dazu kommen weitere 411 Schlepper. In Fahrt sind derzeit 3527 Schiffe mit 3,51 Millionen Tonnen Tragfähigkeit, 322 Schlepper und 107 Schubboote. Mit dem Abbau der Frachtkapazität hat sich auch die Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten reduziert – nur noch 1839 (1897) Unternehmen beschäftigen 10 828 (11 343) Mitarbeiter, davon als fahrendes Personal 8898 (9279) Beschäftigte.

Guschall konstatiert aber andererseits, daß es noch keine Fortschritte bei der Suche nach einer europäischen Lösung für das allseits bekannte Überkapazitätenproblem gibt, das sich besonders auf dem Rhein, der wichtigsten Binnenschiffahrtsstraße des Kontinents, verschärft. Denn die Regierung in Den Haag fährt weiter zweigleisig: mit Abwrackprämien, aber auch mit Investitionshilfen für Neubauten, so daß die schon größte Binnenflotte Europas anhaltend und kontinuierlich wächst.

Das zweite große Problem der deutschen Binnenschiffer ist der Vorstoß der vier Küstenländer, die das Interesse ihrer Seehäfen im Auge haben, die Frachtenraten im Binnenverkehr analog zum grenzüberschreitenden Verkehr zu liberalisieren. In diesem Bereich spielt sich denn auch der harte Konkurrenzkampf zwischen den Flotten der Rheinanliegerstaaten ab. Mit negativen Folgen für die Ertragslage der deutschen Binnenschiffer, da die Kostensteigerungen wegen des harten Wettbewerbs nicht durch Frachterhöhungen ausgeglichen werden können.

„Eine Freigabe der Frachten von und zu den deutschen Nordseehäfen, die kein zusätzliches Mengenaufkommen bringt, würde zu einer Existenzbedrohung der deutschen Binnschiffahrt führen", erklärte Guschall. Deshalb hoffe das Gewerbe, daß sich die Bundesregierung dieser Argumentation anschließe und den flexiblen Ordnungsrahmen beibehalte. Dabei betont die deutsche Binnenschiffahrt, daß sie „mit ihren Tarifmaßnahmen gewillt ist, im Rahmen des Möglichen zur Verbesserung der Wettbewerbsposition der deutschen Seehäfen beizutragen".

Eine Wende bei der Entwicklung der „völlig unbefriedigenden" Ertragslage vermag Guschall angesichts dieser Probleme nicht auszumachen. Auch für 1985 erwartet er keine wesentliche Verbesserung, selbst wenn die Binnenschiffahrt am steigenden Transportmarkt der Bundesrepublik – 1984 wurden auf allen Verkehrswegen 4,8 Prozent mehr Güter befördert – wiederum befriedigend partizipieren kann.

Auf den deutschen Wasserstraßen wurde jedoch ein Transportzuwachs von 5,6 Prozent auf 236,5 (223,9) Mill. Tonnen registriert, der grenzüberschreitende Verkehr stieg um 9,2 Prozent auf 147,6 (135,2) Mill. Tonnen, der innerdeutsche Verkehr stagnierte mit 6,2 Mill. Tonnen und der Verkehr im Bundesgebiet sank um 0,9 Prozent auf 70,2 Mill. Tonnen. Von der positiven Mengenentwicklung profitierte nur die Trockenschiffahrt, während die Tankschiffahrt stagnierte.

AUF EIN WORT



„Die Entscheidung der hessischen Landesregierung, den für den heimischen Brennstoffkreislauf so wichtigen Firmen in Hanau die Genehmigung für bestimmte Verfahrensschritte zu entziehen, betrachten wir mit Sorge. Es entstehen uns zwar keine Versorgungsengpäße, weil als Ersatz andere Brennelemente, die nur Uran enthalten, zur Verfügung stehen. Wir sehen aber darin einen Eingriff, der wachsende Bedeutung haben kann und letztlich auch zu Konsequenzen führen muß."

Hermann Krämer, Sprecher des Vorstandes der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG, (NWK), Hamburg.
FOTO: DIE WELT

ARBEITSMARKT

IW: Mehr Beschäftigung durch Lohndifferenzierung

HEINZ HECK, Bonn

Das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland ist nur dann in hohem Maße beschäftigungsfördernd, wenn sich die Löhne – wie zum Beispiel in den USA – „hart am Produktivitätsfortschritt" in den einzelnen Branchen orientieren. Zu diesem Ergebnis kommt eine gestern vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) veröffentlichte Analyse „Löhne, Beschäftigung, Produktivität: Sektorale Differenzierung im deutsch-amerikanischen Vergleich".

Die rasante Beschäftigungszunahme in den USA ist danach „durchgängig auf eine sehr enge Verzahnung der sektoralen Lohnstrukturen mit den sektoralen Produktivitätsstrukturen zurückzuführen". Dagegen sei in der Bundesrepublik bei annähernd gleichem Wachstumstempo wie in den USA die Beschäftigungsentwicklung beinahe zum Stillstand gekommen. Ursache seien Arbeitsentgelte, die sich sektoral nicht an der Arbeitsleistung orientierten.

Die volkswirtschaftliche Lenkungsfunktion der Löhne und die Schaffung von Arbeitsplätzen würden vor allem dann gestört, wenn hinter einem hohen Lohnniveau kein entsprechend hohes Produktivitätsniveau stehe, oder wenn bei niedriger Produktivität zu hohe Löhne gezahlt würden. Der Zweiländervergleich zeigt laut IW: Die Produktivitätsunterschiede zwischen den Branchen sind in der Bundesrepublik größer als in den USA; bei den Unterschieden im Lohnniveau ist es dagegen umgekehrt. In den USA verliefen Produktivität und Lohnniveau parallel. In der Bundesrepublik sei ein solcher Zusammenhang erst neuerdings in Ansätzen erkennbar.

US-AKTIENMÄRKTE

Hoffnung auf Zinssenkung beflügelt Wall Street wieder

VWD, New York

Zum Wochenschluß trat an der New Yorker Effektenbörse auf breiter Front eine Befestigung ein. Sinkende Zinsen an den Kreditmärkten und Hoffnungen auf eine Diskontsatzsenkung vertrieben die Sorgen um die weitere Konjunkturentwicklung, die angesichts der enttäuschenden Unternehmensergebnisse und -prognosen aufgetreten waren. Nach Ansicht von Analysten war die zwischenzeitliche Abwärtsbewegung auf die enttäuschende Ergebnisprognose von IBM zurückzuführen, die seit Mittwoch einen Kursrutsch verursacht hatten. Sie wiesen darauf hin, daß IBM das „Flaggschiff" der US-Wirtschaft seien.

Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte konnte dann jedoch am Freitag kurz vor Sitzungsende die psychologisch wichtige Marke von 1300 Punkten wieder überschreiten. Der Index schloß bei 1300,96 um 10,86 Punkte höher als am Vortag. Die Kursgewinner standen den Verlierern im Verhältnis von fast zwei zu eins gegenüber. Auch Transportwerte konnten sich kräftig erholen. Hier stieg der Index um 7,26 Punkte auf 636,94. Der Index der zinssensiblen Versorgungswerte verbesserte sich deutlich um 1,69 auf 164,60 Punkte.

Die neuesten Daten zur US-Wirtschaftsentwicklung haben gezeigt, daß die Inflationsrate unter Kontrolle sei, meinen Analysten. Die industriellen Erzeugerpreise sind im Mai nur um 0,2 Prozent gewachsen, die Industrieproduktion ist im Mai um 0,1 Prozent zurückgegangen und die Geldmenge M1 ist nur mäßig um 800 Millionen Dollar gestiegen. Umgesetzt wurden zum Wochenschluß 93,3 Millionen Aktien gegenüber 107,708 Millionen am Vortag.

SÜSSWARENINDUSTRIE / Bundesregierung hat gute Arbeit schlecht verkauft

Unternehmer sollen politisch arbeiten

GERHARD HOEPFNER, Lübeck

Falls das Wetter der Süßwarenindustrie keinen Strich durch die Rechnung macht, ist für dieses Jahr angesichts „nicht überwältigender, aber auch nicht schlechter konjunktureller Erwartungen mit Zuwachsraten wie 1984 zu rechnen". Das sagte der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Süßwarenindustrie, Heinz Thormann, auf der Mitglieder-Hauptversammlung in Lübeck-Travemünde.

Angesichts des andauernden „Diktats der niedrigen Erträge" durch den Handel und weitgehend ausgeschöpfter Möglichkeiten zur Rationalisierung müsse sich die Branche nun selbst helfen, um nicht noch mehr Gewinn einzubüßen, sagte Thormann. „Möglichkeiten" dieser Selbthilfe erkannte er in der „Ankündigung von Tafelschokolade-Produzenten, die Preise zu erhöhen". Offenbar noch größere Kopfschmerzen macht dem Wirtschaftszweig aber die politische Entwicklung.

Diese Bundesregierung habe zwar „hervorragende Arbeit" geleistet, sie aber teilweise „schlecht verkauft. Wenn sich das und die ständigen Querelen nicht bald ändern, könnte 1987 eine rot-grüne Koalition ins Haus stehen", mahnte Thormann. Er beschwor seine Kollegen: „Es hilft nur politische Arbeit auf allen Ebenen, auch der der Unternehmer", um zu verhindern, „daß eine Minderheit politischer Fanatiker und Phantasten die Geschicke unseres Landes mitbestimmt."

Dieser These stimmte Professor Norbert Walter, Kiel, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Weltwirtschaft, „voll zu": Es sei „allerhöchste Eisenbahn, daß jeder nicht nur als Unternehmer oder Wissenschaftler seinen Mann steht, sondern auch politisch". Seit der Wahl vom 12. März sei „alles anders", niemand spreche mehr von guter Konjunktur und guten Rahmenbedingungen. Die regional und nach Branchen, ja Firmen gespaltene Konjunktur wird nach Walters Prognose weiter auseinanderdriften, die Bauwirtschaft in die Krise geraten und das Wirtschaftswachstum 1985 „nicht vieler Worte wert" sein. „Der Aufschwung geht am Arbeitsmarkt vorbei", sagte Walter. Offensichtlich hätten „Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik nicht genug getan, um die Lage zu bessern".

Mittelfristig erwartet der Wissenschaftler von der Wirtschaftspolitik keine entschiedene Wendung zur marktwirtschaftlichen Orientierung: Die nahende Bundestagswahl verhindere, daß der „in Sonntagsreden gepriesene Leistungsgedanke" zu konkreten Schritten führe: „Die Politik der sozialen Symmetrie verschüttet Wachstumschancen."

EUROPÄISCHER BINNENMARKT

Zeitplan für Abbau der Beschränkungen vorgelegt

WILHELM HADLER, Brüssel

Ein Programm zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes hat die EG-Kommission den Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft vorgelegt. Es hat die Form eines Weißbuches und wird durch einen detaillierten Zeitplan für den Abbau der noch bestehenden Beschränkungen im Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr ergänzt.

Die Aufstellung war im März vom Europäischen Rat in Auftrag gegeben worden, wobei sich die Regierungschefs ausdrücklich den Vorschlag zu eigen gemacht hatten, als Ziel für die Verwirklichung des Binnenmarktes das Jahr 1992 anzustreben. Der Brüsseler Exekutive geht es nicht nur um die Schaffung eines großen Marktes für 320 Millionen Verbraucher, sondern um die Verwirklichung eines wachsenden Marktes. Dieser müsse flexibel genug sein, heißt es in dem Bericht, die Ressourcen jeweils in die wirtschaftlich rentabelsten Bereiche zu lenken.

Das Programm enthält an die 300 konkrete Vorschläge zur Vereinfachung oder Beseitigung der Grenzkontrollen sowie der technischen und steuerlichen Barrieren. Die generelle Stoßrichtung der Kommission im Waren- und Dienstleistungsverkehr ist es, vom Ansatz der Rechtsharmonisierung wegzukommen und das Gewicht stärker auf die gegenseitige Anerkennung und die Gleichwertigkeit der nationalen Zulassungsregeln zu legen.

So will die EG-Behörde, um die Hindernisse für die Niederlassungsfreiheit zu beseitigen, noch im Laufe dieses Jahres den Entwurf einer Rahmenrichtlinie über ein allgemeines Anerkennungssystem vorlegen. Sie soll auf dem Grundsatz der Vergleichbarkeit der Universitätsstudien zwischen den Mitgliedstaaten und der gegenseitigen Anerkennung der Grade und Diplome beruhen.

Auch im Bereich von Banken und Versicherungen soll der Gemeinsame Markt erreicht werden, indem eine minimale Koordinierung der Vorschriften über die Zulassung, finanzielle Überwachung und Neuorganisation als Grundlage für die gegenseitige Anerkennung genutzt wird.

Die Beseitigung der Grenzen und der damit zusammenhängenden Kontrollen erfordert nach dem Weißbuch auf steuerlichem Gebiet nicht nur ein gemeinschaftliches Clearing-System für die Mehrwertsteuer, sondern auch eine beträchtliche Annäherung der indirekten Steuern. Zu diesem Zweck will Brüssel zunächst einmal ein Stillhalteabkommen zwischen den EG-Regierungen vorschlagen und 1986 Normwerte mit den zulässigen Abweichungen für die einzelnen nationalen Steuersätze präsentieren.

Daß das Ziel der Beseitigung der Steuerkontrollen nicht utopisch ist, versucht die Kommission mit dem Hinweis auf die USA zu begründen, wo ebenfalls keine Steuergrenzen bestehen, obwohl die Steuersätze zum Teil erheblich abweichen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Arbeitskosten

im Durchschnitt 1984
für männliche und
weibliche Industriearbeiter

DM je Stunde insgesamt

anteilige Personalzusatzkosten

Griechenland, Spanien, Irland, Großbritannien, Österreich, Frankreich, Japan, Italien, Dänemark, Belgien, Niederlande, Schweden, Bundesrepublik Deutschland, Schweiz, Norwegen, USA

imu 85 06 14 — Quelle: IW

Mit 28,32 Mark je Arbeitsstunde in der Verarbeitenden Industrie liegt die Bundesrepublik international an 4. Stelle bei den Arbeitskosten. Zu einem großen Teil wird diese Größe in Deutschland durch die im internationalen Vergleich am höchsten liegenden Personal-Zusatzkosten bestimmt. Diese steigen rascher als das Direktentgelt. QUELLE: GLOBUS

Kritik an RWE-Beschluß

Düsseldorf (dpa/VWD) – Der Beschluß des Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerks (RWE), den geplanten Neubau von vier Braunkohlenblöcken mit einer Leistung von 2 400 Megawatt aus technischen Gründen zurückzustellen, ist auf Kritik gestoßen. Der nordrhein-westfälische CDU-Oppositionsführer Bernhard Worms will in einer Sondersitzung des Landtagsausschusses für Umwelt, Raumordnung und Landesplanung eine „rückhaltlose Aufklärung" über die Gründe erreichen. Das RWE müsse sagen, welche Auflagen denn überzogen seien. Das RWE, das Anfang Juni seine Absicht der Landesregierung mitgeteilt hatte, hält die Verringerung der Stickoxide auf 200 Milligramm pro Kubikmeter Rauchgas noch nicht für realisierbar.

Fünf-Mrd.-Mark-Projekt

Hamburg (dpa/VWD) – Ein möglicher Auftrag der Chinesen zum Bau von vier Kernkraftwerksblöcken von je 1000 Megawatt in der Volksrepublik stellt nach Berechnungen der Siemenstochter Kraftwerk Union AG, Mülheim/Ruhr, einen Wert von rund fünf Mrd. DM für das Unternehmen dar. Preisbasis dafür ist 1985, wobei allerdings gewisse Eigenleistungen der Chinesen noch hinzu gerechnet werden müßten. Für die KWU beinhalte der Auftrag Beschäftigung für 80 000 Mannjahre. Da die KWU derzeit keine Anschlußaufträge im Nuklear-Bereich habe, sehe es für die Beschäftigung gerade im Ingenieurbereich nicht gut aus.

Mehr Schäden

Bonn (DW.) – Für die Beseitigung von Schäden an Telefonzellen und Münzfernsprechern hat die Deutsche Bundespost 1984 17,3 Mill. DM aufgewendet, rund eine Mill. DM mehr als im Jahr zuvor. Hinzu kam ein geschätzter Gebührenausfall von mehr als 2,5 Mill. DM, wie das Bundespostministerium bekanntgab. Die Zahl der Beschädigungen ist gegenüber 1983 um mehr als 13 300 auf 94 557 gestiegen.

Gesetzentwurf eingebracht

Bonn (dpa/VWD) – Die Bonner Koalitionsparteien haben einen Gesetzentwurf über eine „Milchaufgabevergütung" im Bundestag eingebracht. Damit sollen rund 150 Millionen DM für eine Neuauflage der Milchrente, zur Verfügung gestellt werden, mit der weitere Milchmengen aus dem Markt „herausgekauft" werden. Mit dem Geld können rund 215 Millionen Tonnen Milchproduktion stillgelegt werden. Das entspräche der weiteren Quotenkürzung um ein Prozent, wie sie der Agrarministerrat gegen den deutschen Widerstand beschlossen hatte. Die Gesetzesvorlage sieht außerdem die Möglichkeit vor, daß die Länder ihrerseits spezielle Milchrentenregelungen schaffen.

Dollar etwas fester

London (dpa/vwd) – Der US-Dollar notierte am Montag in London wieder etwas fester. Er wurde mit 3,0695 DM genannt, nachdem er am Freitag bei 3,0560 DM aus dem Markt gegangen war. Die Frankfurter Devisenbörsen blieb gestern wegen des 17. Juni geschlossen. Das britische Pfund lag am Montag in der britischen Hauptstadt bei 3,9105 DM nach 3,9102 DM am Freitag. In Tokio schloß der Dollar mit 249,05 (248,55) Yen. Die Feinunze Gold wurde am Montag mittag auf dem Londoner Markt mit317,25 Dollar fixiert nach einem Schlußkurs von 317,75 Dollar am Freitag.

Höhere Inflationsrate

London (fu) – Die Inflationsrate in Großbritannien hat zum ersten Mal seit zweieinhalb Jahren wieder die sieben-Prozent-Marke erreicht. Zwischen April und Mai erhöhte sie sich auf Jahresbasis von 6,9 auf sieben Prozent. Zum letzten Mal lag sie im September 1982 mit 7,3 Prozent über der sieben-Prozent-Marke. Ihren niedrigsten Stand erreichte sie im Mai und Juni 1983 mit jeweils 3,7 Prozent. Im vergangenen Jahr schwankte sie zwischen vier und fünf Prozent. Arbeitsminister King rechnet damit, daß der Anstieg der Einzelhandelspreise während des Sommers auf dem gegenwärtigen Niveau verharren wird, bevor es wieder zu einem Inflationsrückgang kommt.

Wochenausweis

	7.6.	31.5.	7.5.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	60,8	60,5	59,1
Kredite an Banken	100,6	97,4	101,7
Wertpapiere	3,8	3,9	4,1
Bargeldumlauf	108,8	108,4	107,6
Einl. v. Banken	50,5	49,3	53,0
Einlagen v. öffentl. Haushalten	1,1	1,4	1,5

ENERGIEAGENTUR / Vorsorgemaßnahmen angemahnt

Dritte Ölkrise wäre möglich

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Energiemärkte dürften bis zum Ende dieses Jahrzehnts ruhig bleiben. Sie würden sich dann aber mit dem substantiellen Wirtschaftswachstum versteifen. Dies meint die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem Jahresbericht. Für den Fall, daß die 21 Mitgliedsstaaten (OECD ohne Frankreich) nicht schon jetzt Vorsorge treffen, könnte es in den 90er Jahren zu ähnlichen Versorgungsstörungen kommen, wie 1973/74 und 1979/80.

Das Risiko eines neuen Ölschocks wird durch den derzeitig geplanten Ausbau alternativer Energiequellen nicht ausgeschlossen, heißt es in dem Bericht. Zwar steigt der Anteil der Kohle und der Kernenergier am Primärenergieverbrauch der IEA-Zonen. Andererseits aber geht ihre Ölproduktion von 791 Mill. Tonnen 1984 auf 733 Mill. Tonnen 1990 und 660 Mill. Tonnen im Jahre 2000 zurück (auch die Naturgaserzeugung schrumpft nach 1990).

Demzufolge würden die Ölimporte wieder zunehmen und zwar nach neusten IEA-Schätzungen von netto 774 Mill. Tonnen 1984 auf 855 Mill. Tonnen 1990 und 894 Mill. Tonnen im Jahre 2000, obwohl bis dahin der Ölanteil am Energieverbrauch der Zone auf 34 (44) Prozent schrumpfen dürfte. „Die Ölimportnachfrage könnte noch stärker steigen, wenn die derzeitige Preisschwäche am internationalen Ölmarkt länger als erwartet anhält." Für diesen Fall befürchtet die IEA, daß die Bereitschaft zum Ölsparen erlahmt und die Ölsubstitutionsinvestitionen gedrosselt werden.

Unter diesen Umständen empfiehlt die Agentur vor allem den USA und Großbritannien ihre Investitionen in der Ölsuche zu verstärken. Allgemein werden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Ölproduktenpreise auf einem verbrauchsdämpfenden Niveau zu halten. Dem Vorteil verhältnismäßig niedriger Ölpreise stünde der Nachteil schlechterer Konkurrenzbedingungen für Kohle und Kernenergie und damit steigender Ölimporte gegenüber.

RENTENMARKT / Geschäftsflaute

Zuletzt Hoffnung auf USA

Am Rentenmarkt entwickelte sich in der letzten Woche bis Freitag mittag keine rechte Unternehmungslust, und die Renditen zogen geringfügig an. Als Geschäftsbremse wirkte die Ungewißheit über die weitere Zinsentwicklung in den USA, die sich in nervösen Schwankungen am amerikanischen Anleihemarkt niederschlug. Die Stimmung besserte sich erst am Freitag nachmittag, ebenfalls ausgehend von den USA, wo die Anleihekurse kräftig anzogen, weil der nur geringe Anstieg der Erzeugerpreise im Mai und der leichte Rückgang der Industrieproduktion die Spekulation auf eine Diskontsenkung aufleben ließen. Ein etwas lebhafteres Rentengeschäft herrscht am deutschen Markt nur bei den auch von Ausländern gekauften Kurzläufern. (cd.)

Emissionen	14.6. 85	7.6. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,61	6,59	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,72	6,73	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,62	6,71	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,95	6,95	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,65	6,66	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,37	6,40	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,14	7,15	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,65	6,67	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,21	7,18	7,20	8,08	8,45

BAHLSEN / Verdoppelung der Investitionen vorgesehen – Marktposition gefestigt

Ausland sorgt für Umsatzwachstum

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Der führende deutsche Dauerbackwaren-Hersteller, die Bahlsen-Gruppe in Hannover, hat 1984 die Position auf dem europäischen Markt festigen können. Firmenchef Werner Bahlsen (81), der sich jetzt von der Tagesarbeit zurückzieht, bezieht sich mit dieser Aussage zunächst auf den Umsatz, der weltweit um 9,9 (1983: 1,4) Prozent auf 1,48 (1,34) Mrd. DM zunahm. Deutlich verstärkt hat sich aber auch die Ertragskraft, wenngleich konkrete Zahlen nicht genannt werden.

Ein Anhaltspunkt dafür, daß Bahlsen besser verdient hat, ist die Stärkung des Eigenkapitals auf 94,9 (92,7) Mill. DM. Im Inlandskonzern erhöhte sich die Eigenkapitalquote auf 26,2 (25,5) Prozent und bei der Obergesellschaft, der H. Bahlsens Keksfabrik KG, auf 27,9 (26) Prozent. Ein weiteres Merkmal ist der Abbau der Bankkredite von 88,9 Mill. DM auf 65,9 Mill. DM in der KG-Bilanz. Vor allem die weitere Verbesserung der Kostenstruktur hat diese Entwicklung begünstigt: Die Fixkosten verringerten sich nicht nur im Verhältnis zu den variablen Kosten, sondern auch absolut. Der Belegschaftsabbau auf 4869 (5460) Mitarbeiter in der KG ließ die personalabhängigen Aufwendungen auf 206 (223) Mill. DM schrumpfen.

Obwohl auch im Inland der Umsatz um 4 Prozent auf 814 (782) Mill. DM stieg, trägt das Auslandsgeschäft erheblich stärker zum Wachstum bei. Im Berichtsjahr erhöhte sich der Umsatz der ausländischen Gesellschaften um gut 18 Prozent auf 664 (562) Mill. DM. Das entspricht einem Anteil am Gesamtumsatz von 45 (42) Prozent. Damit nähert sich das Unternehmen nach Angaben von Werner Michael Bahlsen, der für das Auslandsgeschäft verantwortlich zeichnet, dem Ziel, mindestens die Hälfte des Umsatzes im Ausland zu erlösen.

Diesem Vorhaben dürfte Bahlsen schon 1985 gerecht werden. Während nämlich im Inland lediglich mit einem Umsatz auf Vorjahreshöhe gerechnet wird, zeichnet sich im Ausland erneut ein zweistelliger Zuwachs ab. Nachdem die Probleme in den USA (Austin Foods) und in Spanien (Loste) weitgehend bereinigt seien, gebe es kaum noch Schwachpunkte. Im übrigen, so Bahlsen, habe man jetzt „so viele Wurzeln im Markt, daß die eine oder andere auch mal etwas schwächer sein kann".

Kräftig ausweiten wird Bahlsen das Investitionsvolumen. Im vergangenen Jahr wurden in der Gruppe 52 (42) Mill. DM investiert, davon 40 (31) Mill. DM im Inland. Im laufenden Jahr sind insgesamt 111 Mill. DM vorgesehen. Vor allem die umsatzstarken Produkte sollen davon profitieren. Vom Gesamtvolumen entfallen auf das Inland 70 Mill. DM und auf das Ausland 41 Mill. DM. Den Schwerpunkt bildet die US-Tochter Austin mit 14 Mill. DM.

Weitgehend abgeschlossen ist nach den Worten Bahlsens jetzt die Reduzierung der Beschäftigtenzahl. Entlassungen in größerem Umfang seien nicht mehr vorgesehen, nachdem zuletzt im Vertrieb knapp 300 von 850 Mitarbeitern gehen mußten. Ende 1984 zählte die Gruppe im Inland noch 6447 (6888) und im Ausland 2080 (2176) Beschäftigte. Die Preise, die sich bereits 1984 kaum veränderten, sollen auch 1985 weitgehend stabil bleiben, wenn auf der Rohstoffseite nichts wesentliches passiert.

Werner Bahlsen, der seit fast 60 Jahren an der Spitze des Familienunternehmens steht, ist Ende Mai aus der Geschäftsleitung ausgeschieden, um Abstand vom täglichen Geschäft zu gewinnen. Als Vorsitzender des Beirats wird er aber nach eigenem Bekunden grundsätzliche Unternehmensentscheidungen auch künftig maßgeblich mittragen. Im übrigen bleibe er persönlich haftender Gesellschafter. Die Bahlsen-Geschäftsleitung setzt sich jetzt aus vier geschäftsführenden Familiengesellschaftern und fünf weiteren Geschäftsführern, die nicht der Familie angehören, zusammen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Hans Josef Kutschke, Übach over Worms/Niederlande; **Aalen:** Kummich-Electric GmbH; **Augsburg:** KLI privates Kaufmännisches Lehrinstitut GmbH; **Bamberg:** KG in Fa. Karl Zech, Forchheim; **Berlin:** Löwe-Druck GmbH & Co. Alfred Löwe KG; Löwe-Druck GmbH; Nachl. d. Richard Anton Auhuber; **Bersenbrück:** Rolf Otto, Bippen; **Bochum:** Dietmar Rowlien; **Bonn:** Walter Brumm Graphische Werkstätten GmbH; **Celle:** Ferien- u. Wohnhausbau Hans Günter Otto GmbH; Eldingen OT Metzingen; **Dortmund:** Schindowski-Bau-GmbH, Castrop-Rauxel; **Duisburg:** Heizungs- u. Lüftungsbau Lindemann GmbH, Mülheim a. d. Ruhr; Nachl. d. Herbert Kurt Schebel; Fritz Flöhren KG, Oberhausen; **Hamburg:** Nachl. d. Wilhelmine Marie Reinhard geb. Fritz; Friedrich Siehler GmbH & Co.; „Große Freiheit" Musical-Produktions-GmbH; **Heidenheim:** Willi Fritz Wirth, Herbrechtingen; **Ingolstadt:** Nachl. d. Christa Maria Geitner geb. Urban, Manching; **Itzehoe:** Asmus KG, Holz- u. Kunststoff-Verarbeitung, Glückstadt; **Kempten:** Happy-Sport GmbH; **Köln:** Wolfgang Weimer; **Memmingen:** BVT Becker GmbH, Mindelheim; **Moers:** Ingenieur- u. Betonbau GmbH; **Montabaur:** Gerhard Kins, Breitenau; **München:** Nachl. d. Agnes Marie Lerch geb. Kabat, Hohenbrunn-Riemerling; Nachl. d. Franz Xaver, Unterschleißheim; **Neuwied:** Beton-Element-Bau Kleinmaischeid GmbH, Kleinmaischeid; Gräbeldinger Bau GmbH, Kleinmaischeid; **Rendsburg:** Rettig & Co. GmbH; **Siegburg:** Sanitär u. Heizungen Bücher GmbH & Co. KG; **Singen/Htwl.:** Ernst Schlieker GmbH, Hoch- u. Tiefbau; **Soltau:** Studio f. Elektronik Geräte GmbH, Neuenkirchen; Service Center f. Elektronik GmbH, Neuenkirchen; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Johann Georg Weiss; **Trier:** Nachl. d. Maria Angelika Mund geb. Zeeh; **Wolfratshausen:** Hannelore Richter.

WELTARBEITSKONFERENZ / Gandhi als Gast

Vorwürfe an Industrieländer

IRENE ZÜCKER, Genf

„Wir sprechen immer nur von den organisierten Beschäftigten. Doch was geschieht mit den Arbeitslosen, was mit den nicht Organisierten, die in den Entwicklungsländern überwiegen?" Diese zentrale Frage stellte der indische Premierminister Rajiv Gandhi gestern in seiner Ansprache vor den Delegierten der Weltarbeitskonferenz in Genf.

Rund 90 Prozent aller Inder verdienten weniger als organisierte Arbeitnehmer, fuhr Gandhi fort. Dazu kämen Millionen von Menschen, die keine Arbeit finden können oder die extrem unterbeschäftigt sind. „Was kann das Internationale Arbeitsamt (ILO) tun, um diese Menschen in den Mittelpunkt seiner Anstrengungen zu stellen?" fragte Gandhi weiter.

Um den Lebensstandard derjenigen zu heben, die kein Land besitzen, habe Indien seit Mitte der siebziger Jahre eine Serie von Spezialprogrammen gegen akute Armut und steigende Arbeitslosigkeit in ländlichen Gebieten gestartet. Etwa 15 Millionen Familien seien in den letzten fünf Jahren zum Beispiel vom integrierten Landwirtschaftsentwicklungsprogramm erfaßt worden.

Linderung der Armut ist nach Gandhi das Kernstück seiner Entwicklungsstrategie. Unter dem sechsten Plan sei die indische Wirtschaft um über fünf Prozent gewachsen und mit dem soeben angelaufenen siebten Plan werde ein noch höheres jährliches Wachstum angestrebt. Auch das Schulungssystem müsse restrukturiert werden.

Den Industrienationen warf Gandhi vor, daß sie versuchten, ihr Arbeitslosenproblem durch den Abbau von Importen aus Entwicklungländern zu lösen. Wenn aber die Dritte Welt nicht exportieren könne, sei sie auch nicht in der Lage, Waren und Dienstleistungen aus den Industrienationen zu importieren, obschon die am schnellsten wachsenden Märkte in den Entwicklungsländern lägen.

Im Lichte der Tragödie von Bhopal muß nach Ansicht des indischen Premiers das Verhältnis von Industrienationen und Entwicklungsländern neu überdacht werden. Die Verantwortung von multinationalen Unternehmen müsse national und international, auch in Organisationen wie der ILO in Angriff genommen werden, etwa durch einen genau definierten Verhaltenskodex.

Zur Teilnahme an der neuen Gatt-Verhandlungsrunde wollte sich der Premierminister nicht verpflichten. Er wies jedoch darauf hin, daß Tagesordnungspunkte wie eine neue Weltwirtschaftsordnung und Protektionismus, wie er gegen Entwicklungsländer angewendet werde, Indien interessieren.

EG-Entwurf für Haushalt 1986

Ha. Brüssel

Nur zwei Jahre wird die EG voraussichtlich mit ihren zum 1. 1. 1986 erhöhten Eigeneinnahmen auskommen. Dies zeigt der Vorentwurf der Brüsseler Kommission für den Haushalt 1986. Wegen der „Altlast" aus Vorjahren und der Erweiterung der EG dürften sich die Ausgaben um 16,5 Prozent auf 78 Mrd. DM erhöhen. Ohne die Erweiterung hätte die Steigerungsrate etwa 12 Prozent betragen.

Von den (von 1,0 auf 1,4 Prozent) aufgestockten Mehrwertsteuereinnahmen sind nach dem Vorentwurf 1986 bereits 1,35 Prozent ausgenutzt. Übrig bleibt eine Marge von nur etwa 2 Mrd. DM. Der hohe Ausnutzungsgrad ergibt sich zum Teil aus der Beitragsrückerstattung für Großbritannien. Ohne sie (und die Begrenzung der deutschen Nettozahlerposition) hätten von der Mehrwertsteuer nur 1,24 Prozent abgerufen werden müssen. Die Mehrausgaben liegen erheblich über dem Plus der EG-Einnahmen (8,5 Prozent). Immerhin hat die Kommission die Ansätze für die Agrarausgaben (45,8 Mrd. DM) nur geringfügig (2,4 Prozent) aufgestockt.

ASIATISCHE ENTWICKLUNGSBANK / Im Aufwind

Mehr für Energie ausgegeben

FLORIAN NEHM, Bonn

Einen optimistischen Tätigkeitsbericht für das vergangene Jahr legte die Asiatische Entwicklungsbank (The Asian Development Bank), der 31 zumeist unterentwickelte Länder Asiens und 14 Industriestaaten angehören, in Manila vor. Mit 2,2 Milliarden Dollar nahm das Kreditvolumen gegenüber dem Jahre 1983 um 18 Prozent zu. Eine Entwicklung, die die Bank der wiedererstarkten Weltwirtschaft, einer gestiegenen Produktion in Landwirtschaft und Industrie, sowie den gesunkenen Ölpreisen zuschreibt. In den meisten Mitgliedsländern stieg das das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung. Inflation, Handelsdefizite und Auslandsverschuldung wurden meist reduziert oder zumindest nicht ausgeweitet.

Merklich verschob sich im Berichtszeitraum der Schwerpunkt der Investitionen vom sozialen Bereich hin zu den um 70 Prozent auf 767 Millionen sprunghaft angestiegenen Aufwendungen für Energie-, Transport- und Kommunikationsprojekte, die nun wie die Landwirtschaftsvorhaben rund 34 Prozent der Gesamtkreditvergabe ausmachen. Der Ausbau einheimischer Wasserkraft, Gas- und Kohlevorkommen sowie die Diversifizierung bestehender Energiequellen soll die Länder vom Erdöl unabhängiger machen. Mittel zur Entwicklung des Energiesektors wurden konzentriert vergeben, zumal allein vier Großprojekte mit 515 Millionen Dollar oder 23 Prozent aller vergebenen Kredite zu Buche schlugen.

Die Finanzierung landwirtschaftlicher Projekte betrug 758 Millionen Dollar und nahm um 17 Prozent zu. Besonders hohe Kredite galten einem Großprojekt zur Drainage eines Sumpfgebietes in der pakistanischen Provinz Sind und der Stützung der Nahrungsmittelerzeugung auf den Philippinen. Geldverleihung zur Steigerung des Lebensstandards in abgeschiedenen Gebieten gehört weiter zu den Prioritäten der Bank. Dazu zählen die Versorgung mit sauberem Wasser und die technische Beratung für handwerkliche Betriebe. 381 Millionen Dollar vergab die Bank für den Ausbau von Straßen und Transportmittel.

BETRIEBSKRANKENKASSEN / Sorge um den ständigen Anstieg der Ausgaben

Schützenhilfe vom Bundesrat erhofft

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BdB) unterstützt die Bundesregierung in ihrem Vorhaben, durch die Neufassung der Bundespflegesatzverordnung auf den Krankenhausbereich kostendämpfend einzuwirken. Auf der Vertreterversammlung in Hamburg wurde gefordert, die im Entwurf dieser Verordnung enthaltenen kostentreibenden Bestandteile zu beseitigen. Der BdB erwartet in diesem Zusammenhang Schützenhilfe von seiten des Bundesrates, der den Verordnungsentwurf gegenwärtig berät.

Der BdB wendet sich vor allem gegen zwei kostentreibende Faktoren der Verordnung: die zusätzliche Beschäftigung junger Ärzte als Vorbereitung zur kassenärztlichen Zulassung, die die Krankenhäuser und ihre Pflegesätze mit noch höheren Personalkosten belastet und die Möglichkeit, daß Krankenhäuser künftig die Kosten für in Anspruch genommene Betriebsmittelkredite auf die Pflegesätze und damit auf die Krankenkassen überwälzen können. Dies allein könnte die gesetzlichen Kassen rund 100 Mill. DM kosten.

Im Juli, so hofft der BdB, wird sich herausstellen, ob kostendämpfende Maßnahmen mit den Zahnärzten vereinbart werden können. Es geht dabei um neue Zahnersatz-Richtlinien und die Senkung von Gebühren u. a. für prothetische Leistungen. Der Verband hatte nachdrücklich auf eine 30prozentige Senkung der gesetzlichen Gebührenwerte gedrängt, was jedoch bei den Zahnärzten auf scharfen Widerspruch stößt.

Der Verband will mit der kassenärztlichen Bundesvereinigung eine Empfehlung auf der Basis einer grundlohnbezogenen Honorarabwicklung fixieren. Der Bundesausschuß Ärzte/Krankenkassen steht vor der Aufgabe, eine Arzneimittel-Preisvergleichsliste zu beschließen, die zu einer wirtschaftlichen Verordnungsweise der Ärzte führen soll. Nötigenfalls soll Bundesarbeitsminister Blüm aufgefordert werden, Rahmenbedingungen zu initiieren.

Mit Sorge beobachten die 750 Betriebskrankenkassen mit zusammen rund 8 Mill. Versicherten die aktuelle Ausgabenentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Im 1. Quartal 1985 kletterten die Aufwendungen pro Kassenmitglied um 6,1 Prozent, während die für die Finanzierung der Leistungen maßgeblichen Grundlöhne der Versicherten nur um 2,1 Prozent gestiegen sind. Setze sich dieser Trend fort, würden immer mehr Kassen gezwungen sein, ihre Beitragssätze (zurzeit 10,28 Prozent des Grundlohns) zu erhöhen. Besonders stark sind im 1. Quartal dieses Jahres die Arzthonorare (8,6 Prozent) und die Kosten für Krankenhauspflege (6,5 Prozent) gewachsen.

Wochenschlußkurse

New York

	14.6.	7.6.		14.6.	7.6.
Adv. Micro Dev.	24	26,125	General Motors	73,25	74,625
Aetna Life	45,25	46,75	Gen. T. & E.	42,75	42,875
Alcan Aluminium	24,375	24,25	Goodrich	35	33
Alcoa	37,25	36,875	Goodyear	28,25	29,25
Allied Chemical	41,875	41,75	Grace	41,625	43,25
AMR Corp.	43,625	46,75	Halliburton	29,875	31
Amax	15,625	16,125	Heinz	53	54,25
Am. Cyanamid	51,25	53,125	Hewlett Packard	33,25	33,125
Am. Express	47,25	44,625	Homestake	24,25	24,375
Am. Motors	3	3	Honeywell	67,75	59
Am. Tel. & Telegr.	23,375	23,875	IBM	121	127,5
Amoco Corp.	59,625	61,5	Int. Tel. & Tel.	32	32,375
Asarco	22,625	25,125	Int. Harvester	8,25	8,375
Atlantic Richfield	58,375	59	Int. Paper	49,75	49,5
Avon Products	19	19,75	Int. North. Inc.	44,125	47
Bally	15,875	15,75	Jim Walter	38,125	38,5
Bk. of America	18,5	20	Litton Industries	82	86,125
Bethlehem Steel	14,625	15,75	Lockheed Corp.	51	50,75
Black & Decker	19,5	18,75	Loew's Corp.	48,25	50
Boeing	44	68,75	Lone Star	24,625	25,125
Brunswick	37,25	37,875	Louisiana Land	31	31
Burroughs	56,25	61,375	LTV Corp.	7,5	8,125
			Mc Dermott	26	27,25
			Mc Donnel Doug.	78,5	78,5
			Merck & Co.	108,625	111
			Merrill Lynch	30,875	32

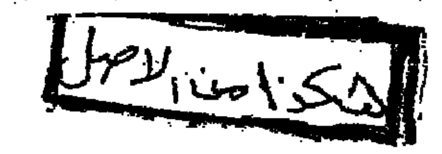
[illegible]

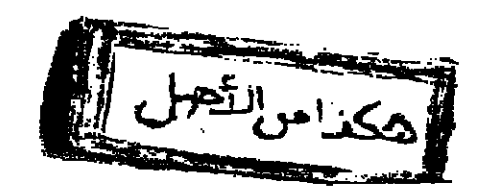
Toronto

[illegible]

Tokio

[illegible]





ANTRIEBSTECHNIK G. BAUKNECHT

Schritt an die Börse geplant

WERNER NEITZEL, Welzheim

Die Antriebstechnik G. Bauknecht GmbH (ATB), Welzheim, eine der nach dem Konkurs des Stuttgarter Hausgeräte- und Elektromotoren-Konzerns Bauknecht entstandenen Nachfolgegesellschaften, wird im Juli 1985 in eine AG umgewandelt. Dieter Härlin, derzeitiger Vorsitzender der Geschäftsführung und künftiger Vorsitzender eines vierköpfigen ATB-Vorstandes begründet diesen Schritt mit der „Konsequenz aus drei erfolgreichen Geschäftsjahren und den mehrjährigen Planungen, die dem Unternehmen eine optimistische Zukunft voraussagen".

Das Stamm- bzw. Aktienkapital des Elektromotoren-Anbieters beträgt unverändert 17 Mill. DM und wird zu 100 Prozent vom Stuttgarter Konkursverwalter Volker Grub gehalten, der die Gesellschaft im Zusammenhang mit der Abwicklung des Bauknecht-Konkurses gegründet hatte. Dessen Intention ist es, die Firma durch Umwandlung in eine AG flexibler zu machen und den Schritt an die Börse ins Auge zu fassen.

Die ATB, die mit offenkundig gutem Erfolg sich in der Marktnische für maßgeschneiderte Elektromotoren insbesondere in den Leistungsklassen 60 W bis 140 kW „tummelt", steigerte in 1984 ihren Umsatz um 9 Prozent auf knapp 158 Mill. DM. Für das laufende Jahr wird eine Umsatzzunahme von etwa 7 Prozent prognostiziert. Der Exportanteil liegt bei 22 Prozent. Investiert wurden im vergangenen Jahr 8,8 Mill. DM (bei fast 5 Mill. DM Abschreibungen), für das laufende Jahr sind 7,7 Mill. DM Investitionen eingeplant. Die haftenden Eigenmittel der ATB belaufen sich auf rund 40 Prozent der etwa 60 Mill. DM betragenden Bilanzsumme.

Die ATB arbeitet in einer engen Vertriebskooperation mit der gleichfalls aus dem Bauknecht-Konkurs hervorgegangenen Austria Antriebstechnik G. Bauknecht Ges. mbH (AAT), Spielberg/Österreich, die im vergangenen Jahr umgerechnet rund 110 Mill. DM umsetzte. Jene AAT befindet sich im Besitz einer speziell für sie gegründeten staatlichen österreichischen Holding. Die Welzheimer ATB zählte am Jahresende 1156 Beschäftigte (plus 3,1 Prozent).

PWA / Höhere Dividende für 1985 nicht ausgeschlossen – Optionsanleihe in Vorbereitung

Die ersten Früchte der Konsolidierung

DANKWARD SEITZ, München

Nach jahrelanger Konsolidierung und tiefgreifendem Strukturwandel hat die PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg, München, nach Überzeugung ihres Vorstandsvorsitzenden Willi Klein-Gunnewyk jetzt eine Basis erreicht, die ihr langfristig die besten Marktchancen in Europa eröffnet. Lediglich einige kleine Schwächen müßten in den nächsten Monaten noch ausgemerzt werden. Der Unterbau der Bilanz sei aber inzwischen so gefestigt, daß sie nun nur noch weiter besser werden könne.

Furios muß vor der allgemein guten konjunkturellen Lage der Papierbranche für PWA der Start ins Geschäftsjahr 1985 gewesen sein. Die ersten vier Monate brachten der Gruppe ein Umsatzplus von 17,9 Prozent gegenüber der Vorjahreszeit. Und per Ende Mai habe man, wie Klein-Gunnewyk andeutete, schon das „operative Planergebnis für das gesamte Jahr einfahren" können.

„Das Jahr 1985 wird gut", so Klein-Gunnewyk, aber vor einer bloßen Hochrechnung müsse gewarnt werden. Sinkende Auftragsbestände und -eingänge in einigen Produktgruppen deuteten für die nächsten Monate eine Marktabschwächung an. Letztlich rechne man noch mit einem Umsatzplus von knapp 10 Prozent. Vor diesem Hintergrund schloß der PWA-Chef – ohne sich festzulegen – eine Dividenden-Erhöhung nicht aus.

Für 1984 will PWA das Grundkapital von 200 Mill. DM mit 4 DM je 50-DM-Aktie bedienen – zuletzt waren 5 DM für 1981 ausgeschüttet worden. Als „nicht gerechtfertigt" empfindet es Klein-Gunnewyk, daß diese Dividende vereinzelt als enttäuschend bewertet wird. Langfristig könne man damit nicht zufrieden sein, aber als Anfangsdividende sei dieser Satz „durchaus angemessen".

Und dafür konnte dank der guten Ertragslage der Gruppe, die im Anstieg des Cash-flow auf 271,0 (99,4) Mill. DM sowie der Ertragsteuern auf 19,5 (7,0) Mill. DM schon zum Ausdruck kommt, einiges getan werden. So stieg durch die Übertragung des Ausgleichspostens für Anteile in Fremdbesitz von der Aktiv- auf die Passivseite die Eigenkapitalquote auf 19,8 (15,6) Prozent. Der Sonderposten mit Rücklagenanteil erhöhte sich um 17,3 Mill. auf 32,2 Mill. DM. Des weiteren wurden die Rückstellungen um 79,8 Mill. auf 271,4 Mill. DM aufgestockt, davon die Pensionsrückstellungen um 30,2 Mill. auf 144,2 Mill. DM. Bemerkenswert ist auch der Abbau der langfristigen Verbindlichkeiten um 103,5 Mill. DM und der kurzfristigen um 120,6 Mill. DM.

Nach Angaben von Klein-Gunnewyk erreichten alle PWA-Gesellschaften einschließlich des 1984 voll übernommenen Werkes Witzenhausen ein positives operatives Ergebnis. Die Hallein Papier AG habe ihren in den Vorjahren aufgelaufenen Verlust nahezu vollständig tilgen können. Bei der schwedischen Wistavarfs AB, an der PWA zusammen mit der Svenska Cellulosa AB mit je 50 Prozent beteiligt ist, mußte allerdings noch einmal ein Verlust ausgeglichen werden. 1986 soll sie den „break-even" erreichen. An Verlustübernahmen weist die PWA AG 16,9 (40,8) Mill. DM aus, denen Erträge aus Gewinnabführungen von fast 88 (38) Mill. DM gegenüberstehen.

Die Konsolidierungserfolge der letzten Jahre, sind nach Ansicht von Klein-Gunnewyk eine gute Basis dafür, die Voraussetzungen für eine Aufnahme neuen Kapitals zu schaffen. Daher will man von der Hauptversammlung (24. Juli) neben dem noch bis Oktober 1986 bestehenden genehmigten Kapital von 50 Mill. DM die Ermächtigung, bis Mitte 1990 eine Optionsanleihe von bis zu 100 Mill. DM begeben zu können. Für deren Ausübung, so der PWA-Chef, gebe es noch keinen konkreten Zeitpunkt.

PWA-Gruppe	1984	±%
Produktion (1000 t)		
Zellstoff/Holzschliff	641	+ 3,4
Papier	1300	+ 9,0
Papiererzeugnisse	453	+ 10,5
Umsatz (Mill. DM)	2973	+ 13,6
dav. Export	1187	+ 17,6
Rohertrag	1298	+ 20,5
Sachinvestitionen	110	+ 35,8
Abschreibungen	140	+ 2,9
Beschäftigte (31.12.)	9758	- 6,2
Bilanzsumme	1653	- 4,3
Grundkapital	200	unver.
Rücklagen	75	- 12,6
Jahresüberschuß	76	(+ 6,5)
Bilanzgewinn	16	(21,7)

MÜLLER'S MÜHLE

Diät für die Ausschüttung

HANS BAUMANN, Essen

Müller's Mühlen mahlten bei einem Umsatz von 312 (304) Mill. DM im Geschäftsjahr 1984 zwar nicht langsamer, jedoch nicht mit dem gewohnten Effekt. Daran war bei den Unternehmen mit Hauptsitz in Gelsenkirchen der Kursauftrieb des Dollar wesentlich beteiligt. Er erschwerte den Einkauf in Übersee. Das drückte den Rohertrag auf 94 (98) Mill. DM. Der Jahresüberschuß spiegelt diese Entwicklung wider: Nach 4,5 Mill. DM in 1983 einschließlich Gewinnvortrag waren es 1984 nur noch 2,87 Mill. DM. Dem Aufsichtsrat wird daher eine auf 14 (18) Prozent gekürzte Dividende auf 11 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen, das sich in Händen der Gebrüder Herbert und Manfred Müller befindet.

Die Umsatzstruktur spiegelt den Geschäftsverlauf bei Müller's Mühle Schneekoppe AG: Trockenware brachte 135 (128) Mill. DM, Konserven konnten sich bei 46 Mill. DM halten. Schneekoppe Reform- und Diätprodukte blieben mit 131 Mill. DM unverändert; die Spitze lag 1982 bei 133 Mill. DM. Insgesamt beschäftigt das Unternehmen 790 (817) Mitarbeiter. Investiert wurden 5,7 (3,2) Mill. DM. Das Jahresergebnis vor Körperschaftssteuer wird mit 5,3 (8,2) Mill. DM ausgewiesen.

Obwohl der Pro-Kopf-Verbrauch an Grundnahrungsmitteln leicht zurückging, konnte Müller's Mühle den Absatz an Reis, Erbsen, Bohnen, Linsen und an Fertiggerichtkonserven erhöhen. Müller's bezeichnen sich selbst als Marktführer in den Bereichen Reis und Hülsenfrüchte. Wesentlich erhöht hat sich der Anteil an Diät-Fertiggerichten. Im Aufwärtstrend liegt die für eine Person portionierte Mahlzeit.

Da 1985 das Zweigwerk Mannheim stillgelegt wird, erwartet die Verwaltung eine weitere Anspannung der Ertragslage, die aber schon im nächsten Jahr Rationalisierungsfrüchte tragen soll. Lobenswert für die Bilanzoptik ist, daß das Unternehmen ausdrücklich darauf hinweist, daß 142 Geschäftsfahrzeuge geleast sind, die 1984 einen Aufwand von etwas über 1 Mill. DM erforderten.

Hartmann: Fester Blick auf die USA

WERNER NEITZEL, Heidenheim

Die Hartmann-Firmengruppe, Heidenheim, größter Verbandstoff-Anbieter in der Bundesrepublik, behält ihr hohes Investitionstempo bei. Nachdem das Stammhaus, die Paul Hartmann AG, die Sachinvestitionen 1983 gegenüber dem Vorjahr mit 27,9 Mill. DM mehr als vervierfacht hatte, wurden sie im Geschäftsjahr 1984 zwar auf knapp 18 Mill. DM gedrosselt, blieben aber dennoch deutlich über dem Niveau früherer Jahre. Für 1985 sind 20 Mill. DM und für die folgenden Jahre ähnliche Größenordnungen geplant.

Bei den Auslandstöchtern wurden im Berichtsjahr etwa 5 Mill. DM investiert. Im laufenden Jahr soll es etwas mehr sein. Im Hinblick auf die gutgepolsterte Bilanz (die Eigenkapitalquote beträgt gut 53 Prozent) und die Ertragskraft (der Netto-Cash-flow verbesserte sich um 21 Prozent auf 31,1 Mill. DM) fällt dem Unternehmen die Finanzierung recht leicht. Die Ende 1983 in den USA gegründete neue Tochter betrachtet Vorstandsvorsitzender Reinhard Bauer als Stützpunkt für weitere Aktivitäten auf dem US-Markt, wobei Hartmann bei günstigen Aufkaufgelegenheiten zugreifen wolle. Im Geschäftsjahr 1984 ist der Bruttoumsatz der Hartmann-Gruppe konsolidiert um 8,9 Prozent auf knapp 600 Mill. DM angestiegen. Der Auslandsanteil daran belief sich auf unverändert 24 Prozent.

Etwa zwei Drittel des Inlandsgeschäfts entfallen auf den medizinischen Bereich. Gute Wachstumschancen erblickt das Unternehmen auch weiterhin im Konsumgüterbereich (Hygieneartikel). Aus dem auf 13,8 (12,6) Mill. DM angewachsenen Jahresüberschuß werden 9 plus 2 (8 plus 2) Prozent Dividende auf 33 Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet.

Positive Bilanz im Messegeschäft

PETER WEERTZ, Berlin

Das Messeklima in der Bundesrepublik hat sich nach Ansicht von Manfred Busche, Geschäftsführer der AMK Berlin Ausstellungs-Messe-Kongreß GmbH, deutlich verbessert. Von dieser positiven Entwicklung, die sich im ersten Halbjahr 1985 fortgesetzt hat, habe auch der Messeplatz Berlin profitiert. Außer der Konjunktur war für Busche entscheidend, daß in Berlin das Messeangebot von den Ausstellern her besser als erwartet akzeptiert worden ist.

Zugleich warnt Busche allerdings davor, den Messemarkt in der Bundesrepublik überzustrapazieren. Es gebe zwar immer wieder Marktlükken, also Platz für neue Messen im In- und Ausland. Er habe jedoch den Eindruck, so Busche, daß der Messemarkt der Bundesrepublik, als Messeland immer noch die Nummer eins in der Welt – gegenwärtig überfordert werde.

Mit dem Ergebnis 1984 ist auch der für Finanzen zuständige neue Geschäftsführer, Wolfgang Wegmann, zufrieden. Denn im Messe-, Kongreß- und Unterhaltungsbereich erreichte die AMK Berlin 1984 einen Umsatz von 96 Mill. DM, der in diesem Jahr auf über 100 Mill. DM zunehmen soll. Außerdem hat sich der Sparkurs bewährt, der benötigte Zuschuß des Landes Berlin mit 29,3 (29,4) Mill. DM wurde nahezu stabil gehalten. Im Landeshaushalt waren ursprünglich 36,2 Mill. DM vorgesehen.

Insgesamt wurden 1984 auf den Veranstaltungen der AMK wieder fast eine Million Besucher gezählt. Trotz harter Konkurrenz war das Internationale Kongreßzentrum („Nummer eins in Deutschland und ein ‚guter Platz' unter den ersten zehn in der Welt") zu nahezu 70 Prozent ausgebucht.

DEUTSCHE GRANINI / Eindeutige Markenpolitik erfolgreich – Verhandlungen mit neuen Lizenznehmern

Wachstum deutlich über dem Durchschnitt der Branche

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Der Pro-Kopf-Konsum an fruchthaltigen Getränken stieg in der Bundesrepublik 1984 auf 23,5 (22,8) Liter, 1974 lag er erst bei 11,6 Liter. Die mengenmäßige Steigerungsrate ist jedoch gegenüber den Vorjahren abgeflacht, bedingt nicht etwa durch den verregneten Sommer, sondern durch allgemeine Kaufzurückhaltung und als Folge von Preissteigerungen, die auf erhöhte Rohwarenpreise zurückzuführen sind.

Innerhalb des Gesamtsortiments sind erhebliche Verschiebungen zu beobachten. Dazu gehört die Polarisierung der Verbrauchernachfrage auf preisgünstige Produkte einerseits und hochwertige Qualitätsmarken andererseits. So waren 1984 Multivitaminsäfte und Diätgetränke die eindeutigen Gewinner. Erstere konnten ihren Anteil im Fruchtsaft-Segment von 2 auf 8 Prozent erhöhen, letztere von 4 auf 7 Prozent. Die Entwicklung 1985 verläuft ähnlich – insgesamt erwartet die Branche ein leichtes Umsatzwachstum von 2 bis 3 Prozent.

Vor diesem Hintergrund verzeichnete die zur Melitta-Gruppe gehörende Deutsche Granini GmbH & Co. KG, Bielefeld, eine überdurchschnittlich positive Entwicklung. Das Unternehmen erzielte 1984 eine Umsatzsteigerung um fast 14 Prozent auf 259 (229) Mill. DM und konnte damit seine Position als führender Markenanbieter weiter ausbauen. Dazu kommen noch rund 230 Mill. DM Umsätze der ausländischen Lizenznehmer, wobei die Schweiz und der neue Partner Saudi-Arabien größte Zuwachsraten vermeldeten. Neue Verhandlungen laufen derzeit mit Finnland, Schweden und Gran Canaria. Der Direktexport, rund 5 Prozent vom Gesamtumsatz, spielt dagegen eine untergeordnete Rolle, er geht nur in die „Nahbereiche" wie Frankreich und Dänemark.

Granini setzt bei seiner Produktpolitik eindeutig auf attraktive Spitzenmarken, mit denen bei einem Bekanntheitsgrad von 92 Prozent ein besonders gutes Image bei den Verbrauchern erzielt werden konnte. Die Leitmarke erzielte ein Umsatzplus von 15 Prozent, der Orangensaft „La Bamba" sogar von 50 Prozent. Laut Achim Schwanitz, Vorsitzender der Geschäftsführung seit Jahresbeginn und damit Nachfolger von Firmengründer Heinz Schürmann, ist man hier dem „Hohen C" von Eckes bereits dicht auf den Fersen. Auch alle anderen Produkte entwickelten sich über Branchendurchschnitt. Das finanzielle Ergebnis bezeichnet Schwanitz als ordentlich, da die Kostensteigerungen durch Marktausweitung und Rationalisierung weitgehend aufgefangen werden konnten. Insgesamt investierte Granini 1984 allein in Sachanlagen 13,4 (5,8) Mill. DM, vor allem in eine neue Abfüllanlage in Krefeld und in ein anlaufendes Geschäft mit Pfandflaschen.

Die Entwicklung in den ersten Monaten 1985 verlief wiederum positiv. Erwartet wird ein Wachstum über der Rate von 1984, zumal mit neuen Produkten und Vertriebslinien neue Verbraucherkreise erschlossen werden sollen. „Unser Wachstum basiert auf Qualität", bemerkt Achim Schwanitz, der davon überzeugt ist, daß sich das gesamte Marktvolumen noch ausweiten läßt.

NAMEN

Herbert Meiler, Vorstandsmitglied der Süddeutschen Bodencreditbank AG, München, feiert am 20. Juni seinen 65. Geburtstag.

Claus Mänz-Siebje (44), Kaufmännischer Geschäftsführer der Kuka Schweißanlagen + Roboter GmbH, Augsburg, ist zum Vorstandsmitglied der Vereinigte Seidenwebereien AG, Krefeld, bestellt worden. Er wird Nachfolger von Dr. **Otto Lichtner** und **Ulrich Jacobs**, die in den Ruhestand treten.

Günter Marx, Vorstandsmitglied der zum Schweizer Rück-Konzern gehörenden Bayerischen Rückversicherungs-AG, ist zum 1. Juli als stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Magdeburger Versicherungsgruppe, Hannover, berufen worden.

COLONIA VERSICHERUNGEN / Leben: Ergebnis nochmals deutlich verbessert

Auslands- und Rückgeschäft belasten

HARALD POSNY, Köln

„Enttäuschungen und merkliche Fortschritte" haben nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden der Colonia Versicherung AG, Köln, Dieter Wendelstadt, 1984 dicht beieinander gelegen. Positive Aspekte gewinnt das Unternehmen der Tatsache ab, daß es gelungen ist, das versicherungstechnische Brutto-Ergebnis des direkten deutschen Geschäfts deutlich zu verbessern. Die Nummer 2 unter den deutschen Schadenversicherern konnte, was im zunehmend härter werdenden Wettbewerb von großer Bedeutung ist, die Kostenentwicklung im Griff halten, was nicht mit dem Personalabbau durch Fluktuation und Pensionierung um 300 auf 5950 Mitarbeiter allein zu tun hat, sondern mit den Kostenersparnissen durch den Einzug in den neuen Verwaltungsbau am Stadtrand. Zwar werden Jahr für Jahr erstaunlich viele Lehrlinge neu eingestellt, doch ist auch künftig, so Wendelstadt, mit Personaleinsparungen zu rechnen; 1985 dürften wohl 200 Mitarbeiter bei Sach und Leben ausscheiden.

Enttäuschung machte sich im Bereich Auslands- und Rückversicherungsgeschäft breit. Mit 290 Mill. DM Prämienvolumen im Ausland gehört die Colonia zu den führenden deutschen Gesellschaften im Ausland, doch die katastrophalen Marktverhältnisse in den USA und Großbritannien machen derzeit keine Freude. Der Fehlbetrag vor Schwankungsrückstellung liegt bei 27 Mill. DM.

Gleichwohl werde die Gesellschaft ihre Auslandsaktivitäten ebenso wie das Rückversicherungsgeschäft vorsichtig fortsetzen. Das erwarteten die Industriekunden. Noch wichtiger sei es, im Ausland durch Niederlassungen und Tochtergesellschaften vertreten zu sein, wenn, was wegen der sich abzeichnenden Verknappung der Erst- und Rückversicherungs-Kapazitäten zu erwarten sei, eine Wende zum Besseren eintritt. Wendelstadt: „Letztlich ist eine erfolgreiche Internationalisierung des Geschäfts für die Zukunft des Unternehmens von großer Bedeutung."

Das technische Ergebnis wird zusätzlich durch die verschlechterten Rückversicherungskonditionen, 15 Mill. DM für die Schwankungsrückstellung und 4 Mill. DM für drohende Verluste, belastet. Von den derzeit etwa reichlich 200 Mill. DM Rückversicherungsbestand will man „herunter" auf etwa 150 Mill. DM, was sich spätestens in der Bilanz 1987, möglichst eher, positiv niederschlägt. Zur Zeit stehen die Verluste hier mit 27 Mill. DM zu Buch. Aber auch Wohngebäude (8 Mill. DM) und Feuer (15) schreiben tiefrote Zahlen. Freude macht dagegen das Kraftfahrtgeschäft mit reichlich 10 Mill. DM Gewinn.

Die Kapitalerträge glichen nicht nur die technischen Verluste aus, sie brachten sogar einen Jahresüberschuß von 28 (25,3) Mill. DM, von denen 15 Mill. DM in die Rücklagen fließen und 12 Mill. DM (10 Prozent Dividende) den Aktionären zugute kommen (HV. 26. Juni).

In den ersten vier Monaten 1985 stiegen die Beitragseinnahmen im direkten deutschen Geschäft um 4,5 Prozent auf 892 Mill. DM, und die Schadenentwicklung verlief zufriedenstellend.

Die Colonia Lebensversicherung weist für 1984 ein nochmals erheblich verbessertes Ergebnis aus. Wendelstadt betonte, daß Colonia nach drei Erhöhungen der Überschußbeteiligung innerhalb weniger Jahre zwischen 10 und 30 Prozent (je nach Tarif) zu den Spitzenunternehmen der Branche gehört, was die Gewinnbeteiligung angeht. Nicht befriedigt hat das Neugeschäft, eine Folge des schlaffen Geschäfts mit Hypothekendarlehen und des geringer gestiegenen Höchstbeitrags in der gesetzlichen Rentenversicherung, an der sich die dynamischen Versicherungen orientieren. Das Storno erhöhte sich – technisch bedingt – nach einer größeren Bestandsbereinigung.

Aus dem Jahresüberschuß von 4 Mill. DM gehen 2 Mill. DM in die Rücklagen. Die Aktionäre erhalten wieder 10 Prozent Dividende. Im ersten Tertial 1984 wurde ein Neugeschäft nahe der Milliardengrenze abgeschlossen. Der Bestand wuchs um 4 Prozent auf 28 Mrd. DM.

Colonia Leben	1984	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	27 591	+ 4,0
Eingel. Neugeschäft	3108	+ 7,5
Beitragseinnahmen	877	+ 0,9
Aufw. f. Vers.Fälle	383	+ 3,5
Kapitalanlagen [1])	6906	+ 9,1
Kapitalerträge [2])	522	+ 4,0
Aufw.f.Beitr.Rückerst. [3])	390	+ 13,4
Rückst.f.Beitr.Rückerst.	948	+ 16,1

	1984	1983	1982
Stornoquote [4])	4,8	4,0	3,7
Verw.Kostenquote [5])	5,8	5,8	5,8
Abschl.Kostenq. [6])	41,7	40,3	40,1
Überschußquote [7])	44,9	40,3	38,7

[1])ohne Depotford.; [2])Nettoergebnis; Durchschnittsrendite: 7,4 (7,4) Prozent; [3])nach Einführung d. Direktgutschrift vergleichbar gemacht; [4]) Rück., Umwandlg. in beitr.freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [5])sonst. Aufw. d. Vers. Betr. in % d. Beiträge; [6])in Promille d. eingel. Neugesch.; [7])Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

Colonia Versicherung	1984	± %
Bruttoprämie (Mill. DM)	2106	+ 5,6
Nettoprämie [1])	1439	+ 6,6
Aufw. f. Vers.Fälle	1049	+ 8,0
Vers. techn. Ergebnis [2])	-62,7	(-60,7)
Kapitalanlagen [3])	2233	+ 8,8
Kapitalerträge [4])	185	+ 4,0

in % d.verd.Beitr.	1984	1983	1982
Selbstbeh.-Quote %	73,1	67,7	66,8
Schadenquote	73,3	72,8)	73,4
Verw.-Kostenquote	28,1	28,0	28,0
Rüstellg.-Quote [5])	127,1	125,5	121,3
Eigenkapitalquote	23,8	24,3	24,7

[1])Brutto- minus Rückversicherungsbeitr.; [2])nach Zuführung von 16,0 (15,0) zur Schwankungsrückstellung; [3])oh. Depotford.; [4])netto; Durchschnittsrendite: 7,1 (7,6) Prozent; [5])vers. techn. Rückstellg.

Am 5. Juni 1985 ist mein lieber Vater

Prof. Dr. phil. Konstantin von Haffner

geb. 25. Mai 1895

nach einem erfüllten Leben sanft entschlafen.

Klaus von Haffner
im Namen aller Anverwandten und Freunde

Gottorpstr. 9a, 2000 Hamburg 52

Die Feier mit der Urne findet statt am Montag, dem 24. Juni 1985, um 14 Uhr in der Kapelle des Friedhofes Holstenkamp (Hamburg 54, Holstenkamp 91).

FINANZANZEIGEN



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Gunter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.), Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden, Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheiku (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Gunter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

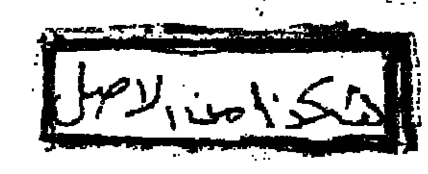
Herstellung: Werner Koziak

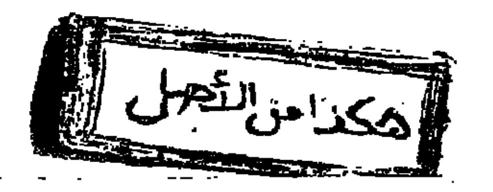
Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp





BADENIA / Deutlich besser als der Branchendurchschnitt

Hohes Plus im Neugeschäft

INGE ADHAM, Frankfurt

Deutlich besser vorangekommen als der Durchschnitt der Branche ist 1984 die Badenia Bausparkasse AG, Karlsruhe, die nach Neugeschäft, Bestand und Bilanzsumme auf Platz 5 unter den Bausparkassen rangiert. Während die Gesamtbranche ihr Neugeschäft nur um durchschnittlich 0,1 Prozent steigerte, erzielte die Badenia mit brutto 2,78 Mrd. DM (plus 12,4 Prozent) das beste Neugeschäft in ihrer Geschichte; das eingelöste Neugeschäft (netto) wuchs um 10,7 Prozent auf 2,12 Mrd. DM. Der Vertragsbestand am Jahresende liegt damit bei 15,4 (i. V. 14,6) Mrd. DM. Als Jahresüberschuß zeigt die Bausparkasse fast unverändert 8,9 Mill. DM, die Aktionäre (die Aachener und Münchener Versicherung) erhalten wieder 20 Prozent Dividende.

Als Ursache für das überproportional gute Abschneiden sieht der Vorstandsvorsitzende Prof. Achim Zink vor allem die Kundennähe seiner Bausparkasse: Eine gute Betreuung bringe zufriedene Kunden, die dann die Kasse auch weiterempfehlen. Die durchschnittliche Wartezeit bei 40 Prozent Einzahlung liegt jetzt bei 38 Monaten, typische „Schnellsparer" habe die Badenia kaum. Bei einem weiter stark wachsenden Neugeschäft (in den ersten vier Monaten dieses Jahres plus 20,7 Prozent) und einem mit 16 Prozent geringen Anspargrad sind vorerst bei der Badenia weiterhin vergleichsweise günstige Wartezeiten in Sicht.

Der Spargeldeingang hat sich aber auch bei der Badenia verlangsamt (in den ersten vier Monaten plus ein Prozent, 1984 plus 1,3 Prozent), während die Gesamtbranche Minusraten zeigt. Zink ist für die Zukunft optimistisch, da neben einem erheblichen Bedarf an Modernisierung auch der anhaltende Wunsch nach Eigentum für weiteres Bauspargeschäft sorge.

SOCIETE FRANCAISE HOECHST / Eigene Forschung

Bedeutender Standort

INGE ADHAM, Paris

Die Einweihung einer neuen Anlage zur Produktion von 24 000 Tonnen Alkansulfonat per Jahr im Werk Cuise-Lamotte unweit von Paris in der Picardie signalisiert die Bedeutung, die der Chemiekonzern Hoechst dem Standort Frankreich beimißt. Gäste und Reden zur festlichen Einweihung zeigen aber genauso deutlich: Die Société Française Hoechst (SFH) fühlt sich als französisches Unternehmen: „Forschung und Produktion in Frankreich" nennt der SFH-Vorstand als oberstes Ziel der Unternehmensstrategie.

Mit dieser Politik ist das Unternehmen mittlerweile auf Platz neun unter den großen französischen Chemieunternehmen aufgerückt und beschäftigt in fünf Werken 2830 Mitarbeiter. Ein Investitionsprogramm von rund 950 Mill. Franc (rund 300 Mill. DM) für die Jahre 1984 bis 1988 stützt die Strategie und soll beitragen zu der Erschließung weiterer Wachstumsbereiche, die der Vorstand – so wie in Cuise-Lamotte – vor allem bei Spezialitäten sieht. Die dort gefertigten biologisch abbaubaren Tenside vor allem für Abnehmer in der Kosmetik- und Waschmittelindustrie, die Hoechst weltweit in drei Werken fertigt, erfreuen sich schon aus Gründen des gewachsenen Umweltbewußtseins einer ständig steigenden Nachfrage.

SFH erzielte im vergangenen Jahr 5,2 (4,4) Mrd. FF Umsatz, 19 Prozent mehr als im Vorjahr. Davon stammen 2,05 Mrd. FF aus der Produktion der französischen Werke (plus 14 Prozent). Exportiert wurden davon 800 Mill. FF (plus 13 Prozent), wobei sich besonders Feinchemikalien mit einem Plus von 31 Prozent als Motor für die internationalen Aktivitäten – zunehmend auch USA – zeigten.

Insgesamt verteilt sich die französische Produktion mit 45 Prozent auf Chemikalien, 34 Prozent machen Kunststoffe und Harze aus, 21 Prozent der Pharmabereich. Nach Steuern zeigen die in der SFH konsolidierten französischen Hoechst-Unternehmen 110 Mill. FF Gewinn, von dem 33 (20) Mill. FF an die Mutter nach Frankfurt fließen. Darin enthalten ist (nach Abzug der Kosten für Verwaltung und Finanzierung) die Dividende für die gut 51prozentige (Stimmrecht 54,5 Prozent) Hoechst-Beteiligung an Roussel Uclaf.

Nach zwei Jahren mit zweistelligem Wachstum erwartet SFH in diesem Jahr eine „Phase der Konsolidierung". In den ersten fünf Monaten dieses Jahres wuchs der SFH-Umsatz um 7 Prozent auf 2,4 Mrd. FF; für das ganze Jahr wird ein Plus von 7,5 Prozent auf rund 5,6 Mrd. FF erwartet. Inklusive der nicht in der SFH konsolidierten Beteiligungen machte der Hoechst-Umsatz in Frankreich im vergangenen Jahr 16,8 (14,5) Mrd. Franc aus.

WACKER-CHEMIE / Wachstum durch bessere Konjunktur in Abnehmerländern

Exporte in die USA kräftig gestiegen

DANKWARD SEITZ, München

Ein besserer Konjunkturverlauf in wichtigen Abnehmerländern, erfolgreiche eigene Strukturmaßnahmen und vor allem die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Dollar-DM-Währungssituation brachten 1984 dem Wacker-Chemie-Konzern, München, ein noch stärkeres Wachstum als schon im guten Jahr 1983. So stieg nach Angaben von Hans Stach, Mitglied der Geschäftsführung, der Umsatz weltweit um beachtliche 21,7 (14,6) Prozent auf 2,78 Mrd. DM, im Konzern um 21,4 (11,8) Prozent auf 2,52 Mrd. DM und bei der Mutter Wacker-Chemie GmbH noch um 16 (10,4) Prozent auf 1,85 Mrd. DM.

Expansionsmotor im Wacker-Konzern war erneut das Auslandsgeschäft mit einem Plus von 28,2 (22,9) Prozent auf rund 1,44 Mrd. DM. Weit überdurchschnittlich nahmen dabei die Ausfuhren in die USA um 63 Prozent zu, wegen der dort lebhaften Konjunktur und des starken Dollar. Dieser Erfolg beruht, so Stach, im wesentlichen auf der günstigeren Konkurrenzfähigkeit, denn in Dollar-Preisen habe man relativ wenig fakturiert. Recht deutlich fiel diesmal aber auch das Inlandswachstum mit plus 13,4 (4,7) Prozent auf 1,08 Mrd. DM aus. Die Mutter selbst exportierte Waren im Wert von 960,4 Mill. DM (plus 23 Prozent).

Als „günstig" bezeichnete Stach die Entwicklung der umsatzstärksten Sparte der GmbH, die Chlor-Folgeprodukte. Insbesondere beim PVC stabilisierte sich die Absatzlage auf hohem Niveau, was erstmals nach drei verlustreichen Jahren (insgesamt ein dreistelliger Millionen-Betrag) 1984 wieder ein „schwach positives Ergebnis" brachte. Bei Silanen und Siliconen sei die Nachfrage sogar sehr stürmisch gewesen und habe bei einer Reihe von Produkten die Kapazitätsgrenzen überstiegen.

Insgesamt sah man sich bei Wakker-Chemie daher veranlaßt, die zurückhaltende Investitionstätigkeit aufzugeben. 144,6 (94,3) Mill. DM wurden 1984 bei Abschreibungen von 125,9 (112,3) Mill. DM in Sachanlagen investiert. Im Vordergrund standen dabei kurzfristige Kapazitätserweiterungen im Werk Burghausen für Silicone und der Tochter Wacker-Chemitronic GmbH. Dadurch stieg auch die Zahl der Mitarbeiter um 1000 auf etwas über 10 636. Auch in den kommenden Jahren wird, so Stach, dieses Investitionstempo beibehalten, wobei für 1985 gar ein Volumen von etwa 223 Mill. DM eingeplant ist. Die Belegschaft soll dabei um jährlich etwa 500 Leute aufgestockt werden.

Expansivste Tochter war wiederum die Wacker-Chemitronic GmbH, die zusammen mit ihrer US-Schwestergesellschaft Wacker Siltronic Corp. ihren weltweit konsolidierten Umsatz an Reinstsilicium um 50 Prozent auf über 725 Mill. DM steigern konnte. Die Silitronic allein kam dabei auf 120 (gut 80) Mill. Dollar, so daß hier die Anlaufverluste auf 11 (35) Mill. Dollar abgebaut werden konnten.

Insgesamt erwartet Stach, daß der Umsatz der GmbH 1985 um 3 Prozent und im Konzern um 7 Prozent zunehmen wird. In den ersten fünf Monaten wurden plus 4,1 bzw. 9,8 Prozent erreicht. Die Ertragslage bezeichnete er als „weiterhin gut".

Für 1984 ist diese Bewertung allerdings ein schon recht kräftiges „understatement". Immerhin steht unter dem Strich des Konzernabschlusses ein Überschuß von 102,1 (42,4) Mill. DM und bei der GmbH von 105,7 (42,7) Mill. DM. Die deutliche Ertragsverbesserung spiegelt sich auch bei der Mutter in dem auf 200 (154) Mill. DM gestiegenen Cash-flow und dem Steueraufwand von 153,5 (74,2) Mill. DM wider. Die Rückstellungen wurden um 155,9 Mill. auf 364,6 Mill. DM aufgestockt, darunter die Pensionsrückstellungen um 32,9 Mill. DM.

Nach Einstellung von 75 (27) Mill. DM in die freien Rücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von fast 30,9 (16,2) Mill. DM, wovon 30 (16) Mill. DM als Dividende ausgeschüttet werden. Nach Angaben von Stach haben die Gesellschafter nun beschlossen, das Stammkapital aus Gesellschaftsmitteln um 100 Mill. auf 250 Mill. DM aufzustocken.

Bezüglich der geplanten Glasfaser-Produktion auf Basis eines Lizenzvertrages mit dem japanischen Elektrokonzern Sumitomo teilte Stach mit, daß man dieses Projekt nur in Angriff nehmen werde, wenn der deutsche Markt für Wacker genügend hergebe. Man wolle sich nicht auf ein „Export-Abenteuer" einlassen. Marktrechte hat Wacker neben der Bundesrepublik für Westeuropa und die USA erworben. Bei einer Realisierung soll die Kapazität zunächst auf 100 000 Faser-Kilometer pro Jahr (Investitionsvolumen: 60 bis 80 Mill. DM) ausgelegt werden.

DEUTSCHE IMMOBILIEN FONDS / Vermietungen auf hohem Niveau stabilisiert

Die Ertragskraft hat weiter zugenommen

J. BRECH, Hamburg

Der von der Deutschen Immobilien Fonds-AG, Hamburg, aufgelegte Difa-Fonds Nr. 1 hat im Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.) wieder ein gutes Plazierungsergebnis erreicht. Wie aus dem Rechenschaftsbericht hervorgeht, betrug der Netto-Mittelzufluß 120 Mill. DM und stieg das Fondsvermögen auf 1,2 (1,14) Mrd. DM.

Die Zahl der im Fonds liegenden Grundstücke ist nach 3 Zukäufen und 2 Veräußerungen auf 83 gestiegen. Im neuen Geschäftsjahr sind 4 weitere Objekte hinzugekommen. Der Bestand fertiger Immobilien betrug am Ende des Berichtsjahrs 600 Mill. DM. Daneben werden Grundstücke in der Bebauung mit 38 Mill. DM ausgewiesen.

Die Mieterträge stammen nach Angaben der Gesellschaft zu 93 Prozent aus gewerblichen Flächen. Zur Zeit werde ein Nutzflächenbestand von 240 911 qm verwaltet, dessen Vermietungsstand sich mit 98,1 Prozent auf hohem Niveau stabilisiert habe. Die Erträge aus Liegenschaften erhöhten sich auf 40 Mill. DM, die Zinserträge aus in festverzinslichen Wertpapieren angelegter Liquidität auf 31,4 Mill. DM.

Wie schon im Vorjahr werden 9 DM je Anteil ausgeschüttet, was einem Gesamtausschüttungsbetrag von 59,4 Mill. DM entspricht. Daneben erhöht sich der Gewinnvortrag auf 31 Mill. DM. Er steht für künftige Ausschüttungen zur Verfügung. Allen Anlegern wird vom 1. Juli bis 31. August ein Wiederanlagerabatt von 3 Prozent angeboten. Hiervor hatten im Vorjahr 81 Prozent der Anleger Gebrauch gemacht.

Die Entwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres zeige eine stabile Ertragsentwicklung im Immobilienbestand. In den neu erworbenen Objekten und fertiggestellten Bauobjekten seien zum Teil über den Planungen liegende Mietvereinbarungen erzielt worden, heißt es im Rechenschaftsbericht. Der Fonds werde die Bemühungen um den Ankauf weiterer Objekte mit guten Entwicklungsmöglichkeiten in allen Teilen des Bundesgebiets fortsetzen. Der neugegründete Fonds Difa-Grund beendet sein erstes Geschäftsjahr am 30. September dieses Jahres.

ERBA / Innere Stärkung hat Vorrang vor Dividende

Textilmarkt wird schwieriger

DANKWARD SEITZ, München

Mit einem zufriedenstellenden Geschäftsverlauf 1985, wenn auch nicht mehr mit Wachstumsraten wie 1984, rechnet die Erba AG, Erlangen. Bereits die ersten fünf Monate ließen deutlich erkennen, daß der Textilmarkt schwieriger werde. Die zurückhaltende Orderbereitschaft des Handels zeige bereits Auswirkungen in Teilbereichen. Hinzu kämen erschwerte Bedingungen durch veränderte Modetrends sowie ein verschärfter Wettbewerb durch sich bereits wieder abzeichnende Überkapazitäten mit entsprechendem Druck auf die Erlöse.

In den ersten fünf Monaten 1985 erzielte Erba nach Angaben des Vorstands gegenüber der Vorjahreszeit ein Umsatzplus von 5 Prozent auf 138 Mill. DM. Der Auftragseingang nahm um 6 Prozent zu. Entsprechend seien die fünf Betriebe dreischichtig voll ausgelastet. Und der sehr hohe, mit dem Vorjahreswert nahezu identische Auftragsbestand von 125 Mill. DM sichere die Beschäftigung für die nächsten Monate.

Die günstige Entwicklung der Baumwollbranche brachte der Erba, die zu den führenden deutschen Textilunternehmen zählt, ein Umsatzplus von 8,8 Prozent auf 313,9 Mill. DM. Die Produktionsanlagen waren, wie Vorstandsvorsitzender Hartmut H. Kunstmann erläuterte, voll ausgelastet, teilweise seien sogar in „erheblichem Umfang" Sonderschichten notwendig gewesen.

Getragen wurde das Wachstum fast ausschließlich vom Auslandsgeschäft, das um 20 Prozent auf knapp 135 Mill. DM wuchs. Die Exportquote erreichte 43 (39) Prozent. Hauptabsatzmärkte waren wieder die europäischen Nachbarländer. Noch deutlicher spiegelt diese Entwicklung der um 4,2 Prozent auf 321 Mill. DM gestiegene Auftragseingang wider. Denn während die Auslandsbestellungen um 25 Prozent auf 140 Mill. DM zunahmen, ergab sich für das Inland ein Minus von 7,7 Prozent auf 181 Mill. DM.

Insgesamt gelang es Erba, so Kunstmann, das Betriebsergebnis deutlich zu verbessern und die Ertragskraft weiter zu stärken. Zu dem auf 9,9 (5,7) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß trugen allerdings auch außerordentliche Erträge in Höhe von 12 Mill. DM aus Immobilienverkäufen bei. Nach Zuführung von 4,9 (2,8) Mill. DM zu den freien Rücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von 5,07 (2,9) Mill. DM. Er soll auf Beschluß der Hauptversammlung (4. Juli) ebenfalls wieder in die Rücklagen fließen, so daß dann bei einem Grundkapital von 32,3 Mill. DM ein Eigenkapital von 62,4 (52,5) Mill. DM besteht. Die Eigenkapitalquote wird sich dadurch auf 27,3 (25,3) Prozent verbessern.

Der fortschreitende Gesundungsprozeß des einst zum zusammengebrochenen Glöggler-Textilkonzerns gehörenden Unternehmens ermöglichte 1984, erstmals wieder die Pensionsrückstellungen mit 2 Mill. DM zu dotieren und für die Vorruhestandsregelung weitere Rückstellungen in Höhe von 3,3 Mill. DM zu bilden. Investiert wurden in Sachanlagen 18,7 (16,5) Mill. DM bei Abschreibungen von 13,8 (11,9) Mill. DM. Beschäftigt wurden zum Jahresende 2583 (2594) Mitarbeiter.

BERLIN

Galgenfrist für Hertha, Blau-Weiß

dpa, Berlin

Die betagte Berliner Fußball-Dame Hertha, vor 93 Jahren auf dem Spreedampfer „Hertha" unter einem blauweißen Schornstein aus der Taufe gehoben, scheint noch einmal mit einem tiefblauen Auge davongekommen zu sein. Aber wie für Berlins zweiten und zur Zeit sportlich sogar besseren Zweitligaklub, Aufsteiger Blau-Weiß 90, wird es auch für den Traditionsverein sehr schwer werden, die strengen Auflagen des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) für die endgültige Lizenzüberlassung bis spätestens 21. Juni (Blau-Weiß) und 25. Juni (Hertha) zu erfüllen.

Die Galgenfrist ist kurz, die Forderungen sind hoch. Hertha BSC soll etwa 750 000 Mark zusätzlicher Liquiditätsreserve beschaffen, für Blau-Weiß 90 geht es um 800 000 Mark und einen außerdem garantierten Dispositionskredit einer Bank bis zu 500 000 Mark. Die Politiker im Senat geben nichts mehr, weder Geld noch Unterschriften für Bürgschaften. Und manche in Frage kommenden Firmen und private Sponsoren sind vor allem von den mit rund 3,45 Millionen Mark Schulden belasteten Herthanern bereits in sechs- und siebenstelliger Höhe angezapft.

Die Erleichterung der Herthaner über die Rücknahme der ersten Lizenzverweigerung durch den DFB-Vorstand war deshalb nur von kurzer Dauer und von Zukunftsängsten getrübt. Die alten Recken, noch aus glanzvollen Bundesligazeiten, wie Hans Weiner und Michael Sziedat, stempelten die Mannschaft für die nächste Saison bereits zum Abstiegskandidaten. Hubert Clute-Simon sah „den absoluten Punkt Null" heraufdämmern. Torwart Andreas Köpke freute sich bescheiden, daß „das Rätselraten endlich beendet ist".

Die Funktionäre, seit Jahren geübt im Umgang mit Minus-Millionen, zeigten zurückhaltende Zuversicht. Präsident Wolfgang Holst, Klubsekretär Günter Herzog und Steuerberater Heinz Striek, der ehemalige Berliner Finanzsenator, glauben fest an ein Wunder wie Mitte der siebziger Jahre, als die Belastung sogar auf astronomische 6,5 Millionen Mark angestiegen war. Damals wurde die eigene Heimat, der Hertha-Platz am Weddinger Gesundbrunnen, an eine Baugesellschaft verkauft. Damals zog der Senat auch noch mit, wandelte billiges Sportgelände in teures Baugelände um. Hertha BSC war noch anerkannt als sportpolitischer Faktor, für den gegenüber der Öffentlichkeit ein Schutzschirm des Senats aufgespannt werden konnte.

Doch mit einer solchen Staatsaktion für Hertha ist längst nicht mehr zu rechnen. Die einstige Skandal-Nudel hat den Kredit bei den Politikern – und bei den Berlinern angesichts eines Zuschauerschnitts von rund 7000 – regelrecht verspielt. Auf Herthas Zukunft setzen nur noch wenige Getreue in der Stadt.

So war es kein Wunder, daß die immer wieder auftauchende Idee vom „1. FC Berlin" oder von einer „Spielgemeinschaft (SG) Berlin" vor kurzem von Managern des Vereins Blau-Weiß 90 und des ehemaligen Zweitliga-Klubs SC Charlottenburg hochgespielt wurde. Aus vielen organisatorischen Gründen kann es in der nächsten Saison noch nicht klappen, aber bis Ende der 80er Jahre wird die Konzentration der Kräfte wohl doch die einzig mögliche Heilungsbehandlung für den kranken Berliner Fußball sein.

Hertha allein, auch die anderen Konkurrenten unter sich in Gegnerschaft zu Hertha, können den Teufelskreis kaum durchbrechen. Hertha BSC muß nach Lage der Dinge sogar mit weiterem Liebesentzug beim Publikum rechnen. Die ellenlange „chronique scandaleuse" wirkt bis heute nach. Dazu kommt ein ganz und gar unattraktives Spiel einer von ihrer Verantwortung überforderten *Mannschaft, die nach den DFB-Auflagen nicht verstärkt werden darf.* So wird Herthas bitterer Weg aller Voraussicht nach gepflastert bleiben mit roten Zahlen.

FUSSBALL / Der Horror-Trip nach Mexiko endete mit der zweiten Niederlage und Erkrankungen

● Ein Test für die Weltmeisterschaft 1986 sollte es werden, es wurde zum Debakel für die deutsche Fußball-Nationalmannschaft. Drei Tage nach der 0:3-Niederlage gegen England verlor die Mannschaft von Franz Beckenbauer auch gegen Mexiko mit 0:2. Die Entschuldigung: Nur vier Spieler waren noch gesund, alle anderen litten an Fieber, Durchfall und Gliederschmerzen.

● Das Fazit von Trainer Horst Köppel: „Das einzig positive ist noch, daß wir aus den negativen Erfahrungen lernen können." Hoffentlich. In der Vorbereitung der Reise nach Mexiko und am Ort selbst sind viele Fehler gemacht worden. Von den Funktionären des DFB, den Spielern selbst und auch von der medizinischen Abteilung der Nationalmannschaft. Am Ende herrschte nur noch große Ratlosigkeit.

● Die deutsche Mannschaft wurde in der mexikanischen Presse verhöhnt. Die Zeitung „El Universal": „Die Deutschen waren ein Betrug. Sie sind wie die anderen europäischen Mannschaften gekommen, um Klima und äußere Bedingungen zu studieren. Nur an Fußball haben sie nicht gedacht. Sie waren ein Phantom und im riesigen *Azteken-Stadion hoffnungslos* verloren."



Hamburgs Torwart Uli Stein nach seinem großen Fehler beim 1:0 der Mexikaner. Auch er konnte nur beweisen, daß er lediglich zweite Wahl bleiben wird. FOTO: DPA

Mexiko „gnädig mit den Deutschen"

ULRICH DOST, **Mexico City**

Mühsam schleppte sich Rudi Völler den Weg hoch aus dem Azteken-Stadion. Der Kopf wackelt unkontrolliert hin und her. Das Kinn ist auf die Brust gefallen. Alte Männer gehen so, deren Beine längst nicht mehr mitmachen, was ihnen der Geist befiehlt. Als hätte ihm Atlas die Weltkugel auf den schwachen Rücken gepackt, so wankte Rudi Völler ans Licht. Wie sich der Bremer fast mitleiderregend voranbewegte, das war schon sym*ptomatisch dafür, daß die deutsche* Fußball-Nationalmannschaft wieder eine schwere Last zu tragen hat. Dabei hatte sich doch alles so sehr zur positiven Wende hin entwickelt.

Von der Konkurrenz in Europa und auch überall auf der Welt wurden die Deutschen doch wieder bewundert und mit Respekt bedacht, es wurde wieder über sie gesprochen, weil es ihnen gelungen war, den Tiefschlag der Europameisterschaft 1984 so leicht zu verdauen, als sei alles nur in einem bösen Traum geschehen. Andere, zum Beispiel die früheren Weltmeister England und Argentinien, kämpfen seit Jahren darum, wieder dort anzuknüpfen, wo sie einmal standen. Die Deutschen brauchten nur einen Franz Beckenbauer aus dem Hut zu zaubern, ließen Jupp Derwall in die Türkei verschwinden – und schon war der Karren aus dem Dreck gezogen.

Alles, was Beckenbauer macht, scheint richtig zu sein und ist es wohl auch. Die Spieler folgen ihm alle, weil er Erfolg hat und sie von ihren Alpträumen befreit. Das 5:1 der Deutschen in Prag gegen die Tschechoslowakei hat die Konkurrenz aufgeschreckt: „Deutschland ist die Nummer eins in Europa und zählt zu den Favoriten für die nächste WM in Mexiko." Doch nun passierte gerade an diesem Ort die große sportliche Pleite. Eine Blamage gleich bei der Generalprobe, die Deutschen sind durchgefallen, der Vorhang ist geschlossen, die Pfiffe aber werden sie noch lange in den Ohren haben.

Selbst die Statistiker zucken mit den Schultern: zwei Niederlagen hintereinander, ohne selbst auch nur ein Tor zu erzielen – wann hat es dies schon einmal gegeben? Welche Entschuldigungen auch immer zur Erklärung herangezogen werden, das 0:3 gegen England und das 0:2 gegen die Mexikaner wird ein dunkler Flecken auf der wieder gereinigten weißen Weste der Deutschen bleiben. Sicherlich fällt es nicht leicht, Fußball zu spielen, wenn man lieber geschwächt und ausgelaugt im Bett liegen bleiben möchte. Daß es so kam, daran tragen sie allein die Schuld. Sie haben sich gestellt, und sie sind ausgelacht worden, sie wurden zum bösen Gespött. So schrieb am Sonntag die mexikanische Sportzeitung „Esto": „Wir hätten noch mehr Tore schießen können, aber wir waren gnädig mit den Deutschen." Das schmerzt. Gnädig mit den Deutschen, eine Demütigung sondergleichen.

Die Statistik

Mexiko: Heredia – Quirarte – Trejo, Barbosa, Amador – de los Cobos, Espana, Negrete (75. Dominguez), Boy (77. Hermosillo), Aquirre – Flores.

Deutschland: Stein (30 Jahre/4 Länderspiele), Augenthaler (27/6) – ab 66. Frontzeck (21/6) – Matthäus (24/35), Jakobs (31/10), Brehme (24/16) – Herget (29/14), Magath (31/33), Rahn (23/7) – Mill (26/7), Völler (25/27), Kögl (19/1).

Schiedsrichter: Hackett (England). – **Tore:** 1:0 Negrete (4.), 2:0 Flores (46.). – **Zuschauer:** 25 000. – **Gelbe Karten:** de los Cobos, Trejo.

„Die zwei Länderspiele waren überflüssig wie ein Kropf" – dieses sportliche Fazit zog der Teamchef Franz Beckenbauer. Doch gerade er war es, der diesen Vergleich wollte. Nun muß er sich daran messen lassen. *Die Spieler auch,* selbst wenn der Bauch noch so zwickt.

Daß man als Spieler auch anders an so einen Test herangehen konnte, bewies der Kölner Torwart Harald Schumacher. Es ist bestimmt kein Zufall, daß er zu denen gehörte, die von allen Blessuren verschont blieben. Es liegt eben viel an der sportlichen Einstellung. Schumacher kam selbst dann als erster aus der Kabine, als er nicht spielte (gegen Mexiko). Er absolvierte in der Gluthitze ein Aufwärmprogramm für Bänder und Muskeln, als müßte er gleich im Finale antreten. Schumacher ist gewiß kein Fanatiker, aber in dieser Beziehung hat er schon immer begriffen, worum es geht. Ein vielleicht unbedeutendes Beispiel, doch es läßt tief blicken.

Andere deutsche Profis glauben, diese Einstellung nicht nötig zu haben. Frank Mill zum Beispiel mokierte sich darüber, daß er nun im Urlaub einen Trainingsplan einhalten muß, statt sich in der Sonne zu aalen. Das unterscheidet ihn eben von Schumacher. Deshalb wird Mill wohl nie ein Großer, sondern immer der lockere Sonnyboy bleiben. Zwei Chancen bot ihm Beckenbauer auf der Mexiko-Reise, *Mill griff zweimal daneben.* Wahrscheinlich wird er auch im nächsten Jahr bei der WM dabeisein, aber Kontrahenten wie Rummenigge, Allofs, Völler oder Littbarski wird er wohl nie verdrängen können.

Auch der Hamburger Torwart Uli Stein konnte nur den Beweis antreten, daß er eben hinter Schumacher die Nummer zwei ist und auch bleiben wird. Das erste Tor der Mexikaner, und dies gab Stein auch zu, ging voll auf seine Kappe. Dann hielt er zwar den Ball nach einem wenig plaziert geschossenen Strafstoß der Mexikaner, *doch der Gesamteindruck* blieb: Stein wirkt bei weitem nicht so sicher wie Schumacher.

Wenn sich eher jemand raus- als reingespielt hat, dann war es der Münchner Klaus Augenthaler. Seine Schwäche im Zweikampf wurde nie deutlicher als in Mexiko. Er wird wohl weiter zum Kreis der Nationalmannschaft zählen, doch nicht mit dem Anspruch, er gehöre unbedingt in die Mannschaft. Damit sollten sowohl er als auch sein Trainer Udo Lattek aufhören. International hängen die Trauben eben doch etwas höher – für Augenthaler wohl zu hoch.

Franz Beckenbauer wollte über die Leistungen einzelner nichts sagen, er bedankte sich nur pauschal bei dem gesamten Team, „daß die Spieler überhaupt angetreten sind". Und: „Sportlich konnte man nicht viel erwarten, da war auch wenig zu sehen. Wir haben individuelle Fehler gemacht. Zum Beispiel Augenthaler gegen England. Doch rein- oder rausspielen stand nicht auf dem Programm." Beckenbauer aber sagte auch: „Wir haben keine personellen Alternativen."

Was nichts anderes bedeutet, als daß der Elitekreis der Nationalmannschaft weiter geschlossen bleibt, doch innerhalb des Teams hat sich vieles abgeklärt. Gerade jetzt in Mexiko.

Peinliches Unternehmen Wie ein Kegelklub auf der Vergnügungs-Tour

ULRICH DOST, **Mexico City**

Die Sache haben sie erst einmal ausgesessen. Wenn auch 12 000 Kilometer von der Heimat entfernt. Aber die deutsche Fußball-Nationalmannschaft kehrte am Sonntag von einem einwöchigen Trip aus Mexiko mit einigen neuen Erfahrungen nach Hause zurück. Die Klos in Mexico City, wer hätte dies schon vermutet, sind genauso hart wie die in Deutschland. Doch wer wird schon so empfindlich sein. Diesen Luxus kann sich ein Jahr vor der Weltmeisterschaft eben nur der Deutsche Fußball-Bund (DFB) erlauben, dessen Herren stets versuchen, den Eindruck zu erwecken, als sei ihnen die Weisheit mit in die Wiege gelegt worden. *Man mag ihnen* auch noch so sehr mit Mißtrauen begegnen, sie tun doch so, als kennten sie jeden Fleck dieser Erde. Sie bestechen durch ihre Großmannssucht, auch wenn sie auf die Nase fallen. Oben ist eben dort, wo sie gerade sind.

Wahrscheinlich werden sie sich jetzt darüber wundern, daß ihnen bescheinigt wird, die Reise nach Mexiko sei ein Trip in die Lächerlichkeit gewesen, ein peinliches Unterfangen, das sie als Dilettanten entlarvt. Für den, der den Kopf nicht in den Sand *steckt,* steht unter dem Strich: Von der (kaum durchgeführten) Planung bis zum Abschluß hat sich selten eine deutsche Nationalmannschaft so kopflos präsentiert wie diesmal. Auch Franz Beckenbauer kam nicht umhin, offen zuzugeben: „Es sind organisatorische Fehler gemacht worden, auch muß ich mir selber vorhalten, die Reise zu sorglos angegangen zu sein. Wir dachten leichtfertig: Das testen wir einfach. Dabei haben wir uns zu wenig Gedanken gemacht." Zu wenig Gedanken ist sogar noch geschmeichelt. Die Herren vom DFB, die sich so gerne weltmännisch und weltoffen geben, haben in reiner Selbstüberschätzung gedacht, so einen Mexiko-Trip könne man doch mit links machen.

Anders kann es sich nicht verhalten haben, als sie darangegangen sind, ein Hotel für die Mannschaft zu finden. Sie entschieden sich für ein Touristenhotel mitten in Mexiko City, wo die Luft so schön stickig ist und der Verkehr besonders laut. Einen Blick in die Küche hielten sie gar für überflüssig. Dieser eine hätte wirklich eben nur gereicht, um festzustellen, daß man in solch einem muffigen Raum den Ansprüchen einer Profimannschaft nie gerecht werden kann.

Was auch immer Hermann Neuberger, den Präsidenten des DFB, bewogen haben mag, seinen Spielern diese Touristenabsteige zuzumuten, wird wohl sein Geheimnis bleiben. Dabei wäre es doch einfach gewesen, im komfortablen „Camino Real" abzusteigen, einem Hotel, das von einem deutschen Manager geleitet wird und das allen Ansprüchen genügt. Hier hätten sie Ruhe und Entspannung gefunden, so wie die Engländer und Italiener, die vor kurzem in diesem Hotel wohnten.

Die Mannschaftsärzte, immerhin zwei Professoren, kamen ebenfalls schlecht vorbereitet nach Mexiko. Offenbar hielten sie es nicht für ratsam und notwendig, einmal die Erfahrungsberichte ihrer Kollegen zu lesen. Schließlich fanden in diesem Land schon einmal eine Fußball-Weltmeisterschaft (1970) und Olympische Spiele (1968) statt. Die Hilflosigkeit der Mediziner wurde deutlich, als sich der Internist Heinrich Liesen bei der Bekämpfung des Durchfalls (nur Schumacher, Mill, Stein und Frontzeck waren nicht erkrankt) nicht anders helfen konnte, als einen einheimischen Apotheker um Rat zu fragen. Dieser empfahl ihm ein altes Hausmittel: viel Knoblauch essen. Danach stank es im deutschen Hotel, geholfen aber hat es keinem.

Nicht einmal schlüssig waren sich die Ärzte darüber, ob es sich tatsächlich um die oft zitierte „Rache Montezumas" handelte, die die deutsche Mannschaft befallen hatte. Heinrich Hess, der Orthopäde aus Saarlouis, meinte: „Typische Anzeichen von Montezumas Rache waren nicht zu erkennen, manche hatten nur kurz Durchfall. Wir haben gehört, daß derzeit in vielen mexikanischen Familien Infektionskrankheiten vorherrschen." Liesen vermutet sogar, daß ein Virus oder Bakterien im deutschen Klub einen deutschen Spieler befallen haben mag. Doch zu diesem Zeitpunkt lag der Uerdinger Mathias Herget bereits lange im Bett, mit 39 Grad Fieber und Durchfall. Da mögen sie reden, so lange sie wollen: Montezumas Rache besteht ja gerade darin, daß sich jemand den schwierigen *mexikanischen* Gegebenheiten nicht anpaßt.

Die Spieler selbst trifft auch eine große Schuld an dieser Entwicklung in der deutschen Mannschaft. Wie Profis haben sie sich nicht gerade benommen, als sie noch am Abend nach dem Spiel gegen England die Ratschläge der Ärzte in den Wind schlugen und noch ins Vergnügungsviertel schlenderten.

Dort tranken sie Hochprozentiges mit Eiswürfeln, die aus Leitungswasser gefroren waren, und nicht aus vorher abgekochtem. Die Ansteckungsgefahr war also groß. Liesen: „Vier Spieler haben mir später gestanden, daß sie sich leichtfertig verhalten haben." Matthäus, Kögl, Herget und Berthold waren dann auch die ersten, die ins Bett mußten und die wahrscheinlich die anderen angesteckt haben. Was muß nur in ihren Köpfen vorgegangen sein? Manchmal ist es kaum zu glauben, von welcher Naivität sie sein können. Das trifft selbst auf einen intelligenten Menschen wie Felix Magath zu. Ob er denn Coca-Cola mit Eiswürfeln getrunken habe, wurde der Hamburger gefragt. „Nur einmal, und da habe ich die Eiswürfel vorher herausgenommen", lautete seine liebe Antwort. Als wenn das Eis nicht sofort schmelzen würde. Da hat der Schachspieler Magath schlecht kombiniert.

Ebenfalls ein Beispiel an Dummheit und Unvermögen war die organisatorische Planung, mit der Mannschaft einen Tag nach dem Länderspiel gegen die Engländer eine Sightseeing-Tour zu veranstalten. Zehn Stunden wurden die Spieler der Hitze und dem Mief ausgesetzt. Im deutschen Klub gab es Getränke und Essen, die vorher nicht kontrolliert wurden. Doch die Mariachi-Musik soll ganz toll gewesen sein. Niemand im deutschen Team habe gewußt, so Liesen, wieviel Stunden die Mannschaft im Bus hätte schwitzen müssen, niemand kannte die Entfernung. In solchen Fällen tut ein Stadtplan Wunder. Liesen: „So etwas habe ich bei uns nicht gesehen." Einfallsloser geht es nicht mehr. Sie alle haben sich benommen, als gehe es auf eine Kegeltour. Wenn jetzt von allen Seiten beteuert wird, der Erfolg der Reise liege darin, daß nun die Spieler am eigenen Leibe erfahren hätten, wie schlimm es sie im nächsten Jahr bei der WM hier treffen kann, dann läßt sich nur die Frage stellen: Für wie dumm werden sie eigentlich gehalten? Oder daß sie so etwas nicht alleine kämen? Oder ist es doch eher so richtig: Zuzutrauen ist ihnen wirklich alles.

In Mexico City haben sie nun die Sache ausgesessen, zu ihren Dummheiten werden sie noch stehen müssen.

SPRINGREITEN

Rüping: Ein großer Sieg in Aachen

dpa/sid, **Aachen**

Mit seinem Sieg im Großen Preis von Aachen sorgte Springreiter Michael Rüping (Itzehoe) auf dem elfjährigen Schimmelhengst Silbersee für einen glanzvollen Abschluß der wertvollsten Prüfung beim 49. Offiziellen Internationalen Reitturnier (CHIO) von Aachen. Im Stechen, für das sich nach zwei Umläufen sechs Teilnehmer qualifiziert hatten, verwies der 34jährige Assistenzarzt vor 50 000 Zuschauern den Österreicher Thomas Frühmann, der für den Stall von Alwin Schockemöhle reitet, auf den zweiten Platz. Dritter wurde Doppel-Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen) mit Deister. Er legte zwar die beste Zeit vor, mußte jedoch einen Abwurf hinnehmen.

Rüpings Erfolg sorgte dafür, daß die beiden bedeutendsten Einzelspringen an Reiter der Bundesrepublik Deutschland gingen: Das Internationale Springchampionat hatte bereits Franke Sloothaak mit Walido gewonnen, der diesmal durch zwei Abwürfe im zweiten Umlauf alle Chancen vergab.

Spektakulär war der neue deutsche Rekord von 2,30 Metern im Mächtigkeitsspringen, für den vor heimischem Publikum Willibert Mehlkopf mit seinem zwölfjährigen Holsteiner Wallach Wabbs sorgte. Den Sieg mußte *sich der 43jährige allerdings* mit dem Schweizer Willi Melliger teilen, der mit Beethoven die gleiche Höhe meisterte. Mehlkopf und der 31jährige Schweizer konnten sich damit das größte Stück des Preisgeld-Kuchens im mit insgesamt 40 000 Mark dotierten Springen des Spielcasinos Aachen abschneiden.

Von der Riesenenttäuschung im Nationenpreis, als die nach dem ersten Umlauf führende deutsche Equipe mit am Ende 44 Fehlerpunkten einen totalen Einbruch erlitt und nur Vierter wurde, sprach nach den Siegen von Rüping und Mehlkopf niemand mehr. „Wir haben die drei bedeutendsten Einzelkonkurrenzen dieses Turniers gewonnen", zog Teamchef Hans Günter Winkler („Ich bin kein Bundestrainer.") die Bilanz.

Die Liste der zehn gewinnreichsten Springreiter zeigt deutlich, wie sehr *die letzten Entscheidungen* Einfluß auf die Gesamtbilanz hatten: Vor dem Wochenende war nur Sloothaak darin zu finden. Am Ende stand der Name Rüping ganz vorn, gefolgt von dem Schweizer Willi Melliger, der fünf von 14 Konkurrenzen gewann. Die Plätze vier bis sechs belegten Sloothaak, Mehlkopf und Paul Schockemöhle. Dennoch übersah Hans Günter Winkler die Probleme nicht: „Es gibt gute Nachwuchspferde, doch im Augenblick haben wir in der Spitze einige Pferdeprobleme." Vom Olympia-Aufgebot des Vorjahres steht derzeit lediglich Paul Schockemöhle mit dem 14jährigen Deister ohne jedes Fragezeichen zur Verfügung. Winkler: „Er ist immer noch ein gutes Pferd, aber der ganz große Glanz ist nicht mehr da."

Das 49. CHIO galt als Test für die Europameisterschaft der Springreiter, die Ende Juli im französischen Dinard stattfindet. Gesichtet wird nochmals im Rahmen der Deutschen Meisterschaft Anfang Juli in Münster. In Aachen ritt sich kein Deutscher so stark in den Blickpunkt, daß sein Name bereits jetzt festgeschrieben stände. Teamchef Winkler sah den Grund darin, daß „nirgendwo auf einen Reiter ein derartiger Druck ausgeübt wird wie in Aachen". Jeder Ritt sei wie eine Meisterschaft.

Während bei den Springreitern die Umrisse der Mannschaft bislang nur schwer zu erkennen sind, sorgten die Dressurwettbewerbe in Aachen schon für eine internationale Standortbestimmung. Olympiasieger Reiner Klimke aus Münster, den die Zuschauer zum Publikumsliebling kürten, erreichte diesmal mit Ahlerich den zweiten Platz hinter Anne Grethe Jensen, der Silbermedaillengewinnerin von Los Angeles. Die Dänin hatte auf Marzog zweimal die Nase vorn, wobei ihr Erfolg im Grand Prix sehr knapp und im Grand Prix Special zumindest umstritten war. Vor allem die Wertungen des Schweizer Jury-Mitglieds Wolfgang Niggli lösten Verwunderung aus.

Hinter den Olympia-Stars kam Herbert Krug (Hochheim) mit Muscadeur auf Rang drei vor dem Schweizer Olympiadritten Otto Hofer mit Limandus. In der Mannschaftswertung waren die Deutschen, zu deren *Equipe noch Uwe Sauer* (Hamburg) mit Montevideo gehörte, erfolgreich. Ihre 4992 Punkte zeigten einen deutlichen Abstand zu den 4728 Zählern der Dänen.

Von den deutschen Dressur-Reitern, die im letzten Jahr in Los Angeles Olympiasieger wurden, sollten neben Reiner Klimke auf jeden Fall Herbert Krug und Uwe Schulten-Baumer (Mettingen) mit Madras dabeisein, wenn es in Kopenhagen Anfang August um die europäischen Titel geht. Wer die Equipe vervollständigen wird, muß wie bei den Springreitern die Deutsche Meisterschaft in Münster zeigen. Dort hat Olympiasieger Uwe Sauer die Chance, zu beweisen, daß seine Plätze zehn und elf in Aachen Ausrutscher waren.

Ehrfürchtig las Boris Becker die Namen auf dem großen Pokal

CLAUS GEISSMAR, **London**

Die Namen auf dem meterhohen Silberpokal des Londoner Queens Club lesen sich wie Tennisgeschichte. Bill Tilden, Lew Hoad, Rod Laver, Jimmy Connors, John McEnroe – sie alle sind die Sieger dieses Turniers in der Wimbledon-Vorwoche gewesen. In dieser Woche graviert ein Londoner Juwelier den Namen Boris Bekker auf den Riesenpokal. Deutschlands neuer, erst 17jähriger Tennis-Star hat mit seinem ersten Sieg in einem Grand-Prix-Turnier zugleich ein Preisgeld von 100 000 Mark verdient. Und sein Endspiel-Gegner Johan Kriek (27), der in zwei Sätzen (6:2, 6:3) elf Aufschlag-Asse unerreichbar an sich vorbeiziehen sah, kommentierte nach der deutlichen Niederlage: „In dieser Form hat Boris sogar eine Chance, Wimbledon zu gewinnen."

Der Sieger im Queens Club war in den letzten drei Jahren tatsächlich anschließend auch der Sieger von Wimbledon. Aber Jimmy Connors schied diesmal in der ersten Runde aus, und John McEnroe bereitet sich in New York auf Wimbledon vor. Boris Becker traf daher im Viertelfinale nur auf Pat Cash (20), die Nummer sieben der Weltrangliste. Aber genauso wie Cash (6:4, 6:4) schlug er anschließend auch den ehemaligen Wimbledon-Doppelsieger Paul McNamee in zwei Sätzen (6:1, 6:4).

Der 17jährige aus Leimen bei Heidelberg stand auf Platz Nummer 29 der Weltrangliste, als er das Turnier in London begann. Sein Endspielsieg hat ihn unter die ersten 20 dieser Computer-Rangliste katapultiert. Damit ist bereits nicht mehr ausgeschlossen, daß Becker in Wimbledon bereits gesetzt wird. Von den 128 Teilnehmern des Wimbledon-Herren-Einzels werden 16 vor der Auslosung ins Feld gesetzt. Das würde Boris Becker vor einem möglichen Auslosungspech und der Gefahr bewahren, gleich in der ersten oder zweiten Runde gegen McEnroe, Connors oder Lendl antreten zu müssen.

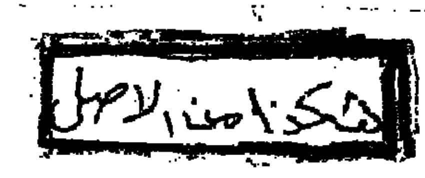
Der erste Grand-Prix-Sieg des 17jährigen ist zugleich eine schwere psychologische Belastung für seinen Trainer Günter Bosch geworden. Bosch zur WELT: „Ich kämpfe ständig gegen die zu hohen Erwartungen, die jetzt schon an Boris gestellt werden. Er ist doch erst 17." Der ehemalige DTB-Bundestrainer, der sich vor einem Jahr vom Deutschen Tennis-Bund getrennt hat und Becker ständig begleitet, leistete hinter den Kulissen taktische Meisterarbeit. Er hat Beckers Aufschlag in London auf Rasen umgestellt. Boris gibt dem Ball mehr Seitendrall (Slice), der zu einem flachen Absprungwinkel führt. Viermal gewann er im Queens-Cup-Finale seine Aufschlagspiele, ohne einen Punkt abzugeben.

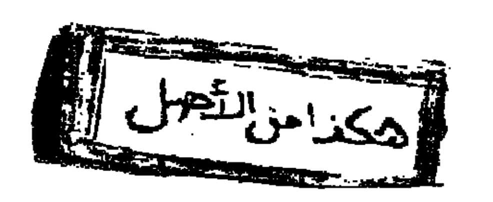
Becker und Bosch sind seit Anfang Januar kaum zehn Tage in Deutschland gewesen. Auch diese Taktik macht sich bezahlt. Der 17jährige ist ständig dem hohen Niveau der Tennis-Weltspitze ausgesetzt. Niemand sollte die psychologischen Schwierigkeiten unterschätzen, wenn ein 17jähriger sechs Monate lang ausschließlich in Hotelzimmern lebt. Im Queens Club gab es für Boris eine unerwartete Unterbrechung von dieser Monotonie. Als er das Match mit seinem elften Aufschlag-As beendet hatte und vor Freude einen Ball 50 Meter hoch in die Luft knallte, ahnte er noch nicht, daß noch eine weitere Überraschung auf ihn wartete. Günter Bosch und Manager Ion Tiriac hatten es den Eltern von Becker „erlaubt", zum Endspiel nach London zu fliegen. Als Boris die Arme hochriß und auf Bosch und Tiriac zuging, zeigten sich beide auf dem gegenüberliegenden Clubhaus-Balkon. Versteckt hinter der Herzogin von Gloucester saßen Architekt Karl-Heinz Becker und seine Frau Elvira.

Als Boris von der Herzogin den großen Pokal in Empfang nahm, las er fast ehrfürchtig die eingravierten Namen. „Es kommt mir alles wie ein Traum vor", sagte er. Und Günter Bosch lächelte: „Er weiß manchmal selbst noch nicht, wie gut er ist." Boris Becker mußte lange lesen, ehe er auf dem Pokal die letzte deutsche Gravur gefunden hatte. Im Presseraum las er Tennis-Journalisten aus der ganzen Welt vor, welcher Deutsche vor ihm zuletzt diesen Pokal in der Hand gehalten hat: Es war Gottfried von Cramm im Jahr 1939. Boris Becker hat in dieser Woche in London ein großes Erbe angetreten.



Becker und der Pokal, den schon von Cramm in der Hand hielt. FOTO: AP





WILDWASSER / Eine deutsche Erfolgswelle

Auf Medaillenfang im Augsburger Eiskanal

dpa/sid, Augsburg

Die deutschen Wildwasser-Spezialisten schwimmen wieder auf einer Welle des Erfolges. Zwei Jahre nach dem Tief von Meran paddelten sie bei den Weltmeisterschaften im Kanuslalom in Augsburg in die Weltelite zurück. Mit dem Heimvorteil im Rükken entwickelten die 17 Teilnehmer des Deutschen Kanuverbandes (DKV) ungeahnten Orientierungssinn und fischten insgesamt sieben Medaillen aus dem Augsburger Eiskanal. Der DKV stellte damit die erfolgreichste unter insgesamt 20 Mannschaften.

„Das ist ein einmaliger Erfolg, dem wir lange hinterherlaufen werden und der so schnell nicht wiederkehren wird", stellte der zufriedene Bundestrainer Günter Brümmer abschließend fest. Drei Gold-, drei Silber- und eine Bronzemedaille waren der Anlaß für die Freude des Trainers. Die neuen Weltmeister sind: Margit Messelhäuser (Augsburg) im Kajak-Einer, Stephan Küppers/Thomas Klein-Impelmann (Grevenbroich) im Canadier-Zweier sowie die Mannschaft Peter Micheler, Jürgen Kübler (beide Augsburg) und Toni Prijon (Rosenheim) im Kajak-Einer.

Sie haben dazu beigetragen, die Pleite von Meran endgültig vergessen zu lassen. „Hervorragende Motivation, Disziplin und der Topzustand des ganzen Teams" garantierten nach Meinung von Bundestrainer Brümmer die Erfolge: „Zudem ist nach dem Sensationssieg von Margit Messelhäuser gleich am ersten Tag ein Ruck durch die Mannschaft gegangen."

Brümmer konnte danach aufatmen: Vor zwei Jahren war er noch für das Versagen der deutschen Kanuten verantwortlich gemacht worden – in Augsburg erlebte er seine „persönliche Genugtuung". Denn der Pleite von Meran, so der Bundestrainer, sei ein „Jahr der Reue und Ursachenforschung gefolgt", dem sich eine „Teamarbeit in Ruhe und Sachlichkeit" angeschlossen habe. Seine eigene Position ist wieder gefestigt, seine Arbeit anerkannt. Brümmer läßt daher auch keinen Zweifel über seinen Anteil am Erfolg der deutschen Teilnehmer. Unbedingter Siegeswille und ein hervorragendes Trainerkonzept, so Brümmer, seien für die Erfolge verantwortlich: „Unsere Betreuer haben zu einem harmonierenden Team zusammengefunden."

Bereits im letzten Oktober haben die WM-Teilnehmer mit der gezielten Vorbereitung begonnen: „Sie haben auf vieles verzichtet und auch finanziell große Eigenhilfe geleistet", verdeutlicht Brümmer den Aufwand der Athleten. Für die zahlreichen inoffiziellen Lehrgänge im Augsburger Bundesleistungszentrum haben die Kanuten zwischen 2000 und 3000 Mark aus eigener Tasche bezahlt. Das ist der Preis für die mangelnde Popularität des Kanusports. Zwar kamen an den drei WM-Tagen rund 50 000 Zuschauer zum Augsburger Eiskanal, doch normalerweise fristen die Wildwasser-Kanuten ein Schattendasein.

Erst einmal, 1972 bei den Olympischen Spielen in München, standen Wildwasser-Kanu-Wettbewerbe auf dem olympischen Programm. Auch damals bildete der Augsburger Eiskanal die Bühne für die Slalom-Fahrten. Später verhinderten vor allem finanzielle Probleme eine olympische Fortsetzung.

Vom nächsten Jahr an sollen die Regeln vereinfacht und die Zahl der Kampfrichter auf die Hälfte reduziert werden. Damit wollen die Verantwortlichen des Weltverbandes die Kosten senken und das IOC zu einer Wiederaufnahme ins Programm bewegen. Denn nur mit Hilfe der Olympischen Spiele kann der Kanuslalom seine Popularität heben. Obwohl Ulrich Feldhoff, der Präsident des DKV, auch von der Weltmeisterschaft „Signalwirkung für die Zukunft" erhofft.

In Augsburg ist das Interesse bereits so groß wie vom Bundestrainer gewünscht. Kein Wunder: Der Klub Schwaben Augsburg ist seit Jahren einer der erfolgreichsten Vereine im DKV und stellte bei der Weltmeisterschaft gleich vier neue Titelträger: Neben der 19jährigen Überraschungssiegerin Margit Messelhäuser sowie den beiden Mannschafts-Weltmeistern Peter Micheler und Jürgen Kübler startet auch der Brite Richard Fox für Schwaben Augsburg. Er ist Freund und Geschäftspartner von Peter Micheler und gewann in Augsburg bereits seine sechste Goldmedaille im Kajak-Einer – vor seinem Freund Peter Micheler.

SPORT-NACHRICHTEN

Gelungener Auftakt

Ratzeburg/Ost-Berlin (sid) – Peter-Michael Kolbe (Hamburg), Olympiazweiter von Los Angeles, verwies bei seiner Saison-Premiere, der internationalen Regatta in Ratzeburg, im Skiff-Rennen seine Kontrahenten auf die Plätze. Auf den zweiten Rang mit nur einer Sekunde Rückstand auf die „DDR" ruderte bei der internationalen Regatta in Grünau/Ost-Berlin der Achter der Renngemeinschaft aus Dortmund, Witten, Essen, Benrath und Blankenstein. Der Zweier mit Steuermann aus Essen- Steele und Berlin belegte zeitgleich mit der UdSSR den dritten Rang.

Madrid feierte Stielike

Madrid (dpa) – Mit Ovationen wurde der frühere Libero der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, Uli Stielike, bei seinem letzten Spiel für Real Madrid verabschiedet. Der 30jährige hatte zuvor sein erstes Saisontor geschossen und damit den Grundstein zum Gewinn des Fußball-Pokals gegen den Lokalrivalen Atletico Madrid gelegt. Real gewann 2:0.

Gladbach holt Pinkall

Mönchengladbach (dpa) – Kurt Pinkall (29) spielt wieder für Borussia Mönchengladbach. Der fünfmalige deutsche Fußballmeister schloß mit dem früheren Bochumer Stürmer einen Ein-Jahres-Vertrag. Pinkall war in der letzten Saison an den belgischen Erstliga-Verein AC Beerschot ausgeliehen worden.

Meister Servette Genf

Zürich (dpa) – Servette Genf sicherte sich am vorletzten Spieltag der Nationalliga die Schweizer Fußball-Meisterschaft durch ein 1:1 bei Xamax Neuchâtel. Verfolger FC Aarau kam bei Grasshoppers Zürich über ein 2:2 nicht hinaus.

Titel für Anja Wilhelm

Göppingen (sid) – Bei den deutschen Meisterschaften im Kunstturnen verteidigte die 16jährige Anja Wilhelm (Wolfsburg) ihren Achtkampftitel mit 74,20 Punkten. Christine Wetzel (Hittfeld) belegte den zweiten, Elke Heine (Hannover) den dritten Platz.

CSSR-Turner in Bayern

München (dpa) – Der derzeit beste Kunstturner der CSSR verstärkt in der nächsten Saison die Staffel von Bayern München. Der 19jährige Daniel Orlet hatte sich bei den Europameisterschaften in Oslo von seiner Mannschaft abgesetzt und war in die Bundesrepublik geflüchtet.

Radschinsky mit 160 kg

Langen (sid) – Herausragender Athlet beim ersten Finalkampf um die deutsche Mannschafts-Meisterschaft im Gewichtheben war Olympiasieger Karl-Heinz Radschinsky, der in der Gewichtsklasse bis 82,5 kg zwei neue Rekorde aufstellte. Die Bestmarke im Reißen schraubte Radschinsky auf 160 kg. Sein Verein, der KSV Langen, siegte über den AC Mutterstadt.

Gölz Etappendritter

Solothurn (sid) – Der australische Radprofi Phil Anderson hat auf der fünften Etappe der 49. Tour de Suisse die Führung in der Gesamtwertung übernommen. Der bisherige Spitzenreiter, Acacio da Silva aus Portugal, fiel auf Platz fünf des Gesamtklassements zurück. Auf dem ersten Teilstück der zweigeteilten Etappe fuhr Rolf Gölz (Bad Schussenried) auf den dritten Platz.

Bis ins Cup-Finale

Monte Carlo (sid) – Die Tischtennisdamen des ATSV Saarbrücken sind nach dem Gewinn der deutschen Meisterschaft und des deutschen Pokals im Finale des europäischen FTTU-Cups gescheitert. In Monte Carlo verloren sie das Finale gegen Cupverteidiger Budapest 2:5.

Olympia in Alaska?

Indianapolis (dpa/UPI) – Mit Indianapolis hat Berchtesgaden einen weiteren Konkurrenten in der Bewerbung um den Austragungsort für die Olympischen Winterspiele 1992 bekommen. Das NOK der USA nominierte die Stadt in Alaska als amerikanischen Kandidaten.

Golf: Chinese verblüfft

Birmingham/USA (dpa) – Der Nationalchinese Tze-Chung Chen behauptete auch nach dem zweiten Durchgang des mit 600 000 Dollar dotierten Turniers von Birmingham der weltbesten Golfer seine Führung. Hinter ihm liegen nun die Amerikaner Haas und North. Bernhard Langer schaffte mit 149 Schlägen nicht die Qualifikation für die beiden letzten Runden der 32 Besten.

K. o. für 450 000 Dollar

Las Vegas (sid) – Mit einem K. o. in der achten Runde bleibt der amerikanische Berufsboxer Pinklon Thomas (27) Schwergewichts-Weltmeister des World Boxing Council (WBC). Für seinen Sieg über Herausforderer Mike Weaver erhält der fast 100 kg schwere Thomas 450 000 Dollar.

Schenk im Spurt vorn

Frankfurt (sid) – Der Dortmunder Michael Schenk stoppte bei der Deutschen Meisterschaft im Einer-Straßenfahren der Radamateure in Frankfurt den Siegeszug der Nürnberger Fahrer, die den Titel dreimal hintereinander gewonnen hatten. Der 26jährige Student gewann mit einem langen Spurt vor Frank Plambeck (Feuerbach).

Hockey: Deutsche vorn

Amstelveen (dpa) – Den Vier-Nationen-Turniersieg bei den Männern und einen zweiten Platz bei den Damen sicherten sich die deutschen Hockey-Nationalmannschaften bei ihrem ersten großen Auftreten nach Los Angeles im holländischen Amstelveen. Die deutschen Hockey-Männer schafften den Sieg durch einen abschließenden 3:1-Erfolg im Endspiel gegen England.

Rugby-Meister Hannover

Heidelberg (dpa) – Titelverteidiger Hannover 78 sicherte sich durch ein 23:9 gegen den Heidelberger RK zum siebten Mal den Titel eines deutschen Rugby-Meisters. Vor 2000 Zuschauern holten die Hannoveraner in der zweiten Halbzeit ein 3:9 auf.

Deutsche Erfolge

Wuppertal (GAB) – Internationale Deutsche Meister der Golfamateure wurden erstmals Martina Koch (Hannover) und Ralf Thielemann (Hubbelrath) auf der Anlage des GC Bergisch-Land in Wuppertal-Neviges. Der 25jährige Hubbelrather führte schon zur Halbzeit mit sechs Schlägen das Feld der 54 Konkurrenten aus sieben Nationen an und gewann auch sicher mit 78+72+74+74=288 Schlägen vor Peter Klein (Hanau), 293, und Andreas Roehrig (Georghausen) sowie Frank Schlig (Hubbelrath), beide 294. Dagegen siege die 19jährige Hanoveranerin erst mit dem letzten Putt und 75+74+73=222 Schlägen vor den Schweizerinnen Regine Lautens, 223, und Eveline Orley, 225.

GALOPP / Wieder ein Sieg für Gestüt Fährhof

Name kommt von einem Vulkan: Acatenango

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Zehn Rennen der Europa-Gruppen-Kategorie sind bis Sonntag auf den deutschen Galopp-Rennbahnen gelaufen worden. Fünf davon wurden von einem Besitzer und einem Trainer gewonnen: Gestüt Fährhof und Heinz Jentzsch (65). Im 150. Union-Rennen (120 000 Mark, 70 000 Mark dem Sieger, 2200 m) vor 15 000 Zuschauern auf der Kölner Rennbahn war es der dreijährige Fuchshengst Acatenango mit Jockey Andreas Tylicki (28), der die Serie der Erfolge fortsetzte. Deutliche zwei Längen vor dem Zweiten Kamiros mit Peter Alafi (er startete als 18:10-Favorit) sicherte sich der jetzt bei vier Starts in dieser Saison ungeschlagene Hengst den Sieg in der wichtigsten Vorprüfung für das 116. Deutsche Derby am 7. Juli in Hamburg-Horn. Der Außenseiter Ephialtes wurde Dritter vor Amerigo Vespucci.

Nach einem Vulkan in Guatemala hat Fährhofs Besitzer, der Bremer Kaffeeröster Walther-Johann Jacobs (78), das Pferd getauft, dessen Vater Surumu 1977 der erste Derby-Sieger für den Jacobs-Rennstall war. Wie ein Vulkan explodierte Acatenango auf der Zielgeraden, als Kamiros einen Angriffsversuch startete. Dessen Jockey Peter Alafi (49) hatte noch am Vormittag des Rennens eine 1000-Mark-Wette angeboten, daß er ohne einen Peitschenhieb gewinnen würde. Alafi gewann nicht, und die Peitsche mußte er auch zu Hilfe nehmen. Kamiros' Trainer Sven von Mitzlaff (71) unmittelbar nach dem Rennen: „Ich bin zufrieden. Mit einem Sieg habe ich nicht unbedingt gerechnet. Von mir sind die Wunderdinge über Kamiros nicht in die Welt gesetzt worden." 177 700 Mark hat Acatenango mit dem Union-Sieg nach neun Starts insgesamt gewonnen. An seiner Ausdauer für die 2400-m-Distanz des Derbys gibt es keinen Zweifel. Im Union-Rennen stellte er auch unter Beweis, daß er nicht unbedingt auf einen maßgeschneiderten Rennverlauf angewiesen ist. Weil keiner der Jockeys die Führung übernehmen wollte, ergriff Jockey Tylicki mit Acatenango frühzeitig die Initiative.

Für das Derby ist Acatenango im Grunde allerdings nur die zweite Wahl des Stalles Jentzsch; denn der erste Jockey, Georg Bocskai (25), hat sich fürs Derby Lirung erwählt, der gestern im Bremer Bayeff-Rennen seinen letzten Derby-Test absolvierte (das Ergebnis stand bei Redaktions-Schluß noch nicht fest). Im Union-Rennen ritt Bocskai Aguarico aus dem Gestüt Fährhof, der nur Sechster wurde, ihm fehlt es am ausreichenden Stehvermögen.

Erstmals nach dem Tod seiner Ehefrau Mildred erschien Galopper-Präsident Walter Scheel wieder auf der Rennbahn. Gemeinsam mit dem zwei Tage vorher zurückgetretenen Regierungssprecher Peter Boenisch wurde vor dem Union-Rennen über die Wettdispositionen gefachsimpelt. Boenisch, in früheren Jahren ein erfolgreicher Rennstallbesitzer (sein Hengst Benedikt war Derby-Dritter und Sieger im Bayern-Derby 1974), traf dann die Dreier-Wette im Union-Rennen. Für den Grundeinsatz von 2,50 Mark konnte er sich 220 Mark abholen.

Hindernis-Jockey-Weltmeister Stefan Wegner aus Bremen wurde nach dem Colonia-Hürdenrennen für zwei Wochen gesperrt, leichtfertig hatte er den zweiten Platz verschlafen. Es siegte überlegen der Favorit Ormus mit dem schwedischen Major Lars Swärd (48), der vor einer Woche schon den Bäder-Preis in Iffezheim gewonnen hatte.

1,42 Millionen Mark wurden am zweiten Tag des Kölner Union-Meetings an den Wettschaltern umgesetzt, 740 000 Mark waren es in zehn Rennen des Samstags. Das Hauptrennen gewann Newcomer mit Jockey Dragan Ilic (29) vor Diu Star aus dem Gestüt Röttgen.

Die Fährhofer Gruppen-Rennen-Sieger 1985: Henckel-Rennen: Lirung (Bocskai), Preis der Diana: Pdang (Bocskai), Hertie-Preis: Acatenango (Tylicki), Großer Preis der Badischen Wirtschaft: Abary (Bocskai), Union-Rennen: Acatenango (Tylicki).

*

Das deutsche Traberchampionat auf der Bahn in München-Daglfing holte sich Singing Clöving mit Helmut Biendl im Sulky. Die sechs Jahre alte Stute gewann diese mit insgesamt 150 000 Mark dotierte Prüfung sicher in der neuen Rennrekordzeit von 1:16,0 über 2100 Meter im Finallauf. Zweieinhalb Längen dahinter behauptete sich der norddeutsche Hengst Prestadet (Edelbert Ohmer).

FORMEL 1 / Doppelsieg von Ferrari in Montreal

Stallregie sicherte Michele Alboretos Sieg

sid/dpa, **Montreal**

Ferraris Stallregie verhinderte beim Großen Preis von Kanada in Montreal, dem fünften Formel-1-Rennen dieser Saison, den ersten Sieg des jungen Schweden Stefan Johansson. Der Italiener Michele Alboreto, Nummer eins im Ferrari-Team und in diesem Jahr Zweiter der Weltmeisterschafts-Rennen von Rio de Janeiro, Estoril und Monaco, hatte Vorfahrt. Das Ergebnis: Zum ersten Mal seit dem Formel-1-Rennen von Zandvoort vor zwei Jahren gab es wieder einen Doppelsieg für Ferrari.

Michele Alboreto hatte bei seinem vierten Formel-1-Erfolg am Ende 1,957 Sekunden Vorsprung vor Johansson, der in den letzten Runden immer schneller wurde und bis auf zehn Meter auf Alboreto herangefahren war. Doch als die Zuschauer auf das fällige Überholmanöver des Schweden warteten, ließ er sich – pflichtgemäß – wieder zurückfallen und achtete nur noch darauf, den französischen McLaren-Fahrer Alain Prost auf Distanz zu halten. Prost, Sieger in Rio de Janeiro und Monaco, überfuhr mit 3,5 Sekunden Rückstand auf Alboreto den Zielstrich.

Damit hatte das Ferrari-Stallregie sein Soll erfüllt: Prost wurde vom ersten Platz in der Weltmeisterschafts-Wertung verdrängt, Alboreto führt nunmehr souverän mit 27 Punkten und somit mit fünf Punkten Vorsprung vor Prost und dem Italiener Elio de Angelis (je 22).

„Ferrarissimo", schrieb die renommierte Mailänder Sportzeitung „Gazzetta dello Sport" in großen Lettern auf der Titelseite und packte in dieses einzige Wort den Triumph des italienischen Formel-1-Teams. Michele Alboreto feierte auf dem „Circuit Gilles Villeneuve" von Montreal immerhin den 90. Grand-Prix-Sieg des Ferrari-Rennstalls. „Wir hatten wohl den besseren Motor und haben auch die Kraft besser auf die Straße gebracht", sagte der 28jährige Mailänder über seinen Sieg. Zuvor mußte er sich allerdings von Johansson den Fahrerang und den Helm ausleihen, weil man ihm in der Nacht zum Sonntag die komplette Renngarderobe aus dem Wohnmobil gestohlen hatte.

Trotz der Ferrari-Stallregie gab es von der Konkurrenz ein dickes Lob. Alain Prost: „Die Ferraris haben große Fortschritte gemacht und waren auf den Geraden einfach schneller. Zudem hatte ich am Ende Probleme mit den Bremsen. Außerdem, wäre ich schneller gefahren, hätte wahrscheinlich das Benzin wieder einmal nicht ausgereicht."

Weltmeister Niki Lauda spielte auch diesmal wieder keine Rolle: Der Österreicher, der im eigenen Flugzeug nach Montreal gekommen war, startete nach den Trainingsergebnissen nur aus der 17. Position, kämpfte sich im Rennen aber schon bis zur 18. Runde auf Platz acht vor und mußte in der 39. Runde mit seinem McLaren an die Boxen: Motorprobleme. Noch schlimmer traf es den Brasilianer Nelson Piquet, der 1982 und 1984 auf dem Kurs von Notre Dame gewonnen hatte. Piquets Brabham-BMW streikte schon beim Start.

Die beiden deutschen Teilnehmer spielten keine große Rolle. Stefan Bellof (Gießen) hielt sich mit seinem Tyrrell noch achtbar, war allem bemüht anzukommen und wurde schließlich Elfter mit zwei Runden Rückstand. Manfred Winkelhock (Waiblingen) dagegen schied mit seinem RAM bereits in der sechsten Runde aus, als sich Andrea de Cesaris' Renault zu einer Pirouette drehte und Winkelhock dem Italiener dabei über die Wagenflügel fuhr.

Ludwigs dritter Sieg in Le Mans

sid, **Le Mans**

Klaus Ludwig hat es geschafft. In Le Mans hat er sich am Sonntag endgültig in die Liste der Großen im Automobilsport eingereiht, nachdem er auf einem Joest-Porsche 956 nach 1979 und 1984 zum dritten Mal das populäre Langstreckenrennen „24 Stunden von Le Mans" gewann. Drei Siege in Le Mans – das haben vor ihm nur der Belgier Jacky Ickx (sechs Siege), der Franzose Henri Pescarolo (vier) und der Engländer Derek Bell (drei) erreicht.

Zum Team des 35jährigen Familienvaters aus Bonn gehörten der Italiener Paolo Barilla, Erbe eines Spaghetti-Fabrikanten, und der Bremer John Winter, dessen bürgerlicher Name Louis Krages ist. Überraschend war der Sieg vor allem für Insider. Denn der Joest-Porsche des Ludwig-Teams verbraucht auf 100 km rund 40 Liter – ein erstaunlich niedriger Wert für den 620 PS starken und 360 km/h schnellen Wagen. Dagegen verbrauchte das Werksteam, das über eine wesentlich umfangreichere Computeranlage zur Berechnung des Benzin-Verbrauchs verfügt, drei bis vier Liter mehr. Die Benzinberechnung war in Le Mans entscheidend. Denn jedem Wagen standen für die 5000 km lange Strecke nur 2210 Liter zur Verfügung. Damit wurde die Benzin-Bereitstellung gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent reduziert.

Sieger Spencer: Kreislaufkollaps

dpa, **Rijeka**

So sind sie, die Motorrad-Helden: Mit einem Muskelfaserriß im rechten Oberschenkel quälte sich Freddie Spencer hinter Weltmeister Eddie Lawson zum zweiten Platz im Weltmeisterschaftslauf der Klasse bis 500 ccm beim Großen Motorrad-Preis von Jugoslawien in Rijeka. Der wieder einmal souveräne Star der 250er-Klasse – im sechsten Lauf zum vierten Mal siegreich – hatte mit seinem Knie bereits in der ersten Runde einen Strohballen berührt und sich den Muskel gezerrt. Im Ziel fiel der 23jährige Amerikaner von seiner Honda und mußte in den Arztwagen getragen werden. Kreislaufkollaps.

„Das ist sehr schmerzhaft. Ein kleines Wunder, daß er durchgehalten hat", sagte Rennarzt Costa. „Die Ausheilung dauert normalerweise vierzehn Tage." Am 29. Juni in Assen (Holland) will Spencer wieder dabeisein.

Als Spencer in Rijeka noch ohne Verletzung in der 250er-Klasse siegte, hatten die deutschen Fahrer keine Chance. „Für uns geht es ab sofort nur noch um den zweiten Platz", sagte der Münchener Martin Wimmer. Er kam trotz Motoren-Aussetzer auf den vierten Rang und hatte damit mehr Glück als Anton Mang. Er mußte seine Honda in der 25. Runde als Drittplazierter abstellen, weil nur noch ein Zylinder ordentlich lief.

LEICHTATHLETIK / Europarekord in Eberstadt. Deutsche Stars geschlagen

● Willie Banks stellte bei den amerikanischen Leichtathletik-Meisterschaften in Indianapolis mit 17,99 Metern einen Weltrekord im Dreisprung auf. Carl Lewis erreichte nicht das Finale über 100 Meter. Lewis: „Das war Gottes Weg, mir zu zeigen, daß ich in diesem Jahr nicht allzu viel Gewicht auf den Sport legen sollte."

● Der Schwede Patrik Sjöberg war der große Star des Eberstädter Hochspringer-Festivals. An der Weltrekordhöhe von 2,40 Meter scheiterte er nur ganz knapp. Doch mit 2,38 m stellte er einen Europarekord auf und schlug damit die deutschen Stars Mögenburg, Thränhardt und Nagel.

Willie Banks: Nach dem Sprung ein Dankgebet

sid/dpa, **Indianapolis**

Ein Fabel-Weltrekord im Dreisprung durch den Amerikaner Willie Banks mit 17,97 m und aus deutscher Sicht der 17-Meter-Sprung des deutschen Dreisprung-Meisters Ralf Jaros aus Düsseldorf mit 17,22 m – das waren die Höhepunkte in dieser Leichtathletik-Sparte am Wochenende. Fünf Tage vor Sommeranfang erlebte Willie Banks, der fröhliche Jurist aus Kalifornien, bei den USA-Meisterschaften der Leichtathleten in Indianapolis seinen zweiten Frühling. Als der 29 Jahre alte Amerikaner im zweiten Versuch bei 17,97 Metern landete, war der Brasilianer João Carlos de Oliveira entthront. Er hatte vor zehn Jahren in Mexico City, von der Höhenluft begünstigt, 17,89 m erzielt.

„Als ich vor einem Jahr in Los Angeles beim Olympiafinale nur auf den sechsten Platz kam, weil ich leicht verletzt war, bin ich in mein Hotelzimmer gegangen und habe geweint", erzählte Willie Banks immer wieder. Die Tränen sind getrocknet, der von seinem Sponsor (Nike) gefeuerte und „wie der letzte Dreck" (Banks) behandelte „Mister Dreisprung" (Banks über Banks) hatte sich ein neues Ziel gesetzt – den Weltrekord.

„Ich hatte so viel nervöse Energie in mir, daß ich fast geplatzt bin", schilderte er seine Gefühle vor dem Rekordsatz. Er traf den Balken genau und hob ab: „Ich wußte schon nach dem ersten Sprung: Das wird Weltrekord." Nach der Landung ging Banks mitten auf der Anlage zu einem kurzen Dankgebet in die Knie. Später meinte er: „Und jetzt gehe ich nach Mexiko und springe so weit, daß es ein Rekord für die Ewigkeit wird."

Der Erfolg von Willie Banks krönte den hochklassigsten Wettkampf der Dreisprung-Geschichte. Der Olympiazweite Mike Conley wurde mit 17,71 m – dem drittweitesten Sprung aller Zeiten – Vize-Meister der USA, Nachwuchsmann Charles Simpkins verwies mit 17,52 m sogar noch Olympiasieger Al Joyner (17,46) auf Platz vier.

Carl Lewis, der viermalige Olympiasieger, wurde zum ersten Mal seit 1983 geschlagen. Im 100-m-Vorlauf war er, allerdings verletzt, in 10,34 Sekunden nur Vierter und kam damit nicht ins Finale.

Bei 2,40 Meter fiel die Latte erst, als Patrik Sjöberg schon jubelte . . .

KLAUS BLUME, **Eberstadt**

Da stand er in der jubelnden Menge, nahm die Glückwünsche entgegen und lächelte nicht ein einziges Mal: Viljo Nousiainen, ein gebürtiger Finne und Trainer des schwedischen Hochspringers Patrik Sjöberg. 2,38 Meter hatte der junge Mann aus Göteborg überquert und damit den Sowjetrussen Seredin und den Kölner Carlo Thränhardt (beide zuvor 2,37 m) als Europarekordler abgelöst. Er hatte Olympiasieger Dietmar Mögenburg (Köln) geschlagen und das Springer-Festival von Eberstadt am Ende zur Sjöberg-Show gestaltet.

Der 41jährige Nousiainen, einst auch der Stiefvater Sjöbergs, ärgerte sich dennoch: „Er ist zweimal klar über 2,40 m gesprungen, das wäre Weltrekord gewesen und der Aufbruch in eine neue Ära. Doch in den Annalen steht er nun mit 2,38 m."

2,40 Meter – eine neue Qualität für diejenigen, die ohne Hilfsmittel in die Luft gehen: Als Sjöberg im zweiten Versuch 2,38 m überquerte, schwebte er so hoch, daß es mit Sicherheit ein neuer Weltrekord gewesen wäre, hätte die Latte nicht auf der Höhe von 2,38 m gelegen.

Im zweiten Versuch über 2,40 m war Sjöberg schon drüber und freute sich auf der Aufsprungmatte wie ein Kobold über diese sporthistorische Tat – da fiel Sekunden später die Latte doch noch herunter.

So etwas kann einen schon ärgern, zumal Sjöbergs Ausgangslage solcherart Höhenflüge eigentlich gar nicht zuließ. Vor sieben Wochen hatte er sich beim Treppentraining – einem schnellen Sprint aufwärts – den Sprungfuß vertreten. Eine fatale Angelegenheit für einen Hochspringer, denn vor zwei Wochen konnte er das Training erst wieder aufnehmen, allerdings nur mit verkürztem Anlauf. Nousiainen staunend: „Patrik kam mit einer Saison-Bestleistung von nur 2,25 m, gesprungen in Göteborg, nach Eberstadt. Und in Eberstadt wagte er zum ersten Mal wieder den vollen Anlauf."

Diesen dann aber gleich mit soviel Wucht, daß der deutsche Bundestrainer Dragan Tancic kopfschüttelnd feststellte: „Er springt mit einer Brutalität, die momentan nur er beherrscht. Er setzt seine athletische Kraft auf den letzten drei Anlaufschritten ohne Schonung der Gelenke ein. So, wie Patrik beschleunigt – das ist zur Zeit das Nonplusultra." Alles oder nichts – der nach dem großen Sieg wieder dick angeschwollene Fuß mußte vom Arzt erst einmal kräftig vereist werden.


Sjöbergs Sprung über 2,38 m – er war Weltrekord wert. FOTO: DPA

Aber sei's drum, nach Tancics Meinung verfügt der Schwede über die notwendige körperliche Robustheit, um derart mit sich umgehen zu können. Nousiainen widerspricht dem allerdings in einem Punkt: „Etwas mehr Athletik, etwas mehr Kondition könnte es schon sein. Doch der Bengel raucht doch seit einem Jahr wie ein Schlot. Aber trotzdem: Ich weiß, die 2,40 m kann er jetzt sehr schnell springen. Und wir werden trainieren, trainieren und nochmals trainieren."

Am 3. Juli in Toronto will sich der Olympiazweite von Los Angeles erneut an den 2,40 Metern versuchen, etwas anderes hat er ohnehin nicht im Sinn, ausgenommen vielleicht seine blonde schwedische Begleiterin Linda Berglind, die er vor zwei Monaten kennengelernt hat und die ihm nun wie ein Groupie auf Schritt und Tritt folgt. Mitunter faszinieren ihn auch schnelle Autos und Pop-Musik. Aber ansonsten? „Es gibt kein Ziel, keinen Wunsch," sagt Sjöberg. Auch keinen beruflichen? Immerhin ist er vor vier Jahren als 16jähriger von der Schule abgegangen, hat keinen Abschluß, keinen Beruf. „Nein," sagt er. Und was später einmal sein wird, wenn ihm der Hochsprung und die Tingelei durch die weite Welt auf die Nerven gehen, interessiere ihn nicht. Noch nicht.

Jan Niklas Patrik Sjöberg aus Göteborg, 20 Jahre, 1,99 m groß, meist 71 bis 74 Kilogramm schwer, Hochspringer der internationalen Extraklasse und Show-Talent von besonderer Güte in diesem Wanderzirkus: In Eberstadt setzt er beim Einspringen im Scherensprung über 2,25 m, beiläufig. Die Konkurrenten haben es wahrgenommen, mit unbewegtem Pokergesicht, aus den Augenwinkeln heraus. So, wie man sich in dieser Branche eben verhält. Und Sjöberg hat danach den Reißverschluß seines wie Leder glänzenden schwarzen Trainingsanzugs bis zum Kinn hochgezogen, die große dunkle Sonnenbrille aufgesetzt und mit lässiger Handbewegung erklärt, er lasse so belanglose Höhen wie 2,36 m selbstverständlich aus. Klar doch.

Eberstadt, die Rekorde und die ausländischen Sieger. Mögenburg, Thränhardt und Nagel waren geschlagen – bei 2,30 Meter, was einst als Entree für die absolute Weltspitze galt. 2,30 Meter, das ist jetzt Dutzendware. Hervorragende zwar, aber Dutzendware. 2,40 m – darauf hatte sich Mögenburg eingestellt. Er, der sonst Titel und nicht Rekorde jagt. Das ist die Crux, und er weiß es. „Es gibt so Tage, an denen kann man Bäume ausreißen," sagt er. Und dann, etwas leiser: „Auf den Tag warte ich noch."

STAND ● PUNKT / *Wenn aus Absagen fast Erpressungen werden*

Dem Kollegen aus Sofia war die Angelegenheit von Wettbewerb zu Wettbewerb unangenehmer geworden. „Ihr verliert ja schon wieder, und wie! Das ist nun wirklich schon peinlich," meinte er sichtlich betreten. Das war beim letzten Wettbewerb, der 4 x 400-m-Staffel. Zugetragen hat sich das beim Frauen-Länderkampf gegen Bulgarien und Polen im Heidenheimer Albstadion. Peinlich war nicht nur die klare Niederlage des deutschen Teams, peinlich war vor allem, was sich im Vorfeld dieser unnötigen Blamage zugetragen hat.

28 Athletinnen hatte der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) gebeten, in Heidenheim das deutsche Nationaltrikot zu tragen – aber nur 14 kamen. Die anderen 14 sagten zumeist recht kurzfristig ab: keine ausreichende Form, verletzt, erkrankt, oder weil just an diesem Tag der Wanderschein im Teutoburger Wald abzulegen war. Wie im Falle der Dortmunder Speerwerferin Beate Peters.

Andere fuhren ganz schweres Geschütz auf, schrieben, sie würden in diesem Jahr ohnehin nicht mehr dem Verband zu Verfügung stehen, weil ihr Heimtrainer kein Bundestrainer mehr sei. So geschehen im Falle der Kugelstoß-Olympiasiegerin Claudia Losch. Da hat sich wohl ihr Blick für die Realtität etwas verstellt. Was sie nämlich dem Verband schrieb, sieht doch sehr nach Erpressung aus. Frage: Wann büßt eine Olympiasiegerin ihre Glaubwürdigkeit ein?

Erster Länderkampf, erster Akt des Trauerspiels „Deutsche Frauen-Leichtathletik 1985", oder? Vize-Präsidentin Ilse Bechtold, für das deutsche Damen-Team zuständig, war ratlos. Warum das alles so sei, wisse sie nicht. Mittelstrecken-Coach Pöhlitz sagt: „Die Decke ist seit Jahren zu dünn gewesen." Wenn also jemand ausfällt, fällt damit fast die gesamte Mannschaft aus. Die dünne Decke, das waren und sind wenige Stars. Ulrike Meyfarth, die aufgehört hat. Margit Klinger, die sich mit Stoffwechselbeschwerden herumplagt. Claudia Losch, die der Aktenlage weniger glaubt als dem Seemannsgarn eines früheren Erfolgstrainers.

Brigitte Kraus, die Kölner Vize-Weltmeisterin über 3000 Meter, hat in Heidenheim ihren 54. Länderkampf bestritten. Mit Volldampf, wie immer. Längst ist sie Vorbild, Autorität. Vielleicht könnte sie ihren streitenden und lamentierenden Mannschaftskameradinnen einmal sagen, was eigentlich Sache ist. Am besten im Klartext und mit den einführenden Worten: „Ihr spinnt doch wohl."

K. Bl.

BASKETBALL / UdSSR Weltmeister – Erfolg für deutsches Team, aber:

Trainer Klein denkt an Rücktritt

dpa/sid, **Stuttgart**

Italien, der Europameister von 1983, wurde entthront. Die UdSSR ist nach zweijähriger Pause wieder die Nummer eins in Europa. Die CSSR wurde mit ihrer überalterten Mannschaft (die fünf Stammspieler sind zusammen 155 Jahre alt) zur Überraschung des Turniers. Und Deutschland hat endlich den Anschluß an die europäische Spitze gefunden.

Das ist das kurze Fazit der Basketball-Europameisterschaft, die in Stuttgart mit einem 120:89-Endspiel-Sieg der UdSSR über die CSSR zu Ende ging. Jugoslawien, das sich mit einem 105:86-Erfolg gegen Bulgarien knapp vor dem Abstieg rettete und nur Siebter wurde, war der große Verlierer des zehntägigen Turniers, während Spanien als Vierter knapp unter den Erwartungen blieb, die nach dem Vorrunden-Sieg über die UdSSR in die Höhe geschnellt waren.

Als vollen Erfolg wertet der Deutsche Basketball-Bund (DBB) die Veranstaltung: Der fünfte Platz ist das bislang beste internationale Ergebnis. Zum sportlichen Erfolg gesellen sich der finanzielle und der ideelle. Es gab viel Beifall von allen Seiten: „Ein toller Erfolg für den deutschen Basketball, eine glänzend organisierte EM", lobt Borislav Stankovic, der Generalsekretär des Weltverbandes (FIBA). 75 000 Zuschauer (Ziel waren 60 000) sorgten für finanziellen Überschuß.

Trotzdem blickt der DBB mit Skepsis in die Zukunft. Der allgemeine Optimismus der letzten Tage wird getrübt durch den Abschied von Uwe Blab und Detlef Schrempf, die vermutlich beide in den USA Profiverträge unterschreiben werden, sowie durch die Selbstzweifel des Bundestrainers Ralph Klein.

Unmittelbar nach dem 100:81-Sieg über Frankreich, der den fünften Platz einbrachte, dachte Klein laut über die Zukunft nach und äußerte mögliche Rücktrittsabsichten: „Die Kritik nach dem verlorenen Israel-Spiel hat mich sehr getroffen. Ich muß deshalb überdenken, ob ich unter diesen Umständen weiter Bundestrainer sein werde", erklärte der 53 Jahre alte Israeli in der Stunde des größten Erfolges.

Er hatte seine Äußerungen zeitlich gut abgestimmt. Denn in der Freude über das erfolgreiche Abschneiden wollte sich niemand an die vor Wochenfrist geäußerte Kritik erinnern. DBB-Präsident Ströher beeilte sich denn auch, zu versichern: „Ralph Klein ist ein international renommierter Trainer, ein Psychologe von hohen Gnaden, der uns die Festigung der neugewonnenen Position garantiert. Ihm haben wir den Erfolg der letzten zwei Jahre zu verdanken. Wir rechnen weiter mit ihm."

Die Sicherheit des Präsidenten kann der Trainer nicht nachvollziehen. „Nach dem Spiel gegen Israel sind Dinge vorgekommen, die ich nicht akzeptieren kann", klagt Ralph Klein. Er meint die Unterstellungen, er habe das letzte Gruppenspiel gegen seine ehemaligen Schützlinge aus Israel nur halbherzig betrieben und deshalb eine Niederlage in Kauf genommen. Vor diesem Hintergrund will er sich auf eine Vertragsverlängerung noch nicht festlegen, obwohl er bereits im Februar per Handschlag seinen Vertrag mit dem DBB bis 1986 verlängert hatte. Seine Rückkehr nach Israel hat er unabhängig davon bereits für den Fall angekündigt, daß er mit seiner Vereinsmannschaft BSC Saturn Köln erneut in der Meisterschaft scheitern sollte. Nach zwei vergeblichen Anläufen will er mit Köln endlich deutscher Meister werden.

In der Nationalmannschaft lief es bislang besser. Da aber Uwe Blab und Detlef Schrempf künftig nicht mehr zur Verfügung stehen, muß für die bevorstehende Weltmeisterschaft eine neue Mannschaft aufgebaut werden. Eventuell unter einem neuen Bundestrainer: „Im Urlaub werde ich eine Entscheidung fällen", läßt Klein alle Möglichkeiten offen.

Verzichten muß er künftig in jedem Fall auf Detlef Schrempf und Uwe Blab, die sich im Spiel gegen Frankreich mit beispielhaften Leistungen aus der Nationalmannschaft verabschiedeten. Heute werden sie beim sogenannten „Drafting" amerikanischen Profi-Klubs zum Kauf angeboten. Es handelt sich dabei um eine Art Transferliste, von der die finanzschwächsten Klubs zuerst die Spieler aussuchen dürfen. Detlef Schrempf wird von dem Klub Dallas Mavericks heftig umworben.

SEGELN / Ausscheidungsserie zum Admiral's Cup klar an die „Outsider"

Harmonische, optimal besetzte Crew

INGA GRIESE, **Kiel**

Souveräner ging's kaum – mit einem Sieg in der letzten Qualifikationsregatta zur Teilnahme am Admiral's Cup gewann die Hochseeyacht „Outsider" die Ausscheidungsserie mit einem deutlichen Punktevorsprung vor der Hamburger „Rubin" und der Bremer „Diva". Diese drei Yachten haben nun große Chancen, den begehrten Cup, den die Deutschen nach 1973 vor zwei Jahren zum zweiten Mal gewonnen hatten, zu verteidigen.

Von sieben gesegelten Regatten – zwei Langstrecken, einer Mittelstrekke und vier Dreiecken auf der Nord- und Ostsee – konnte das schlechteste Resultat gestrichen werden. Für die „Outsider" war das ein dritter Platz. Und selbst dieser dritte Platz in der Dreiecks-Regatta am Samstag auf dem Revier vor Kiel war eigentlich nur ein Ausrutscher. Denn bis zum Zielkreuz lag die kleine Yacht mit dem Silbermedaillengewinner im Starboot von Los Angeles, Achim Griese, am Ruder sogar noch vor der großen „Diva" in Führung. „Dann wurden wir etwas übermütig. Wir machten einen extremen Schlag, da ich auf eine Winddrehung spekulierte, doch die kam etwas zu spät und wir als fünfte durchs Ziel", erzählt Achim Griese. Nach berechneter Zeit war das dann ein dritter Platz. Denn anders als bei den Jollen, wo auch der Sieger ist, der als erster durchs Ziel fährt, wird bei den Rennyachten der Gewinner nach berechneter Zeit ermittelt. Das heißt, die größeren Yachten müssen den kleineren Zeit vergüten. So muß die „Diva" mit einem Rennwert (Rating) von 33,8 der kleinen „Outsider" (30,3) pro Stunde rund zwei Minuten gutschreiben.

Die Ursache für den Übermut auf der „Outsider" war einfach: Bereits am Abend zuvor hatte man auf einen sicheren Platz im Team trinken können. Hinzu kam, daß, wie der Skipper der „Diva", Bernie Beilcken, nach dem Rennen sagte, die „Jungs wie die Weltmeister gesegelt haben". Eine optimale Besetzung der verschiedenen Positionen an Bord und Harmonie innerhalb der Crew ist neben dem enormen Geschwindigkeitspotential des Neubaus ein wesentlicher Punkt für den Erfolg der „Outsider".

Für Bernie Beilcken, der schon 1973 vor Cowes dabei war, kam der Fehler von Achim Griese gerade recht. Denn mit dem Sieg in der Regatta am Samstag setzte sich die „Diva" weiter von der „Container" ab. Nach der ersten Serie vor Helgoland hatten sich bereits die „Outsider" und „Rubin" als klare Favoriten herauskristallisiert, während es auf dem dritten Platz noch spannend war. Zwar lag die „Diva" vor der „Container" des Industriellen Udo Schütz mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Segler Verbandes, Ulli Libor, an der Pinne, doch der Abstand war nur gering. Vor Kiel segelte die „Diva" der glücklosen „Container" davon und verfehlte sogar nur um einen halben Punkt den zweiten Platz der Qualifikation. Ganz glücklich war Bernie Beilcken trotz des Erfolges nicht: „Wir sind ständig am Basteln, weil immer wieder etwas nicht in Ordnung ist. Das macht keinen Spaß." Doch trotz solcher Probleme gilt die „Diva" als optimale Ergänzung zu „Outsider" und „Rubin". Hinzu kommt, daß Bernie Beilcken und Edde Bock die schwierigen Strömungsverhältnisse auf dem Solent genau kennen. Cup-erfahren ist auch die „Outsider"-Crew als Titelverteidiger, und Navigator Stefan Lehnert war ebenfalls 1973 schon dabei. Hans-Otto Schümann, Eigner und Skipper der „Rubin", hat 1957 als erster Deutscher überhaupt am Cup teilgenommen und die Hochseesegel-Szene in Bewegung gebracht. Steuermann Michael Schmidt von der „Rubin" war 1979 mit seiner „Düsselboot" vor Cowes erfolgreich.

Die große Verliererin dieser Serie war die „Pinta" von Willi Illbruck. 1983 noch als Gewinner aus England zurückgekehrt, bleibt dem Leverkusener mit österreichischem Paß nun nur ein Platz im österreichischen Team. Auf dem Neubau, der von Olympiasieger Jörg Diesch gesteuert wird, ging von vornherein alles schief. In der Vorbereitungszeit fehlte es an Speed, Willi Illbruck, bekannt für seine markigen Sprüche, fühlte sich als „Versuchskaninchen" der Konstrukteure Judel/Vrolijk, die mit Erfolg auch alle anderen Yachten konstruiert haben.

ZAHLEN

GOLF

Internationale Deutsche Amateurmeisterschaft in Wuppertal-Neviges (Standard und Par 72), Damen: 1. Koch (Hannover) 75+74+73=222 Schläge, 2. Lautens (Genf) 77+75+71=223, 3. E. Orley (Zürich) 73+79+73=225, 4. Lampert (Kronberg) 75+76+80=231, 5. Beer (Hanau) 77+75+81=233, 6. Haubensak (Regensburg) 80+72+82=234. – Herren: 1. Thielemann (Hubbelrath) 68+72+74+74=288, 2. Klein (Hanau) 72+73+73+75=293, 3. Roehrig (Georghausen) 76+71+76+71=294, 4. Schlig (Hubbelrath) 72+74+76+72=294, 5. Schieffer (Hubbelrath) 76+74+74+71=295, 6. A. Stamm (Braunschweig) 77+71+77+71=296, 7. Czerny (Wien) 75+72+76+73=296, . . . 15. Hübner (Hubbelrath) 75+74+77+75=301.

FUSSBALL

Aufstiegsspiel zur 2. Bundesliga, Gruppe Nord, 7. Spieltag: Tennis Borussia Berlin – Osnabrück 2:1, RW Essen – Hamm 2:2. – **Amateur-DM**, 2. Runde, Rückspiele: Wanne-Eickel – Charlottenburg 0:1. – **Länderspiele:** Mexiko – Deutschland 2:0 (1:0), USA – England 0:5 (0:2). – **WM-Qualifikation,** Südamerika, Gruppe 1: Peru – Venezuela 4:1, Argentinien – Kolumbien 1:0. – Gruppe 3: Paraguay – Brasilien 0:2. – **Damen-DM-Halbfinale,** Hinspiel: Saarbrücken – Bayern München 1:4.

BASKETBALL

EM-Endrunde in Stuttgart, 9. Spieltag. Finalrunde: um Platz fünf: Deutschland – Frankreich 100:81 (49:42), um Platz drei: Spanien – Italien 90:102 (84:84, 46:49) n.V. – Finale: CSSR – UdSSR 89:120 (47:54).

WASSERBALL

Bundesliga, 17. Spieltag: Spandau – Cannstatt 11:6, Hamburg – Esslingen 11:11, Hannover-Linden – Düsseldorf 12:11, Duisburg 98 – ASC Duisburg 13:10, Würzburg – Hohenlimburg 5:16, Offenbach – Hamm 4:6.

KANU

Slalom-WM in Augsburg, Herren: Kajak-Einer: 1. Fox (England) 210,56 Sek., 2. Micheler (Deutschland) 220,60, 3. Hilgert (CSSR) 221,07, 4. Prijon 222,28, . . . 7. Seibert 223,71, . . . 12. Kühler (alle Deutschland) 234,41. – Canadier-Zweier: 1. Küppers/Klein-Impelmann (Deutschland) 267,15, 2. Calori/Calori (Frankreich) 272,51, 3. Wolkenaer/Zimmermann (Deutschland) 272,60. – Mannschaftswertung: Einer-Canadier: 1. USA 280,99 Sek., 2. Deutschland (Moos/Kübler/Weber) 308,71, 3. Polen 346,07. – Damen, Einer-Kajak: 1. Frankreich 382,24, 2. Deutschland (Schmidt/Messelhäuser/Steinle) 392,41, 3. England 457,68. – Zweier-Canadier: 1. CSSR 329,11, 2. Frankreich 380,55, 3. USA 384,03, 4. Deutschland (Wolkenauer/Zimmermann/Hemmer/Loose – Küppers/Klein-Impelmann) 422,05. – Einer-Kajak: 1. Deutschland (Micheler/Prijon/Kübler) 248,62, 2. Frankreich 256,22, 3. Jugoslawien 264,75.

KUNSTTURNEN

Deutsche Meisterschaft der Turnerinnen in Göppingen, Achtkampf: 1. Wilhelm (Wolfsburg) 74,20 Punkte, 2. Wetzel (Hittfeld) 73,45, 3. Heine (Hannover) 72,05, 4. Lehmann (Berlin) 71,85. – **Länderkampf der Turner** in Nassau: 1. Deutschland 553,00 Punkte, Italien 550,60. – Inoffizielle Einzelwertung: 1. Simmelbauer (Deutschland) 112,25, 2. Preti (Italien) 111,35, 3. Japtok 110,70, 4. Garziella (beide Deutschland) 110,40.

MOTOR

Großer Preis von Kanada: 1. Alboreto (Italien) Ferrari, 2. Johansson (Schweden) Ferrari, 3. Prost (Frankreich) McLaren, 4. Rosberg (Finnland) Williams, 5. de Angelis (Italien) Lotus, 6. Mansell (England) Williams (alle 70 Runden), . . . 11. Bellof Tyrrell (68), . . . 23. Winkelhock (beide Deutschland) RAM (5). – Gesamtstand nach fünf Läufen: 1. Alboreto 27 Punkte, 2. Prost und de Angelis je 22, 4. Tambay (Frankreich) 10, 5. Senna (Brasilien) 9, 6. Johansson 7, 7. Boutsen (Belgien) 6, . . . 15. Bellof 1.

MOTORRAD

Großer Preis von Jugoslawien, in Rijeka, Klasse bis 80 ccm (18 Runden = 75 km): 1. Dörflinger (Schweiz) Krauser 31:36,80 Min., 2. Martinez Derbi 31:38,30, 3. Herreros (beide Spanien) Derbi 32:09,64, 4. Waibel Seel 32:14,81, . . . 6. Kunz (beide Deutschland) 32:38,91. – WM-Zwischenstand nach vier von sieben Läufen: 1. Dörflinger 52, 2. Martinez 42, 3. Herreros 32, 4. Waibel 25. – bis 250 ccm: 1. Spencer (USA) Honda 47:49,95, 2. Lavado (Venezuela) Yamaha 47:54,71, 3. Reggiani (Italien) Aprilia-Rotax 48:34,72, 4. Wimmer Yamaha 48:35,18, . . . 6. Eckl Römer-Juchem 48:58,80, 7. Roth (alle Deutschland) Römer-Juchem 48:59,06. – WM-Stand nach sechs von zwölf Läufen: 1. Spencer 74, 2. Mang (Deutschland) Honda 50, 3. Wimmer 49, . . . 8. Roth. – bis 500 ccm: 1. Lawson Yamaha 49:46,65, 2. Spencer (beide USA) Honda 50:08,41, 3. Gardner (Australien) Honda 50:16,89, . . . 9. Reiner (Deutschland) Honda 51:12,26. – WM-Stand nach sechs von zwölf Punkten: 1. Spencer 81, 2. Lawson 74, 3. Sarron 52, . . . 14. Reiner 2.

RAD

Deutsche Straßenmeisterschaft der Amateure: 1. Schenk (Dortmund) 190 km 4:33,10 Std., 2. Plambeck (Feuerbach), 3. Gröne (Dortmund), 4. Rottler (Berlin), 5. Freienstein (Nürnberg) alle gleiche Zeit.

LEICHTATHLETIK

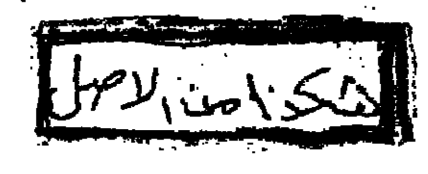
Westathletic-Spiele in Zug/Schweiz, erster Tag, Männer: Speer: 1. Vilhjalmsson (Island) 89,42 m. – **Länderkampf der Frauen:** Deutschland – Bulgarien – Polen in Heidenheim: Hochsprung: 1. Kostadinova 1,98 m, 2. Andonova (beide Bulgarien) 1,96. – Endergebnis: 1. Bulgarien 114 Punkte, 2. Polen 101, 3. Deutschland 79. – 97. **US-Meisterschaften** in Indianapolis, zweiter Tag, Männer: 100 m (0,01 m/Sek. Rückenwind): 1. Baptiste 10,11 Sek., 2. McNeil 10,17, 3. Smith 10,18 – Lewis im Halbfinale ausgeschieden. – 110 m Hürden: 1. Kingdom 13,37 Sek., 2. Clark 13,49. – Kugel: 1. Laut 21,02 m, 2. Brenner 20,97, 3. Stuart 20,75. – Frauen: 100 m (0,60 m/Sek. Rückenwind): 1. Ottey-Page (Jamaika) 10,98 Sek. – Hochsprung: 1. Ritter 1,91, 2. Sommer 1,91.

RUDERN

Internationale Ratzeburger Regatta, 1. Tag, Männer: Doppelzweier: 1. Ehrenfels/Schäfer (Würzburg/Köln) 7:19,36 Min., 2. Kolbe/Reinke (Hamburg/Braunschweig) 7:26,91. – Zweier o. Stm.: 1. Möllenkamp/Männig (Berlin/Osnabrück) 7:36,30. – Vierer m. Stm.: 1. Rgm. Dortmund/Benrath/Herdecke/Rauxel (Kioschis, Willinghaus, Rabe, Schulz, Sudkamp) 7:22,25. – Doppelvierer: 1. Rgm. Ingelheim/Berlin/Hamburg (Dürsch, Hetterich, Lipok, Saborowski) 6:19,64. – Achter: 1. England 6:16,94, 2. Rgm. Dortmund/Herdecke/Rauxel/Tübingen/Benrath 6:55,80.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 6, 7, 16, 24, 46, 48, Zusatzzahl: 30. – **Spiel 77:** 9 8 3 9 4 8 3. – **Toto,** Elferwette: 2, 1, 1, 0, 1, 2, 1, 1, 0, 0, 2. – **Auswahlwette** „6 aus 45": 4, 9, 14, 26, 27, 40, Zusatzspiel: 37. – **Rennquintett:** Rennen A: 15, 13, 14. – Rennen B: 25, 23, 33. (Ohne Gewähr).



Uralte Tradition

rst. – Istvan Darvasi, ungarischer Journalist und gleichzeitig auch Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Parlaments, griff verärgert zur Feder. Dieses „Werk", schrieb Darvasi im Intellektuellenblatt „Kritika", kann den „jüdischen Marxisten" und der linken Opposition in Israel nur schaden. Gemeint hatte Darvasi das soeben im Budapester Militärverlag erschienene Buch des tschechischen Publizisten Václav P. Borovička, „Izraeli hírszerzők".

Borovičkas soeben in Ungarn erschienenes Buch ist die Geschichte des israelischen Geheimdienstes Mossad. Dabei gebraucht er erstaunliche Formulierungen. „Die Juden haben sich seit Menschengedenken schon allein deswegen an der Arbeit der Spionageorganisationen anderer Staaten beteiligt, weil sie fremde Sprachen perfekt sprechen und sich so jeder Zeit als Söhne anderer ausgeben können", liest man da. Oder: „Es ist sicher, daß der israelische Geheimdienst auf uralte Traditionen zurückblickt. Laut bekannter Legende wurde dieser vor 33 Jahrhunderten vom biblischen Führer Moses gegründet. Dessen geistiger Vater war Gott Jahwe selbst."

Aber nicht nur diese „Aussagen" des Prager Autors entzürnten Darvasi, selber Geheimdienstfachmann, der fünf Jahre lang beim ungarischen Staatssicherheitsdienst arbeitete. Auch historische Fehler brachten den ungarischen Rezensenten auf die Palme.

An der Besprechung in „Kritika" sind gleich zwei Tatsachen bemerkenswert. Bisher war es zwischen den sozialistischen Bruderstaaten üblich, Bücher aus der befreundeten Produktion nicht zu kritisieren. Wenn man unzufrieden war, hat man geschwiegen. Darvasis Besprechung macht da eine Ausnahme. Und pikant ist auch, daß Borovička Mitte der sechziger Jahre den Beruf als Journalist in Prag aufgeben mußte. Es wurde bekannt, daß er während des Protektorats Böhmen und Mähren mit dem Besatzungsregime zusammengearbeitet hat. Da er sich aber sofort nach der Besetzung der CSSR im August 1968 den neuen Herren in Dienst gestellt hatte, darf er seitdem wieder publizieren. Allerdings nur solche Werke wie die Geschichte des israelischen Geheimdienstes . . .

Quartettwunder beim Deutschen Musikwettbewerb

Vom Eisberg die Spitze

Daß ausgerechnet bei der Kammermusik, bislang das Sorgenkind der Nachwuchsförderung, der Deutsche Musikwettbewerb in Bonn jetzt zwei Erste Preise vergeben konnte, hätte eigentlich triumphieren lassen sollen. Doch man ließ Zufriedenheit einstweilen nur gedämpft durchklingen ob solch schönen Erfolgs. In der Tat unterstrich das Kammerkonzert der Preisträger in der Beethovenhalle den guten Befund.

Man hat, nachdem Hermann J. Abs schon vor vielen Jahren das Melos-Quartett auf den Weg nach oben gebracht hatte und in der Generation danach beispielsweise das Kreuzberger Streichquartett von sich reden machte, die Gelegenheit verpaßt, von einem (kleinen) deutschen Quartettwunder zu sprechen. Dennoch, in der Inspiriertheit und subtilen Farbigkeit, mit der das Mannheimer Streichquartett hier das Debussy-Quartett spielte, scheint das weiterzugeben. Was hoffnungsvoll stimmt, ist die Summe von Talent und geduldiger, kontinuierlicher Aufbauarbeit. Was dann das Trio Fontenay aus Hamburg mit beherztem Zugriff auf Pfitzners F-Dur-Klaviertrio op. 8 für die Kammermusik ganz allgemein bezeugte.

Geduld freilich verlangt das vor allem von den Musikern selbst. Wenn etwas den Blick verdunkeln könnte, dann ist das die geringe Dichte kammermusikalischer Arbeit an den Hochschulen. Drei Klaviertrios und ganze zwei Streichquartette hatten sich für den 11. Deutschen Musikwettbewerb gemeldet. Die Spitze des Eisbergs ist stattlich, aber wo ist der Eisberg? Das alte Klagelied wurde wieder gesungen von den schlechten (wenn auch schon gebesserten) Rahmenbedingungen für Kammermusik an den Hochschulen. Ein Mitglied des Mannheimer Streichquartetts bestätigte es: Sie spielen jeden Tag zusammen, klar, aber um zusammenzukommen müssen sie täglich hundert Kilometer fahren. Das war ja damals der Kunstgriff beim Melos-Quartett gewesen, daß man seine Mitglieder an einer Hochschule zusammenführte.

Eine Hürde stellen gewiß auch die enormen Repertoire-Anforderungen des Wettbewerbs dar. Aber richtigerweise hat man nicht diese herabgeschraubt, sondern die finanziellen Anreize erhöht und die anschließenden Fördermaßnahmen verbessert. Die privaten Stiftungen setzten die Preise auf 7000 Mark, 5000 Mark und 3000 Mark für die 1., 2. und 3. Preise herauf (entsprechend auf 3500 Mark, 2500 Mark und 1500 Mark bei Ensemble-Mitgliedern). Neun Preise wurden insgesamt vergeben, dazu 13 Stipendien durch die Länder-Kultusminister. Das Niveau des in diesem Jahr für Kammermusik, Sologesang, Holzbläser und Schlagzeug ausgeschriebenen Wettbewerbs sei gut gewesen, aber an herausragenden Leistungen habe es gemangelt, hieß es von seiten des Deutschen Musikrates.

Nachdem das Kammerkonzert schon sympathische 3. Preisträger (Angela Tetzlaff, Flöte; Fabian Menzel, Oboe; Albrecht Volz, Schlagzeug) vorgestellt hatte, ließen beim abendlichen Orchesterkonzert mit dem Bonner Orchester unter Klauspeter Seibel die Leistungen einiger 2. Preisträger auch schon mal an die erste Preisklasse denken. Die Musikalität und Fertigkeit, in der Joachim Klemm Mozarts Klarinettenkonzert blies, ließ jedenfalls kaum Wünsche offen. Und ob der Musikwettbewerb nicht insgeheim doch mindestens an eine Tomowa-Sintow für seinen Ersten Preis im Fach Gesang denkt, der Verdacht war nicht ganz ausgeräumt, als Ulrike Sonntag das „E Susanna non vien!" der Gräfin aus dem „Figaro" von Mozart sang. Einen guten Eindruck machte auch Christiane Dohmen mit Iberts Flötenkonzert, ebenso Schlagzeuger Michael Ort mit einem Marimba-Concertino von Paul Creston – die Crux für Schlagzeuger bei solchen Gelegenheiten: Sie sind meist besser als das, was sie spielen. Es gibt nicht viel gute Musik für Schlagzeug und Orchester. Die Jubilare des europäischen Musikjahres haben dafür noch nicht komponiert.

DIETER SCHÜREN

Hamburg: Donizettis „La Favorita" konzertant

Historisches Dreieck

Daß es an der Großen Oper des 19. Jahrhunderts noch vieles gutzumachen gibt, weiß man, doch ist das Verdikt über „La Favorita", die einst so populäre Frucht aus Donizettis französischer Produktion, immer noch nicht ganz aufgehoben. Gerade die großen Häuser machen einen Bogen um sie, als sei ihr Parfüm zu stark, ihr Aufzug zu pompös, ihre Gesten allzu banal. Nun, das mag für manche Passage dieser historischen Dreiecksgeschichte um die Liebe des jungen Mönchs Fernando zu Leonora di Gusman, Mätresse des kastilischen Königs Alfons XI., stimmen.

Aber sie als grob hingehauen abzutun, heißt doch, sie übel zu verleumden. Hat sie doch nicht nur glänzende Solonummern und Duette und Finali von bezwingender Dramaturgie und Großartigkeit. Glücklich hält sie auch den Hang zum Monumentalen durch eine geradezu „symphonische Logik" im Innern der harmonischen und rhythmischen Struktur in Balance.

Grund genug, immer wieder eine Lanze zu brechen für diese melodienstarke „Favoritin". Wenn's an der Hamburgischen Staatsoper allerdings auch nur halbherzig geschah mit einer konzertanten Präsentation, die dennoch die Hanseaten völlig aus dem Häuschen geraten ließ.

Mit Alicia Nafé als Titelheldin hatte man aber auch einen sehr guten Griff getan. Sie besitzt zwar nicht die stimmliche Durchschlagskraft so mancher Primadonna, die mühelos über Chor, Orchester und alle Mitsänger triumphiert. Ihr wunderbar weicher, warmer und geschmeidiger Mezzo und ihre sehr sicher und dezent disponierende Musikalität ließ sie aber die anrührendsten Ausdrucksnuancen finden, die ihr Porträt der Leonora als einer großen Leidenden überzeugender machten, als Drücker und Schluchzer und Showeffekte das hätten tun können. Sie zeigte am deutlichsten, daß Donizetti nicht nur Typen, sondern Menschen geschaffen hat.

Franco Bonisolli, dem die Zurschaustellung seiner Stimme schon immer stärker am Herzen gelegen hat, ließ sich als Fernando zwar nicht ganz abbringen von vordergründigen und sentimentalischen Affekten und gestemmten Spitzentönen, fügte sich aber nach manieristischem Beginn mehr und mehr ins straff-dramatische Konzept des Dirigenten Gianfranco Masini. Von außerordentlich markanter künstlerischer Statur war Leo Nuccis König Alfonso. Wie der Nafé gelang auch ihm, mit kraftvoll distinkter Darstellung psychologische Tiefe zu gewinnen. Auch Nicolai Ghiaurov ließ es als mächtiger Prior Baldassarre an Entschiedenheit nicht fehlen, die allerdings mitunter gewisse Stimmschwächen verdecken mußte.

Gianfranco Masini machte keinen Hehl aus seiner Einsicht, daß man diesen Donizetti energisch und zugleich gefühlvoll dirigieren muß, daß man scharfe, spannungstreibende Akzente setzen muß (die die Solisten allerdings gelegentlich strapazierten), ohne sich die lyrische Empfindsamkeit zu versagen. Die Philharmoniker und der Chor folgten ihm auf seinem Wege mit Gusto und Geschmack.

KLÄRE WARNECKE

Berlins „Horizonte"-Festival als Mustermesse neuer Literatur und Autoren aus dem Reich der Mitte

Deutsches Bier aus chinesischer Gerste

Den deutschen Sinologen Michael Kahn-Ackermann, der in Schanghai chinesische Germanisten ausbildet, erschreckte in Berlin der Gedanke, daß die plötzliche Begeisterung für chinesische Gegenwarts-Literatur nur eine kurzfristige „Hausse" im grassierenden China-Fieber deutscher Verlage sei. Kurz zuvor hatte ihm Nordrhein-Westfalens Wissenschaftsministerin Anke Brunn den neu geschaffenen Richard-Wilhelm-Übersetzungspreis für chinesische Literatur verliehen. Er erhielt den mit 5000 Mark dotierten und von nun an alle zwei Jahre zu vergebenden Preis für die Übertragung des Romans „Schwere Flügel" von Zhang Jie, mit dem der Carl Hanser Verlag seinen Fuß in das China-Literaturgeschäft hineinbekam.

Die Narben verheilen langsam: Die Schriftstellerin Zhang Jie (Mitte) und ihr Übersetzer Michael Kahn-Ackermann (2.v.re.) sowie Prof. Helmut Martin (li.) in der Berliner Akademie der Künste FOTO: ERLING

Die Befürchtungen des deutschen Sinologen liegen auf der Hand. Berlin ist in dieser Woche mit seinem 3. Festival der Weltkulturen („Horizonte") nicht nur zu einem Mekka für Sinologen aus allen Ländern, sondern zu einem literarischen Rummelplatz in Sachen China für alle großen deutschen Verlage geworden.

Die Veröffentlichungen in den vergangenen Monaten zählen dabei nach Dutzenden und überraschen täglich auch die Eingeweihten. Marktführer Suhrkamp/Insel, der sich bislang der chinesischen Literatur der 30er Jahre widmete, oder die klassischen Romanübersetzungen von Kuhn neu auflegte, hat sich mit einer Reihe von Anthologien und Materialien auf die Moderne der 80er Jahre geworfen. Diederichs, bislang Spezialist für klassische Philosophie Chinas, präsentiert seine „neue chinesische bibliothek" (Herausgeber Helmut Martin) mit Satiren, Essays, und literarischen Reportagen.

Große Verlage (Luchterhand und Hanser) und ein halbes Dutzend kleinerer Verlage, so etwa der Verlag Frauenoffensive (Zhang Jie: Die Arche), glänzen mit einzelnen Literaturübersetzungen. In seiner beachtlich angewachsenen Reihe „Literatur zum Fernen Osten" hat der Münchner Verlag Simon & Magiera ebenfalls Zhang Jie, Zhang Kangkang und Shu Ting im Programm. Zu allem Überfluß haben sich auch die literarischen Magazine ganz auf die Horizonte eingestellt, so etwa „Akzente" und „Horen", die mit umfangreichen Sonderbänden mit von der Partie sind.

Auch die Teilnahme von gleich 15 Autoren aus der Volksrepublik China, die zu den heute beginnenden intensiven Werkstattgesprächen, Diskussionen und Lesungen angereist sind, machen diese Woche in Berlin zur bislang größten Vorstellung chinesischer Gegenwartsliteratur, die jemals im Ausland unternommen wurde.

Als „kleine Sensation" bezeichnet es dabei der Herausgeber mehrerer Anthologien zur modernen chinesischen Literatur, Wolfgang Kubin, der für den Chinateil der „Horizonte" beratend wirkt, daß die angereisten Autoren in ihrer Mehrheit die kritische Stimme der chinesischen Intelligenz repräsentieren. Viele von ihnen wurden noch vor zwei Jahren von der offiziellen Pekinger Literaturkritik geschmäht und mit Vorwürfen überschüttet. Daß Autoren wie der 36jährige Dichter Bei Dao, einst führender Vertreter der literarischen Untergrundschrift „Heute", und die bekanntesten der in Europa mit wachsendem Interesse, in China aber mit großem Argwohn gesehenen neuen Gruppe von Schriftstellerinnen wie Zhang Jie, Shu Ting und Zhang Kangkang oder gar bedeutende Literaten wie Wang Meng, der die Abstraktion in die chinesische Literatur einführte, nun als offizielle chinesische Delegation nach Berlin geschickt wurden, sei, so Kubin, ein Anzeichen dafür, daß sich nun auch – nach der Wirtschaft – auf kulturell-politischem Gebiet eine Liberalisierung abzeichne.

Übereinstimmend sehen sowohl der auf moderne Literatur spezialisierte Bochumer Professor Martin als auch Kubin und Kahn-Ackermann seit 1980 einen Reifungsprozess in der chinesischen Literatur. Davon sind nicht nur die immer zahlreicher werdenden deutschen Sinologen fasziniert, sondern auch deutsche Schriftsteller und Chinareisende, wie etwa Grass, Enzensberger, Peter Schneider und Helga Novak.

Kahn-Ackermann nennt diesen Prozeß den Wechsel von der „Narbenliteratur" (die nach 1976 begonnene, zumeist nur politisch interessante, literarische Vergangenheitsbewältigung der Kulturrevolution) zu einer Reformliteratur, die immer stärker zur Autorenliteratur tendiert. Kubin, der festgestellt hat, daß viele schreibende Frauen, die Frauenschicksale darstellen, hervortreten, unterscheidet verschiedene modernistische Strömungen, die auf dem Weg zu einer „reinen" Literatur sind.

Diese Entwicklung steht aber noch auf schwachen Füßen. Aus der Urfassung von Zhang Jies „Schwere Flügel", einem politischen Roman über die Schwierigkeiten des chinesischen Reformprozesses oder über den „sozialistischen Alltag", mußte Kahn-Ackermann in mühseliger und ständiger Konsultation mit der Autorin langatmige reformökonomische Erläuterungen streichen. Die 48jährige Zhang Jie, in Berlin bei der Preisverleihung dabei, meinte schnippisch anerkennend, ihr Übersetzer habe „aus chinesischer Gerste deutsches Bier" gemacht. Dennoch weist der Anfang der 80er Jahre in aller Eile geschriebene Roman noch Längen auf, von denen Zhang Jie sich in ihren seither veröffentlichten Arbeiten zu befreien versucht. Andere erst in den vergangenen zwei Jahren neu hinzugestoßene Autoren wie die 32jährige Zhang Xinxin und der 36jährige Ah Cheng seien, so Kahn-Ackermann, noch vielversprechender.

Die chinesischen Autoren selbst stimmen überein, daß sie sich auf „Entdeckungsreisen durch die menschliche Seele" befinden, daß sie auf der Suche nach neuen Formen sind und ihren Empfindungen Ausdruck geben wollen. Besonders ausgeprägt ist diese Suche bei der Gruppe junger Lyriker wie Bei Dao, Shu Ting und Fu Tianlin. Einordnungen wie etwa „Frauenliteratur" stehen aber die chinesischen Autorinnen hilflos gegenüber. Eine Hilflosigkeit, mit der sie nicht alleine sind, wie das Beispiel des 1982 geschriebenen Romanes „Die Arche" von Zhang Jie zeigt, ein Roman über drei zusammenlebende Frauen, der ihren Träumen, Enttäuschungen und Hoffnungen in einer feudal geprägten Männerwelt Ausdruck gibt. Die Erzählung, von vielen hierzulande enthusiastisch aufgenommen, gar als „feministisches Manifest" bezeichnet, löst offenbar gerade bei sich als Feministinnen verstehenden Frauen in der Bundesrepublik kein „schwesterliches Solidaritätsgefühl", sondern herbe Enttäuschung über die zusammengebrochene Illusion China aus.

JOHNNY ERLING

Düsseldorf: Uraufführung von Dorsts „Heinrich"

Parzifal in Katakomben

In zuckenden Lichtkaskaden tanzt eine wilde Gesellschaft. Eine bucklige Halbjüdin. Ein dämliches Blondchen mit geschürzten Röcken. Herren im Smoking. Ein schwuler Theaterdirektor im weißen Abendkleid. Und ihre ganze Existenz scheint sich zusammenzudrängen in der lebensentscheidenden Frage: Was macht Herr Meyer im Himalaya?

Alptraum-Szenen aus dem Berlin des Zweiten Weltkriegs. Während die Bomben fallen, Verwundete durch U-Bahnhöfe irren und Juden ihrem KZ-Schicksal entgegengetrieben werden, erlebt ein 16jähriger Obersekundaner aus Thüringen, wie in der Luxus-Villa seines Onkels verzweifelte Menschen versuchen, mit letztem Zynismus ein wenig Lust und Leben zu retten.

Tankred Dorsts neues Stück „Heinrich oder Die Schmerzen der Phantasie", jetzt am Düsseldorfer Schauspielhaus uraufgeführt, ist eine moderne Variation des Parzifal-Themas. Die Einfalt des Herzens in der Konfrontation mit der „höfischen" Welt. Dieses Auseinanderbrechen von Vorstellung und Wirklichkeit, Willen und Können, Moral und Handeln ist ja Tankred Dorsts großes Thema seit langem. Im „Merlin" ging er sozusagen an den Ursprung zurück. Die Visionen des Zauberers aus der Artus-Sage führten geradezu ins „nordabendländische" Versagen. Die Idee der versöhnenden Tafelrunde wurde geradezu zur Geburtsstunde der großen Verwüstung.

Das neue Stück nun, das nach „Die Villa" und „Auf dem Chimborazo" die Weltkriegs-Trilogie Tankred Dorsts vollendet, schickt Parzifal mitten im Krieg nach Berlin. Dieser Parzifal namens Heinrich ist aufgewachsen mit Rilke und Schopenhauer. Seine kleine thüringische Heimatstadt ist eben jene weltabgewandte Idylle, in der einzig die Phantasie zu Gebote steht, sich eine Vorstellung von der Welt zu machen. Überprüfungen finden nicht statt. Träume von Bewährung und Größe, von Selbsterfahrung und Tod schießen ins Kraut. Die Mutter hängt geradezu am Busen der Natur. Der Vater ist tot und hat nur ein paar Tagebücher hinterlassen. Mit Friedrich dem Großen, Rilke, Schopenhauer und Nationalsozialismus wächst in Heinrichs Kopf eine hochgradig explosive Mischung zusammen, die, gestützt auf einen pubertären Idealismus, Angst einflößt, bevor sie überhaupt mit der Wirklichkeit zusammenstößt.

Dann wird Heinrich abkommandiert zur vormilitärischen Ausbildung nach Stettin. Hier versagt er. Während einer Wache wird er beim Lesen erwischt. Er muß nach drei Tagen die Ausbildung verlassen. Er traut sich nicht heim, sucht Zuflucht bei einem dubiosen Onkel in Berlin. Und hier erlebt er die Wirklichkeit. Aber ist es die Wirklichkeit? Diese grellen alptraumartigen Bilder von Zerstörung, Angst, Gewalt, Borniertheit, Zynismus, verzweifeltem Lebensgenuß, Spitzelei und seltsamer Solidarität werden in der jugendlichen Phantasie fast ins Surreale überhöht. Parzifal in den Katakomben des Weltkriegs-Berlins – das führt zu hilflosen Gesten, Erstarrungen, geistigem Tod. Heinrich kehrt körperlich heim. Aber innerlich ist er gestorben. Erwachsen geworden?

Dorsts Stück hat faszinierende Bilder und schreckliche Charaktere. Der Onkel (in Düsseldorf glänzend gespielt von Edgar Walther) ist ein genialer Zyniker, in dem subtile Kultur, charakterlose Ökonomie, angstvolle Lebensgier und starke Liebesfähigkeit eine melancholisch-depressive Resignation bewirken. Der Gründgens-Verschnitt Herzog (Wolf-Dietrich Berg) klammert sich an die Kunst, als sei mit ihr die Welt zu retten, aber unter der Maske lauert die schiere Verzweiflung. Die Halbjüdin Fräulein Zekel, trotz ihres Buckels eine aufregende exzentrische Schönheit, von Tanja von Oetzen fast pathologisch-exotisch gespielt, versucht Angst mit Form zu bewältigen. Schmerzliche Charaktere, die am eigenen Grabe mitschaufeln.

Aber das Stück hat auch Schwächen. Friedrich der Große als Alptraum-Zwerg (Karl-Heinz Tittelbach) ist eine alberne historische wie dramaturgische Verkürzung. Der Schluß wirkt kraftlos. Dorst läßt das Stück einfach fallen. Die unzähligen Mini-Szenen laufen Gefahr, das Stück zu zertrümmern. Aber in Düsseldorf konnte Dorst auf die großartige Regie von Volker Hesse vertrauen. Zusammen mit dem Bühnenbildner Haitger M. Böken drängte er die Szenen zu fiebrigen, quälenden Angstträumen zusammen, in denen Kälte und Schwüle schockierende Wechselbäder erzeugten. Die Realität ist so furchtbar, daß sie nur in der Phantasie erlebt werden kann.

Und da war noch dieser großartige Ulrich Matthes in der Titelrolle: ein Opfer der Vorstellung, ein Narr in der Heldenrolle, ein Junge, dem die Reife zum Tod wird. Begeisterter Beifall.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

„Märchen, Mythen, Monster": Ausstellung in Bonn



Pavian zum Erschrecken

„Märchen, Mythen, Monster" sind im Rheinischen Landesmuseum in Bonn zu besichtigen. Solche auf Themen fixierte Ausstellungen sind – sieht man von den Ruhrfestspielen ab – eher selten. Denn nicht der Inhalt der Bilder, die Form schien bislang das Wesentliche in der Kunst zu sein. Bei der neuen Malerei – das wird bei dem Streit um deren formale und technische Unzulänglichkeiten oft vergessen – trat der Inhalt wieder in den Vordergrund. Diese Gemälde wollen wieder etwas erzählen, sie provozieren die Bilder, die wir im Kopf tragen, und versuchen, neue Mythologien zu schaffen. Ihre Märchen und Mythen entstammen allerdings nicht unserem vertrauten Bildungsschatz. Es ist vielmehr die Ausnahme, wenn Wilhelm Jaeger auf einer großen Tafel „Judith" als „Analyse nach Gustav Doré" in drei ungeschlachten nackten Figuren vorstellt, die mit ihrem fahlen Inkarnat im Kontrast zu dem Haupt des Holofernes stehen, das in der linken Bildmitte über einer breiten Blutspur zu schweben scheint.

Bei den geflügelten Gestalten, die die Bilder von Ladislav Minarik („Der Vogel und die Schöne") oder Tony Morgan („Flying Babies") bevölkern, vermischt sich Ikarus schon mit den indianischen Mythen vom Vogelmenschen. Sonst aber herrscht die Projektion des Unbewußten vor.

Das wird besonders bei den Monstren deutlich, die ihre Verwandtschaft mit Goyas 43. Capricho nicht leugnen können, denn es sind jene Ungeheuer, die der Schlaf der Vernunft gebiert. Am eindruckvollsten bei Christa Näher. Jenes dumpf dunkle Tier, das diagonal ins Bild stürmt, von dem finsteren Hintergrund nur durch leichte Lichtkonturen abgehoben, halb Pferd, halb Saurier, scheint aus der Bilderwelt Kubins entflohen und ins Malerisch-Monumentale übersetzt zu sein. Ähnlich ist der stumme Schrecken, den jenes pavianartige Wesen auf dem zweiten Bild nicht nur der weißen Figur, die von einer schwarzen gehalten, geführt, entführt wird, einjagt.



Mythe mit fliegendem Fisch: „Beim Denken an Michelangelo" von Mimmo Germana, 1982 FOTO: KATALOG

Es ist eigenartig bei dieser Ausstellung, die einen Teil der Privatsammlung von Peter Lüchau vorstellt, daß eine Auswahl, die konsequent auf die Bilderzählung setzt, den Gemälden zuträglich ist. Ob Titel eine bestimmte Deutung nahelegen oder ein „ohne Titel" (wie z. B. bei Christa Näher) auf die Assoziationsfähigkeit des Gegenübers baut, ist dabei nicht entscheidend. Viel bedeutsamer scheint die Bereitschaft des Betrachters zu sein, die Bilder nicht nur als Dekorationsstücke zu sehen, sondern sie zu lesen, ihren Geschichten nachzuspüren.

Das können düstere Visionen wie bei Erwin Bohatschs „Aufstieg und Fall" sein, wo sich aus dem Wirbel von Blau und Braun mit einigen Rotakzenten Figuren herausschälen, bei denen ungewiß bleibt, ob sie in einen Mahlstrom hinabgezogen werden oder von dem Ruf zum Jüngsten Gerichts durchdrungen nach oben streben. Leiko Ikemura, die Japanerin in der Schweiz, führt die befremdlichen Rituale von Waldmenschen mit Schrumpfköpfen über einen Urwaldfluß vor. Es ist ein Bild, das Abwehrzauber gegen das Trauma der Menschenfresserei sein kann, aber auch Sehnsucht nach archaischer Wildheit.

Daneben fehlen die Mythen der freundlichen Welten nicht. Horst Gläsker variiert die Mandalas und Weltkreisbilder mit seinem erzähl- und detailfreudigen „Welt-Liebes-Bild", während Alfred Klinkau in dem Diptychon „Tod und Wiedergeburt" sozusagen die heidnische Komponente der christlichen Ikonographie entdeckt und eine anspielungs- und figurenreiche Bildwelt voller privater Mythologien aufbaut.

„Märchen, Mythen, Monster" ähnelt einer Anthologie, die man in einem Zug liest, aber von der nur die eigenartigen Stücke im Gedächtnis bleiben und nachwirken. Und das sind nicht wenige. (Bis 28. Juli; anschließend Venlo, Lyon, Genf; Katalog 25 Mark)

PETER DITTMAR

JOURNAL

Anne-Sophie Mutter verweigerte Konzert

dpa, München

Wegen Meinungsverschiedenheiten über die musikalische Interpretation hat die Geigerin Anne-Sophie Mutter ein Konzert mit den Münchner Philharmonikern wenige Stunden vor dem Beginn verweigert. Das Orchester unter Dirigent Sergiu Celibidache änderte daraufhin das Programm. Die junge Geigerin hatte, in ihrer künstlerischen Würde gekränkt, nach der dritten Probe den Geigenbogen niedergelegt. Sie habe mit Maestro Celibidache keinen gemeinsamen Stil gefunden, erläuterte die Geigerin. Sie könne sich nicht „völlig Maestro Celibidaches unverrückbaren Vorstellungen unterwerfen".

Plädoyer für mehr Weltoffenheit

dpa, Berlin

Für mehr Weltoffenheit der „DDR"-Bühnen bei der Spielplangestaltung hat die Ostberliner Wochenschrift „Weltbühne" plädiert. Der Autor des Artikels, der 83jährige Theaterfachmann Alfred Dreifuß, betont, daß sich die „DDR"-Bühnen „nicht mehr um gewisse Stücke der Weltdramatik herummogeln" dürften. Als Beispiel führt er den irischen Dramatiker Samuel Beckett und sein Theaterstück „Warten auf Godot" an.

Weltmusikfeste in Darmstadt archiviert

dpa, Darmstadt

Das Archiv der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik (IGNM), es enthält 3000 Tonbandaufnahmen mit Aufzeichnungen von allen Weltmusikfesten seit den 50er Jahren, wird im Internationalen Musikinstitut in Darmstadt untergebracht. Eine entsprechende Vereinbarung unterzeichneten IGNM-Präsident Siegfried Palm und Darmstadts Oberbürgermeister Günther Metzger. Bisher wurden die Bänder von den jährlichen Musikfesten sowie die Korrespondenz mit führenden zeitgenössischen Musikern immer dem jeweiligen Präsidenten nachgeschickt. Die wertvollen Archivstücke bleiben Eigentum der IGNM, sie sind nun jedoch für wissenschaftliche Auswertungen zugänglich oder können für Interessierte kopiert werden.

Otto Modersohn – ein fränkischer Maler?

DW. Wertheim

Die Frage scheint absurd, denn Otto Modersohn, der Mitbegründer der Worpsweder Künstlerkolonie, gilt als einer der Maler, die die norddeutsche Landschaft „kunstfähig" machten. Nun belegt jedoch das Historische Museum der Stadt Wertheim mit der Ausstellung „Otto Modersohn und seine Reisen in den Süden Deutschlands", daß der Künstler zwischen 1922 und 1925 bei längeren Aufenthalten in Wertheim, Würzburg und Ipshofen die Städte und die fränkische Landschaft in zahlreichen Bildern festgehalten hat. In dieser Bündelung eröffnet sich damit ein neuer Blick auf Modersohns Werk. Die Ausstellung dauert bis zum 30. Juni, der Katalog kostet 25 Mark, danach 35 Mark.

Fernand Braudel in die Académie Française

AFP, Paris

Der Historiker Fernand Braudel wurde als Nachfolger des Romanschriftstellers André Chamson in die Académie Française aufgenommen. Der 1902 in Lumeville in Lothringen geborene Braudel ist Spezialist für die Geschichte des Mittelmeerraums und gilt als Begründer der sogenannten „Nouvelle Histoire". Sein Hauptwerk ist eine dreibändige Analyse der Geschichte des 16. bis 18. Jahrhunderts.

Waldheim eröffnet Passauer Festwochen

dpa, Passau

Mit einem barocken Festkonzert sind in Passau die 33. Europäischen Wochen eröffnet worden. Der ehemalige UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim nannte sie in seiner Festansprache einen Beitrag zur Völkerverständigung. Die Grenzstadt an der Donau erfülle mit den Festwochen nicht nur eine kulturelle, sondern auch eine wichtige politische Aufgabe. In 35 Veranstaltungen gastieren bis zum 6. August Spitzenkünstler aus 15 Ländern in der niederbayerischen Stadt.

Amateur-Orchester gründen Vereinigung

dpa, Grindelwald

Eine Europäische Vereinigung von Amateur-Orchestern hat sich im Schweizer Kurort Grindelwald konstituiert. Die Gründungsteilnehmer kommen aus der Schweiz, den Niederlanden, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und Liechtenstein. Ziel der Vereinigung ist der Austausch von Ideen, Musikalien, Orchestern und Solisten und Hilfe bei der Ausbildung oder Musikalienbeschaffung.

Bringt Geld Licht in die Affäre Orlandi?

KLAUS RÜHLE, Rom

Seit gut eineinhalb Jahren ist die damals 15jährige bildhübsche Vatikanbürgerin Emanuela Orlandi spurlos verschwunden. Zehn Wochen vorher war eine andere junge und ausnehmend hübsche Römerin – Mirella Gregori – gekidnappt worden. Alle Versuche, Licht in das Dunkel der Entführungen zu bringen, scheiterten. Sogar der Papst hatte sich mit Appellen an die Entführer in die Suche nach den beiden Mädchen eingeschaltet. Alles umsonst.

Jetzt haben die Eltern Emanuelas und Mirellas entschlossen, eine hohe Belohnung für zweckdienliche Angaben über den Verbleib der beiden Mädchen auszusetzen. Wer durch konkrete Informationen die Wiederauffindung Emanuelas und Mirellas ermöglicht, wird mit 400 000 Mark belohnt. Rechtsanwalt Gennaro Egidio, der die Interessen beider Familien vertritt, versicherte: „Der Zeitpunkt ist gekommen, mit Hilfe von Geld Licht in das Dunkel zu bringen." Vielfach nahm man bisher an, daß die beiden wie so viele Opfer einer internationalen Mädchenhandelsorganisation geworden sind.

Im Falle der jungen Vatikanbürgerin wurden die Recherchen in regelmäßigen Abständen von geheimnisvollen Botschaften und Drohbriefen beeinflußt, die in der Regel von einer sogenannten „Antichristlichen Befreiungsfront Turkesch" stammten und Details über Eigenschaften Emanuelas enthielten, die darauf schließen lassen, daß das Mädchen noch am Leben ist und die Absender über ihr Schicksal im Bilde sind. Mehrfach wurde ein Austausch der entführten Vatikanbürgerin gegen den türkischen Papst-Attentäter Ali Agca gefordert. In einer Botschaft vom Dezember vorigen Jahres wurde überdies ein Lösegeld verlangt.

Offensichtlich verfügt der Anwalt der beiden Familien jetzt über Indizien, die ihn glauben lassen, daß die beiden Entführungsopfer noch am Leben seien und ihre Befreiung durch eine Belohnung beschleunigt werden könne. Vielleicht hat dazu die Versicherung Ali Agca beigetragen, der kürzllich in einem Interview erklärte: „Ich denke, daß die Gefangenschaft Emanuelas bald zu einem glücklichen Ende kommen wird." Dieser Satz würde bedeuten, daß tatsächlich ein Zusammenhang zwischen der Entführung der Vatikanbürgerin und dem Papst-Attentat besteht.

Die Prämie wird je nach dem Wert der Information ganz oder zum Teil demjenigen gezahlt, der nachprüfbare Angaben machen kann. Ein erster Anruf ist bereits erfolgt. Danach soll die Leiche von Emanuela Orlandi in dem künstlichen See im römischen EUR-Stadtteil liegen. Die Suche war bisher vergeblich. Aber die Eltern sind nach wie vor davon überzeugt, daß ihre Tochter noch lebt.

„Reagan tot" – diese Falschmeldung löste Freitag an der Londoner Börse Kursstürze aus / War es Panikmache oder ein Hörfehler?

Broker mit Sinn für Geschichte sahen schon den „Schwarzen Freitag"

Von PETER MICHALSKI

Ronald Reagan ist tot." Diese Falschmeldung ließ den Londoner Aktien- und Devisenmarkt am Freitag zur wilden Gerüchtebörse werden. Hektische 30 Minuten lang wurden Millionen gewonnen und verloren. Wer steckte hinter der Panikmache – clevere Spekulanten in einem europäischen Finanzzentrum oder ein argloser japanischer Jazzfan, der nicht zwischen „L" und „R" unterscheiden kann?

Die Frage wird Börsianer noch lange beschäftigen. Tatsache ist, daß tüchtige Devisenhändler Gelegenheit zu einem „kiling" hatten. Minutenschnell sackte der Dollar in London gegenüber der Mark um fast sechs Pfennig auf 3,0400 Mark. Wer 20 Millionen Dollar brauchte, konnte sie nach der vorübergehenden Flucht aus der US-Währung um 1,2 Millionen Mark billiger kaufen als zum Eröffnungskurs von 3,0995 Mark.

Auch Wertpapiere erlitten einen Einbruch, wenngleich weniger dramatisch. Der Index der 100 Spitzenaktien fiel um 3,4 Punkte auf 1275,5. Vielen Gentlemen brach der Schweiß aus – unter Melone, steifem Kragen und Nadelstreifen. So mancher Broker und Jobber mit Sinn für Geschichte sah schon das Gespenst des „Schwarzen Freitag" von 1929, als die New Yorker Wall Street zum Gerüchtekessel wurde und Panikverkäufe die Weltwirtschaftskrise einläuteten.

Von solchen Weiterungen blieb die Londoner City verschont. Doch die Ereignisse vom Freitag zeigen, was für Auswirkungen eine Fehlinformation haben kann und wie verwundbar selbst eine „starke" Währung wie der Dollar ist. „Wenn Reagan wirklich etwas passiert, würde kein Mensch mehr Dollar haben wollen", sagte ein Londoner Devisenhändler.

„Bis kurz vor elf war es ein ganz normaler Börsentag", berichtete ein Angestellter der Stock Exchange. „Dann wurde ich aufgeregt im Telegrammstil angesprochen: ‚Reagan tot Herzinfarkt.' Im nächsten Augenblick brach die Hölle los." Ein Devisenhändler: „Die Nachricht ging um wie ein Lauffeuer. Sie schuf schiere Panik. Es war die absolute Hektik."

„Verkaufen verkaufen", gellte es aus den Sprechfunkgeräten. Bei den Presseagenturen liefen die Telefondrähte heiß: „Was ist los mit Reagan?" Im Mammutkomplex der US-Botschaft am Grosvenor Square summten die Fernschreibleitungen.

Es war gegen halbzwölf Ortszeit (12.30 Uhr deutscher Sommerzeit), als der Devisenhändler Jason Myers (29) über das Geratter von Telexmaschinen, das Klingeln der Telefone und flimmernde Bildschirmgeräte hinweg in den vollklimatisierten Saal brüllen konnte: „O.k., Leute ihr könnt ausatmen. Reagan lebt."

Die erlösende Nachricht war um 11.26 Uhr über den Reuter-Draht gekommen. Drei Stunden und zwölf Minuten später ließ der US-Präsident durch Larry Speakes, den Sprecher des Weißen Hauses, mitteilen, Ronald Reagan (74) habe sich wie gewohnt am Morgen in Begleitung seines Hundes „Lucky" zum Arbeiten ins Oval Office begeben und werde am Nachmittag nach Baltimore fliegen.



30 Minuten lang ging es Freitag mittag drunter und drüber an der Londoner Börse. „Verkaufen", hieß die Parole, ehe das Dementi aus dem Weißen Haus kam: Der Präsident lebt. FOTO: DPA

Reagan befinde sich bei bester Gesundheit, beteuerte Speakes, und „freut sich, daß er einen Mark Twain geschaffen hat". Der 1910 verstorbene Verfasser von „Tom Sawyer" wurde ebenfalls einmal totgesagt. Twain kabelte an die Agentur AP: „Der Bericht über meinen Tod war eine Übertreibung."

Nach der Rückkehr der Börsenmakler und Devisenhändler aus Landhäusern und von Golfplätzen, wo mehrere dem Vernehmen nach besonders zufriedene Mienen trugen und ungewöhnlich viele Gin- und -Tonics ausgaben, begann gestern, was die Engländer einen „inquest" (wörtlich: eine Leichenschau) nennen – die Untersuchung der Ursachen eines Ereignisses von Tragweite.

Die amerikanische Botschaft ist überzeugt: „Das Gerücht wurde von Maklerkreisen auf dem Kontinent in die Welt gesetzt. Wollte sich da jemand schnell eine Goldene Nase verdienen? Auch über Jimmy Carter und Richard Nixon wurden solche Falschmeldungen schon lanciert.

Marktanalytiker glauben indes an eine harmlose Erklärung. Nach ihren Ermittlungen entstand das Gerücht auf Grund eines Mißverständnisses, irgendwo zwischen Tokio, New York und London. Ihre Theorie klingt fast wie Radio Eriwan: Im Prinzip ja, aber es war nicht Ronald Reagan, sondern Lonnie Donegan, und er ist nicht tot, sondern hatte lediglich eine schwere Herzoperation. Das phonetische Handicap der Japaner, so mutmaßen manche, ließ aus „Lonnie" eben „Ronnie" werden.

Donegan (54), schottischer „König der Skiffle-Musik" in den 60er Jahren, ahnt von alledem nichts. Er erholt sich im Londoner Universitätskrankenhaus King's College von einer sechsstündigen Bypass-Operation ... (SAD)

Die Schlange ohne Ende

Staus auf den Autobahnen, Wartezeiten an den Grenzen

dpa, München

Ein Höchstmaß an Geduld forderte der Beginn der Sommerferien im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen am vergangenen Freitag von all den Urlaubern, die sich mit dem Ferien-Startschuß auf die Piste wagten. Staus und Stop-and-Go-Verkehr kennzeichneten die Lage auf den Straßen wie stundenlanges Warten die Lage an den Grenzen. Die Polizei meldete von nachmittags an Staus auf den Autobahnen – besonders im Ballungsraum Rhein-Ruhr – von bis zu 30 Kilometer Länge. Auf der Autobahn Frankfurt–Basel kam die Blechkolonne im Bereich Bruchsal-Rastatt für Stunden nur im Schrittempo voran. Die Autoschlange wälzte sich langsam Richtung Süden und erreichte gegen Abend Bayern. Hier wurden zahlreiche Unfälle registriert, die die Polizei auf nachlassende Konzentration zurückführte.

Im Norden blieb es dagegen verhältnismäßig ruhig. Bei Regen und herbstlichen Temperaturen (bis 15 Grad) zog es nur wenige an die deutsche Nord- und Ostseeküste. Zwei Tote und fünf Schwerverletzte forderte ein Verkehrsunfall am Sonnabend auf der Bundesstraße 207 im Kreis Ostholstein.

An den Grenzübergängen nach Österreich gab es am Samstag Wartezeiten bis zu einer halben Stunde, an denen in die CSSR bis zu zwei und nach Jugoslawien drei Stunden. Auf den überlasteten Fernstraßen Bayerns informierten Stauberater des ADAC die Wartenden über die Länge von Kolonnen, gaben Tips für Ausweichmöglichkeiten und versorgten die Autofahrer mit Getränken. Die wenigsten von ihnen folgten den Empfehlungen der Polizei und benutzten die Umleitungen. Erst in den Nachmittagsstunden des Samstag konnten die Beamten melden: „Alles bewegt sich wieder einigermaßen."

LEUTE HEUTE

Merkwürdig I

Nachdem Königin **Elizabeth** eine Gesetzesänderung unterschrieben hatte, konnte der Lkw-Fahrer **Alan Monk** (30) seine Schwiegermutter **Valerie Hill** (50) heiraten. Seine ehemalige Frau **Jeanette** (29), Mutter seiner Kinder **Stewart** und **Shelley**, war Brautjungfer bei der Hochzeit in Ashford bei London. Seit 400 Jahren waren Trauungen zwischen Verschwägerten in England verboten.

Merkwürdig II

Weil er den Ansturm von Reportern befürchtet, hat **Björn Borg** seine für Samstag angesetzte Hochzeit mit **Jannike Bjorling** platzen lassen. Die 18jährige bekommt in einem Monat ein Baby von dem 29jährigen Tennis-Star. Uneheliche Kinder seien ja schon öfter vorgekommen, befand der Schwede, der den Rummel seiner ersten Hochzeit mit **Mariana Borg** noch gut in Erinnerung hat.

Vor neuer Kontroverse?

Pläne zur Nutzung des Petersberg-Neubaus weiter im Streit

EVI KEIL, Bonn

Neue Kontroverse um die Nutzung des Petersberges? Das Bonner Auswärtige Amt (AA) würde sich am liebsten schon morgen im Parlament „grünes Licht" für den Neubau des Gästehauses Petersberg geben lassen. Dazu beantragte es vom Haushaltsausschuß des Bundestages die Freigabe der ersten 40 Millionen Mark für das Staatsgästehaus. Der Regierungsantrag dürfte aber bei den Mitgliedern des Haushaltsausschusses eine Kontroverse mit ungewissem Ausgang auslösen.

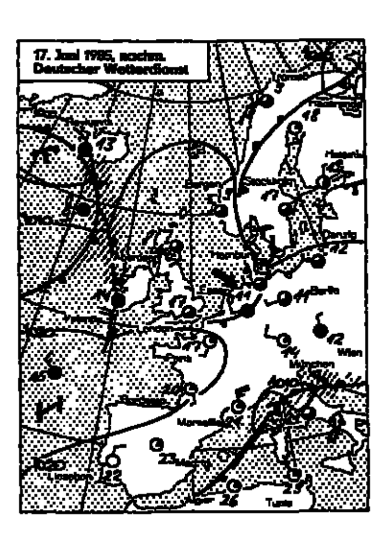
Der Schwachpunkt in der Planung des AA: Sie läßt keine privatwirtschaftliche Nutzung des Gästehauses zu. Genau das aber hatte der Haushaltsausschuß gefordert; nur dann könnten die hohen Bewirtschaftungskosten entscheidend gesenkt werden. Ein Gastronom, der den Petersberg nur staatlich nutzen dürfte, wäre auf einen jährlichen Zuschuß von mindestens einer Million Mark angewiesen.

Das Amt aber will aus Sicherheitsgründen keine privatwirtschaftliche Nutzung zulassen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Echternach, Berichterstatter für den Petersberg im Parlament, bedauert diese Vorstellung. Auch „aus politischen Gründen" fordert er weiterhin den Zugang der Bürger zu einem solchen Haus. Wer könne sich schon mit einem Gästehaus, dessen Umbau mindestens 110 Millionen Mark kosten soll, identifizieren, wenn er es nicht einmal betreten dürfe? Echternach jedenfalls hat „Bedenken", die Freigabe der Mittel zu empfehlen.

Auf eine zweite Forderung der Haushalter wurde inzwischen allerdings eingegangen: Außenminister Genscher wird mit dem Bau des großen Petersberg-Gästehauses das kleine Gästehaus der Regierung auf dem Bonner Venusberg aufgeben.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Nach nur kurzem Zwischenhocheinfluß greifen im Tagesverlauf von Westen her erneut Tiefausläufer auf Deutschland über.



Vorhersage für Dienstag:

Zunächst heiter bis wolkig und trokken. Im Tagesverlauf von Westen her Bewölkungsaufzug. Nachfolgend am Nachmittag im Westen zeitweise Regen, der im Laufe der Nacht auch den Osten des Bundesgebietes erfaßt. Temperaturen 14 bis 18 Grad. Nachts Abkühlung auf 13 bis 8 Grad.

Weitere Aussichten:

Zunächst noch zeitweise Regen, dann von Westen her auflockernde Bewölkung. Temperaturen wenig verändert.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	32°
Bonn	12°	Kopenh.	14°
Dresden	12°	Las Palmas	23°
Essen	11°	London	17°
Frankfurt	14°	Madrid	23°
Hamburg	11°	Mailand	20°
List/Sylt	11°	Mallorca	24°
München	14°	Moskau	14°
Stuttgart	15°	Nizza	21°
Algier	26°	Oslo	16°
Amsterdam	13°	Paris	17°
Athen	28°	Prag	13°
Barcelona	21°	Rom	21°
Brüssel	13°	Stockholm	17°
Budapest	14°	Tel Aviv	29°
Bukarest	20°	Tunis	29°
Helsinki	19°	Wien	12°
Istanbul	28°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 5.05 Uhr, Untergang: 21.41 Uhr; **Mondaufgang:** 5.18 Uhr, Untergang: 23.12 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Regen und gute Laune zum Stelldichein der Stars

M. v. SCHWARZKOPF, Berlin

Einer hatte mit den Göttern des Films kein Einsehen: der Wettergott. Er ließ es regnen. Dessen ungeachtet ließen sich die gut 1000 Gäste des Regierenden Bürgermeisters von Berlin die Laune nicht verdrießen. Zum Fest am Wasser hatte Eberhard Diepgen anläßlich der Bundesfilmpreisverleihung geladen, am Ufer der Havel im malerischen Gasthof Schildhorn. Und alles kam trotz Wind und Regen: Bernhard Wicki und seine Frau, Agnes Fink, Margot Hielscher, Axel von Ambesser, Ursula Monn, die „Rieke" von der TV-Fassung „Ein Mann will nach oben", Senta Berger, Heinz Drache, Inge Meysel und als Star der Stars Klaus Maria Brandauer und Istvan Szabo, das deutschsprachige Erfolgsduo Nummer 1. Nach „Mephisto" vor zwei Jahren stand diesmal der mit dem Filmband in Gold ausgezeichnete „Oberst Redl" (s. Welt vom Wochenende) im Zentrum des Interesses.

Das große Fest an der Havel war der Abschluß eines Tages, der in Berlin ganz im Zeichen des Films gestanden hatte. Traditionell werden die Filmpreise des Bundesinnenministeriums in Berlin verliehen, eine Tradition, die in den letzten Jahren schon manche Krise überstanden hat. Es ist erst zwei Jahre her, als die Feierlichkeiten im Berliner Prunkkino Zoo-Palast von protestierenden Regisseuren unterbrochen wurden, die lautstark gegen Zimmermanns Wende in der Filmpolitik Sturm liefen. Diesmal wurde (um dem vorzubeugen?) die Verleihung der Preise in den (viel zu kleinen) Saal eines Hotels verlegt.

Zentrale Themen des Festaktes: der Machtkampf der Medien, der auf dem Rücken der Kinos ausgetragen werde, die Übermacht des amerikanischen Films und daraus folgend die dringend benötigte staatliche Unterstützung für den deutschen Film. Ganz vermochte sich der Innenminister dem nicht zu verschließen, auch wenn er mehr die Grenzen staatlicher Hilfe betonte: „Ein staatlich durchgeförderter Film, sozusagen von der Wiege bis zur Bahre", könne nicht in der Absicht der Regierung liegen. So ein Film sei eben letzten Endes doch staatlich gelenkt. Andererseits kündigte Zimmermann für die Zukunft eine „deutliche Erhöhung der Prämien" an. Ihn drücke schon lange die geringer werdende Bedeutung der Prämien. Und endlich forderte der Minister sogar: „Bei der Filmverleihung muß wieder mehr Glanz, mehr Glamour sein, es muß wieder festlicher werden."

Bei allem Beifall auch Kritik: Kritik vor allem bei denen, die offenbar glauben, daß der Staat die Kunst von A bis Z finanzieren sollte. Bundesfilmpreisträgerin Helke Sanders versuchte denn auch, noch ein paar herbe Worte an den Bonner Minister zu richten mit Goethe als Zeugen der Anklage. Aber ach! Aus dem Eklat wurde nichts. Der Regisseurin versagte in entscheidender Sekunde die Stimme – vor Lampenfieber. Über den Rest senkte sich gnädig die Dunkelheit einer Filmvorführung.

Man hatte alles wohl geplant bei dieser Feierstunde des deutschen Films, doch manches ging schief, mußte schiefgehen. Es dauerte einfach zu lange. Am Anfang wurde noch gejubelt, als Götz George mit federndem Schritt auf die Bühne sprang, um seinen Preis für den Kriminalfilm „Abwärts" entgegenzunehmen. Gejubelt wurde auch um Altstars, die wie Bernhard Wicki immer noch Furore machen. Das war vor 30 Jahren mit „Die Brücke" der Fall und ist es nun wieder mit „Die Grünsteinvariante". Es wurde viel geboten, zu viel oder aber von Vielem zu wenig, was ebenfalls ermüdet: ein Stückchen „Oberst Redl", ein Happen „Abwärts", ein Kügelchen von der „Unendlichen Geschichte". Die 500 Gäste begannen auf den harten Stühlen im Hotel unruhig zu werden, was keinem noch so guten Film bekommt. Die Quintessenz: Filme gehören nicht in den Saal eines Hotels, so luxuriös es auch sein mag, Filme gehören ins Kino, auf eine richtige Leinwand, mit dem richtigen Ton und anständig projiziert. Letztlich diente all das dürftige Geflackere an der Wand des Festsaals des Hotels nur der Untermauerung einer These, die die Filmtheaterbesitzer bei ihrer Jahresversammlung in Berlin am Tag zuvor aufgestellt hatten: Film ohne Kino ist wie Suppe ohne Salz, und der Film gehört ein für allemal ins Kino – trotz Fernsehen und trotz Video.

Die Verleihung von Filmpreisen sollte deshalb auch dort stattfinden, wo der Film sein wahres Zuhause hat: im Filmtheater. Auch wenn das bedeutet, daß die Gäste zum anschließenden Büfett fünf Minuten Fußmarsch haben.

Nach New York erstmals mit nur zwei Triebwerken

dpa, München

Erstmals startete gestern das zweistrahlige Flugzeug des Typs Boeing 767 im Linienverkehr. Die amerikanische Fluggesellschaft TWA setzt sie für ihren neuen Direktflug München-New York ein. Wegen der strengen Sicherheitsvorschriften fliegt die Maschine eine andere Transatlantikstrecke, die über die Südspitze Grönlands führt. Denn innerhalb von 75 Minuten muß stets ein Ausweichflughafen erreichbar sein. 184 Passagiere haben in der „767" Platz, die zweimal täglich in München-Riem startet. Nach der Pan Am, die die Strecke seit 1981 nonstop fliegt, ist TWA die zweite Fluggesellschaft, die Direktflüge aus der bayerischen in die nordamerikanische Metropole anbietet.

Lottofieber hoch wie nie

dpa, Münster

Ob der Riesengewinn von 15 Millionen Mark im ersten Rang an einen oder mehrere Spieler mit sechs Richtigen gehen wird, stellt sich erst heute heraus. Doch noch nie war die Beteiligung am Zahlenlotto in Nordrhein-Westfalen und in anderen Bundesländern so groß wie am vergangenen Wochenende, als der Jackpot die Hoffnung auf den ganz großen Gewinn nährte. Mit fünf Millionen Spielscheinen, so berichtete die Lottogesellschaft in Münster, wurden fast 60 Prozent mehr abgegeben als an anderen Wochenenden.

Erdbeben in Südschweden

AP, Stockholm

Ein Erdbeben hat am frühen Samstag morgen den Süden Schwedens erschüttert, ohne Schäden anzurichten. Seismologen gaben die Stärke mit 4,5 auf der Richter-Skala an. Damit war das Beben mit einem Epizentrum etwa 30 Kilometer vor der Küste Schwedens im Kattegat das stärkste, das in diesem Jahrhundert in dem Land bisher registriert worden ist.

Gefängnis-Geiseln frei

AP, Malaga

Die fünf Häftlinge, die am Donnerstag im Gefängnis der spanischen Stadt Malaga fünf Geiseln genommen und 15 Stunden lang festgehalten hatten, haben am Freitag aufgegeben. Nach Angaben der Gefängnisbehörden ließen sie ihre Geiseln nach Verhandlungen mit höheren Verwaltungs- und Regierungsbeamten frei.

Brand in Nationalpark

AFP, Brasilia

Rund 7600 von 30 000 Hektar des Nationalparks von Brasilia sind bisher durch einen Steppenbrand zerstört worden, teilte jetzt die brasilianische Polizei mit. Das Feuer forderte bisher keine Menschenleben.

Mafia-Verhaftungswelle

AFP, Palermo

Im Rahmen einer weiteren Aktion gegen vermutliche Mafiosi sind am Samstag in Italien 26 Personen verhaftet worden. Angaben aus Polizeikreisen zufolge wurden 14 Verdächtige in Palermo und 12 auf Sizilien, in Trapani, Mailand, Turin, Brindisi und Rom festgenommen. Nach 37 Personen würde weiterhin gefahndet. Die Vorwürfe gegen die Festgenommenen sollen von einfacher Zugehörigkeit zur Mafia bis zur vorsätzlichen Tötung und Drogenhandel gehen.

Anschlag gestanden

dpa, Zürich

Der junge Deutsche, der nach der Zerstörung eines Rubens-Gemäldes im Züricher Kunsthaus festgenommen worden war, hat gestanden. Nachdem er fast 24 Stunden jede Auskunft verweigert hatte, erklärte er am Freitag dem Staatsanwalt, er habe das „Bildnis des spanischen Königs Philipps IV." aus Protest gegen die Umweltverschmutzung zerstört.

ZU GUTER LETZT

„Herzlichen Glückwunsch. Zum Geburtstag meiner Frau Jutta M. Paulik. Gleichzeitig möchte ich mich bei ihr bedanken, daß sie endlich die CDU gewählt hat. Ihr noch mehr liebender Mann." Es stand im General-Anzeiger.

